Tagebuch 1940

Dritter Band

Juli bis September

T a g e b u c h 1 9 4 0

Dritter Band

Juli bis September

Mittwoch, den 10. Juli 1940.

11[25] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

15[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dem Staatssekretär Dr. Bühler über seine Besprechung mit dem Führer am 8. Juli 1940 in Berlin. Der Herr Generalgouverneur freute sich, mitteilen zu können, daß der Führer mit der Arbeit des Herrn Generalgouverneurs und den Gesamtleistungen im Generalgouvernement außerordentlich zufrieden sei und dieser Zufriedenheit auch vielfach Ausdruck verliehen habe. Auf Antrag des Herrn Generalgouverneurs hat der Führer genehmigt, daß mit sofortiger Wirkung die Dienstbezeichnung "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete" umgeändert wird in: "Das Generalgouvernement" oder: "Das deutsche Generalgouvernement Polen". Die gleiche Umänderung kommt auch für den persönlichen Titel des Herrn Generalgouverneurs in Frage. Der Führer hat dem Vorschlage des Herrn Generalgouverneurs entsprechend damit einen Schritt zur Einbeziehung des Generalgouvernements in das gesamte Reich vollzogen. Der Führer hat dem Herrn Generalgouverneur weiter erklärt, daß selbstverständlich niemals mehr ein Verzicht auf das Gebiet des Generalgouvernements in Frage käme, und daß daher für alle Zukunft das Gebiet des Generalgouvernements deutsches Reichsgebiet werden und bleiben wird.

Der Führer hat gleichfalls bestimmt, daß Krakau die Hauptstadt des Generalgouvernements bleibt und Warschau als polnische Metropole nicht mehr aufgebaut wird. Im übrigen hat der Führer dem Herrn Generalgouverneur erneut sämtliche Vollmachten bestätigt und ihm insbesondere eine großzügigste Repräsentantion im Namen des Führers und des Reiches zur Pflicht gemacht.

Der Führer hat sich dann eingehend nach dem Stand des Verwaltungslebens, der politischen Situation, der Volksstimmung, der Wirtschafts-, Ernährungs- und Währungslage sowie der Finanzsituation erkundigt. Der Führer gab vor allem seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es dem Generalgouvernement möglich gewesen ist, mit einem Kostenaufwand von fast 120 Millionen Zloty wichtige Wehrmachtsstraßen auszubauen. Der Führer hat dem Herrn Generalgouverneur

gouverneur

10. Juli 1940.

Generalgouverneur auch bestätigt, daß sämtliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Sicherung des Generalgouvernements gegenüber polnischen Aufstandsversuchen richtig gewesen sind. Der Führer bestimmte dann, daß keinerlei Dienststellen des Reiches, ganz gleich, welcher Art, imstande sein sollten, sich irgendwie in die Angelegenheiten des Generalgouvernements einzumengen, und daß es im Generalgouvernement nur eine einzige maßgebliche Gesetzgebungs- und politische Führungszentrale gebe, den Generalgouverneur. Im übrigen umriß der Führer die großen Aufgaben des Herrn Generalgouverneurs in der kommenden Ostpolitik des Reiches.

Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

Mit Gouverneur Dr. Wächter hat der Herr Generalgouverneur vor allem Dinge persönlicher Natur besprochen, so u.a. die Frage des Weiterverbleibens des Gouverneurs Dr. Wächter im Generalgouvernement.

Gouverneur Dr. Wächter legt größtes Gewicht darauf, unter Führung des Herrn Generalgouverneurs im Generalgouvernement bleiben zu dürfen, weil er darin den Inhalt einer großen und schönen Lebensaufgabe sieht.

Der Herr Generalgouverneur gab dem Gouverneur Dr. Wächter die Möglichkeit, sich einen Sommersitz in seinem Distrikt auszusuchen, und sicherte hierbei auch finanzielle Hilfe des Generalgouvernements zu.

Gouverneur Dr. Wächter berichtete dann über seine Erlebnisse in Holland und über die Stimmung des dortigen Volkes, die teilweise sehr zu wünschen übrig ließe und sich ostentativ z.B. bei Blumenkorsos und sonstigen Gelegenheiten demonstrationsmäßig Luft zu verschaffen trachte. Der Reichskommissar Dr. Seyß-Inquart sei auch dieserhalb zum Führer in die Reichskanzlei zitiert worden.

Besprechung mit Brigadeführer Streckenbach.

Brigadeführer Streckenbach berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Abschluß der außerordentlichen Befriedungsaktion

und

und über die Durchführung der grenzpolizeilichen Aufgaben, die nunmehr durch Sonderverfügung des Herrn Generalgouverneurs der Sicherheitspolizei übertragen seien. Weiter berichtet Brigadeführer Streckenbach über den Ausgleich zwischen Sicherheitspolizei und Abteilung des Innern im Amte des Generalgouverneurs auf dem Gebiete der Betreuung der Nationalitäten.

8[00] Besprechung mit Landgerichtsrat Dorn und Dolmetscher Bogoljubow.

Landgerichtsrat Dorn berichtet über seine Fahrt an die Ostgrenze.

Bogoljubow stellt den Antrag, allenfalls im Rahmen des Russenreferats im Amt des Generalgouverneurs verwendet zu werden, da er als geborener Ukrainer die russische Sprache sehr gut beherrsche und auch mit der Mentalität der Bevölkerung sehr genau Bescheid wisse.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r sagt zu, diese Anregung an den Staatssekretär Dr. Bühler weiterleiten zu wollen.

9[30] Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger.

SS-Obergruppenführer Krüger berichtet über die Neuregelung auf dem Gebiete der Judenaussiedlung aus dem Reich. Danach werden künftig derartige Judenaussiedlungen aus dem Reich ins Generalgouvernement nicht mehr stattfinden. Auch die bereits vorgesehenen im August beginnen sollenden Ausweisungen von Juden aus dem Generalgouvernement werden nicht mehr durchgeführt, da alle Juden einschließlich derjenigen des Generalgouvernements nach den Kolonien Afrikas überführt werden sollen, die die französische Regierung zu diesem Zweck an das Deutsche Reich ausliefern muß.

Obergruppenführer Krüger teilt weiter mit, daß er beabsichtige, den Selbstschutz völlig aufzulösen und nur noch einen Bestandteil, eine Art Kader, sowie eine Ausbildungszentrale in Lublin bestehen zu lassen, bei der jene Selbstschutzmänner zusammen bleiben sollen, die für die Stellungen des Sonderdienstes im Generalgouvernement bestimmt sind.

Der

10. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dazu seine Zustimmung und beauftragt SS-Obergruppenführer Krüger, nach Lublin zu reisen und dort an Ort und Stelle im Zusammenhang mit der Auflösung des Selbstschutzes auch die personellen Fragen im Distrikt Lublin zu klären. Der Selbstschutzführer, SS-Oberführer Alvensleben, solle in den Stab des Obergruppenführers Krüger nach Krakau kommen.

Donnerstag, den 11. Juli 1940.

[illegible]30

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet über die allgemeine Lage. Er übergibt sodann dem Herrn Generalgouverneur einen Brief des Reichsministers der Finanzen in der Angelegenheit der Kosten, die vom Deutschen Reich für die Besatzungstruppen im Generalgouvernement erstattet werden sollen.

Staatssekretär Dr. Bühler erhält den Auftrag, in Verbindung mit dem Leiter der Abteilung Finanzen das Antwortschreiben an den Reichsfinanzminister aufzusetzen und dem Herrn Generalgouverneur Vorschläge darüber zu machen.

Gleichzeitig überbringt Staatssekretär Dr. Bühler ein Schreiben des Generalobersten von Brauchitsch, nach welchem nunmehr eine Neuregelung der militärischen Befehlsverhältnisse im Generalgouvernement eintritt. Die Dienststelle des Oberbefehlshabers Ost ist mit sofortiger Wirkung aufgehoben und General Gienand als Militärsbefehlshaber im Generalgouvernement eingesetzt.

[illegible]0 45

Bereichsleiter Schalk legt dem Herrn Generalgouverneur einige Schreiben zur Unterschrift vor, die insbesondere Ernennungen zu Standortführern der NSDAP. im Generalgouvernement und zu Distriktinspekteuren betreffen. Danach werden die Distriktchefs Inspekteure der NSDAP. für ihren Distrikt.

Im übrigen genehmigt der Herr Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsleiter die Zurverfügungstellung eines Hauses in Krakau für die Zwecke der NSDAP. Allerdings wird der Dienstsitz des Bereichsleiters Schalk in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Stellvertreters des Führers im Amt des Generalgouverneurs in der Bergakademie bleiben.

[illegible]1 00

Landrat Dr. Siebert überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein als Manuskript gedrucktes Buch mit dem Titel "Die ukrainische Volksgruppe im Generalgouvernement".

Landrat

Landrat Dr. Siebert teilt weiter mit, daß er zum Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen ernannt worden sei und den Wunsch habe, in dieser Eigenschaft zur Entlastung des Bayerischen Staatsministers der Finanzen, seines Vaters Ludwig Siebert, in absehbarer Zeit in das Bayerische Staatsministerium der Finanzen einzutreten.

Der Herr Generalgouverneur gibt dazu seine Genehmigung. Als Termin für das Ausscheiden wird zunächst der 1. September 1940 in Aussicht genommen. Der Herr Generalgouverneur verständigt sofort telefonisch den Staatssekretär Dr. Bühler und beauftragt ihn, sich mit dem Kreishauptmann von Tarnow, Kundt, in Verbindung zu setzen, den der Herr Generalgouverneur als Nachfolger für die Stelle des Leiters der Abteilung Inneres in Aussicht genommen hat.

…h25 Oberstleutnant von Tschammer und Osten gibt einen kurzen Bericht über die Truppenbewegungen im Osten.

Er erhält von dem Herrn Generalgouverneur den dringendsten Befehl, dafür zu sorgen, daß diese neu einrückenden Truppen sich strikt an die für das Generalgouvernement geltenden polizeilichen und Ernährungsvorschriften halten. Insbesondere soll Oberstleutnant von Tschammer und Osten dafür sorgen, daß bei diesem Hereinziehen von Truppen nicht die ohnedies sehr ernste Ernährungslage des Generalgouvernements durch undisziplinierte wilde Beschlagnahmen aufs Neue gefährdet wird.

…12^{00} Landgerichtsrat Dorn meldet sich nach seiner Reise ins Generalgouvernement wieder in das Reich ab.

…12^{30} Reichsamtsleiter Dr. Frhr. du Prel stellt dem Herrn Generalgouverneur den Verbindungsmann des Drahtlosen Dienstes beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Luckau, vor.

Dr. Luckau hat den Wunsch, vom Herrn Generalgouverneur ein Interview über die Behandlung der Juden im Generalgouvernement und über deren gegenwärtige Lage zu erhalten.

Der

650

11. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt seine Zustimmung, daß Dr. Freiherr du Prel mit Dr. Luckau ein solches Interview zusammenstellt, welches dann vor seiner Drucklegung dem Herrn Generalgouverneur zur Genehmigung vorgelegt werden soll.

30 Arbeitssitzung mit dem Thema: "Ausbau der Weichsel".

(Protokoll siehe Beiakten.)

50 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Finanzpräsident Spindler und Oberregierungsrat von Streit.

Staatssekretär Dr. Bühler überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Reichsfinanzministers vom 4. Juli 1940 betreffend die Militärlasten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt dazu, daß er eigentlich beabsichtige, dem Reich eine Gegenrechnung aufzustellen und die Ansprüche des Generalgouvernements für Lieferung größerer Mengen von Gütern aller Art geltend zu machen. Generalmajor Bührmann schätze den Wert dieser Lieferungen auf 125 Millionen Reichsmark. Dazu komme noch der Betrag von 300 Millionen Zloty aus dem Warthegau, sodaß sich insgesamt eine Summe von über 500 Millionen Zloty ergebe. Wenn das Reichsfinanzministerium seine Ansprüche vorsorglich anmelde, so halte er sich nicht für verpflichtet, vorläufig darauf einzugehen. Er habe mit dem Führer über diese Dinge gesprochen, habe dem Führer dargelegt, daß von Seiten des Generalgouvernements für die Wehrmacht nichts mehr gezahlt werden könne, und der Führer habe das auch vollkommen anerkannt. Die Haager Landkriegsordnung gelte nicht mehr im Gebiete des Generalgouvernements, da das Gebiet im rechtlichen Sinne nicht mehr besetztes Gebiet sei.

Finanzpräsident Spindler gibt hierauf dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an den Reichsfinanzminister bekannt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will in dieses Schreiben noch einen Hinweis darauf aufgenommen sehen, daß nach einer Mitteilung des Generalobersten von Brauchitsch im Generalgouvernement keine Besatzungsbehörden mehr beständen.

General

11. Juli 1940.

General der Infanterie Gienand führe auch nicht mehr die Dienstbezeichnung "Oberbefehlshaber Ost", sondern: "Der Militärbefehlshaber ~~des~~ dem Generalgouvernements". In das Schreiben müßte demnach noch ein Passus des Inhalts aufgenommen werden, daß das Generalgouvernement nicht mehr als besetztes fremdes Gebiet zu behandeln sei, welchem Umstand auch die Militärbehörden durch die Änderung der Bezeichnung: "Oberbefehlshaber Ost" in "Militärbefehlshaber ~~des~~ dem Generalgouvernement" Rechnung getragen habe.

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Frage ein, wie es mit der Übersiedlung der Familien deutscher Beamter und Angestellter und mit der materiellen Stellung dieser Beamten und Angestellten gehalten werden solle. Über diese Frage habe er mit dem Führer in Gegenwart des Reichsinnenministers und des Reichsführers SS gesprochen. Die Beamten müßten das Gefühl haben, tatsächlich in vollwertige Beamtenstellungen zu kommen, und über die Systematik der Planstellen für diese Beamten müsse mit dem Reich eine genaue Vereinbarung getroffen werden. Ihm als Generalgouverneur müsse dann auch das Recht zustehen, im Rahmen dieser Systematik Reichsbeamte zu ernennen und Planstellen für sie auszuwerfen. Eine weitere Selbstverständlichkeit werde es sein, daß man den hier verbleibenden Beamten entsprechende Zulagen gebe. Im übrigen habe der Führer größten Wert darauf gelegt, daß das beste Beamtenmaterial in dieses Gebiet komme. Diese Umstellung in eine vom Reich unabhängige Verwaltung werde nicht mehr sehr lange auf sich warten lassen dürfen. Schwierigkeiten beständen hier eigentlich kaum mehr, da ja der Aufbau der Verwaltung des Generalgouvernements im großen und ganzen abgeschlossen sei. Die übersteigerte Abgespaltenheit des Generalgouvernements vom Reich müsse in zunehmendem Maße einer Elastizität weichen. Neben der materiellen Fürsorge für die Beamten und Angestellten müsse selbstverständlich auch den Kulturbedürfnissen der deutschen Menschen weitestgehend Rechnung getragen werden, so vor allem auf dem Gebiete des Theaters. Das deutsche Theater in Krakau müsse ein Kulturzentrum werden. Der Stadt Krakau als der Hauptstadt des Generalgouvernements werde man weitestgehende Fürsorge zuwenden müssen, umsomehr, als Warschau nicht wieder in seinem alten Umfange aufgebaut werden soll.

Finanzpräsident

11. Juli 1940.

Finanzpräsident Spindler berichtet dann kurz über die finanzielle Lage des Generalgouvernements und bemerkt dabei, daß man mit einer Einnahme von 630 Millionen Zloty rechne, die sich aber vielleicht noch erhöhen werde. Die Entwicklung des Bankwesens sei zufriedenstellend.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß man für gewisse Verluste, die z.B. durch Fälschungen von Banknoten entstanden seien, eine Summe von 22 Millionen Zloty bereitstellen müsse.

Abschließend gibt der Herr Generalgouverneur seiner Überzeugung Ausdruck, daß man in absehbarer Zeit zu einer Zoll- und Wirtschaftseinheit mit dem Reich kommen müsse. Als letztes Problem werde dann noch dasjenige der Währung zu lösen sein. Wenn das Generalgouvernement Reichsgebiet und als solches Bestandteil des Reiches sei, dann müsse man auch konsequenterweise eine entsprechende Grenzziehung vornehmen. Er halte es für seine Aufgabe, dieses Gebiet in das Gesamtgefüge des Reiches hineinzuführen. Der Führer habe ihm für alle diese Entscheidungen auch ein vollkommen freies Verfügungsrecht gegeben. Zunächst werde man allerdings so weiterarbeiten müssen wie bisher.

30

Staatssekretär Dr. Bühler überreicht dem Herrn Generalgouverneur in Erfüllung eines Auftrages des Herrn Generalgouverneurs einen für den Führer und Reichskanzler bestimmten Gesamtberichtsentwurf über die bisherige Arbeit im Generalgouvernement.

40

Direktor des Instituts für deutsche Ostarbeit, Dr. Coblitz, berichtet dem Herrn Generalgouverneur über das Ergebnis des ersten Arbeitskursus des Instituts. Weiter teilt Dr. Coblitz mit, daß es ihm gelungen sei, einige neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für das Institut zu gewinnen.

Freitag, den 12. Juli 1940.

Landesbauernführer Körner legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Werbeplakates für die Hebung der landwirtschaftschaftlichen Produktion vor. Neben diesem Plakat sollen noch etwa 1 Millionen Handzettel unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung verteilt werden.

Die Ernteaussichten beurteilt Landesbauernführer Körner als gut, abgesehen von dem nördlichen Teil des Generalgouvernements, in dem eine längere Trockenheitsperiode geherrscht habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann eine kurze Schilderung der am Donnerstag stattgefundenen Besprechung über den Ausbau der Weichsel und weist dabei insbesondere darauf hin, daß der gesamte Ausbau einschließlich des Meliorationswesens nunmehr unter die Leitung des Präsidenten Bauder gestellt werden soll.

Vom Standpunkt der Landwirtschaft aus äußert Landesbauernführer Körner gegen diesen Plan gewisse Bedenken und weist insbesondere darauf hin, daß bislang die hauptsächlichste Arbeit auf dem Gebiete des Ausbaues der Weichsel von seiner Meliorations-Abteilung geleistet worden sei. Er müsse zu seinem Bedauern gewisse Zweifel hegen, ob Präsident Bauder geneigt sei, in jeder Beziehung den Belangen der Landwirtschaft gerecht zu werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß er Präsident Bauder angewiesen habe, sich mit Landesbauernführer Körner in Verbindung zu setzen.

Bergakademie.

Abteilungsleitersitzung in der Bergakademie.

(Protokoll siehe Beiakten)

Besprechung mit Ministerialrat Plodeck und Ministerialdirigent Dr. Emmerich.

Gegenstand der Besprechung sind die Pachtverträge, die hinsichtlich der großen vormals staatlichen Werke abgeschlossen sind bzw. abgeschlossen werden sollen.

12. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will als Grundsatz aufrecht erhalten sehen, daß kein Pachtvertrag abgeschlossen wird, zu dem nicht der staatliche Repräsentant des Generalgouvernements seine Zustimmung gegeben hat. Es gehe unter keinen Umständen an, daß etwa ein Treuhänder Pachtverträge über Staatseigentum abschließe. Es werde deshalb notwendig sein, eine Organisation für die Staatsgesellschaften des Generalgouvernements zu schaffen. Das Generalgouvernement sei in die Rechte und Pflichten des polnischen Staates eingetreten, und infolgedessen habe es auch die staatlichen Belange insgesamt wahrzunehmen.

Ministerialrat Plodeck hält es gleichwohl unter Umständen für tragbar, die Verwaltung/Montan-Industrie G.m.b.H., München als vom Generalgouvernement beauftragte Treuhänderin lediglich zur Wahrung der objektiven Interessen des OKW. einzuschalten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kann nicht verstehen, weshalb irgendwelche anderen Stellen dazwischen geschoben werden sollen. Ein Staatsbetrieb werde vom Generalgouvernement verpachtet, und der Pächter sei dem Generalgouvernement gegenüber verantwortlich. Es gehe auf die Dauer nicht an, daß die Rüstungsbetriebe als eine selbständige Macht auftreten und die Interessen und den Nutzen des Generalgouvernements dadurch schädigen, daß sie nach wie vor die Bodenschätze und sonstigen Güter des Generalgouvernements als Beute ansehen. Er als Generalgouverneur werde in Zukunft nur noch Abmachungen mit Behörden treffen. Daher dürften auch nur Behörden Vertragspartner sein, denen auf der anderen Seite irgendeine Gesellschaft gegenüberstehe, die aber der Kontrolle des Generalgouvernements unterliege. Die Dreiteilung in Generalgouvernement, Pächterorganisation und Pächter sei vollkommen unmöglich. Eine Gesellschaft, die außerhalb des Gebietes des Generalgouvernements ihren Sitz habe, dürfe keinen Einfluß auf die Wirtschaftsunternehmungen des Generalgouvernements haben. Es müßten absolut klare Verhältnisse darüber geschaffen werden, daß die Staatsbetriebe durch die Behörden des Amtes des Generalgouverneurs an irgendjemand verpachtet würden. Die andere Seite habe sich dann an diesen Pachtvertrag zu halten und die Bestimmungen des Vertrages zu erfüllen. Der Inhalt des Pachtvertrages werde mit dem anderen Partner vereinbart. Es sei deshalb auch zu überlegen, ob nicht vielleicht, für die Dauer gesehen, eine Aktiengesellschaft gegründet werden müßte, deren Kapital

tal

Kapital vom Generalgouvernement gegeben, und deren Vorstand vom Generalgouverneur im Benehmen mit der Wirtschaftsabteilung und der Treuhandabteilung zu bestimmen sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet abschließend an, daß ihm der Entwurf einer Verordnung über die Durchführung und Sicherstellung der Wirtschaftsgebarung in den Staatsbetrieben des Generalgouvernements vorgelegt werde. In dieser Verordnung müsse festgestellt werden, daß die treuhänderisch erfaßten Betriebe, die bis zum Ausbruch des Krieges im Eigentum des polnischen Staates gestanden hätten, nunmehr Staatsbetriebe des Generalgouvernements seien. Überall da, wo Eintragungen notwendig seien, müsse allein das Generalgouvernement bzw. der Generalgouverneur als Rechtsnachfolger des polnischen Staates auf Antrag einer staatlichen Stelle des Generalgouvernements eingetragen werden. Weiter müsse in der Verordnung zum Ausdruck kommen, daß diese Betriebe sämtlich ihrer Führung und wirtschaftlichen Erschließung nach ausschließlich dem Generalgouvernement unterständen, und daß es Sache des Generalgouvernements sei, im Einzelfall im Wege der Verpachtung derartige ihm zukommende oder gehörende Betriebe nutzbringend zu gestalten. Inhalt und Form der Pachtverträge müssen in der Weise bestimmt werden, daß als Eigentümer und Verpächter das Generalgouvernement und als Pächter der Gegenkontrahent auftrete.]

635

Besprechung mit Bankdirigent Paersch, Ministerialdirigent Dr. Emmerich und Dr. Becker.

Bankdirigent Paersch nimmt auf ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Schreiben Bezug, in welchem die Errichtung einer Zentralstelle für den gesamten Clearingverkehr vorgeschlagen wird. Die Gründung einer solchen Zentralstelle sei notwendig, weil sich wieder der Übelstand gezeigt habe, daß sich das Clearing im Saldo zu Ungunsten des Generalgouvernements gestellt habe. Das Reich habe seine bisherige Politik gegenüber der Warenausfuhr aus dem Generalgouvernement geändert. Während man bisher eine ganz scharfe Kontrolle durchgeführt und nur Sachen ins Reich hineingelassen habe, hinsichtlich deren die Frage der Unbedenklichkeit der Ausfuhr ins Reich geprüft worden sei, habe

man

man jetzt einen Index aufgestellt, in welchem alle wichtigen und wertvollen Waren aufgeführt seien. Das Generalgouvernement erhalte damit eine eigene Zuständigkeit. Er halte es deshalb für richtig, für diese Ausfuhr ins Reich eine federführende Stelle zu bestimmen, bei der eine zusammenfassende Kontrolle der einzelnen Abteilungen durchgeführt werde. Weiter sei zu befürchten, daß Waren aus dem Reich zu sehr hohen Preisen ins Generalgouvernement hinein kämen. Die Firmen hätten offenbar das Bestreben, die Konjunktur auszunutzen, sie lieferten die Sachen zu sehr hohen Preisen nach dem Generalgouvernement und machten erhebliche Zwischengewinne. Für die Clearingentwicklung des Generalgouvernements könntem sich daraus ein starker Nachteil ergeben. Das Reich sei nicht gewillt, dem Generalgouvernement irgendwie mit Vorschüssen zu helfen. Der bisherige Clearing-Vorschuß in Höhe von 80 Millionen sei nicht erhöht worden, und man habe von Seiten des Reiches auch jede Erhöhung strikte abgelehnt. In gewissen Korrespondenzen mit den Reichsstellen befinde sich auch verschiedentlich der Hinweis, daß keine Gewähr für Kursdifferenzen gegeben werde. Um Überraschungen nach Möglichkeit zu vermeiden, würde er deshalb empfehlen, daß die Ausfuhr des Generalgouvernements richtig festgestellt und darauf geachtet werde, daß die ausgeführten Waren sofort bezahlt würden. Hinsichtlich der Einfuhr müsse man darauf Bedacht ehmen, daß die Clearing-Möglichkeit des Generalgouvernements sehr gering sei.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich ist ebenfalls der Ansicht, daß sowohl Ausfuhr wie Einfuhr einer strengen Kontrolle unterworfen werden müßten. Es werde vom Generalgouvernement erwartet, daß es Instanzen schaffe, die die Kontingentierung dieser Einfuhr überwachten. Die Kontrolle habe den doppelten Zweck, daß nämlich

1. mengenmäßig das Abrechnungskonto in einem Gleichgewichtsverhältnis gehalten werde, und daß man sich
2. auf die Dauer bemühen müsse, alles das, was aus dem Reich hereinkomme, darauf zu prüfen, ob es sich auch wirklich um notwendige Dinge handele.

Im Reich gebe es für diese Kontrolle der Einfuhr die Reichsstelle für die Überwachung der Einfuhr. Im Generalgouvernement zeigten sich schon Ansätze dafür in den Wirtschaftsstellen. Seine Aufgabe sei es jetzt, die Dinge in ein bestimmtes System hineinzubringen.

12. Juli 1940.

hineinzubringen. Es werde notwendig sein, eine gewisse Parallele zu den Reichsstellen zu schaffen, die für das Bewirtschaftungssystem und Überwachungssystem zuständig sei. Er habe nichts dagegen einzuwenden, daß die Devisenstelle weiterhin die Einfuhr kontrolliere, auch nichts dagegen, daß grundsätzlich das Genehmigungsverfahren bestehen bleibe. Für Firmen, die auf die Dauer als Einfuhrfirmen zu betrachten seien, könnte vielleicht sogar ein Pauschal-Kontingent geschaffen werden, sodaß nicht jedes einzelne Einfuhrgeschäft einer besonderen Genehmigung unterläge. Dieses Vorgehen würde etwa der ersten Phase entsprechen, die man im Reich im Jahre 1931 gehabt habe. Das habe sich dann im Jahre 1934 bei der Einführung des neuen Planes geändert. Übrigens sei er der Meinung, daß man einen starken Kapitalstrom in Gestalt irgendwelcher Investitutionen vom Reich herüberbekommen werde. Wenn man sich vorstelle, daß Polen sozusagen eine Kolonie sei, dann werde man wohl auch zu einer Handelsbilanz kommen, die einer Kolonialstruktur entspreche. Es werde sich nicht umgehen lassen, daß man notwendigerweise zu einer passiven Handelsbilanz komme, weil immer mehr importiert werde, als exportiert werden könne. Aber in das Geschäft Polen müsse zunächst einmal etwas hineingesteckt werden, ehe Polen in der Lage sei, Amortisationen und Zinsverpflichtungen zu übernehmen und eine ausgeglichene Handelsbilanz herzustellen. Entsprechende Darlegungen hätten wohl auch im Reichswirtschaftsministerium dazu geführt, daß die Frage des Saldos nicht mehr mit der Engherzigkeit betrachtet werde wie bisher. Diese Engherzigkeit habe sich noch aus der alten Einstellung ergeben, Polen als das tributpflichtige besiegte Land zu betrachten. Sobald aber Polen als ein Dominium des Reiches betrachtet werde, für das man etwas tun müsse, müsse man sich darüber klar sein, daß große Kapitalströme nach dem Generalgouvernement fließen müßten. Man wolle offenbar auch im Reich alle Hemmnisse hinsichtlich der Textilien gegenüber dem Generalgouvernement beiseite schieben, umsomehr, als das Generalgouvernement als Agrarland zweifellos eine saisonale Anspannung unter dem Zeichen der Ernte habe. Das würde übrigens auch in normalen Zeiten so sein, In dem Augenblick, in welchem der Bauer die Ernte in die Hand bekomme, habe er das

Bedürfnis,

Bedürfnis, bestimmte Artikel zu kaufen. Schon einige Monate vorher zeige sich deshalb auch, daß die Einfuhr entsprechend größer werde. Er habe im Reichswirtschaftsministerium darauf gedrungen, daß diese saisonale Anspannung jetzt berücksichtigt und nicht aus Engherzigkeit wegen der 80-Millionengrenze alle möglichen Schwierigkeiten gemacht werden. Es werde darauf ankommen, dem Wunsche des Reichswirtschaftsministeriums entsprechend für die Einfuhr eine Organisation zu schaffen. Er werde sich in dieser Frage mit der Devisenabteilung in Verbindung setzen, werde auch die Frage prüfen, inwieweit die Wirtschaftsstellen eingeschaltet werden können, und zwar hinsichtlich des Wertes der hereinkommenden Ware. Der Personalbestand müsste dann allerdings wesentlich vergrößert werden. Es werde sich aber angesichts der Schwierigkeit der Beschaffung geeigneten Materials fragen, ob man diesen Apparat vonvornherein ganz selbständig aufziehen oder zur Erleichterung der personellen Bedürfnisse sich zunächst auf eine gewisse Zusammenarbeit mit den Stellen des Reiches für eine Übergangszeit einstellen solle.

Bankdirigent Paersch weist darauf hin, daß angesichts der Tatsache, daß jener Index im Reich aufgestellt worden sei, in das Generalgouvernement hauptsächlich Stapelware hereinkomme, die die Firmen zu möglichst hohen Preisen umzusetzen das Bestreben hätten.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich ist der Meinung, daß man das verfeinerte System der Prüfungsstellen des Reiches nicht nach dem Generalgouvernement übernehmen sollte, zumal die Artikel, die das Generalgouvernement ausführen könne, eine solche Behandlung nicht erheischten. Man müsse zunächst mit einfachen statistischen Mitteln arbeiten.

Dr. Becker hält eine Kontrolle der Warenausfuhr für dringend erforderlich. Die Devisenstelle mußte sich bisher bei einer ganzen Anzahl von Waren auf die Begutachtung der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft verlassen. Die Anträge seien begutachtet und je nach dem abgelehnt oder erledigt worden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann noch eingehend zu dem Clearingverkehr zwischen Reich und Generalgouvernement Stellung genommen.

Bankdirigent

12. Juli 1940.

Bankdirigent Paersch schlägt vor, eine Anordnung zu erlassen, nach welcher

1. die Warenausfuhr einer Kontrolle unterliegt, die von der Abteilung Wirtschaft ausgeübt wird,
2. die Ausfuhr von Waren der Abteilung Wirtschaft zu melden ist,
3. die Einfuhr zu kontrollieren und nach einem bestimmten Verfahren zu genehmigen ist.

Der Herr Generalgouverneur hält demgegenüber eine Anordnung des Inhalts für ausreichend, daß solche Anträge künftig hinsichtlich der Einfuhr ausschließlich der Abteilung Wirtschaft vorgelegt werden müssen.

Die Behandlung der Frage, wie es mit der Ausfuhr zu halten ist, führt dann zu dem Problem der Abrechnung der Rüstungswerke und Klarlegung der Verhältnisse der Rüstungsbetriebe im Generalgouvernement. Über dieses Problem soll demnächst eine Besprechung mit Generalleutnant Schindler, Ministerialrat Plodeck, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Bankdirigent Paersch und Reichsbankdirektor Tetzner stattfinden.

.15

Bankdirigent Paersch berichtet kurz über die Entwicklung des Bankwesens im Generalgouvernement und bemerkt dabei, daß der Apparat gut laufe, daß sich der Verkehr bisher reibungslos abgewickelt hätte und auch die Präsidenten der Zentrale gut arbeiteten. Bankdirigent Paersch geht dann noch auf den zur Zeit zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Herrn Generalgouverneur gepflogenen Schriftwechsel ein und empfiehlt, ein letztes Antwortschreiben noch bis zur Klärung gewisser Fragen hinauszuzögern.

45

Besprechung mit Ministerialrat Wille und Gerichtsassessor Dr. Viehweg.

In Vertretung von Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt Assessor Dr. Viehweg eine Verordnung über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse vor.

Ministerialrat Wille legt dem Herrn Generalgouverneur zwei Straffälle vor, in denen er die Überweisung an deutsche Gerichte

empfiehlt,

empfiehlt, da sie sich für eine Behandlung vor einem Gericht des Generalgouvernements nicht eignen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt seine Zustimmung.

Ministerialrat Wille teilt dann mit, daß er gelegentlich einer Dienstreise in die Distrikte in der Richterschaft eine gewisse Unruhe im Hinblick auf die Durchführung der A-B-Aktion habe feststellen können.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist demgegenüber darauf hin, daß die A-B-Aktion nunmehr als abgeschlossen angesehen werden könne und die noch schwebenden Fälle im normalen Verfahren erledigt werden würden.

Ministerialrat Wille bemerkt, daß er an dieser politischen Aktion vonvornherein desinteressiert gewesen sei, da sie nicht in den Rahmen seiner Tätigkeit falle. Für ihn sei auch weniger die Tatsache der Durchführung der A-B-Aktion von Wichtigkeit gewesen, sondern vielmehr die Feststellung, daß die Fälle doch sehr verschiedenartig behandelt worden seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt zu bedenken, daß angesichts der Verhältnisse in Polen ein scharfes Durchgreifen notwendig gewesen sei. Man werde aber nunmehr wieder in normale Bahnen zurückkehren können.

Im Zusammenhang mit dieser Frage macht der Herr Generalgouverneur Mitteilung von der Auflösung des Selbstschutzes und bemerkt, daß der SS-Führer Alvensleben in den Stab des Obergruppenführers Krüger versetzt worden sei. Von dem Selbstschutz werde nur ein Kader übrig bleiben.

Über die Frage, was mit den im Rahmen der A-B-Aktion erfaßten politischen Verbrechern zu geschehen habe, soll demnächst eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Obergruppenführer Krüger, Brigadeführer Streckenbach und Ministerialrat Wille stattfinden.

Samstag, den 13.Juli 1940.

0^{00} Abfahrt des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s nach Jaroslaw.

5^{35} Ankunft in Jaroslaw.

8^{30} Begrüßung durch Kreishauptmann Eisenlohr, Abschreiten einer Ehrenformation, Besichtigungsfahrt durch die Stadt, anschließend Vorstellung der Beamten im Verwaltungsgebäude des Kreishauptmanns.

10^{00} Abfahrt nach Przemysl.

10^{57} Ankunft in Przemysl, Begrüßung durch Oberbürgermeister Dr.Hahn, Abschreiten einer Ehrenkompanie, Besichtigung der Bahnhofsanlagen und des Elektrizitätswerkes, Fahrt durch die Stadt.

12^{30} Feierliche Kundgebung anläßlich der Erhebung von Deutsch-Przemysl zur kreisfreien Stadt.

Ansprache des Distriktschefs Gouverneur Dr. Wächter:

Herr Generalgouverneur! Als Chef des Distrikts Krakau begrüße ich Sie, den vom Führer bestimmten Herrn dieses Landes in dieser östlichsten Grenzstadt deutscher Hoheit. Ich begrüße Sie namens der Verwaltung, der Bevölkerung und der Deutschen dieser Stadt in Stolz und in Freude. In Stolz darüber, daß Sie, Herr Generalgouverneur, in diesen entscheidenden Tagen deutscher Geschichte hierher gekommen sind, und in Freude darüber, daß Sie sich entschlossen haben, dieser Stadt im Generalgouvernement eine besondere Würde zu verleihen, dieser Stadt, die Geschichte gemacht und viel Geschichte erlebt hat, dieser Stadt, in der deutsche Siedler schon vor Jahrhunderten gewohnt haben, dieser Stadt, in der viel Blut geflossen und viel deutsches Blut versickert ist.

Herr Generalgouverneur, ich verspreche Ihnen namens der Verwaltung des Distrikts und dieser Stadt, uns würdig zu erweisen, dieses Ihres Entschlusses dadurch, daß wir hier mit Einsatzfreude, Tatkraft und Pflichtgefühl tätig sind entsprechend

13.7.40.

sprechend Ihrem Willen und Ihren Befehlen. Wir sind überzeugt, daß wir dadurch am besten dem Willen des Führers und unseres Großdeutschen Reiches entsprechen.

Der Herr Generalgouverneur vollzieht hierauf mit folgenden Worten die Gründung der kreisfreien Stadt Deutsch-Przemysl:

Im Namen des Führers erkläre ich die Stadt Deutsch-Przemysl für gegründet. Ich berufe Sie, Parteigenosse Dr.Hahn, als Stadthauptmann an die Spitze dieser deutschen Stadt. Ihr seid Zeugen eines historischen Ereignisses: an der Grenze des deutschen Interessengebietes im Osten errichtet das nationalsozialistische Weltreich Adolf Hitlers eine Stadt. Mein Wunsch ist, daß diese Stadt gedeihen möge, daß sie im Rahmen des Generalgouvernements und damit des Deutschen Reiches ein würdiger Eckpfeiler nationalsozialistischer Aufbauarbeit sei und daß in ihr diese Völker verschiedenster Zungen sich glücklich fühlen mögen unter dem Schutz des Deutschen Reiches.

Möge dieser Regen ein Zeichen dafür sein, daß an der Taufe dieser Stadt der Himmel selbst seinen Anteil nimmt! Ich glaube, daß wir in diesem Augenblick das stolze Gefühl haben können: hier ist das Hakenkreuz, die Fahne des Dritten Reiches eingerammt, und hier wird sie von niemand mehr entfernt. Wir werden in dem weiten Arbeitsbereich des Generalgouvernements die stolze Aufgabe weiterführen, das Weltreich Adolf Hitlers zu fördern und im Dienste der Gemeinschaft weiterzuarbeiten.

Ich übergebe Ihnen hiermit die Urkunde über die Errichtung der Stadt Deutsch-Przemysl.

Stadthauptmann Oberbürgermeister Dr.Hahn dankt dem Herrn Generalgouverneur für die hohe Auszeichnung, die er der Stadt Deutsch-Przemysl durch die Erhebung zur kreisfreien Stadt zuteil werden ließ. Er versichert dem Herrn Generalgouverneur, daß er und seine Mitarbeiter auch weiterhin ihre ganze Kraft einsetzen werden im Dienste des Führers und des Reiches.

Mit einem dreifachen Sieg Heil auf den Führer und den

Liedern

13.7.40.

Liedern der Nation findet die Feier ihr Ende.

15^{00} Weiterfahrt nach Przeworsk.

16^{19} Ankunft in Przeworsk. Besichtigung der Zuckerfabrik, Ölmühle und Marmeladenfabrik. Der Treuhänder und kommissarische Leiter der Fabrik, Alexander Skrypczenko, übergibt dem Herrn Generalgouverneur schriftlichen Bericht über den Wiederaufbau des im Verlaufe der Kriegshandlungen zerstörten Betriebes.

17^{35} Abfahrt nach Ryeszow.

18^{30} Ankunft in Rzeszow, Begrüßung durch Kreishauptmann Dr.Ehaus, Besichtigung der Flugzeugwerke, Fahrt zum Verwaltungsgebäude des Kreishauptmanns, Vorstellung der Beamten und Angestellten des Kreishauptmanns sowie Begrüßung durch einen Vertreter der ukrainischen Volksgruppe.

0^{50} Abfahrt.

Sonntag, den 14.Juli 1940.

4^{25} Ankunft in Roswadow.

7^{30} Begrüßung durch Kreishauptmann Eisenlohr,anschließend Fahrt zu den Stahlwerken Stalowa Wola, Besichtigung der Werke unter Führung von Generaldirektor Rabe, Direktor Dr. Rheinländer und Direktor Dr. Jansen.

9^{20} Abfahrt nach Sandomierz.

10^{00} Ankunft in Sandomierz, Begrüßung durch Kreishauptmann Dr.Ritter, Fahrt zu den in Bau befindlichen Weichselbrücken. Während der daran sich anschließenden Dampferfahrt auf der Weichsel hält Regierungsbaurat Krause dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die mit dem Ausbau der Weichsel zusammenhängenden Probleme. Die von Regierungsbaurat Krause übergebene, mit dieser Frage sich beschäftigende Denkschrift wurde zu den Akten des Herrn Generalgouverneurs genommen.

12^{10} Weiterfahrt nach Debica.

14^{25} Ankunft in Debica. Begrüßung durch Kreishauptmann Oswald und eine Abordnung der Volksdeutschen Gemeinschaft. Besichtigung der Eiersammelstelle und Wurstfabrik sowie der Gummiwerke.

15^{55} Abfahrt nach Tarnow.

16^{38} Ankunft in Tarnow, Begrüßung durch Kreishauptmann Kundt, Abschreiten der Ehrenkompanie, Fahrt zum Verwaltungsgebäude des Kreishauptmanns, Vorstellung der Behördenleiter, anschließend Besichtigung der Zellulosefabrik Niodenaice, des Stickstoffwerkes Moscice und des Gestütes Gummitzka.

21^{35} Abfahrt von Tarnow.

23^{00} Ankunft in Krakau.

Krakau-Burg.

Montag, den 15. Juli 1940.

Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Keith.

Der Termin für die Reise nach Lublin wird auf den 24. Juli abends festgesetzt. Als Tag der Rückkunft wird der 29. Juli morgens bestimmt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß spätestens ab 1. August die Kanzlei Burg ihren Dienstsitz in Krynica nehmen soll. Die Urlaube müssen grundsätzlich bis Mitte September genommen werden. Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß zwischen Mitte September und etwa Mitte Dezember keinerlei Urlaubsgesuche eingereicht werden, es sei denn, in aller dringendsten Fällen. Der Herr Generalgouverneur wünscht weiter aus dienstlichen Gründen, daß der Urlaub möglichst in den Sommermonaten genommen wird.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler erhält vom Herrn Generalgouverneur einige Aufträge betreffend Umgestaltung der Stadt Krakau und Überführung der früheren polnischen Staatswerke in das Eigentum des Generalgouvernements. Weiter werden die Fragen der Urlaubsregelung, der Hereinholung von deutschen Firmen, der Umänderung der Bezeichnung des Generalgouvernements, der Bekanntgabe dieser Umänderung an alle Dienststellen und andere Fragen besprochen.

30

Architekt Köttgen berichtet über den Fortgang der Bauarbeiten und erhält weitere Richtlinien für die Fortsetzung der Arbeiten.

40

Generalmajor Becker von der Schutzpolizei meldet sich von einem mehrmonatigen Krankenurlaub zurück. Er hat seinen Dienst wieder angetreten und wird vom Herrn Generalgouverneur eingeladen, an der Besichtigungsreise nach Lublin teilzunehmen.

12^{00}

15. Juli 1940.

Reichsamtsleiter Dr. Freiherr du Prel stellt dem Herrn Generalgouverneur seinen Nachfolger im Amte, Gaupropagandaleiter Schmidt, vor.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r berichtet zunächst Dr. Freiherr du Prel über seine Eindrücke von der Reise nach Przemysl. Der Herr Generalgouverneur rügt es, daß Hauptschriftleiter Zarske, ohne sich mit dem Propagandaamt in Verbindung zu setzen, eine Rede des Herrn Generalgouverneurs gleich von sich aus verbreitet habe.

Reichsamtsleiter Dr. Freiherr du Prel legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Aufrufes der antijüdischen Liga vor.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist mit dem Inhalt einverstanden, wünscht aber, den Ausdruck "Zwangsarbeit" vermieden zu sehen.

Der Herr Generalgouverneur führt dann den Gaupropagandaleiter Schmidt in sein neues Amt ein und macht ihn auf die Aufgaben aufmerksam, die ihm in dieser Eigenschaft zufallen.

Der Herr Generalgouverneur ~~erklärt~~ ernennt darauf Gaupropagandaleiter Schmidt zum kommissarischen Leiter der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda im Amte des Generalgouverneurs.

Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger und SS-Oberführer Tondock.

Major von Dazur meldet sich zum Urlaub nach Bad Krynica ab. Er teilt ferner mit, daß Gouverneur Dr. Wächter ihm eine Durchschrift von dem Schreiben des OKH. ausgehändigt habe, in welchem die Frage der Neugliederung der Wehrmachtsteile im Generalgouvernement behandelt werde.

Besprechung über Baufragen.

Zugegen sind: Staatssekretär Dr. Bühler,
Landgerichtsrat Dr. Keith,
Geheimrat Rattinger,
Oberbaurat Hofer,
Baurat Panther,
Baurat Gerhards,
Architekt Köttgen,
Hauptsturmführer Buchner und Untersturmführer Löv.

15. Juli 1940.

Einleitend weist der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r auf die Notwendigkeit hin, daß nunmehr ein einheitliches und großzügiges Programm für die Bauten in der Stadt Krakau und überhaupt im Generalgouvernement aufgestellt wird. Vor allem bedürfe es der Einrichtung einer zentralen Bauführung, deren erste Sorge es sein müsse, daß für alle Bauten ein verantwortlicher Bauführer vorhanden sei, der den Fortgang der Arbeiten laufend überwache. Weiter müsse das erforderliche Baumaterial sichergestellt werden.

Was zunächst die Stadt Krakau angehe, so müsse man hier zu einem klaren Bebauungsplan kommen, einer Arbeit, die allerdings auf weite Sicht gedacht sei. Wenn dieser Plan bestehe, dann könne man geeigneten deutschen Baufirmen eine klare Grundlinie geben.

Für die Stadt Krakau komme vor allem der Ausbau der Burg in Betracht, weiter die Umgestaltung der Bergakademie zu einem Regierungsgebäude mit entsprechend würdiger Ausgestaltung der Umgebung, die Anlage der Sportplätze, eine Restaurierung des Potocki-Palais und ähnliche Bauvorhaben. Die Durchführung dieses Programms würde einige 100 Millionen Zloty kosten, die aber auf etwa 20 Jahre verteilt werden könnten. Rechne man mit einer Gesamtsumme von 200 Millionen Zloty, dann würde es in jedem Jahr einer Aufwendung von 10 Millionen Zloty bedürfen.

Schwierigkeiten verursache nach wie vor die Frage der Materialbeschaffung, die auch nach dem Frieden noch bestehen bleiben werde, da die Umstellung der Industrie vom Krieg auf den Frieden noch einige Zeit dauern würde. Ferner müsse bedacht werden, daß ja auch für den Straßenbau, für den Ausbau der Weichsel usw. große Summen zur Verfügung gestellt werden müßten. Im übrigen habe es wenig Wert, z.B. in Krakau mit einem großen Projekt anzufangen, bevor man nicht wisse, wie die Planung aussehe. Er halte deshalb die Konstituierung ~~des~~ eines Baugremiums für notwendig. Da die Stadt Krakau nicht über die notwendigen Mittel verfüge, werde es Pflicht des Generalgouvernements sein, ihr beim Ausbau der Straßen, bei Anlage der Kanalisation usw. finanzielle Hilfe zu gewähren. Für besonders wichtig halte er auch die Frage der Umgestaltung des Bahnhofsgeländes, die erhebliche Aufwendungen notwendig mache. Auch hier werde das Generalgouvernement helfend einspringen müssen.

Gouverneur

15. Juli 1940.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet auf Grund eines Gesprächs mit Präsidenten Gerteis, daß sich die Verwaltung der Ostbahn bereitgefunden habe, für den Ausbau des Bahnhofs eine Summe von 300 Millionen Zloty zur Verfügung zu stellen. Ausgebaut sollten allerdings nur werden der Keller und der erste Stock, der eine gute Wirtschaft erhalten solle. Weiter denke man an die Schaffung eines Empfangsraumes. Weitere Bauvorhaben seien nach Ansicht der Ostbahn nicht durchführbar, da es an den notwendigen Mitteln fehle. Für den Platz vor dem Bahnhof seien inzwischen die Pläne vom Distriktbauamt fertiggestellt worden.

Was die Bauten der Distriktverwaltung angehe, so sei zunächst ein Ausbau des Verwaltungsgebäudes notwendig. Es handele sich um 3 Gebäude im Anschluß an das Palais Potocki, deren Front nach dem Alten Markt und der Schustergasse läge. Dieser Block müsste zum Verwaltungsgebäude des Distrikts ausgebaut werden. Das Palais Potocki könnte dann in der Hauptsache als Repräsentationsgebäude dienen.

Weiter halte er die Schaffung eines Kasinos oder Heimes für die Beamten und Angestellten der Distriktverwaltung für dringend erforderlich. Er habe seinerzeit den Gedanken erwogen, für diesen Zweck die Tuchhalle zu verwenden, habe auch Pläne ausarbeiten lassen, das Projekt sei auch im wesentlichen vom Herrn Generalgouverneur genehmigt worden; die Durchführung sei aber an der Beschaffung des notwendigen Eisens gescheitert. Vielleicht könnte nunmehr das Eckhaus, in welchem das Kaffee Literaska sich befinde, für diesen Zweck hergerichtet werden.

Der Herr Generalgouverneur äußert Bedenken gegen die Durchführung dieses Bauvorhabens. Das bisherige Palais Potocki könnte allerdings als Repräsentationshaus weiter bestehen bleiben, für die Unterbringung der Verwaltung müsse aber ein modernes Verwaltungsgebäude hergestellt werden, sodaß also die Nutzbarmachung der 3 an das Palais Potocki anschließenden Häuser nur eine Zwischenlösung darstellen könne. Auch für die Schaffung eines Kasinos komme eigentlich nur die Errichtung eines großen modernen deutschen Hauses in Frage.

Stadthauptmann Dr. Schmidt berichtet dann über die Bauten, die von der Stadtverwaltung Krakau durchgeführt werden müßten. Der Zustand der Krakauer Straßen sei zu 80 % völlig unhaltbar und müsse deshalb baldigst gebessert werden. Notwendig sei weiter ein

15. Juli 1940.

ein Ausbau des Rathauses, für den der notwendige Raum durchaus zur Verfügung stehe. Auch das Alte Theater am Stephansplatz bedürfe unbedingt eines Umbaues, um als Versammlungssaal, für Parteizwecke und andere Veranstaltungen benutzt werden zu können. Die Kosten dieser Bauvorhaben seien erschwinglich. Die Notwendigkeit zu anderen vordringlichen Bauten sei vorläufig nicht gegeben. Nun bestehe allerdings ein ausgezeichneter Plan für die Umgestaltung des Theaterplatzes. Weiter beständen Projekte für gewisse Hotelbauten. Die Nutzbarmachung des Skelettbaues für die Schaffung eines Wehrmachtshotels sei bereits im Gange. Die Agrarbank habe sich ihm gegenüber verpflichtet, den Bau ganz nach den Wünschen der Stadt zu gestalten. Die Stadtverwaltung habe bereits 2,15 Millionen Zloty für Bauten ausgegeben.

Zu den bisher vorgeschlagenen Bauvorhaben nehmen Oberbaurat Hofer, Architekt Köttgen, Baurat Panther, Gouverneur Dr. Wächter Stellung.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dann eine Schilderung der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung des Raumes um die Bergakademie.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht, daß das Regierungsgebäude des Generalgouvernements als absolut repräsentables geschlossenes Haus dastehen müsse.

Staatssekretär Dr. Bühler hält jedoch eine scharfe Trennung zwischen der reinen Spitzenverwaltung und den Außenbehörden wie etwa der Forstverwaltung für notwendig. Die Forstverwaltung und z.B. auch die landwirtschaftliche Verwaltung könnten sehr wohl außerhalb des Regierungsgebäudes untergebracht werden. Für das Amt des Generalgouverneurs würde seiner Ansicht nach ein Gebäude wie das der Bergakademie ausreichen.

Stadthauptmann Dr. Schmidt weist im Zusammenhang mit der geplanten Umgestaltung des Stadtbildes von Krakau auf die bevorstehende Evakuierung der Juden hin. Etwa 60- bis 70 000 Juden hätten bislang ein ganzes Stadtviertel bewohnt, einige Tausende auch noch außerhalb dieses Viertels Wohnungen inne gehabt. Wenn die Juden nun evakuiert würden, dann wäre ein ganzes Viertel frei und könne evtl. für die Unterbringung von Polen nutzbar gemacht werden. Eine Planung für die Stadt Krakau könne nur generell durchgeführt werden, und dabei sei es von größter Bedeutung, zu wissen, über welche Räume man verfüge.

15. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r mißt der Evakuierung der Judenviertel weniger Bedeutung bei, geht vielmehr von dem Bestreben aus, durch die Judenevakuierung gewonnenes Gelände zu Parks und Freigelände umzugestalten.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Stadthauptmann Dr. Schmidt, daß zur Zeit 4500 Reichsdeutsche im Bezirk der Stadt Krakau wohnten. Falls die Familien der Beamten und Angestellten übersiedeln würden, müsse man mit etwa insgesamt 12 000 Menschen rechnen. Interessant sei übrigens die Tatsache, daß von Seiten der Polen bereits ein Bebauungsplan vorgelegen habe, dem ein Kostenanschlag von 32 Millionen Zloty zugrunde gelegt worden sei. Man werde heute etwa mit dem doppelten Betrag rechnen müssen. Auch an eine Neugestaltung der Kanalisation müsse unbedingt herangegangen werden, da bei Hochwasser eine größere Anzahl von ~~Städten~~ unter Wasser gesetzt werde. Die Anlage einer einigermaßen modernen Kanalisation werde einen Kostenaufwand von 30 bis 40 Millionen Zloty erheischen. Die Wasserversorgung der Stadt Krakau sei mengenmäßig sehr reichlich. Es werde auch alles mögliche getan, um das Wasser in einen genußfähigen Zustand zu versetzen. Zur Zeit werde eine Klärungsanlage mit einem Kostenaufwand von 20 bis 25 000 Zloty fertiggestellt. Nach Fertigstellung der Anlage werde man trinkbares Wasser haben. Der letzte große Rohrbruch hänge wohl mit der Gestaltung der Bodenverhältnisse zusammen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, daß die alten Rohre erneuert werden. Im übrigen müsse nunmehr die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Bauwesens vollkommen zentral geleitet werden. Die Planungen der Stadt müßten mit den anderen Bauvorhaben in Verbindung gebracht werden. Verantwortlich für das Stadtbild im ganzen sei selbstverständlich immer der Stadthauptmann. Für die innere Ausgestaltung behalte er sich allerdings seine Entscheidung vor, im übrigen wolle er aber den beteiligten Stellen freie Verfügung lassen.

Stadthauptmann Dr. Schmidt macht weiter Mitteilung davon, daß der Bahnhof weiter nach Norden gelegt werden solle. Das hierfür aufgestellte Projekt habe den Vorteil, daß die Geleisanlagen nicht geändert zu werden brauchten.

Geheimrat

15. Juli 1940.

Geheimrat Rattinger bezeichnet als vordringlichste Aufgabe die Aufstellung eines generellen Bebauungsplanes für die Stadt. Zuständig dafür müßte das Stadtbauamt sein.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß das Stadtbauamt den Auftrag für die Aufstellung eines solchen Bebauungsplanes erhält. Der endgültige Bebauungsplan müßte dann in Form einer Verordnung festgelegt werden.

Stadthauptmann Dr. Schmidt bemerkt, daß er auch im Rahmen des neuen Bauplanes für die Stadt Krakau gewisse Wünsche nach Eingemeindungen von umliegenden Ortschaften habe. Er nehme im übrigen an, daß ein polnischer Generalbebauungsplan vorliege, der vielleicht eine Grundlage für die Weiterarbeit bilden könnte. Er habe zwar in der Stadtverwaltung einen polnischen Architekten, doch müßte wohl über dem Ganzen ein deutscher Architekt stehen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht die Schaffung eines Spezialreferats für diesen Bebauungsplan. Nun frage sich aber noch, wer für die Fassadenbildung der Gebäude verantwortlich sein soll. Die Baupolizeibehörde habe doch wohl lediglich technisch-polizeiliche Funktionen zu erfüllen und könne deshalb für künstlerisch-ästhetische Aufgaben nicht in Frage kommen. Jedenfalls müsse in all' diesen Fragen die letzte Entscheidung beim Stadthauptmann liegen.

Geheimrat Rattinger hält neben der Aufstellung eines Bebauungsplanes die Schaffung einer Bauordnung für besonders wichtig.

Auf einen Hinweis des Baurats Gerhards betont der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r , daß selbstverständlich die Bauten des Generalgouverneurs niemals von der Stadtverwaltung genehmigt werden dürften. Die Staatsbauten ständen für sich allein, doch müßten auch sie in den Gesamtplan eingereiht werden. Deshalb bedürfe es einer allgemeinen Bauordnung. Der Stadthauptmann erhalte für seine Baubehörde einen deutschen Architekten, und es werde nun ein Sonderreferat in Gestalt eines Stadtplanungsamtes geschaffen. Im Zusammenhang mit dieser Stadtplanung würden dann auch die Fragen wegen der Eingemeindung erledigt werden. Dann würde eine Bauordnung für die Stadt zu schaffen sein. In entscheidenden Fällen müßte die Bauordnung Auskunft

geben,

geben, und allenfalls müßten der Stadthauptmann oder der Distriktchef oder der Generalgouverneur imstande sein, eine Unmöglichkeit zu verhindern. Das sei eben nur durch die Genehmigung der Baupläne und des vorliegenden Materials möglich.

Stadthauptmann Dr. Schmidt bemerkt, daß er auf dem Gebiete des Bauwesens schon verschiedentlich habe eingreifen müssen. Es bestehe z.B. eine polnische Bauordnung, nach der mit Rücksicht auf einen kommenden Krieg nur Flachbauten errichtet werden dürften. Was von diesen Bauten noch nicht fertig sei, müsse jetzt nach seiner Anordnung mit richtigen Dächern versehen werden. Weiter habe er angeordnet, daß die Gartenzäune nicht mehr in der alten Form hergestellt, sondern daß grüne Naturzäune - Hecken - gepflanzt würden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werden dann den Teilnehmern von Gouverneur Dr. Wächter und Stadthauptmann Dr. Schmidt verschiedene Karten vorgelegt, an Hand deren die wichtigsten Neubauten und Neugestaltungen der Stadt Krakau erläutert werden.

Bei dieser Gelegenheit gibt Geheimrat Rattinger seinem Wunsche nach einer größeren Geschlossenheit der Gebäude Ausdruck.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht noch verschiedene Änderungen insbesondere hinsichtlich der Linienführung der deutschen Straßen.

Abschließend werden dann noch Pläne für die Neugestaltung des Warschauer Schlosses Belvedere vorgelegt, die die Billigung des Herrn Generalgouverneurs finden.

Krakau-Burg.

Dienstag, den 16. Juli 1940.

9^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{10} Bereichsleiter Schalk berichtet über Parteiangelegenheiten.

10^{40} Besprechung mit Hauptsturmführer Buchner und Untersturmführer Löv.

Hauptsturmführer Buchner überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Photographie des Musikkorps der berittenen Schutzpolizei, das unter Stabsführung des Musikleiters Plaschko dem Herrn Generalgouverneur zum 40. Geburtstag ein Ständchen im Hofe der Burg gebracht hat.

10^{50} Besprechung mit Hauptschriftleiter Zarske.

Hauptschriftleiter Zarske teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß durch das völlige Versagen des Leiters der Abteilung Presse und Propaganda im Amte des Generalgouverneurs der vorbereitete Bericht über die Gründung der Stadt Deutsch-Przemysl in der Warschauer und Krakauer Zeitung so lange zurückgehalten werden mußte, daß er erst heute erscheinen konnte. Als Beleg dafür, wie sonst in reichsdeutschen Zeitungen diese Nachricht aufgenommen wurde, übergibt er die Nummer des Ostdeutschen Beobachters vom Sonntag, dem 14. Juli 1940, in welcher auf der ersten Seite in großer Aufmachung die Tatsache der Gründung der Stadt Deutsch-Przemysl gebracht wird.

Daraufhin telefoniert der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r mit Dr. Freiherr du Prel und rügt auf das schärfste dieses Verhalten. Er erklärt, daß er künftig die ostpolitischen Probleme in dem Gebiet, das der Führer ihm zu seiner persönlichen ausschließlichen Verantwortung übergeben habe, sich selbst vorbehalten werde.

Hauptschriftleiter Zarske wird zum Pressechef des Herrn Generalgouverneurs ernannt und ist dem Herrn Generalgouverneur in dieser Eigenschaft unmittelbar für die Führung der ostpolitischen

Probleme

16. Juli 1940.

Probleme im Generalgouvernement verantwortlich.

00

Besprechung mit Finanzpräsidenten Spindler, Oberregierungsrat von Streit und Geheimrat Rattinger.

In dieser Besprechung wird zu den finanziellen Aufwendungen für die Neubauten im Bereich des Generalgouvernements Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur berichtet über das Ergebnis der am gestrigen Abend stattgefundenen Besprechung über das Bauprogramm, soweit es für das Generalgouvernement finanzielle Aufwendungen notwendig macht. Die einzelnen Bauvorhaben werden einer gründlichen Prüfung nach der finanziellen Seite unterzogen, wobei Finanzpräsident Spindler im allgemeinen gegen die veranschlagten Summen keine Einwendungen zu erheben hat.

10

Besprechung mit Finanzpräsidenten Spindler und Oberregierungsrat von Streit.

Finanzpräsident Spindler bemerkt zunächst, daß der vorübergehende Aufenthalt des Herrn Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk in Krynica zu einer Zeit stattgefunden habe, als der Reichsfinanzminister mit Recht habe annehmen müssen, daß der Herr Generalgouverneur nicht im Generalgouvernement gewesen sei. Er habe auch sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, was an Staatseigentum dem Generalgouvernement gehöre. Das Generalgouvernement werde sich in zunehmendem Maße darauf einrichten müssen, Reichsland zu werden, und daher sei es notwendig, ein klares Bild über diese Eigentumsverhältnisse zu gewinnen. Er Er habe z.B. dem Generalleutnant Schindler gegenüber erklärt, daß als Rechtsnachfolger des polnischen Staates zunächst nicht das Deutsche Reich oder gar ein Spezialfiskus des Deutschen Reiches in Betracht komme, sondern daß das Generalgouvernement als Rechtsnachfolger eingetragen werden müsse. Die Frage werde z.B. auch bei den großen Wehrmachtsplätzen eine Rolle spielen. Es bedürfe deshalb einer Vermögensaufstellung des Generalgouvernements. Man

müsse

16. Juli 1940.

Man müsse allmählich aus der Treuhänderei heraus und in eine reguläre Rechtsentwicklung hineinkommen. Ein so gigantisches Werk wie Stalowa Wola könne unmöglich auf die Dauer einem Treuhänder unterstehen. Es müßte also zunächst Klarheit darüber geschaffen werden, in welcher Rechtsform konstitutiv und deklaratorisch das Generalgouvernement als Eigentümer in diese Dinge eingetreten sei. Man müsse also von dem treuhänderisch verwalteten früheren Staatsvermögen zu einer Art Staatsvermögensverwaltung des Eigentums des Generalgouvernements übergehen. Dafür würde wohl die Feststellung genügen, daß der Eigentumsübergang im Oktober 1939 eingetreten sei. Dann müßte gegebenenfalls die Dienststelle eines neu zu schaffenden Amtes im Namen des Generalgouvernements und des Generalgouverneurs einen Pachtvertrag bezüglich dieses Eigentums mit irgendeiner Firma abschließen. Ein Treuhänder habe überhaupt keinen Überblick über die Dinge, besonders bei so gigantischen Werken wie Stalowa Wola oder den Flugzeugwerken. Aus dieser Regelung würde eine klare rechtliche Grundlage erstehen, aber auch für den Pächter wäre diese Regelung nur von Vorteil. Selbstverständlich könne es sich hier nur um die großen Werke und Betriebe handeln, aber diese großen Werke müßten unter allen Umständen in das Eigentum des Generalgouvernements übergeführt werden.

Finanzpräsident Spindler gibt zu bedenken, daß er nicht in der Lage sei, Pachtverträge abzuschließen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß hier eine Vereinbarung mit der Abteilung Wirtschaft, die jetzt die wirtschaftliche Betreuung zu übernehmen habe, getroffen werden müsse.

Abschließend wird kurzx zu der Frage Stellung genommen, ob das Bad Buskow auch von Juden benutzt werden dürfe.

Der Herr Generalgouverneur hat dagegen an sich nichts einzuwenden, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die Juden von den anderen Besuchern des Bades streng abgesondert bleiben.

Besprechung mit Dr. Freiherr du Prel.

Mittwoch, den 17. Juli 1940.

45 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Landgerichtsrat Dr. Keith.

40 Besprechung mit dem Direktor des Instituts für deutsche Ostarbeit, Dr. Coblitz.

Dr. Coblitz berichtet über die Gründung zweier Sektionen des Instituts, und zwar zunächst der Sektion für Landeskunde, die in die beiden Abteilungen für Geographie und Raumforschung untergeteilt werden soll. Er teilt mit, daß er zunächst die Leitung der Sektion nur kommissarisch einer Persönlichkeit übertragen habe, die aber nicht geeignet sei, die Leitung dauernd zu behalten. Ferner sei die Sektion "Volkstum und Rasse" gegründet. Zu ihrem Leiter habe er Dr. Arlt bestimmt. Diese Sektion habe übrigens schon vor ihrer formellen Gründung die Arbeit in Angriff genommen.

Dr. Coblitz wirft dann die Frage auf, ob die seinerzeit von Landrat Dr. Siebert dem Herrn Generalgouverneur überreichte Schrift: "Die ukrainische Volksgruppe im Generalgouvernement" einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Er habe weiter eine Denkschrift über die Gründung einer ukrainischen Arbeitsgemeinschaft erhalten. Es handele sich für das Institut um die Frage, ob gegebenenfalls eine Ortsgruppe eingebaut werden soll. Er müsse allerdings noch Mitarbeiter suchen, die auf diesem Gebiet verantwortlich arbeiten könnten und auch die notwendigen Vorkenntnisse besäßen.

Von besonderer Wichtigkeit sei für ihn die Frage der Verwaltung der früheren Universitätsdruckerei. Ministerialrat Plodeck habe die Verwaltung der Druckerei mittlerweile auf das Institut übergeleitet, und es könnten seiner Ansicht nach irgendwelche Ansprüche des Verlagsleiters Strotzig hier nicht geltend gemacht werden.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß diese Druckerei bei dem Institut verbleibe, und stellt in Aussicht, daß er die Druckerei demnächst besichtigen werde.

Dr. Coblitz

17. Juli 1940.

Dr. Coblitz gibt dann eine kurze Schilderung über den gegenwärtigen Zustand dieser Druckerei, bei der es noch an manchem fehle, deren Maschinen ergänzt werden müßten usw. Es handele sich bei dieser Druckerei um ein Stiftungsvermögen der Universität, und dieses könne deshalb nur für den gleichen Zweck wieder verwendet werden. Der Reingewinn von etwa 30 000 Zloty müßte demnach dem Institut für wissenschaftliche Veröffentlichungen gehören.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß in die Behandlung dieser Frage auch Oberregierungsrat von Streit eingeschaltet wird. Er verfügt weiter, daß die Universitätsdruckerei Vermögensbestandteil des Instituts für Deutsche Ostarbeit werde und die Verwaltung vom Direktor des Instituts geführt wird. Außerdem gibt er dem Wunsche Ausdruck, einen ihm von Landgerichtsrat Dorn empfohlenen Drucker für die Arbeiten an der Universität heranzuziehen.

Dr. Coblitz überreicht dann dem Herrn Generalgouverneur ein nur für den Dienstgebrauch bestimmtes Manuskript der Publikationsstelle in Berlin-Dahlem, das den Titel trägt: "Flucht ins Ungewisse" von Melchior Wankowicz.

Dr. Coblitz schlägt dann dem Herrn Generalgouverneur die Berufung des Professors Dr. Brüske aus Greiffsfeld als Wissenschaftler für das Institut vor.

Weiter berichtet Dr. Coblitz über einen Besuch von Vertretern des Reichsministeriums für Erziehung und Unterricht im Institut. Sodann bittet er um die Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs, im Rundfunk einen kurzen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Instituts geben zu dürfen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Zustimmung dazu.

Dr. Coblitz ergänzt seinen Bericht noch durch den Hinweis, daß er mittlerweile den Bibliothekar Dr. Witte für die Bibliothek des Instituts gewonnen habe.

Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter.

12⁰⁰

17. Juli 1940.

Verabschiedung des Dr. Freiherr du Prel und Geschäftsübergabe an Gaupropagandaleiter Schmidt.

An dem im Bankettsaal der Burg stattfindenden feierlichen Akt nehmen u.a. Persönlichkeiten

Staatssekretär Dr. Bühler,
SS-Obergruppenführer Krüger,
Gouverneur Dr. Wächter,
Intendant Stampe und
Hauptschriftleiter Zarske

teil.

Dr. Freiherr du Prel bittet den Herrn Generalgouverneur, vor der Übergabe der Geschäfte der Propaganda-Abteilung an Gaupropagandaleiter Schmidt, einen Überblick über die bisher geleistete Arbeit der Abteilung an Hand von im Saal aufgelegtem Material geben zu dürfen.

Dr. Freiherr du Prel erläutert darauf das ausgestellte Material, das eine Fülle des Interessanten aus dem Arbeitsgebiet der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda bietet. Dr. Freiherr du Prel zeigt an Hand von bildlichen Darstellungen, wie sich die Tätigkeit der Abteilung auf dem Gebiete des Kinos, der Herstellung von aktuellen Photographien, der Presse, des Rundfunks, der kulturellen Belange, insbesondere der Literatur,usw. im Laufe der vergangenen 7 Monate entwickelt hat. Dann überreicht Dr. Freiherr du Prel dem Herrn Generalgouverneur eine Kassette, die eine Auswahl von Reden des Herrn Generalgouverneurs enthält, ferner eine Chronik des Generalgouvernements sowie wertvolle Artikel von Autoren aus dem Reich über das Generalgouvernement und andere interessante Dokumente.

Dr. Freiherr du Prel schließt seinen interessanten Vortrag mit den Worten:

Damit melde ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, den Vollzug des Aufbaues der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda im Amte des Generalgouverneurs. Ich übergebe Ihnen hiermit die Abteilung und bitte Sie, mich aus Ihrem Dienst zu entlassen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r richtet folgende Worte an Reichsamtsleiter Dr. Freiherr du Prel:

Lieber

17. Juli 1940.

Lieber Dr. du Prel!

Ich darf Ihnen wohl im Namen des Führers und des Reiches den Dank für Ihre wirklich hervorragende und vorbildliche Arbeit im Generalgouvernement zum Ausdruck bringen. Sie haben sich vom ersten Augenblick des Entstehens dieses neuen großen Machtgebietes im Osten immer persönlich der Gesamtarbeit in einer so erfolgreichen Weise zur Verfügung gestellt, daß ich es als einen der glücklichsten Umstände bezeichnen muß, wenn gerade Sie es waren, der die Grundlagen für diese Arbeit auf diesem engeren fachlichen Gebiet im Generalgouvernement gelegt hat. Ich glaube, auf diesen Fundamenten kann man vorläufig weiterarbeiten. Sie sind nun vom Reichspressechef zu neuen großen Aufgaben berufen worden. Er hat mich dringendst ersucht, auf Sie Verzicht zu leisten. Ich habe es nur sehr schwer über mich gebracht, diesen Verzicht auszusprechen. Ich sehe aber ein, daß eine so hervorragende Arbeitskraft wie die Ihrige nunmehr am Abschluß des Aufbaues ihrer eigenen Arbeitsleistung im Generalgouvernement an wichtigerer, geeigneterer Stelle Verwendung finden muß. Wenn ich mich nun von Ihnen als einem bewährten Parteigenossen verabschiede, so erinnere ich mich, daß Sie schon in früheren Jahren beim Aufbau der deutschen Rechtsfront und des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes erfolgreiche Arbeit geleistet haben. Daß Sie nunmehr berufen waren, mir auch bei dem Aufbau dieser neuen Aufgabe zu helfen, war ein schönes Symbol; und daß Sie es so erfolgreich in die Tat umsetzten, war ein Ausdruck Ihrer hohen Begabung, Ihres streng nationalsozialistischen Willens und Ihrer Erfolg verheißenden Selbstsicherheit. Ich bin daher in diesem Augenblick sehr bewegt, von Ihnen Abschied nehmen zu müssen. Ich hoffe aber, daß Sie doch gerade angesichts Ihrer hervorragenden Leistung in diesem Gebiet sich auch in Ihrer künftigen Wirkungsstätte gern an die polnische Zeit und an den Aufbau des deutschen Lebens in diesem früher polnischen Raum erinnern werden. Ich glaube daher auch, daß Sie uns öfter besuchen werden. Ich selber lade Sie ein, jeder Zeit mit Gästen hier zu erscheinen. Sie werden mich und meine Mitarbeiter stets für Ihren Besuch bereit finden.

Als

17. Juli 1940.

Als Zeichen meiner Anerkennung möchte ich Ihnen eine kleine Erinnerung an das Generalgouvernement überreichen. Eine der schönsten Stellen des Generalgouvernements ist das Meerauge. Dieses Bild hier ist von einem einheimischen Künstler gemalt worden. Ich darf Sie bitten, es als Zeichen meiner äußeren Anerkennung und zugleich als Erinnerung an die Tätigkeit im Generalgouvernement entgegenzunehmen.

Dr. Freiherr du Prel dankt dem Herrn Generalgouverneur in sichtlicher Ergriffenheit und bittet den Herrn Generalgouverneur, das Vertrauen, das er ihm immer entgegengebracht habe, auf seinem Mitarbeiter und seinen Nachfolger im Amte zu übertragen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert darauf mit folgenden Worten:

Wenn ich Sie jetzt verabschiede, Herr Dr. Freiherr du Prel, so gebührt auch Ihren Mitarbeitern der Dank, und ich möchte daher auch bei dieser Gelegenheit den Herren meinen Dank sagen, die beim Aufbau der Arbeiten in den Distrikten so schöne Leistungen vollbracht haben. Ich habe den Eindruck, daß Sie alle, meine Herren, sich mit voller Tatkraft auch dem Nachfolger des Parteigenossen Dr. Freiherr du Prel zur Verfügung stellen werden.

Indem ich Sie, Herr Dr. Freiherr du Prel, hiermit Kraft der mir erteilten Vollmacht von dem Amt des Leiters der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda enthebe, berufe ich Sie, Parteigenosse Schmidt, kommissarisch in dieses Amt eines Abteilungsleiters. Die Aufgabe, die Sie zunächst kommissarisch übernehmen, ruht in der Totalität der Führung dieser Abteilung, die Sie verpflichtet, stets in enger Fühlungnahme mit den Belangen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu arbeiten. Ich habe deshalb auch vor, mich unmittelbar nach meiner Rückkunft aus Berlin mit Ihnen zusammenzusetzen und grundsätzlich die Arbeit zu besprechen, die ich von Ihnen erwarte. Sie wissen: was Ihnen hier bevorsteht, ist eine ungeheure Arbeit, vollkommen neuartig, sie bedarf des Einsatzes einer ganzen Persönlichkeit. Sie dürfen vor keinerlei Schwierigkeit und Härte zurückschrecken; denn es geht hier um die Erringung eines neuen Lebensraumes für unser deutsches Vaterland. Daher müssen hier auch ganz andere Formen und Methoden in immer steigendem Maße Anwendung finden,

als

als sie in der deutschen Heimat gelten.

Indem ich Ihnen dieses Amt übertrage, spreche ich die Erwartung aus, daß Sie, wie bisher schon in der Bewährung, die Sie in der Partei des öfteren gezeigt haben, vor allem daran denken, daß der Nationalsozialismus das große Ereignis und die fortwirkende elementare Gewalt des Sieges der Partei darstellt. Ohne die Partei wären wir nichts, und ohne den Impuls der nationalsozialistischen Weltanschauung hätten wir keinen Kampf bestehen können. Ich sehe in Ihnen nicht nur den Repräsentanten der allgemeinen Funktionen Ihres Ministeriums, sondern vor allem den nationalsozialistischen Parteigenossen und Mitkämpfer.

Meine Herren Mitarbeiter, ich bitte Sie, Ihre Leistungen nun auch auf den Nachfolger des Reichsamtsleiters Dr. Freiherr du Prel zu übertragen. Ich rechne mit Gewißheit gerade darauf, daß Sie, meine Herren, nunmehr dem Parteigenossen Schmidt, der als Nachfolger des Herrn Dr. Freiherr du Prel in das Amt eintritt, in jeder Weise in treuer Disziplin zur Verfügung stehen. Sie aber, Parteigenosse Schmidt, müssen daran denken, daß diese Herren aus den Distrikten und Abteilungen Ihres eigenen Amtes nunmehr in jeder Weise auch Ihnen zur Verfügung stehen. Sie erwarten von Ihnen, daß Sie ein klarer, selbstsicherer, nüchterner und nationalsozialistischer Chef sein werden, der aber auch ein offenes Herz für die Angelegenheiten seiner Gefolgschaft hat. Ich spreche Ihnen dazu meine Wünsche und Hoffnungen aus.

Sie, Parteigenosse Zarske, berufe ich zum Pressechef des Generalgouverneurs, der im engsten Zusammenhang mit der Abteilung Presse und Propaganda zu arbeiten hat. Sie sind in Ihrer Eigenschaft als Hauptschriftleiter selbstverständlich in das Amt eingegliedert. Sie haben auch den allgemeinen Weisungen, die für die Pressepolitik notwendig sind, bedingungslos Folge zu leisten, sind aber für mich und meine Arbeit der Presseverbindungsmann.

Sonst habe ich in diesem Augenblick nichts zu vollziehen und erkläre daher diesen Akt für geschlossen.

Im Anschluß an den feierlichen Akt der Amtsübergabe werden im Türkensaal einige Wochenschauen gezeigt, denen ein filmischer Bericht in polnischer Sprache, von einem polnischen Schauspieler gesprochen, vorangeht.

17. Juli 1940.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Intendant Stampe, Architekten Köttgen und Horstmann.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt in Anlehnung an die Besprechung vom Montag, dem 15. Juli nochmals ein anschauliches Bild über die großen Bauvorhaben in Krakau. Dabei werden auch die Ausbauten der Gebäude in Krzeszowice und des für die Verwaltung der Kanzlei Burg bestimmten Schloßteiles besprochen.

Weiter wendet sich das Gespräch den Umbauten im Deutschen Theater zu.

Intendant Stampe berichtet über die zur Zeit im Gang befindlichen Arbeiten und kann mitteilen, daß auch der technische Apparat demnächst vollkommen modernisiert sein wird. Er geht dann auf die Theaterfrage als solche ein und gibt ein Bild dessen, was in szenischer Beziehung mit und auf der Bühne des Deutschen Theaters geleistet werden kann. Auch hier werden einige Umbauten erforderlich sein.

Intendant Stampe macht ferner Mitteilung darüber, wie er sich die Ausgestaltung des Spielplanes für die Herbst- und Wintermonate 1940/41 denkt. Bei dieser Gelegenheit bedauert er den Mangel geeigneter Räume für Proben, die leider bis auf weiteres auf der Bühne selbst werden stattfinden müssen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich bereit, gegebenenfalls für Theaterproben einen Saal des Schlosses zur Verfügung zu stellen. Im übrigen ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß Intendant Stampe sich in allen baulichen Fragen mit den Architekten ins Benehmen setzen solle.

Intendant Stampe teilt dann noch mit, daß ihm für das Bühnen- und technische Personal zwei Häuser zur Verfügung gestellt worden seien, von denen das eine 32, das andere 21 Zimmer habe. Leider fehle es vorläufig noch völlig an Möbelstücken. Es werde ihm gelingen, aus früheren jüdischen Haushalten die notwendigen Möbel zu beschaffen, für deren sorgsame Behandlung und Aufbewahrung er selbstverständlich Sorge tragen werde.

Besprechung mit Dr. Hanns Rohr.

Im Anschluß an einen eingehenden Bericht des Dr. Hanns Rohr über seine bisherigen Arbeiten zur Gründung eines philharmonischen

Orchesters

17. Juli 1940.

Orchesters trifft der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r folgende Anordnung:

1. Aus den ersten Kräften des ehemaligen "Warschauer Symphonieorchesters", des "Warschauer Opernhausorchesters", des "Warschauer Rundfunkorchesters" und der "Krakauer Musikerschaft" wird das "Philharmonische Orchester des Generalgouvernements" gegründet.
2. Die Kosten des Philharmonischen Orchesters des Generalgouvernements übernimmt das Generalgouvernement.
3. Zum Chef des Orchesters ernenne ich den Herrn Kapellmeister Dr. Hanns Rohr-München.
4. Zum Verwaltungschef des Philharmonischen Orchesters des Generalgouvernements bestimme ich eine Persönlichkeit, die mir noch nach Verständigung von Dr. Hanns Rohr mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh baldmöglichst vorzuschlagen ist.
5. Das Philharmonische Orchester des Generalgouvernements untersteht mir mit seinem Chefdirigenten.

Den weiteren Anordnungen des Herrn Generalgouverneurs entspricht der Chefdirigent des Orchesters Dr. Hanns Rohr wörtlich und sinngemäß mit folgender Formulierung:

1. Es sollen stattfinden in Krakau:
   a) 6-8 große Konzerte im Abonnement für die Deutschen im Deutschen Theater zu Krakau und bei besonderen feierlichen Anlässen.
   b) Für die Polen in entsprechender Anzahl sowie Volkssymphoniekonzerte zu verbilligten Preisen im "Alten Theater".
2. Es sollen stattfinden in Warschau:
   (vorgesehen im"Theatr Polski") in gleicher Anzahl.
3. In Radom und Lublin:
   Sinngemäß und dem Bedürfnis dieser Städte entsprechend.
4. In Werkkonzerten (z.B. Gewehrfabrik Radom)
   mit verkleinertem Orchesterapparat und entsprechend verständlichem Programm.

Dem hohen künstlerischen Wert dieses Orchesters entspricht sein voller Einsatz als wichtigstes kulturelles und politisches Instrument in den Händen des Herrn Generalgouverneurs. Als solches ist sein Einsatz im Winter 1940/41 in Berlin und anderen Großstädten des Deutschen Reiches vorgesehen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß er den Etat des Orchesters schon mit Herrn Oberregierungsrat von Streit besprochen habe. Mit der Durchschnittssumme von 500 Zloty je Orchestermitglied und einem Maximum von 680 Zloty

für

für Konzertmeister und erste Kräfte war der Herr Generalgouverneur vollauf einverstanden. Gegen Ansetzung geringerer Bezüge spricht sich der Herr Generalgouverneur aus.

Zum Verwaltungs- und Probensitz des Orchesters wird das Alte Theater in Krakau mit den Räumen des Konservatoriums bestimmt.

Über bauliche Veränderungen bzw. Restaurierungen, Einrichtung eines Büros usw. ist sofort mit Geheimrat Rattinger Fühlung zu nehmen. Das Orchester, soweit es aus Warschauer Mitgliedern besteht, siedelt ab 15. August nach Krakau über. Beginn der Probentätigkeit: 1. September, Beginn der Konzerttätigkeit: 1. Oktober 1940.

Obige Punkte sind sofort mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler, der Finanzabteilung und dem Stadthauptmann sowie mit dem Amt für Volksaufklärung und Propaganda zur umgehenden Durchführung und zum reibungslosen Einsatz der künstlerischen Tätigkeit zu erledigen.

Außerdem beauftragt der Herr Generalgouverneur Dr. Hanns Rohr, einen Konzertflügel für die Burg zu kaufen, der gegebenenfalls für Kammermusikabende zur Verfügung stehen soll.

Besprechung mit Major Hartog und Ministerialdirektor Dr. Emmerich.

Major Hartog berichtet von den Eindrücken, die er auf einer Dienstreise nach Radom gewonnen hat.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dem Ministerialdirektor Dr. Emmerich die Vollmacht, sich diejenigen Mitarbeiter auszusuchen, die er für die Durchführung der Aufgaben seines Bereiches für geeignet hält.

Major Hartog legt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Brief an den Herrn Generalfeldmarschall Göring in der Angelegenheit der Dienststelle des Vierjahresplans vor, der vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet wird.

Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage der Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan besprochen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß die noch verbleibenden Aufgaben aus dem

Bereich

17. Juli 1940.

Bereich dieser Dienststelle auf die neue Dienststelle des Wirtschaftsrates übergehen sollen.

Weiter wird zu der Frage Stellung genommen, welche größeren Werke und Anlagen nunmehr in das Eigentum des Generalgouvernements übergehen sollen. Dabei wird auch gleichzeitig das Problem der Abschließung von Pachtverträgen einer Prüfung unterzogen. Jedenfalls soll nach dem Willen des Herrn Generalgouverneurs eine klare Scheidung zwischen Staatseigentum und Privateigentum herbeigeführt werden.

Dem Vorschlag des Ministerialdirektors Dr. Emmerich auf Errichtung einer Stelle für einen Bergsachverständigen besonders für die Erdölgerechtsame und Schaffung eines neuen Bergrechts für das Generalgouvernement stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

5

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Bahnhof zur Fahrt nach Berlin.

Dienstag, den 23. Juli 1940.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Empfang des Generals der Kav. Kienitz mit Oberst Wöhler in Gegenwart des Oberstleutnants von Tschammer und Osten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dem General Kienitz bekannt, daß der Führer die Umänderung des Namens "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete" in "Das Generalgouvernement" verfügt habe und weiter nunmehr die Stellung eines "Militärbefehlshabers im Generalgouvernement" geschaffen worden sei.

General Kienitz schildert dann dem Herrn Generalgouverneur die Verteilung der Befehlsgewalten unter Generaloberst von Küchler, General d.Inf. Frhr. von Gienanth und General d.Kav. Kienitz.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt besonders Gewicht darauf, daß die neu in das Generalgouvernement einrückenden Truppen hinsichtlich der Verpflegung und sonstigen Versorgung nach jeder Möglichkeit vom Generalgouvernement unabhängig gestellt werden müßten, da angesichts der eigenen Ernährungsverhältnisse im Generalgouvernement eine Versorgung dieser Truppen mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln für das Generalgouvernement untragbar sei.

Anschließend gibt General Kienitz eine Schilderung seiner Erlebnisse im Feldzug gegen Frankreich.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh überreicht dem Herrn Generalgouverneur:

1. ein gebundenes Exemplar der im Jahre 1939 im Generalgouvernement erlassenen Verordnungen,
2. ein Exemplar seines Buches "Das Recht des Generalgouvernements" in polnischer Sprache.

Oberlandesgerichtsrat

23. Juli 1940.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dann dem Herrn Generalgouverneur zur Unterschrift vor:

1. Verordnung über die Bestimmung beeideter Landmesser im Generalgouvernement.
2. Verordnung über die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Generalgouvernement.
3. Verordnung über das Vereinswesen im Generalgouvernement.
4. Anordnung zur Einschränkung des Koksverbrauchs der Bewirtschaftungsstelle für Kohle.
5. 8. Durchführungsverordnung zur Zollverordnung.
6. 4. Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsschutzes im Generalgouvernement.
7. 3. Devisenverordnung.

Die Verordnungen werden vom Herrn Generalgouverneur unterschrieben.

Besprechung mit Präsidenten Senkowski und Hauptmann Lose.

Gegenstand der Besprechung ist die Aufteilung der Tabakbestände des führeren polnischen Tabakmonopols zwischen dem Generalgouvernement und dem Reich.

Präsident Senkowski führt aus, daß nach einer zwischen dem Generalgouvernement und dem Reich getroffenen Vereinbarung vom 13. April 1940 die Aufteilung der Rohtabakbestände auf Grund eines Verteilungsschlüssels erfolgen solle. Ein sich zugunsten des Reiches infolge Zuteilung höherwertiger Tabake ergebender Wertüberschuß sei vom Reich unmittelbar an die Generaldirektion der Monopole auf deren Konto bei der Emissionsbank Polen in Krakau zu überweisen. Die vom ehemals polnischen Tabakmonopol im Orient gekauften und durch die Vereinbarung nicht erfaßten Orienttabake sollten entsprechend den festgelegten Grundsätzen zwischen dem Generalgouvernement und dem Reich aufgeteilt werden. Nach einer weiteren Vereinbarung trete an die Stelle des Verteilungsschlüssels eine Aufteilung der Rohtabake des früheren polnischen Tabakmonopols vom 1. Oktober 1939.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für dringend notwendig, daß in die über die Tabakverteilung getroffene Vereinbarungen auch die Wirtschaftsabteilung unter ihrem Abteilungsleiter Dr. Emmerich eingeschaltet wird.

Besprechung mit Major Hartog und Assessor Dr. Loebbecke.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt fest, daß sich infolge der Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan in seiner, des Generalgouverneurs, Stellung als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan nichts ändere. Auf diese Tatsache müsse auch in dem an den Herrn Reichsmarschall Göring gerichteten Schreiben Bezug genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Anordnung:

1. Es wird festgestellt, daß der Herr Generalgouverneur als Bevollmächtigter des Reichsmarschalls Hermann Göring für den Vierjahresplan weiter tätig bleibt.
2. Alle Dinge, die den Vierjahresplan und das Generalgouvernement angehen, müssen ausnahmslos über den Herrn Generalgouverneur geleitet werden.

Besprechung mit Kapellmeister Dr. Hanns Rohr.

Dr. Rohr berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß auch in finanzieller Hinsicht der Gründung des polnischen philharmonischen Orchesters keine Hindernisse mehr im Wege ständen. Er bitte nur noch um die Ernennung des Verwaltungschefs, für den er dem Herrn Generalgouverneur den Assessor Hiesenfeld vorschlage.

Dr. Rohr entwickelt dann dem Herrn Generalgouverneur das für den kommenden Winter vorgesehene Programm.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht vornehmlich Werke deutscher Komponisten aufgeführt zu sehen und kann sich nicht ohne weiteres der Ansicht des Dr. Hanns Rohr anschließen, daß die von ihm für eine Aufführung vorgesehene Symphonie Pathétique von Tschaikowsky gewissermaßen als Brücke vom Westen zum Osten gelten könnte.

Abschließend bestimmt der Herr Generalgouverneur als Heimstätte des Orchesters das sogenannte "Alte Theater" am Stephansplatz in Krakau, das als "Philharmonie" entsprechend ausgebaut werden müßte. Weiter gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsche

Ausdruck,

Ausdruck, daß ähnlich wie für das Deutsche Theater in Krakau auch für die Philharmonie ein Programmheft geschaffen werde, das Beiträge musikalischer Art neben der jeweiligen Konzertfolge bringe. Dazu würde sich z.B. der seinerzeit von Dr. Hanns Rohr gehaltene Vortrag eignen.

Der Herr Generalgouverneur empfiehlt Dr. Hanns Rohr, sich für alle vorkommenden Druckerarbeiten der vorzüglichen Druckerei des Instituts für deutsche Ostarbeit zu bedienen.

Besprechung mit Bankdirigenten Paersch.

Bankdirigent Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur einen gefälschten 100 Zloty-Schein vor und bemerkt dabei, daß die Banknoten der Emissionsbank von der Reichsdruckerei hergestellt würden und ihre Qualität Fälschungen beinahe unmöglich mache. Außerdem sei das Personal der Bank und aller sonstigen Kassen angewiesen worden, größte Aufmerksamkeit etwa vorkommenden Fälschungen zuzuwenden.

Die Besprechung wendet sich dann dem Clearing-Verkehr zwischen dem Generalgouvernement und dem Reich zu, dessen Entwicklung Bankdirigent Paersch optimistisch beurteilt. Von besonderer Wichtigkeit sei hierbei die Frage der Ausfuhr von Waren insbesondere auch der Rüstungsbetriebe in das Reich.

In Bezug auf die Einlagen bei Banken und Sparkassen sei angesichts der Verhältnisse in Rußland zur Zeit ein kleiner Rückschlag eingetreten. Gleichwohl sei zu hoffen, daß man in der nächsten Zeit wieder mit größeren Einlagen werde rechnen können.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für die Besprechung dieser und ähnlicher Fragen für Mittwoch, dem 24. Juli 1940 eine Sitzung an, zu welcher Präsident Kehrl vom Reichswirtschaftsministerium, Dr. Emmerich und die Vertreter anderer interessierter Abteilungen hinzugezogen werden sollen.

Besprechung mit Ministerialrat Wille und Ministerialrat Plodeck.

Ministerialrat Wille trägt dem Herrn Generalgouverneur den Fall des bisherigen Leiters der Verwertungs-G.m.b.H. Heindel vor.

Heindel

23. Juli 1940.

Heindel habe eine Truhe mit Stoffen, Teppichen, Silberwaren und anderen Gegenständen nach Bayern schicken wollen, und es habe den Anschein, als wenn diese Gegenstände auf unrechtmäßigem Wege erworben seien.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Heindel sofort seiner bisherigen Stellung im Generalgouvernement zu entheben ist.

Es wird dann noch kurz zu der Frage des Überganges des Eigentums der frühxer polnischen Werke auf das Generalgouvernement Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt erneut seinem Befremden darüber Ausdruck, daß von Seiten der Heeresverwaltung, also lediglich eines Sektors der Reichsverwaltung, Eigentumsansprüche gestellt werden, die nach Lage der Dinge durchaus nicht gerechtfertigt seien.

Ministerialrat Wille weist darauf hin, daß man im Generalgouvernement vielfach noch nicht davon überzeugt sei, daß die A-B-Aktion nunmehr ihren Abschluß gefunden habe. Das zeige z.B. der Umstand, daß er in Richterkreisen eine gewisse Beunruhigung hinsichtlich dieser Frage habe feststellen müssen.

Der Herr Generalgouverneur bestätigt den Abschluß der A-B-Aktion und erklärt, daß von dieser Tatsache amtlich Kenntnis genommen werden könne.

Ministerialrat Wille weist dann auf gewisse Mißstände hin, die im Gefängniswesen herrschten. Die Gefängnisse seien zumeist überfüllt, und vielfach fehle es an der Möglichkeit einer Beschäftigung für die Insassen. Diese Möglichkeit könne aber geschaffen werden, wenn man sich bereits bestehender Einrichtungen und Betriebe bediene. So gebe es z.B. in einem Gefängnis einen Betrieb mit Webstühlen, auch ein kleines Sägewerk, eine Schlosserei und eine Mühle, die für die Beschäftigung von Gefangenen herangezogen werden könnten. Angesichts der Trennung in Polizei- und Justizgefangene würde es sich empfehlen, wenn z.B. ein Flügel eines Polizeigefängnisses für Justizgefangene zur Verfügung gestellt werden würde.

17²⁵

23. Juli 1940.

Besprechung mit Geheimrat Rattinger und Architekten Horstmann in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Bühler.

Geheimrat Rattinger und Architekt Horstmann erstatten dem Herrn Generalgouverneur eingehend Bericht über die Bauten in Krakau und Warschau. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage besprochen, wie die zukünftige Gestaltung des städtebaulichen Bildes von Krakau sein soll.

Der Herr Generalgouverneur will für die Stadt Krakau kein absolut einheitliches Bild geschaffen sehen, das gewissermaßen einen Unisono-Charakter trägt. Neben der Burg und den historischen Gebäuden der Stadt soll und könne der modernen Entwicklung kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Es wäre durchaus falsch, nun etwa in Krakau alles "verburgen" zu wollen. Ein eigenmodernes Leben müsse man sich auch entfalten lassen.

In diesem Zusammenhang wird zu der Frage des Hotelbaues Stellung genommen, und hier hat Geheimrat Rattinger die Lösung derart gefunden, daß das anschließende Gebäude, das zur Zeit noch in jüdischem Besitz sei, für den Hotelbau in Anspruch genommen wird.

Für den Hotelbau wünscht der Herr Generalgouverneur eine großzügige, moderne und schöne Ausgestaltung im Innern. Das Hotel müsse einer Weltstadt würdig sein. Über diesen Hotelbau müsse sich Geheimrat Rattinger vor allem mit dem Stadthauptmann ins Benehmen setzen.

Der Herr Generalgouverneur geht dann noch kurz auf die Umgestaltung des sogenannten "Alten Theaters" am Stephanplatz zur Philharmonie als der Heimstätte des philharmonischen Orchesters ein.

Geheimrat Rattinger gibt hier seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß es aus finanziellen Gründen nicht möglich sei und sich auch nicht empfehlen werde, dieses Haus völlig umzubauen und neu zu gestalten. Aber erfreulicher-weise lasse sich auch mit einfachen Mitteln aus diesem Gebäude ein dem Zweck entsprechendes Haus herrichten. Jedenfalls könne er in Aussicht stellen, daß die erste Veranstaltung des philharmonischen Orchesters in diesem Hause einen würdigen Rahmen finden werde.

18⁰⁰

23. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Pressechef Hauptschriftleiter Zarske und läßt sich über die neuesten Pressemeldungen Bericht erstatten.

Empfang des Generalobersten von Küchler in Gegenwart des Generals d.Inf. Freiherr von Gienanth, Generalmajor Brauner, Oberstleutnant von Tschammer und Osten und eines Adjutanten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r heißt Herrn Generaloberst von Küchler herzlich willkommen und gibt ihm ein Bild über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement vor allem im Hinblick auf die Neugestaltung der militärischen Befehlsverhältnisse.

Der Herr Generalgouverneur bittet Herrn Generaloberst, überzeugt zu sein, daß er sowie seine Dienststellen alles tun werden, um dem Herrn Generaloberst bei der Durchführung seiner Aufgaben behilflich zu sein. Im übrigen sei er als Generalgouverneur bestrebt, als Treuhänder des Reiches auf dem nicht militärischen Sektor das Gebiet des Generalgouvernements mit demjenigen des Reiches immer mehr in einen Zusammenhang zu bringen. Der Herr Generalgouverneur stellt dem Herrn Generalobersten anheim, seinen Dienstsitz von Bromberg nach Warschau zu verlegen. Er würde ihm dort das Haus der vormals tschechischen Gesandtschaft nach Abschluß der Umbauten im Schloß Belvedere zur Verfügung stellen. Die weite räumliche Entfernung der Stadt Bromberg vom Sitz des Generalgouvernements würde eine solche Umsiedlung gerechtfertigt erscheinen lassen.

Der Herr Generalgouverneur weist dann auf die im Generalgouvernement immer noch bestehenden Ernährungsschwierigkeiten hin und bittet den Herrn Generaloberst, dafür Sorge zu tragen, daß die neu einrückenden Truppen in ihrer Verpflegung und sonstigen Versorgung möglichst nicht die Ernährungslage des Generalgouvernements belasteten. Vor allem müßten jegliche Beschlagnahmen unterbleiben.

Generalmm von Gienanth hebt hervor, daß auf diesem Gebiet militärischerseits eine ganz scharfe Ordnung durchgedrückt werde und daher irgendwelche Befürchtungen in dieser Beziehung

nicht

nicht gehegt zu werden brauchten.

General von Gienanth bemerkt dann noch, daß der im Bau befindliche Grenzgraben nach Sowjetrußland demnächst einer Besichtigung unterzogen werden würde.

Der Herr Generalgouverneur bittet den Herrn Generaloberst von Küchler, in dieser Frage die unbedingte Führung zu übernehmen, worin er, der Generalgouverneur, ihn in jeder Weise unterstützen werde. In der Sicherstellung der Grenze sehe auch er eine seiner vornehmsten Aufgaben. Über die Anlegung der Truppenübungsplätze sei schon seit langem verhandelt worden; der endgültige Plan solle jetzt fertiggestellt werden, seine Aufstellung liege in der Hand des Oberregierungsrats Dr. Schepers.

Oberstleutnant von Tschammer und Osten weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß hinsichtlich der Anlegung der Truppenübungsplätze, auch z.B. derjenigen für die SS, die Entscheidung zum Teil noch ausstehe.

Abendessen zu Ehren des Herrn Generalobersten von Küchler.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt Herrn Generaloberst von Küchler mit folgenden Worten:

Herr Generaloberst!

Ich darf Sie im Namen des Generalgouvernements und aller Deutschen hier in diesem Raum auf das herzlichste willkommen heißen. Ich freue mich ganz besonders, daß Sie mir heute Abend die Ehre geben, im Kreis meiner Mitarbeiter unser Gast zu sein. Ich freue mich umsomehr, als Sie heute Abend mit dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, Herrn General von Gienanth, und Ihren anderen Herren Kameraden erschienen sind. Die schwere und hohe Aufgabe, die Ihnen der Führer nunmehr hier im Osten des Reiches gestellt hat, verpflichtet uns, Herr Generaloberst, zu einer schönen Gemeinschaftsarbeit. Was an mir liegt, und von meinen mir unterstellten Dienststellen der Verwaltung, der Polizei usw. geschehen kann, wird geschehen, um Ihnen diese Aufgabe zu erleichtern. Ich möchte Ihnen aber ganz besonders den Willkommensgruß

23. Juli 1940.

Willkommensgruß des Ostens entbieten, gehören Sie doch zu den Zeugen der denkwürdigen und unvergeßlichen Reichstagssitzung, gehören Sie doch zu den Helden des Dritten Reiches, die der Führer in einer persönlichen Verlautbarung in dieser Reichstagssitzung besonders geehrt hat. Es erfüllt uns mit Genugtuung und Freude, daß Sie, Herr Generaloberst, der Sie den rechtesten Flügel des vorstürmenden deutschen Heeres im Westen mit Ihrem Namen geführt haben, nunmehr den östlichen Flügel der deutschen Wehrmacht hier als taktischer Befehlshaber übertragen erhalten haben. Seien Sie überzeugt, daß auch unser eigenes soldatisches Herz höher schlägt in dem Gefühl, Sie nunmehr bei uns zu wissen.

Ihnen, ~~Herr~~ General Gienanth, darf ich bei dieser Gelegenheit auch meine ersten Glückwünsche als neuberufenem Militärsbefehlshaber im Generalgouvernement entbieten. Es freut mich, daß sozusagen auch in diesem militärischen Titel nunmehr das Generalgouvernement zum Ausdruck kommt, ~~DENN~~ und diese etwas mehr neutrale Bezeichnung "Oberost", die manchmal zu gewissen Schwierigkeiten vielleicht bei denen führen könnte, die in diesen Dingen weniger Erfahrung besäßen als wir beide, nunmehr beseitigt ist und wir beide jetzt durch Dick und Dünn im Generalgouvernement zusammen marschieren können.

Ich hebe mein Glas und trinke auf Ihr Wohl.

Generaloberst <u>von Küchler</u> antwortet dem Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen, Herr Generalgouverneur, von ganzem Herzen und aufrichtigst für den warmen Empfang, den Sie mir geboten haben, für die ehrenden und liebenswürdigen Worte, die Sie heute Abend an meine Person gerichtet haben. Seien Sie überzeugt, Herr Generalgouverneur, daß ich es mir als Ehre und Genugtuung anrechne, daß der Herr Generaloberst von Brauchitsch mit Einverständnis des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht gerade mich dazu bestimmt hat, hier im Osten die Stelle, die mir übertragen wird, auszufüllen. Sie haben uns alle einen kurzen Blick in die Weite und Größe Ihres Aufgabenkreises tun lassen, den der Führer Ihnen gegeben hat. Seien Sie überzeugt: Was an

meiner

meiner Person liegt, und auch am 18. Armeekorps, wir werden stets bestrebt sein, Sie in der Erfüllung dieser Ihrer Aufgabe in jeder Beziehung, sei es friedlich, sei es mit dem Schwert, zu unterstützen.

Krakau-Burg.

Mittwoch, den 24. Juli 1940.

Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatssekretär Dr. Bühler zur Berichterstattung über die allgemeine Lage.

Der Herr Generalgouverneur gibt dann dem Herrn Staatssekretär folgende Verfügung bekannt:

1. Auf unmittelbare Vollmacht des Führers vom 8. Juli 1940 wird die Dienstbezeichnung "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete" mit sofortiger Wirkung umgeändert in: "Generalgouvernement".
2. In allen Dienstbezeichnungen fällt mit sofortiger Wirkung der Zusatz "für die besetzten polnischen Gebiete" weg. Das gleiche gilt auch für den Titel des Generalgouverneurs.
3. Das Amt des Generalgouverneurs führt ab sofort die Dienstbezeichnung: "Regierung des Generalgouvernements", sie untersteht unmittelbar dem Generalgouverneur.
   Die Abteilungsleiter, die diesen Titel in ihrer Dienstbezeichnung führen - also nicht jene Persönlichkeiten, die nur den Rang eines Abteilungsleiters besitzen - führen ab sofort den Titel "Abteilungspräsident".
   Der Staatssekretär wird mit der innerdienstlichen Bekanntgabe dieser neuen Bestimmung beauftragt.

Assessor Dr. Loebbecke legt dem Herrn Generalgouverneur ein Schreiben des Majors Hartog von der Dienststelle des Vierjahresplans zur Unterschrift vor.

Arbeitssitzung.

Thema: Clearing-Verkehr mit dem Reich,
Fragen der Einfuhr und Ausfuhr,
des Eigentumsverhältnisses an polnischen Staatswerken.

(Protokoll siehe Beiakten).

Frühstück.

Besichtigung einer Frontbücherei auf der Burg.

16⁰⁰

697

24. Juli 1940.

Empfang der Puppenspieler von Gerhardt's Marionettentheater.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur zur Unterschrift vor:

1. 2. Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Ernährung und Landwirtschaft im Generalgouvernement.
2. eine Verordnung über die Bestimmung des Begriffs "Jude" im Generalgouvernement.

Die Verordnungen werden vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Bahnhof Krakau zur Besichtigungsreise in den Distrikt Lublin.

Donnerstag, den 25. Juli 1940.

6[32] Ankunft in Lublin.

9[30] Empfang des Herrn Generalgouverneurs auf dem Bahnhof Lublin durch Gouverneur Dr. Zörner, in dessen Begleitung sich der Chef des Amtes des Distrikts Lublin, Dr. Damerau, SS- und Polizeiführer Globocnyk, Stadthauptmann Saurmann, der Stadtkommandant und der Kommandeur der Sicherheitspolizei befinden.

Vor dem Bahnhof ist eine Ehrenkompanie aufgestellt, deren Front der Herr Generalgouverneur abschreitet.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich dann mit seiner Begleitung in die in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs liegende Entlausungsanstalt, die er eingehend besichtigt. Der Leiter der Anstalt gibt eine kurze Darstellung des Zweckes und der Arbeitsmethoden der Anstalt, die auf Grund der neuesten Erfahrungen eingerichtet ist, und in ihren Räumen sowie der sonstigen Ausgestaltung einen vortrefflichen Eindruck vermittelt.

Eine Fahrt durch die Stadt Lublin und das schon äußerlich einen trostlosen Anblick bietende Ghetto führt zur Tabakfabrik, einem durchaus modern eingerichteten und geleiteten Betrieb, in welchem hauptsächlich Rohtabak fermentiert, geschnitten und für die Versendung verpackt wird. In der Verpackungsabteilung sind hauptsächlich Frauen beschäftigt. Auch in sozialer Beziehung bietet dieser Betrieb den in ihm beschäftigten Personen mancherlei Vorteile. Ein großer Speiseraum, ein Raum für den Aufenthalt mit Billard, Tischtennis usw. zeigen, daß dieser Betrieb, in dem im übrigen peinliche Sauberkeit herrscht, durchaus modernen Anforderungen genügt.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich dann mit seiner Begleitung zum Schlachthof der Stadt Lublin. Auch dieser Betrieb ist durchaus modern eingerichtet. Große weite Hallen stehen für den Auftrieb des Viehes zur Verfügung. In der Halle, in der die Tiere getötet werden, wird an zwei jungen Rindern und zwei Kälbern das moderne Verfahren der Tötung bzw. Lähmung durch Gehirnschuß gezeigt. Dieser Vorgang vollzieht sich für die Tiere ohne

jegliche

25. Juli 1940.

jegliche Schmerzempfindung. An einigen Schweinen wird dann das Verfahren der Tötung durch elektrischen Strom gezeigt.

Die nächste Besichtigung gilt der Molkerei. Hier wird das Verfahren der Gewinnung von Magermilch und Butter gezeigt. Von der Molkerei werden die Wehrmacht, die SS, die Polizei sowie sämtliche Reichsdeutsche und Volksdeutsche versorgt.

Die Fahrt führt dann wieder zurück in die Stadt, und hier wird das neu eingerichtete Kinotheater besichtigt, in welchem die neueste Wochenschau vorgeführt wird.

Der Herr Generalgouverneur und seine Begleitung begeben sich dann zu dem Stadttheater, dessen Innenräume in einfacher, aber würdiger Form restauriert worden sind.

15 [Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs im neuen großen Sitzungssaal des Distriktgebäudes. Hier sind die Beamten und Angestellten des Distrikts Lublin versammelt.]

Gouverneur Dr. Zörner richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur!

Es ist mir eine Ehre und Freude, Sie heute hier namens meiner Mitarbeiter wie aller Reichsdeutschen und Volksdeutschen des Distrikts Lublin in unserer Distriktshauptstadt begrüßen zu können. Wir sind uns dessen wohl bewußt, welches Opfer es für Sie bedeutet, wenn Sie es trotz Ihrer sonstigen Inanspruchnahme möglich gemacht haben, in Ihren östlichsten Distrikt zu kommen und sich einmal von Ihrer sonstigen Arbeit freizumachen. Ich bin überzeugt, daß Sie es nicht bereuen werden, hier heraus zu einer Besichtigung gekommen zu sein. Ich hoffe, Sie werden sehen, daß sich hier draußen seit Ihrem letzten Besuch im März, als es noch Schneeberge auf den Straßen gab, manches in Stadt und Land des Distrikts Lublin geändert hat. Das Land Lublin ist zu 80 % auf die Landwirtschaft eingestellt und hängt mit der Landwirtschaft auch in seiner industriellen Gebarung eng zusammen. Der Distrikt Lublin ist - das wissen wir, und wir kennen damit die Verantwortung, die auf uns liegt - , das Ernährungsrückgrat für das Generalgouvernement. Gerade weil wir das wissen, werden wir alles daransetzen, daß insbesondere jetzt von der neuen Ernte an mit

immer

immer mehr sich anbahnenden normalen Verhältnissen der Distrikt Lublin die ihm gestellte Aufgabe im Rahmen des Generalgouvernements und gegenüber dem Herrn Generalgouverneur erfüllen kann und erfüllen wird. Ich darf Ihnen aber, sehr verehrter Herr Generalgouverneur, im Namen aller meiner Mitarbeiter für Ihre Fürsorge und die Initiative danken, die von Seiten des Generalgouvernements hier draußen entwickelt worden ist. Ohne diese Fürsorge und Hilfe wären wir in diesen Monaten nicht soweit gekommen, nachdem der Winter vorbei ist und der Frühling und der Sommer ins Land gezogen sind. Ich weiß mich eins mit allen meinen Mitarbeitern, wenn ich Ihnen die Versicherung abgebe, daß wir wie bisher so auch in Zukunft unsere Pflicht tun und alles daransetzen werden, um Ihnen Ihre große, schwere und ehrenvolle Aufgabe, die Ihnen der Führer gestellt hat, erfüllen zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur hält hierauf folgende Ansprache:

Herr Gouverneur,
meine lieben Arbeitskameradinnen und Arbeitskameraden!

Ich bin gern Ihrer Einladung gefolgt, im Zusammenhang einer Besichtigungsreise auch den östlichsten Teil des Generalgouvernements einen Besuch abzustatten. Ich glaube, daß schon die wenigen Stunden, die wir in der Hauptstadt des Distrikts weilen, mir das Recht geben, meine Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen. Ich habe eine solche Wandlung des äußeren Stadtbildes, in wenigen Monaten geradezu aus Schutt und Asche emporgestampft, noch selten feststellen können. Ich freue mich auch, bei der Besichtigung einzelner Betriebe den Arbeitseifer und die persönliche Initiative bewundern zu können, mit der hier Parteigenossen und deutsche Menschen an die ihnen gestellte so schwierige Aufgabe herantreten.

Wir werden dieses Land nie wieder hergeben. Der Führer hat am 8. Juli dieses Jahres auf meinen Antrag diese Entscheidung gefällt. Es wird nie wieder einen polnischen Reststaat oder etwas derartiges geben. Der Distrikt Lublin gehört wie alle anderen Distrikte im Generalgouvernement im Rahmen des als einheitliches politisches Gebilde gedachten Generalgouvernements in den Bereich des

des Deutschen Reiches. Das Generalgouvernement heißt jetzt nicht mehr "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete", sondern "Deutsches Reich, Generalgouvernement". Das ist von ungeheurer und historisch weittragendster Bedeutung. Damit wird auch klar gesagt, daß nunmehr für Sie, meine Kameradinnen und Kameraden, diese Entscheidung von ungeheurer weitgehender Mission ist. Während man bisher vielleicht noch da und dort denken konnte: Wozu geschieht das alles, wenn man doch nur wieder zurückgibt, was man hier geschaffen hat, und wenn die Polaken doch eines Tages wiederkommen? - so ist diese Frage jetzt nicht mehr am Platze. Im Verhältnis zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich ändert sich zunächst verwaltungsmäßig nichts. Wir bleiben hier im Aufbau, in der Organisation, auch auf den Gebieten von Zöllen, Wirtschaft, Finanzen usw. ein vollkommen eigenartiges Gebilde, aber doch im Rahmen des endgültig hier im Osten gefügten Großdeutschen Reiches. Und damit sind Sie nun, Herr Gouverneur Dr. Zörner, der Chef des östlichsten Distrikts des Großdeutschen Reiches geworden. Es muß uns Deutsche dieser Zeit wie ein ungeheuerlich inneres Erlebnis durchziehen, wenn wir in diesem Augenblick daran denken, daß noch niemals in der deutschen Geschichte zu gleicher Zeit vom Atlantischen Ozean bis an die Pyrenäen und am Bug ein und dieselbe deutsche Reichsflagge weht. Uns Deutsche in diesem Raum, die wir diese imperiale Mission hier zu erfüllen haben, muß es daher mit großem Stolz und großer Genugtuung erfüllen, zu dieser Aufgabe vom Führer aufgerufen worden zu sein. Von den Schwierigkeiten, die sich diesem Werke entgegenstellen, brauchen wir uns gegenseitig nichts zu sagen. Hier hat keiner, ganz gleich, in welcher Dienststelle er sich befand, in welchen Arbeitsräumen er zu wirken begann, vor dem anderen ein Vorrecht gehabt. Hier mußte jeder, vom kleinsten Nagel angefangen, von der Insektenbeseitigung, von dem Fortschaffen von Dreck und Staub, sich seine Arbeitsstätte gründen, er mußte dafür sorgen, daß er irgendwo eine Wohnung bekam und sich in dieser Wohnung allmählich wohlfühlen lernte. Daher ist es für mich nun eine besonders große Freude, Ihnen dafür danken zu können. Vor allem möchte ich Ihnen, Parteigenosse Zörner, dafür danken, daß Sie mit der von mir ja stets anerkannten Tatkraft an die Errichtung der Autorität des Führers und des Reiches in diesem Gebiet herangegangen sind. Dieses Gebiet gehört

dem Führer und dem Reich, es gehört der Totalität der Macht, die heute unser deutsches Volk verkörpert. Es ist nicht das Gebiet irgendeines Teiles dieses Reiches, nicht das Gebiet einer Gliederung, einer Organisation, sondern das Gebiet der Totalität. Und im Namen dieser Totalität des Reiches sind Sie, Herr Gouverneur Zörner, mein Stellvertreter in diesem Distrikt. Ich habe Ihr Wirken aus Dresden gekannt, aus Braunschweig kenne ich es. Als mir der Führer die Möglichkeit gab, mir meine Mitarbeiter aus eigenem Entschluß zu bestimmen, da wußte ich, daß ich keinen besseren finden konnte als Sie. Sie haben mein ganzes Vertrauen. Inwiefern sich die Struktur und der Aufbau unseres Generalgouvernements im Verhältnis zum Deutschen Reich ändern werden, steht noch dahin. Eines aber ist sicher: es liegen absehbare Jahre vor uns, in denen wir diese abgeschlossene eigene Verwaltungswelt und diesen eigenen Wirtschaftsbereich durchhalten müssen. Nunmehr ist ja aber diese Möglichkeit gegeben, Planstellen für die Beamten des Generalgouvernements zu schaffen. Sehr bald wird an Sie, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Frage ergehen, wo Sie bleiben wollen. Ob Sie sich entscheiden werden, hier dauernd Ihre dienstliche Stellung einzunehmen. Das Beurlaubungs- oder Abkommandierungsverhältnis ins Generalgouvernement wird am Kriegsende aufhören. Dann wird eine endgültige Planstellenordnung im Generalgouvernement im engsten Zusammenhang mit dem Reich geschaffen werden. Das gleiche gilt für alle diejenigen, die Parteiämter tragen; auch sie werden sich entscheiden müssen, ob sie nun hierbleiben wollen, ob sie hier ihr Lebenswerk aufbauen oder wieder zurück ins Reich gehen wollen. Mit sofortiger Wirkung aber gebe ich die Möglichkeit frei, daß jeder seine Familie in das Generalgouvernement für dauernd hereinrufen kann. Ich habe damit auch die Bestimmung auf, die bisher galt, nach welcher Besuche für Familienangehörige immer nur für wenige Wochen möglich waren. Ich möchte jedoch sehr darum bitten, von dieser Möglichkeit nur im engsten Einvernehmen mit Ihrer vorgesetzten Dienststelle Gebrauch zu machen, da ja für Unterkunft, Verpflegung, Schulunterricht für die Kinder usw. gesorgt werden muß.

Der Führer hat weiter verfügt, daß Juden in das Generalgouvernement nicht mehr hereintransportiert werden. Im Gegenteil,

auch

25. Juli 1940.

auch die Juden, die im Generalgouvernement wohnen, werden sämtlich auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt, sodaß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei wird. Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden zuläßt (Heiterkeit), werden die Juden Stück um Stück,- Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden. Ich nehme an, daß ich Sie darum nicht zu sehr zu beklagen brauche (erneute Heiterkeit). Ich glaube also, daß wir, wie man so sagt, durch den dicksten Dreck hindurch sind, und daß es nunmehr möglich ist, hier wirklich eine anständige, dienstliche, berufliche und auch Menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen zu errichten. Wenn wir das schon geschaffen haben, dann können wir auch noch weiteres erreichen. Dieser Raum wird in den kommenden Jahrzehnten in zunehmendem Maße mit Angehörigen des deutschen Volkes durchsetzt werden. So, wie die Lebensader der Weichsel dieses Gebilde des Generalgouvernements durchzieht, so ist diese Lebensader nunmehr auch Bestandteil des Systems unseres völkischen Lebens geworden. Der Führer hat auf meinen Antrag den großzügigen Ausbau der Weichsel von der Quelle bis zur Mündung auf Rechnung des Reiches verfügt, sodaß wir hier in den nächsten Jahren ein gigantisches Arbeitsprogramm vor uns sehen werden, bei dem viele Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt werden. Außerdem wird von der Weichsel her die unmittelbare Verbindung mit dem inneren russischen Kanalsystem ausgebaut werden, sodaß gerade hier, für Ihren Bezirk, Herr Gouverneur Dr. Zörner, das Leben auf allen Seiten beginnen wird.

So können wir denn mit Stolz auf diesen jüngsten Teil des Deutschen Reiches blicken. Wir haben es unserem Vaterlande durch unseren Einsatz ermöglicht, dieses stolze Programm in Angriff zu nehmen. Die anerkennenden Worte, die der Führer für das Wirken des Generalgouverneurs gefunden hat, möchte ich an Sie, meine Mitarbeiter, weitergeben. Es wäre auch mir nicht möglich gewesen, diesen Auftrag des Führers zu erfüllen, wenn ich nicht in Ihnen selbstlose, klarblickende Mitarbeiter und einsatzbereite Kämpfer gefunden hätte. Nur aus der nationalsozialistischen Geisteswelt heraus konnte diese klare Zielsicherheit erstehen. Und wenn es

da

25. Juli 1940.

auch die Juden, die im Generalgouvernement wohnen, werden sämtlich auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt, sodaß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei wird. Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden zuläßt (Heiterkeit), werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden. Ich nehme an, daß ich Sie darum nicht zu sehr zu beklagen brauche (erneute Heiterkeit). Ich glaube also, daß wir, wie man so sagt, durch den dicksten Dreck hindurch sind, und daß es nunmehr möglich ist, hier wirklich eine anständige, dienstliche, berufliche und auch Menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen zu errichten. Wenn wir das schon geschaffen haben, dann können wir auch noch weiteres erreichen. Dieser Raum wird in den kommenden Jahrzehnten in zunehmenden Maße mit Angehörigen des deutschen Volkes durchsetzt werden. So, wie die Lebensader der Weichsel dieses Gebilde des Generalgouvernements durchzieht, so ist diese Lebensader nunmehr auch Bestandteil des Systems unseres völkischen Lebens geworden. Der Führer hat auf meinen Antrag den großzügigen Ausbau der Weichsel von der Quelle bis zur Mündung auf Rechnung des Reiches verfügt, sodaß wir hier in den nächsten Jahren ein gigantisches Arbeitsprogramm vor uns sehen werden, bei dem viele Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt werden. Außerdem wird von der Weichsel her die unmittelbare Verbindung mit dem inneren russischen Kanalsystem ausgebaut werden, sodaß gerade hier, für Ihren Bezirk, Herr Gouverneur Dr. Zörner, das Leben auf allen Seiten beginnen wird.

So können wir denn mit Stolz auf diesen jüngsten Teil des Deutschen Reiches blicken. Wir haben es unserem Vaterlande durch unseren Einsatz ermöglicht, dieses stolze Programm in Angriff zu nehmen. Die anerkennenden Worte, die der Führer für das Wirken des Generalgouverneurs gefunden hat, möchte ich an Sie, meine Mitarbeiter, weitergeben. Es wäre auch mir nicht möglich gewesen, diesen Auftrag des Führers zu erfüllen, wenn ich nicht in Ihnen selbstlose, klarblickende Mitarbeiter und einsatzbereite Kämpfer gefunden hätte. Nur aus der nationalsozialistischen Geisteswelt heraus konnte diese klare Zielsicherheit erstehen. Und wenn es

da

da und dort noch Schwierigkeiten gab, wenn es da und dort noch Reibungen oder Meinungsverschiedenheiten gab bei der Durchführung und Verwirklichung gewisser Aufgaben, und wenn es diese Meinungsverschiedenheiten vielleicht heute noch gibt, so müssen wir das hinnehmen. Wenn wir auch als deutsche Reichsrepräsentanten ein einheitliches Machtgefüge darstellen, so gibt es doch viele Gruppen, die jeweils untereinander andere Missionen und Aufgaben für die Gemeinschaft zu erfüllen haben. Aber eins ist klar: auch hier in diesem Distrikt gibt es nur eine Spitze, nämlich die des Distriktschefs. In ihm trifft sich alles, was in diesem Gebiet amtlich tätig ist, bei der Repräsentation der Befehlseinheit. Und diese Autorität wird in zunehmendem Maße ausgebaut. Im Generalgouvernement befiehlt nur der Generalgouverneur im Namen des Führers; keine andere Reichsinstanz vermag sich hier durch Befehle oder sonst einzumengen. Daher wird auch diese Autorität als eine der Voraussetzungen für die Ordnung in diesem Gebiet mehr und mehr einzubauen sein. Sie allein gibt die Möglichkeit, daß jeder an seinem Platz die Verantwortung trägt, die ihm auferlegt ist. Im übrigen werden wir aus der harten Entschlossenheit dieser Zeit und aus dem siegreichen Schlußringen mit unserem großen Gegner England auch die Legitimation in die Tat umzusetzen vermögen, daß wir nicht zu einem kümmerlichen kleinen Nationalstaatlein berufen sind, sondern wie immer in unserer großen deutschen Geschichte, zu einem Weltreich.

Ich danke Euch, meine Kameradinnen und Kameraden, im Namen des Führers und des Reiches. Indem ich dem Herrn Gouverneur Dr. Zörner die Hand gebe, gebe ich sie jedem einzelnen von Euch Kameradinnen und Kameraden. Nur so weiter! Der Führer und das deutsche Volk werden es Euch lohnen.

Gouverneur <u>Dr. Zörner</u> bringt hierauf ein dreifaches Sieg-Heil auf den Führer und Reichskanzler aus, in das die Versammlung begeistert einstimmt.

[1]3[30] <u>Mittagessen</u> mit geladenen Gästen <u>im Distriktkasino</u>!

Gouverneur <u>Dr. Zörner</u> richtet folgende Worte an denHerrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur!

Wir freuen uns, Sie in diesen Räumen, die der Kamerad-

schaft

Kameradschaft gewidmet sind, und dazu dienen sollen, uns unsere Familie und unser Heim zu Hause zu ersetzen, von Herzen willkommen zu heißen. Ganz besonders möchte ich meiner Freude auch darüber Ausdruck geben, daß der Herr Generalgouverneur, nachdem er im März hier gewesen ist, sein Versprechen wahr gemacht hat, uns wieder einmal zu besuchen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ihm auch unseren Dank dafür sagen, daß er uns heute mit seinen Worten im Distriktsgebäude einen Ansporn für unsere weitere Arbeit gegeben hat. Darüber hinaus haben aber auch alle, die hier arbeiten, eine Erleichterung insofern empfunden, als sie nun in Zukunft ihre Familien hierher holen können, soweit irgendwie dafür die Voraussetzungen und Möglichkeiten gegeben sind. Das wird die Arbeitsfreude und Arbeitslust noch wesentlich verstärken. Weiter ist es aber auch eine besondere Genugtuung für uns alle, die wir dieses Land kennen und, ich darf wohl sagen, lieben gelernt haben, von Ihnen heute zu erfahren, daß es nicht ein Dorado der Juden werden wird, sondern daß keine Juden mehr hierher aus dem Reich kommen werden, daß wir also in absehbarer Zeit damit rechnen können, daß wir die Juden aus diesem schönen Lande herausbekommen. Ich benutze die Gelegenheit, um das zu wiederholen, was ich vorhin schon sagte. Ich danke Ihnen, Herr Generalgouverneur, für die vertrauensvollen Worte, die Sie uns gewidmet haben. Wir geben Ihnen die Zusicherung, daß wir auch weiterhin hier draußen unsere Pflicht für Führer und Reich tun werden.

Ich bitte Sie, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert mit folgenden Worten:

Herr Gouverneur!

Im Namen aller Gäste darf ich Ihnen herzlichen Dank für den liebenswürdigen Empfang sagen, den Sie uns bereitet haben. Es wird im Laufe dieser Tage, die wir im Distrikt Lublin zusammen sein werden, noch Gelegenheit geben, diesen Dank im Anschluß an alles das, was wir noch sehen werden, zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte aber gleich zu Beginn unserer Besichtigungsfahrt sagen, daß wir uns aufs herzlichste darüber freuen, alle miteinander hier sein zu können. Wir sind schon jetzt aufs tiefste beeindruckt von der Fülle des Neugeschaffenen, was uns heute schon

gezeigt

gezeigt worden ist. Ich kann nur wünschen, daß dieses Land eines der schönsten des Großdeutschen Reiches sein möge. Lassen Sie uns unser Glas erheben und auf das Wohl des Herrn Gouverneurs und des Distrikts Lublin trinken.

16^{30} Besichtigung eines in der Nähe der Stadt Lublin liegenden Torfstiches.

Ein Vertreter der Ostha (Osthandelsgesellschaft) schildert die Art der Gewinnung des Torfes und seiner Verwendungsmöglichkeiten. Durch eine an den Torfwiesen vorbeiführende Kleinbahn nach Pulawy-Warschau ist die Möglichkeit der Abfuhr des Torfes gegeben.

17^{00} Kaffee-Tafel in der neuerrichteten "Sachsenschenke" im schönen Naturpark von Lublin. Das Musikkorps einer SS-Totenkopfstandarte konzertiert auf dem Platz vor dem Kaffee.

18^{00} Besichtigung der Julius-Schreck-Kaserne eines Totenkopfverbandes.

18^{25} Besichtigung der Kaserne des Polizeiregiments Lublin.

Die besondere Aufmerksamkeit auch des Herrn Generalgouverneurs richtet sich auf die vor der Unterkunft von Polizeimannschaften angelegte Bastion.

[illegible]^{30} Abendessen im kleinen Kreis im Garten des Hauses des Gouverneurs Dr. Zörner.

Bei Eintritt der Dunkelheit wird der Garten durch Lampions und rote Lämpchen beleuchtet. Der ukrainische Nationalchor singt ukrainische Volkslieder.

Anschließend begibt sich der Herr Generalgouverneur im Kraftwagen nach Naleczow, wo er in der Villa Gioja, in welcher der frühere polnische Außenminister Beck häufig wohnte, übernachtete.

Freitag, den 26. Juli 1940.

930 Abfahrt von Naleczow nach Kasimierz.

1000 Ankunft in Kasimierz.

Meldung des Kreishauptmanns Brand und des Oberstarbeitsführers Zimmer.

Auf dem Marktplatz ist eine Ehrenkompanie des Arbeitsdienstes mit einem Musikzug aufgestellt. Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front der Ehrenkompanie ab.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r richtet dann folgende Worte an die Arbeitsmänner:

Arbeitsmänner!

Ich danke Euch für den Empfang, den Ihr mir hier bereitet habt. Ich erwarte von Euch, daß Ihr Euch auch weiterhin als tapfere deutsche Männer des Reichsarbeitsdienstes im östlichsten Raum des Deutschen Reiches bewähren werdet, getreu dem Geiste des Führers, getreu auch dem Geiste des Gründers des Reichsarbeitsdienstes, Parteigenossen Hierl. Möget Ihr Euch hier weiterhin im Dienste der Sicherung der deutschen Macht und des Aufbaues einer deutschen Ordnung bewähren. Ich danke Euch für Eure Haltung. Möge das große Ziel, das wir vor uns haben, sich verwirklichen! Heil Euch, Kameraden!

Oberstarbeitsführer Zimmer:

Arbeitsmänner!

Ihr habt die Worte des Herrn Generalgouverneurs gehört. Nun zeigt, daß Ihr im nationalsozialistischen Sinne Eure Pflicht tut, und daß Ihr versuchen werdet, dem Führer und dem Herrn Generalgouverneur ihre Arbeit und ihre Aufgabe, soweit es nur möglich ist, zu erleichtern. Wir gedenken in dieser Stunde unseres Führers und grüßen den von ihm bestellten Verwalter dieses schönen Landes, den Herrn Generalgouverneur, mit einem dreifachen Sieg-Heil.

10[20]

26. Juli 1940.

10[20] Besichtigung des Ortes und der Burgruine sowie der Unterkunft des Arbeitsdienstes.

11[10] Dampferfahrt auf der Weichsel abwärts nach Pulawy.

13[00] Besichtigung des landwirtschaftlichen Forschungsinstituts unter Führung des Leiters Professor Dr. Christiansen-Weniger (Eckernförde).

Professor Christiansen-Weniger gibt dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Schilderung des Aufbaues der landwirtschaftlichen Forschungsarbeit im Generalgouvernement. Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft hat die gesamte landwirtschaftliche Forschung des Generalgouvernements in der Forschungsanstalt Pulawy unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt. Die Hauptinstitute liegen in Pulawy selbst, weitere Institute in Warschau und ein Institut in Krakau. Der Anstalt stehen in Pulawy selbst verschieden Güter und ein Wald mit einer Gesamtfläche von 2792 ha zur Verfügung. An Instituten sind vorhanden:

Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung,
Institut für Bodenkunde,
Institut für Pflanzenschutz,
Institut für Tierzucht und Tierhaltung,
Institut für Betriebsforschung,
Institut für Wollkunde,
Institut für Gärungsgewerbe und landwirtschaftliche Bakteriologie,
Samenkontrollstation,
Fischerei-biologisches Institut.

Anschließend wird die Landesveterinäranstalt besucht. Hier wird das Verfahren gezeigt, mit Hilfe dessen auf dem Wege der Blutentnahme von Pferden Rotlaufserum hergestellt wird.

14[00] Mittagessen im Dienstgebäude des Kreishauptmanns von Pulawy.

Der Kreishauptmann von Pulawy, Brand, begrüßt den Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur, hohe Gäste, meine Herren!

Im Namen aller Deutschen der Kreishauptmannschaft Pulawy habe ich die Ehre, Sie, Herr Generalgouverneur, im nordwestlichsten Kreis des Distrikts Lublin zu begrüßen und herzlich willkommen zu heißen. Für uns alle bedeutet es eine ganz besondere

besondere Genugtuung und Belohnung unserer Arbeit, die wir mit aller Hingabe unserem großen Führer und dem deutschen Volke leisten, daß Sie sich, Herr Generalgouverneur, persönlich von dem Fortschritt unserer Arbeit überzeugen. Wir geloben Ihnen, Herr Generalgouverneur, daß uns Ihr Besuch ein weiterer Ansporn sein wird, unsere Pflicht für Führer und Volk jederzeit bis zum Letzten zu erfüllen. Meine Herren, ich bitte Sie, mit mir anzustoßen auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und auf eine weitere glückliche und erfolgverheißende Arbeit.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert mit folgenden Worten:

Lieber Parteigenosse Brand!

Ich möchte Ihnen im Namen von uns allen, die Sie uns heute hier so freundlich eingeladen haben, aufs herzlichste danken. Für mich persönlich ist es ein eindrucksvolles Erlebnis, gerade in Ihrer Person einen der von Tatkraft glühenden Nationalsozialisten hier im Osten zu sehen, der nunmehr, voll und ganz getragen von dem Vertrauen seines Distriktschefs und von meinem Vertrauen, hier eine großartige Aufbauarbeit leistet. Diesen Dank möchte ich Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern wie Mitarbeiterinnen hiermit auch im Namen des Führers und des Reiches zum Ausdruck bringen. Ich weiß sehr wohl, welch' ungeheure Last es bedeutet, hier in einem nahezu völlig zerstörten Ort ein neues, schönes, geordnetes Leben aufzubauen. Sie stehen hier an einem werdenden Brückenkopf der großen Macht des Deutschen Reiches, und zwar in einem Augenblick, in welchem der Führer bestimmt hat, daß dieses Gebiet bis zum Bug endgültig Bestandteil des Deutschen Reiches bleibt, daß das Generalgouvernement nicht mehr "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete" ist, sondern nur noch den Namen "Generalgouvernement" führt, um damit seinen Bestandteilscharakter dem Deutschen Reich gegenüber zu dokumentieren. Ich entbiete Ihnen meinen Gruß und trinke auf Ihr Wohl, Herr Kreishauptmann.

[illegible]30 Abfahrt von Pulawy mit Kraftwagen über Deblin und Radzyn nach Lublin.

20 30

26. Juli 1940.

20^{30} Abendessen im Distriktskasino Lublin. (Deutsches Haus).

Der Herr Generalgouverneur übernachtet in Naleczow.

Sonnabend, den 27. Juli 1940.

^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs im Kraftwagen von Naleczow zum Deutschen Haus in Lublin.

Vor dem Deutschen Haus ist eine Abteilung des Sonderdienstes aufgestellt, dessen Front der Herr Generalgouverneur abschreitet.

^{50} Abfahrt der gesammelten Wagenkolonne vom Deutschen Haus in Lublin.

^{00} Besichtigung des Gutes Jablonna.

Gezeigt werden hiervor allem das Gestüt und der Milchviehbestand.

^{40} Weiterfahrt nach Hrubieczow.

Die Fahrt führt an der Judenstadt Biaski vorbei zunächst zu der staatlichen Klinker-Fabrik Izbica.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich den Produktionsgang der Spezialziegel erklären und erkundigt sich im Zusammenhang damit nach dem Ausbau der Straßen im Distrikt Lublin, die vielfach mit Klinkern hergestellt werden. Die in der Fabrik hergestellten Klinker zeichnen sich durch gleichmäßige Form und besondere Härte aus, die sie vor allem zu dauerhaftem Straßenbaumaterial machen.

Auf Straßen, die mit Klinkern aus Izbica gebaut sind, geht die Fahrt weiter nach Krasnystaw.

Hier hat sich Kreishauptmann Gerstenhauer zur Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs eingefunden.

Die Fahrt geht dann weiter über die neue Eber-Brücke nach Hrubieczow.

3^{45} Nach einer Fahrt durch weite Getreidefelder dieses fruchtbaren Landstriches, auf denen die Ernte bereits im Gange ist, trifft

die

die Wagenkolonne in Hrubieszow ein.

An der Stadtgrenze wird der Herr Generalgouverneur mit seiner Begleitung von Mitgliedern des ukrainischen Hilfskommitees erwartet. Ukrainische Frauen überreichen ihm Salz und Brot, ukrainische Mädchen Blumensträuße.

Die Wagenkolonne wird dann von einer Schar ukrainischer Reiter zum Kreishauptmannschaftsgebäude geleitet.

Hier ist eine Ehrenkompanie der Wehrmacht aufgestellt, deren Front der Herrn Generalgouverneur abschreitet.

Ein Vertreter der ukrainischen Volksgruppe hält hier an den Herrn Generalgouverneur eine Ansprache, in welcher er den Dank der ukrainischen Bevölkerung dafür zum Ausdruck bringt, daß der Führer die Ukrainer vom polnischen Joch befreit hat. Er gedachte dabei der Zeiten, in denen die ukrainische Bevölkerung von den Polen nicht nur physisch, sondern auch seelisch aufs Äußerste gequält worden ist. Die Polen hätten den Ukrainern nicht nur ihre nationalen Heiligtümer genommen, sondern hätten ihnen auch verboten, sich ihrer Muttersprache zu bedienen. Jetzt habe man durch das Wirken des Herrn Generalgouverneurs die Möglichkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung bekommen. Die Kinder, die früher nicht einmal ukrainisch sprechen durften, seien jetzt imstande, in eigenen Schulen von eigenen Lehrern unterrichtet zu werden, sie könnten in ihren eigenen Kirchen beten. Die Urkainer hätten so endlich die Möglichkeit, ein freies Leben zu führen, und dafür seien sie dem Herrn Generalgouverneur von Herzen dankbar.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dankt dem Sprecher der ukrainischen Volksgruppe und betont, daß die deutsche Verwaltung eine ihrer Hauptaufgaben darin sehe, den gerechten Ansprüchen des ukrainischen Volkes vor allem auf kulturellem Gebiet zu entsprechen.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich dann die reichs- und volksdeutschen Mitarbeiter des Kreishauptmanns Franke vorstellen.

Im großen Sitzungssaal der Kreishauptmannschaft entwirft dann Kreishauptmann Franke an Hand einer Spezialkarte ein kurzes Bild von dem Verkehrsproblem, das angesichts jahrzehntelanger Versäumnis der Polen in diesem Grenzgebiet der Lösung harrt.

Der

27. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet daraufhin an, daß mit erhöhten Kräften unter energischem Einsatz aller Mittel die Straße Mircze-Uhrynow zu bauen sei, damit diese wichtige Verbindungslinie vom südöstlichsten Teil des Generalgouvernements zur Mitte des Lubliner Distrikts noch vor Eintritt des Winters vollendet werden könne. Gleichzeitig sollen auf anderen Straßenzügen und Eisenbahnlinien Ergänzungsbauten durchgeführt werden, die zur vollständigen Verkehrserschließung des von den Polen seit jeher stiefmütterlich behandelten Gebietes dienen.

40 Fahrt der Wagenkolonne zur Besichtigung der Baustrecke Mircze-Uhrynow.

Hier läßt sich der Herr Generalgouverneur von Baurat Swoboda und Kreislandwirt Köpp eingehnd Bericht über den Fortgang der Arbeiten erstatten.

Die Wagenkolonne begibt sich dann zur Besichtigung des Grenzüberganges bei Uscilug und der Grenzaufsichtsstelle Zosin sowie der Dienststelle des Bezirkszollkommissariats Strzysow.

Die Fahrt führt dann an einer Kirche des Dorfes Modren vorbei, vor der sich die Kirchengemeinde unter Führung ihres Pastors Joan Panschuk versammelt hatte.

Pastor Panschuk dankte dem Herrn Generalgouverneur, daß die seinerzeit von den Polen geraubte Kirche der Gemeinde wieder zurückgegeben worden sei.-Das Versprechen des Herrn Generalgouverneurs, er werde die von den Polen beschlagnahmten Kirchen ihren ukrainischen Besitzern nach Maßgabe der Notwendigkeit wiedergeben, löste bei den ukrainischen Männern und Frauen große Begeisterung aus.

Als bei der Weiterfahrt der Herr Generalgouverneur an einem Eichenhain mit deutschen Soldatengräbern aus dem Weltkrieg vorbeikommt, weiht er die ihm überreichten Blumensträuße den hier vor genau 25 Jahren für Deutschland Gefallenen. Er gab dabei dem Wunsche Ausdruck, daß die Gräber in einen würdigeren Zustand versetzt werden.

Die

27. Juli 1940.

16[30] Die Fahrt führt dann wieder nach Hrubieszow. Hier findet um ein Mittagessen statt, in dessen Verlauf Kreishauptmann Franke den Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten begrüßt:

Ich heiße Sie, Herr Generalgouverneur, heute in Hrubieszow herzlich willkommen. Ich hoffe, daß Ihnen die Fahrt durch unser Gebiet ein einigermaßen gutes Bild von unserer Arbeit vermittelt hat. Ich glaube Ihnen aber versprechen zu können, wenn Sie uns im nächsten Jahr wieder besuchen, wird vieles noch besser werden, als es jetzt ist. Eins wollen Sie aber mitnehmen, Herr Generalgouverneur, wenn Sie wieder von uns fortfahren: Wir arbeiten hier im nationalsozialistischen Sinne, d.h., wir sind gewillt, bis zum Äußersten unsere Pflicht zum Wohle unseres Großdeutschen Vaterlandes zu erfüllen. Dieses Versprechen darf ich Ihnen auch im Namen meiner Mitarbeiter heute abgeben, und in diesem Sinne trinke ich auf Ihr Wohl.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert mit folgenden Worten:

Herr Kreishauptmann!

Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Worte. Meine Begleiter und ich sind sehr glücklich darüber, hier im östlichsten Kreis des deutschen Machtbereiches von Ihnen so lieb und nett aufgenommen worden zu sein. Für mich bedeutet es eine besondere Genugtuung, hier schon eine so selbstsicher arbeitende deutsche Verwaltung aufgebaut zu sehen. Ich habe heute bei der Fahrt durch Ihren Kreis wiederholt Ansatzpunkte der werdenden deutschen Ordnung festgestellt. Wenn man mit der Energie, die von Ihrer Person ausstrahlt, die Zukunft sieht, dann kann man überzeugt sein, daß sich Ihre Arbeit auch siegreich fortsetzen wird. Die Arbeit in diesem östlichsten Teil des Deutschen Reiches bedeutet für Sie, Herr Kreishauptmann, eine besondere Verpflichtung. Seien Sie sich stets darüber klar, welch ungeheure Verantwortung Sie hier, auch verwaltungsmäßig gesehen, zu bewältigen haben. Sie müssen sich immer dessen bewußt sein, daß Sie hier ein Mittelstück deutscher Sicherheit in dieser Ostflanke des Reiches in engster Kameradschaft mit der Wehrmacht wahrzunehmen haben. Seien Sie sich auch immer darüber klar, daß gerade deshalb das Augenmerk des Generalgouverneurs, des Distriktschefs und darüber hinaus auch des Reiches stets auf Sie gerichtet ist. So, wie alle

vorgeschobenen

vorgeschobenen Positionen immer das feinnervigste Reagenzinstrument für eine gemeinschaftliche Volksempfindung darstellen, so liegt auch hier im Kreis Hrubieczow alles zusammengeballt, was jemals das Ostprogramm des deutschen Volkes und vor allem unserer nationalsozialistischen Bewegung bedeutet. Wie ein Keil, weit nach Osten hineingetrieben, sind Sie hier der östlichste Exponent dieses neuen Machtgefüges unseres Großdeutschen Reiches. Diese Stellung und Position muß Sie mit Stolz und Genugtuung erfüllen. Ich erwarte von Ihnen die äußerste Leistung, ein Muster an Verwaltungspräzision und Pflichterfüllung und an rücksichtslosem Durchschlagen da, wo Sie in diesem Kreis etwa feststellen sollten, daß sich irgendwelche bürokratischen, schwächlichen, lähmenden Neigungen einschleichen. Hier an diesem Punkt braucht man fanatische nationalsozialistische Aktivisten. Daher muß auch der Beamtenapparat hier von Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Zörner, mit den denkbar aktivistischen Leuten besetzt werden. Ich habe Sie, Herr Kreishauptmann, in vielen Jahren Ihres Wirkens bereits kennen gelernt. Ich habe Vertrauen zu Ihrer harten Entschluß- und Durchschlagskraft. Wenige Kilometer von hier erstreckt sich das räumlich und bevölkerungspolitisch gigantische Reich der Sowjetunion. Es sind annähernd 16 000 km Luftlinie, die von der Ostgrenze des deutschen Machtbereiches über das Japanische Meer bis nach Wladiwostock sich erstrecken. Von hier aber nach dem Westen erstreckt sich nunmehr die deutsche Macht vom Bug bis hinüber zur Pyrenäen-Grenze Spaniens. Da muß es für uns ein erhabenes Gefühl sein, an diesem östlichsten Punkt zu weilen und sich hineinzuversenken in das tiefe kaum ausdeutbare gigantische Geschehen dieser Zeit, die uns Deutsche mit einem Reich begabt hat, wie wir es in dieser Herrlichkeit und Strahlkraft noch nie besessen haben. Alles das verdanken wir unserem Führer und seiner nationalsozialistischen Partei, seiner nationalsozialistischen Wehrmacht, vor allem aber der großen unsterblichen Herrlichkeit unseres Volkes. Bei Ihrer Arbeit im Generalgouvernement müssen Sie hart sein, Sie dürfen nicht dulden, daß Egoismus, parteipolitisches Zänkertum, bürokratische Gesinnung sich hier einschleichen.

In diesem Sinne erhebe ich mein Glas und Trinke auf Ihr Wohl, Herr Kreishauptmann.

17[10]

27. Juli 1940.

17[10] Abfahrt zum Grenzübergang bei Uscilug am Bug, wo der Herr Generalgouverneur mit seiner Begleitung längere Zeit weilt.

18[20] Weiterfahrt nach Chelm.

Auf der Fahrt nach Chelm wird der Herr Generalgouverneur in dem Ort Bialopole von den dort ansässigen Volksdeutschen herzlich empfangen. Der volksdeutsche Bürgermeister Lotholz der 11 000 Seelen umfassenden Gemeinde, die verschiedene Dörfer umfaßt und insgesamt 440 Volksdeutsche zählt, begrüßt den Herrn Generalgouverneur mit bewegten Worten, für die dieser herzlich dankt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dabei seiner besonderen Freude Ausdruck, daß man aus Anlaß seiner Durchfahrt eine Ehrenpforte errichtet habe, und gibt dann den Volksdeutschen bekannt, daß sie sich nunmehr darauf vorbereiten müßten, demnächst in das Großdeutsche Reich aufgenommen zu werden.

Bürgermeister Lotholz schildert dann die Verhältnisse in der Gemeinde und weist u.a. darauf hin, daß das Verhältnis mit den ukrainischen Bewohnern recht gut gewesen sei, daß man sich insbesondere zur Zeit der polnischen Unterdrückung eng zusammengeschlossen habe. Kurz vor Ausbruch des polnischen Feldzuges hätten auch die Volksdeutschen in Bialopole in höchster Gefahr geschwebt, und die deutschen Truppen seien gerade zur re-chten Zeit gekommen, um vielleicht auch hier furchtbare Greueltaten zu verhüten.

[?]0[30] Ankunft der Wagenkolonne in Chelm.

Auf dem Platz vor dem Gebäude der ehemaligen Eisenbahndirektion stellt Kreishauptmann Hager dem Herrn Generalgouverneur seine Mitarbeiter vor. Ferner waren Vertreter der Volksdeutschen und Ukrainer erschienen, die den Herrn Generalgouverneur herzlichst begrüßten und ihm Blumenspenden überreichten.

Der Protopresbyter Johann Lewtschük hält folgende Ansprache:

Excellenz

27. Juli 1940.

Excellenz!

In meinem Namen, im Namen der gesamten ukrainischen orthodoxen Geistlichkeit, sowie der gesamten ukrainischen Bevölkerung des Distrikts Lublin heiße ich Sie, Excellenz, willkommen. Ich fühle mich tief verpflichtet, meinen aufrichtigen Dank zu sagen für alles Gute, was Sie, Excellenz, im Namen des Führers für uns zu schaffen geruht haben, vor allem aber, daß dieses, unser kostbarstes Heiligtum, die Chelmer Kathedrale, dem ukrainischen Volke zurückgegeben worden ist. Ich bitte Sie ergebenst, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir alle zum lieben Gott um die beste Gesundheit und den endgültigen Sieg des Führers, seiner Wehrmacht und seines Volkes unaufhörlich beten. Es möge der liebe Gott den Führer, Sie und das gesamte deutsche Volk segnen und die glänzende ruhmvolle Zukunft herabsenden.

Im Anschluß daran nahm der Herr Generalgouverneur den Vorbeimarsch von Einheiten des Chelmer Standorts ab. Starke Infanterie-Abteilungen und Einheiten der Waffen-SS defilierten im Gleichschritt vor dem Herrn Generalgouverneur.

oo Abendessen bei Kreishauptmann Hager.

oo Kameradschaftsabend im ehemals polnischen Klub mit Gästen einschließlich ~~[illegible]~~ Abordnungen der Volksdeutschen und Urkainern.

Kreishauptmann Hager eröffnet den Abend mit folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur!

Es ist für uns eine große Freude, Herr Generalgouverneur, daß Sie im Rahmen Ihrer Besichtigungsreise auch zu uns nach Chelm gekommen sind, die wir als Reichsdeutsche hier mit Volksdeutschen und Ukrainern versammelt sind. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß hier jeder an dem Platz, an den er gestellt ist, den festen Willen hat, dazu beizutragen, daß die Aufgaben erfüllt werden, die ihm im Generalgouvernement auch für die Zukunft gestellt werden. Wenn Sie, Herr Generalgouverneur, hier neben dem

feldgrauen

27. Juli 1940.

feldgrauen Soldaten der Wehrmacht den Soldaten der Waffen-SS und der Polizei wie den Angehörigen der Zivilverwaltung aller Sparten sehen, so mögen Sie daraus erkennen, daß wir alle hier genau so zusammenhalten wie im Reich. Denn wir wissen alle, daß nur aus der Gemeinschaft der einzelnen hier draußen die Kraft erwächst, das zu tun, was von ihm verlangt wird. Ich habe den Wunsch, daß Sie, wenn Sie wieder von uns wegfahren, die Gewißheit mitnehmen mögen: Hier sind alle Voraussetzungen gegeben, damit im Osten des Generalgouvernements alle Aufgaben nach Ihrem Willen restlos erfüllt werden können. Mit diesem Wunsch heiße ich Sie, Herr Generalgouverneur, aufs herzlichste in Chelm willkommen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Herr Kreishauptmann!

Ich danke Ihnen zugleich im Namen meiner Begleiter für Ihre lieben Worte des Willkommens. Als ich das letzte Mal hier in der Stadt Chelm weilte, war es unmittelbar zu Beginn ~~zum~~ eines der härtesten Winter, den dieses Land und das ganze Deutsche Reich wohl jemals über sich ergehen lassen mußte. Es war am Beginn einer großen Aktion, die bestimmt war, entsprechend dem diplomatischen Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion die Aussiedlung eines Volksstammes aus dem Generalgouvernement in die Sowjetunion zu ermöglichen. Ich kann heute nur feststellen, daß die Lage dieser Stadt, ihre äußere Erscheinung, das Gefüge der Ordnung einen wesentlich erfreulicheren Eindruck machen, daß sie wesentlich zukunftssicherer dasteht, als es noch vor einem halben Jahr der Fall war. Lieber Parteigenosse Hager, Sie sprachen davon, daß Sie entschlossen sind, so wie bisher getreu dem Befehl des Führers und Reiches Ihre Pflicht zu tun. Ich nehme diese Erklärung auch hier im Rahmen des kameradschaftlichen Beisammenseins mit dem vollen Ernst entgegen, der einer Verpflichtungserklärung entspricht. Dies umsomehr, als aus Ihrem bisherigen Wirken und dem Ihrer Mitarbeiter klar ersichtlich ist, daß hier in einem der östlichsten Teile des deutschen Machtbereiches nach den deutschen Prinzipien der Ordnung, Gerechtigkeit, Sauberkeit und Disziplin eine Autorität aufgebaut wurde, an der niemand mehr rütteln wird. Ich bin

glücklich,

glücklich, Ihnen, Herr Kreishauptmann, mitteilen zu können, daß der Führer durch seine Entscheidung vom 8. Juli dieses Jahres dieses Wirken im Generalgouvernement anerkannt hat. Er hat verfügt, daß das Generalgouvernement in zunehmendem Maße als integrierender Bestandteil der deutschen Machthoheit verwaltet wird. Die Hakenkreuzflagge ist und bleibt hier als stolzes Symbol des Aufbaues. Aber darüber hinaus können Sie nunmehr, Ihre Beamten, alle Ihre Angestellten hier im Kreis und im Generalgouvernement, ihre Familien hereinrufen und in diesem Lande nunmehr eine stabile, auf die Dauer eingerichtete Ordnung aufbauen. Die Volksdeutschen freilich in diesem Kreis wie im Distrikt und im Generalgouvernement sind aufgerufen, den Weg in die Heimat anzutreten und so den Weg zurückzuschreiten, den ihre Altvordern, ihre Großeltern einmal aus dem Deutschen Reich in dieses Gebiet gegangen waren.

Wir wollen hier nicht die ~~Beseitigung~~ Unterdrückung irgendeines fremden eingesessenen Volkstums. Es ist unsere Aufgabe, in diesem Gebiet nichts auszurotten, was anständige Völker hier aufgebaut haben. Fest steht jedoch, daß die Autorität und die schicksalshafte Ordnung dieses Gebietes überhaupt nur unter der Autorität des Dritten Reiches Adolf Hitlers denkbar ist. Fest steht, daß hier nunmehr Volksgenossen und Volksgenossinnen arbeiten dürfen, die als Nationalsozialisten vor keiner Schwierigkeit zurückschrecken, die vielmehr wissen, daß die Aufgabe, die uns der Führer hier im Osten gestellt hat, eine der stolzesten Sendungen der deutschen Geschichte überhaupt darstellt. Noch niemals war das Reich Adolf Hitlers so sicher in seiner Zukunft wie nunmehr in diesen Tagen, aber auch noch niemals konnten wir Deutschen so sicher in die Zukunft hinausschauen. Und das ist nur deshalb möglich, weil wir eben unter dem Zeichen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft eine Einheit geworden sind.

Ich möchte im Rahmen dieses Kameradschaftsabends Euch für all Euer Wirken meine Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. Ich weiß, daß Sie, Herr Gouverneur Zörner, in diesem Distrikt mustergiltige deutsche Arbeit leisten und eine aufbauende Führungstat vollenden werden, die ganz Ihrer nationalsozialistischen persönlichen Tradition entspricht. Ich weiß, daß Sie, Herr Kreishauptmann, mit Ihren Mitarbeitern auch weiter Ihre Pflicht tun werden. Ihr habt mir heute einen sehr lieben Empfang bereitet. Leider ist es mir

nicht

nicht möglich, wie ich es immer gern wünschte, mit einem jeden einzelnen von Euch in den engsten Kontakt zu kommen. Als wir vor 21 Jahren noch eine kleine Gemeinschaft von wenigen Männern waren, als der Führer die NSDAP. gründete, da konnten wir Nationalsozialisten uns noch um einen Tisch sammeln. Heute sind wir die Träger eines Weltreichs geworden. Die Aufgabe, die dieses Reich auf jeden einzelnen legt, übersteigt schier die Maße der persönlichen Leistungskraft. Aber trotzdem stehen wir nach dem gigantischen heroischen Geschehen dieser Zeit und dem unvergesslichen Wirken unserer Wehrmacht nunmehr in einem stolzen Ringen um die Zerschmetterung des letzten Feindes Europas, wir stehen am Vorabend der Zerstörung des überreif gewordenen sogenannten britischen Weltreichs.

Ich habe heute einen herzlichen Empfang auch von Seiten der Ukrainer gefunden. Ich weiß, daß dieser Volksstamm, der hier im Generalgouvernement einige Hunderttausend zählt, an diesem Werk der Befreiung den größten Anteil nimmt. Denn erst seit das Hakenkreuz in diesem Gebiet sich siegreich festsetzen konnte, erblüht auch diesem Volksstamm wieder Freiheit, Eigenbestimmung und die Möglichkeit, sich zu einer eigenen Kultur zu bekennen. Ich habe hier in Chelm die Kathedrale, die einst polnische Willkür den Ukrainern gebraucht hatte, dem Volk der Ukrainer wieder zurückgegeben. Ich werde allüberall im Generalgouvernement, wo ich solche Raubzüge des Polentums gegen die Ukrainer feststelle, der Gerechtigkeit wieder zum Durchbruch verhelfen. Ich weiß, daß dieser ukrainische Volksstamm sich der Autorität nicht verschließen wird, die ich im Namen des Reiches übe, und deren Mmmk Achtung ich von ihm verlangen muß. Wir können im Gefüge dieses Generalgouvernement vielleicht alles das erfüllen, was im Rahmen des Deutschen Reiches eben geschehen kann, um dieser Entwicklung des ukrainischen Volkstums zu entsprechen. Das werde ich auch gerne tun. Was ich aber verlangen muß, ist die restlose Anerkennung der deutschen Autorität und die Einstellung dazu, daß m wir hier in diesem Distrikt eine der wichtigsten Grenzen besitzen durch die für die Zukunft das Verhältnis des deutschen zum russischen Volke festgelegt worden ist. Das ukrainische Volk im Generalgouvernement aber möge sich in Frieden, in Freiheit und in weiser Selbstbeschränkung auf die Wahrung seiner Kultur entwickeln. Daß das geschieht, ist mein fester Wille und entspricht

auch

27. Juli 1940.

auch dem Befehl des Führers.

Ihnen, meine Kameradinnen und Kameraden von der deutschen Verwaltung, möchte ich nun ganz besonders meinen Dank dafür sagen, daß Sie sich im Rahmen dieses politischen Werkes des Aufbaues der deutschen Macht so bewährt haben, ganz gleich, in welche Stellung, in welchen Ort Sie nun in diesem Lande berufen worden sind. Es wäre schön, wenn für alle Zukunft Ihre Arbeit hier im östlichsten Teil des Deutschen Reiches für Sie eine angenehme Erinnerung bedeuten würde. Mögen Sie in Ihrem Wirken hier als stolze nationalsozialistische Kämpfer aufrecht Ihren Weg gehen, mögen Sie in dieser Stadt und in diesem Kreis den Erfolg Ihrer Arbeit finden. Denn mehr können wir Menschen uns nicht wünschen, vor allem nicht wir deutsche Männer, als daß wir, getreu dem Befehl des Führers, die Möglichkeit haben, dem deutschen Volke, der deutschen Mahht und der Gerechtigkeit zum Segen aller gutwilligen Kulturvölker zu dienen.

Lublin. 722

Sonntag, den 28. Juli 1940.

30 Der Herr Generalgouverneur nimmt mit seiner Begleitung an einem Gottesdienst in der Kathedrale zu Chelm teil.

00 Abfahrt der Wagenkolonne.

40 Kreishauptmann Hager verabschiedet sich an der Kreisgrenze von dem Herrn Generalgouverneur.

Die Fahrt geht dann weiter nach Zamosz.

Auf dem Wege dorthin werden die chemischen Werke "Alma" in Szczebrzeszyn besichtigt.

In diesem Werk werden nach einem neuen Verfahren aus 6 bis 8 Jahre alten Kiefernstubben Kolophonium, Kampfer, Terpentin, Firnis und andere Stoffe gewonnen.

Der Herr Generalgouverneur läßt sich auf einem Gang durch das Werk den Fabrikationslauf erklären. Die Holzstümpfe werden durch eine Maschine zunächst zerkleinert und die anfallenden Späne dann in großen Bottichen mit Benzin ausgelaugt. Die entsprechende Lösung wird solange erhitzt, bis sich auf Grund der verschiedensten Verdünstungspunkte die einzelnen Produktionen in getrennten Vorlagen niederschlagen.

00 Ankunft in Zwierzyniec im Kreise Bilgoraj, dessen Kreishauptmann Dr. Anselm sich inzwischen der Wagenkolonne angeschlossen hatte.

Der Bezirkslandwirt und deutsche Beauftragte für das Majorat Zamosz, Streit, führt den Herrn Generalgouverneur durch seinen Arbeitsbereich. Das Majorat des Grafen Zamojski ist heute noch mit seinem riesigen Wald- und Bodenbesitz von nahezu 240 000 Morgen, die in 18 Güter aufgeteilt sind, der größte Privatbesitz im Generalgouvernement.

Nach dem Besuch der sauber geführten Brauerei berichtet Bezirkslandwirt Streit in seinem Landhaus "Oberland" über die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft eingeschlagene Verwaltungslinie und die bisher erreichten Erfolge.

Vor

28. Juli 1940.

Vor dem Verwaltungsgebäude des Majorats wird Graf Zamojski mit seinem Güterdirektor dem Herrn Generalgouverneur vorgestellt.

Einfahrt in Bilgoraj durch ein Spalier von ukrainischen Radfahrern. Die Straßen umsäumten zahlreiche Ukrainer in ihren malerischen Trachten, die den Herrn Generalgouverneur mit begeisterten Slawa-Rufen begrüßten.

Die Fahrt führt dann zu einem von deutschen Soldaten im Weltkrieg errichteten Knüppeldamm im Walde von Bilgoraj.

Hier informiert Baurat Swoboda den Herrn Generalgouverneur über die in diesem Kreis begonnenen Straßen- und Brückenbauten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r genehmigt bei dieser Gelegenheit ein Bauprojekt für die Schaffung einer Straße von Bilgoraj nach Krzeczow, das einen Kostenaufwand von etwa 200 000 Zloty erfordern wird. Das Gebiet wird damit einen direkten Anschluß an den benachbarten Distrikt Krakau erhalten.

Bei der Rückfahrt wird der Herr Generalgouverneur in Bilgoraj, wo kurzer Aufenthalt genommen wird, nochmals von Vertretern der Volksdeutschen und Ukrainern herzlichst begrüßt.

Der Führer der ukrainischen Abordnung, Dr. Micheslki, widmet dem Herrn Generalgouverneur Worte der Begrüßung, in denen er zugleich die tiefe Dankbarkeit der ukrainischen Bevölkerung für die Befreiung vom polnischen Joch zum Ausdruck bringt. Ebenso dankbar, führt Dr. Michaelski aus, sei die ukrainische Bevölkerung für die Gewährung der Möglichkeit, sich unter der deutschen gerechten Regierung kulturell und wirtschaftlich zu entwickeln.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dankt dem Sprecher der Ukrainer für seinen Willkommensgruß und betont, daß er stets bemüht sein werde, soweit es ihm möglich sei, die Wünsche der ukrainischen Bevölkerung zu erfüllen.

Namens der Volksdeutschen begrüßt Bürgermeister Welch den Herrn Generalgouverneur.

15[15]

28. Juli 1940.

15 **Ankunft in Zamosz.**

Auf dem Marktplatz haben eine Ehrenkompanie des Polizeiregiments und eine SS-Reiterschwadron Aufstellung genommen. Zahlreiche Volksdeutsche und Ukrainer in ihren Trachten erwarten hier den Herrn Generalgouverneur.

Dem Herrn Generalgouverneur werden dann vom Kreishauptmann Weyhmaier die Mitarbeiter der Kreishauptmannschaft vorgestellt.

Dann schreitet der Herr Generalgouverneur die Front der Ehrenformation ab.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nun zu den volksdeutschen und ukrainischen Abordnungen. Ein ukrainischen Mädchen überreicht ihm ein mit einer Schleife geschmücktes Blumengewinde und bietet dem Herrn Generalgouverneur im Namen der ukrainischen Bevölkerung einen Willkommensgruß.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich dann mit seiner Begleitung zu dem jetzt als Kino eingerichteten Stadttheater, von dessen Freitreppe man einen Blick auf die alte Zitadelle der Stadt hat. Auf dem Platz vor dem Theater konzertiert ein Musikkorps der Wehrmacht.

40 **Mittagessen im Stadttheater.**

Kreishauptmann Weyhmaier hält hier folgende Ansprache:

Herr Generalgouverneur, werte Gäste, liebe Kameraden!

Mit Ihrem Besuch, Herr Generalgouverneur, haben Sie uns eine große Freude bereitet. Im Namen aller Deutschen der Kreishauptmannschaft Zamosz begrüße ich sie herzlichst. Herzlich willkommen heiße ich auch unsere hohen Gäste aus Krakau, unsere lieben Gäste aus Lublin, an ihrer Spitze unseren verehrten Gouverneur Dr. Zörner. Ich begrüße auch als deutscher Vertreter aus Zamosz die Vertreter der Wehrmacht, der Polizei, der SS, ferner die Vertreter aller Zivildienststellen.

Dieses Land ist ein Land der Gegensätzlichkeit, und alle, die wir hier sind, kennen und wissen das. Um nur ein kleines Beispiel zu erwähnen: Sie haben alle diesen herrlichen Marktplatz gesehen: Reinste, schönste italienische Renaissance; nicht von Polen sind diese Häuser erbaut, sondern von einem italienischen Architekten im Auftrage des polnischen Grafen Zamojski,

nach

nach dem die Stadt benannt ist. Herrliche Skulpturen und Plastiken und wunderbare Farben, eine ausgezeichnete Fassade. Ich bin überzeugt, daß dieser Architekt im Jahre 1530 auch die Häuser im innern schön ausgebaut hat. Tut man jetzt aber einen Schritt hinter die Tür, dann findet man auch hier wieder Dreck und Gestank. Das ist eben Polen. Diese Beispiele lassen sich ja beliebig vermehren. Diese Gegensätzlichkeit scheint sogar in der Natur zu liegen: wir haben grimmige Winter und schwüle, heiße Sommer. Mit diesem Gedanken möchte ich dazu überleiten, daß das auch auf uns Menschen, auf uns Deutsche einwirkt. Wer kennt nicht die Stimmungen, die uns hier packen, wenn uns etwas quer gegangen ist, wenn uns die Polen mit ihrer Trägheit, Faulheit und Dummheit das Leben sauer gemacht haben und wenn wir schon nahe daran sind, den Karren umzuschmeißen! Das waren Tiefpunkte in unserer Stimmung. Aber es ist merkwürdig: mit einem Schlage faßt uns dann plötzlich wieder ein Hochgefühl, eine freudige Stimmung. Da hat etwas geklappt, da war alles in Ordnung, da sind wir wie zu Hause in diesem Lande, das unsere Truppen in einem großen Feldzug erobert hat. Dann ist alles wieder vergessen, was schlecht und schwierig war, dann sind wir die Herren und alles ist schön. So wechselt hier das Häßliche und Schöne oft in unvermittelter überraschender Folge. An diese schönen Tage müssen wir uns halten. Da müssen wir die Kraft sammeln, um weiterarbeiten zu können. Und einen solchen Tag, Herr Generalgouverneur, haben Sie uns heute mit Ihrem Besuch beschert. Wir danken Ihnen von Herzen dafür. Wir werden diesen Tag nie vergessen, und wir versprechen Ihnen an diesem Tage, daß wir weiterarbeiten werden, wenn es auch manchmal schwer ist. Wir bitten Sie um Ihre weitere Unterstützung, die Sie uns bisher gewährt haben, wofür wir Ihnen herzlichen Dank sagen. Und dann wird es auch aufwärts gehen, dann werden wir in der Lage sein, dem Befehl des Führers, den er uns in der Person des Herrn Generalgouverneurs gibt und geben wird, zu folgen. In diesem Sinne fordere ich die Deutschen aus Zamosz auf, auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und auf das Wohl unserer werten Gäste zu trinken.

Der

28. Juli 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Kreishauptmann!

Ich darf wohl im Namen aller Gäste Ihnen, die Sie uns so liebenswürdig begrüßt und uns alle so freundlich und schön aufgenommen haben, unseren herzlichen Dank zum Ausdruck bringen. Ich freue mich, daß es mir möglich gewesen ist, heute wieder einmal nach Zamosz zu kommen. Als ich vor einigen Monaten zu Beginn des härtesten Winters, den man seit Menschengedenken in der Geschichte kennt, hier in Zamosz weilte, da sah es hier noch ganz anders aus. Als ich aber heute und gestern feststellen konnte, welch' ungeheuren Aufstieg dieser Ort in der kurzen Zeit genommen hat, und zwar in allen Bereichen der Ordnung, der Sauberkeit usw., wie sich auch in dem Kreis, durch den ich nun schon den zweiten Tag gefahren bin, manches geändert hat, da hat mich das alles doch mit großer Freude erfüllt. Das gibt mir die stolze Berechtigung, Ihnen, als dem Kreishauptmann, den Dank auszusprechen für diese hervorragenden Leistungen, für die Schaffung einer neuen Ordnung nach dem entsetzlichen Chaos, das wir in Polen vorgefunden hatten. Sie, Herr Kreishauptmann, und Ihre Mitarbeiter haben sich sehr wohl bewährt. Ich möchte daher meinen Dank in vollem Umfange auf alle Ihre Mitarbeiter erstrecken. Sie haben von der Zeit gesprochen, als die Menschen aus der deutschen Welt hierher kamen und in diesen Raum geschickt wurden: zunächst die Offiziere und der deutsche Soldat, die dieses Polen mit dem Einsatz ihres Lebens eroberten. Für alle Zeiten ist dieser Blitzfeldzug der 18 Tage ein grandioses Dokument deutscher Leistung. Als wir dann kamen, um das infolge des Krieges schwer darniederliegende Land allmählich wieder in eine Form zu bringen, da schien dieses Beginnen zunächst auf turmhohe Schwierigkeiten zu stoßen, die kaum zu überwinden waren. Und doch ist es gelungen. Und so möchte ich Ihnen denn heute, Herr Kreishauptmann, sagen, daß, als ich das letzte Mal vor wenigen Tagen dem Führer über das Generalgouvernement Bericht erstattete, er die große Entscheidung gefällt hat, daß das Generalgouvernement nicht mehr als besetztes polnisches Gebiet gilt, sondern Bestandteil des Deutschen Reiches ist.

ist. Diese Entscheidung ist deshalb von so ungeheurer Bedeutung, weil sie die größte Anerkennung zum Ausdruck bringt, die der Führer für das Wirken seiner Soldaten und der ihnen dann folgenden Verwaltung aussprechen konnte. Wir haben dieses Gebiet im Namen des Führers und des Reiches in den Formen zu verwalten, die der Führer bestimmt hat. Das können wir aber nur deshalb, weil brave Männer und Frauen vielfach an verzweifelt einsamer Stelle ihre Arbeit leisten, trotzdem sie manchmal unter den Stimmungen zu leiden haben, von denen Sie so packend gesprochen haben. Wir haben aber die Hoffnung, daß dieses Land in Zukunft ein untrennbarer Bestandteil des Deutschen Reiches sein wird. Ich glaube auch, Herr Kreishauptmann, daß diese Entscheidung des Führers insofern für Sie Bedeutung hat, als sie Ihnen nunmehr die Möglichkeit gibt, die Familien Ihrer Beamten und Angestellten hereinzurufen, dann auch ein großes Wohnungsbauprojekt in die Tat umzusetzen und so dafür zu sorgen, daß diese Stadt für deutsche Menschen immer wohnlicher wird. Entscheidend wird es weiter sein, daß sich nunmehr die Möglichkeit bietet, für die deutschen Beamten hier Planstellen zu schaffen, die ihnen die feste Fundierung ihrer Position ermöglichen. Ich habe die Gewißheit, daß Sie an dieser Stelle im engsten Verein mit allen hier lebenden deutschen Menschen aller Dienststellen der Wehrmacht, der Polizei, der Partei usw. dafür sorgen werden, daß der deutsche Name in diesem Raum hoch geachtet wird. Mögen einmal glückliche Menschen in diesem Raum leben. In diesem Sinne trinke ich auf Ihr Wohl, Herr Kreishauptmann, und auf das Wohl aller Deutschen in Zamosz.

30

Besuch der Baustelle "Obere Labunka" bei Zamosz.

Hier gibt Regierungsbaurat Haller, der Leiter der Gruppe Wasserwirtschaft bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Amte des Distriktschefs Lublin, einen Bericht über die bisher vollendeten Arbeiten. Auf dieser Baustelle sind 518 Juden und 35 polnische Arbeiter beschäftigt, ferner 6 polnische technische Bauleiter und Bauaufseher sowie 17 reichs- und volksdeutsche Selbstschutzmänner als Wachmannschaft. Die Arbeiten haben den Zweck, den infolge ihrer Bodenbeschaffenheit und des Fehlens

geregelter

28. Juli 1940.

geregelter Vorflut landwirtschaftlich zur Zeit zu mangelhaft genutzten Flächen durch Regulierung der Vorflut und zusätzlichen Seitengräben zunächst die für den Pflanzenwuchs schädlichen Wassermengen zu entziehen. Ferner müssen Einrichtungen geschaffen werden, um das für den Aufbau nährstoffreicher Pflanzen erforderliche Bewässerungswasser durch Stauanlagen planvoll zu verteilen. Mit diesen Arbeiten hat die Gruppe Wasserwirtschaft nach dem Aufbau der Organisation begonnen und sich die Aufgabe gestellt, zunächst die von der ehemaligen polnischen Wasserwirtschaftsverwaltung begonnenen Arbeiten nach deutschen technischen Kenntnissen zu vollenden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r unterzieht die Baustelle einer eingehenden Besichtigung.

[illegible]^{50} Ankunft der Wagenkolonne in Belzec.

Hier wird die deutsch-russische Grenze und der neu angelegte Grenzgraben besichtigt.

[illegible]^{25} Abfahrt des Sonderzuges nach Lublin.

[illegible]^{41} Ankunft des Sonderzuges in Lublin.

Krakau-Burg.

Montag, den 29. Juli 1940.

9.25 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau nach Abschluß der Besichtigungsreise.

.50 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

.15 Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Emmerich, Major Hartog, Abteilungsleiter Schmidt, Dr. Kurz, Dr. Olowski, Referent Schwarz, einem Vertreter der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft.

Gegenstand der Besprechung ist die Beteiligung des Generalgouvernements an der deutschen Ostmesse in Königsberg.

Der Besprechung liegt ein Schreiben des Gauleiters und Reichsstatthalters Koch zugrunde, in welchem dieser zu einer Beteiligung des Generalgouvernements an der Ostmesse eingeladen hat.

Wie Abteilungsleiter Schmidt mitteilt, sind die Vorbereitungen für die Beteiligung an der Messe bereits in vollem Gange. Er gibt auch eine eingehende Schilderung, in welcher Art und Weise das Generalgouvernement auf dieser Messe vertreten sein soll.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Zustimmung zu den von Abteilungsleiter Schmidt vorgelegten Plänen und gibt weitere Anordnungen für die Fahrt nach Königsberg.

.45 Besprechung mit Ministerialdirektor Dr. Emmerich und Major Hartog.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan.

Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Anordnung:

Die

29. Juli 1940.

I. Die Dienststelle für den Vierjahresplan im Generalgouvernement wird als Sonderbehörde mit Wirkung ab 1. August 1940 aufgelöst. Die Zuständigkeiten und vorliegenden Dienstgeschäfte gehen mit Wirkung von dem gleichen Zeitpunkt an auf die Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs über.

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs bestimmt die Verteilung dieser Dienstgeschäfte im Rahmen seiner Abteilung.

II. Mit Wirkung ab 1. August 1940 wird eine Dienststelle des Wirtschaftsrats für das Generalgouvernement geschaffen.

Der Wirtschaftsrat stellt das oberste Beratungsgremium des Generalgouverneurs in allen Belangen der wirtschaftspolitischen Führung des Generalgouvernements dar und besteht aus den im Wirtschaftsleben des Generalgouvernements amtlich tätigen Abteilungsleitern im Amt des Generalgouverneurs, die ich zu diesem Zweck besonders in den Wirtschaftsrat berufen werde. Die Berufung weiterer Mitglieder dieses Wirtschaftsrats behalte ich mir vor.

Ich werde mich dieser Dienststelle des Wirtschaftsrates zur Erfüllung der mir als Generalbevollmächtigtem des Herrn Reichsmarschalls in seiner Eigenschaft als Beauftragten für den Vierjahresplan zustehenden Befugnisse bedienen.

III. Die Geschäftsführung des Wirtschaftsrats, dessen Vorsitz ich mir selber vorbehalte, liegt bei dem Leiter der Abteilung Wirtschaft im Amt des Generalgouverneurs als meinem Generalreferenten für die Gesamtbelange der Wirtschaft im Generalgouvernement.

Die dienstliche Selbständigkeit der die Wirtschaft betreuenden Abteilung im Amt des Generalgouverneurs wird dadurch nicht berührt.

Vorstehender Erlaß wird Herrn Staatssekretär Dr. Bühler mit dem Auftrage übersandt, sämtlichen Abteilungen im Amte des Generalgouverneurs sowie den Chefs der Distrikte und der Dienststelle des Beauftragten für den Vierjahresplan in Berlin Kenntnis zu geben. Herr Staatssekretär Dr. Bühler wird weiter beauftragt, zugleich mit diesem Erlaß den oben genannten Stellen im Einvernehmen mit dem Leiter der Abteilung Wirtschaft, soweit möglich, die Richtlinien für die künftige wirtschaftspolitische Arbeit im Generalgouvernement mitzuteilen.

Gleichzeitig verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Schreibens an Staatssekretär Neumann, Berlin:

Lieber Parteigenosse Neumann!

In der Anlage übersende ich Ihnen Durchschlag meiner am 1. August in Kraft tretenden Anordnung über Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan. Ich bitte Sie, sich künftig in allen Angelegenheiten betreffend Ihre Wünsche auf dem Gebiet des Vierjahresplans im Generalgouvernement liebenswürdigerweise mit mir direkt in meiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan in Verbindung zu setzen. Demnach gibt es keine eigene Dienststelle des Vierjahresplans mehr im Generalgouvernement.

Hoffentlich

29. Juli 1940.

Hoffentlich besuchen Sie mich bald einmal, damit ich mit Ihnen an Ort und Stelle wieder alles besprechen kann.

Größtes Gewicht lege ich darauf, daß die persönlichen Beziehungen zwischen uns beiden, insbesondere auch zwischen Ihrer Dienststelle für den Vierjahresplan im Reich und meiner Abteilung für Wirtschaft durch die stets begrüßten Reisen des Herrn Oberregierungsrats Kadgin sich im beiderseitigen Interesse weiter entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Heil Hitler!

gez. Dr. Frank

Dienstag, den 30. Juli 1940.

Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist die Vorbereitung von Verordnungen

1. für die Getreidewirtschaft,
2. betreffend Behandlung von Juden,
3. betreffend Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan.

Der Herr Generalgouverneur empfängt den Herrn Generalforstmeister Alpers in Gegenwart von Oberlandforstmeister Dr Eißfeldt.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs mit Generalforstmeister Alpers nebst Begleitung nach Rabka zur Besichtigung der dortigen Forstinspektion.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

Abendessen zu Ehren des Herrn Generalforstmeisters Alpers.

Im Verlaufe des Essens richtet der Herr Generalgouverneur folgende Worte an den Herrn Generalforstmeister:

Herr Generalforstmeister!

Im Namen des Generalgouvernements und aller Deutschen hier in diesem jüngsten Glied des Deutschen Reiches heiße ich Sie aufs herzlichste willkommen. Ich freue mich ganz besonders, daß Sie, der Sie als Stellvertreter des Reichsmarschalls und Reichsforstmeisters Göring die oberste Betreuung des deutschen Waldes haben, den Weg zu uns gefunden haben. Ich freue mich umsomehr, weil ich in Ihnen einen alten nationalsozialistischen Kämpfer und einen der treuesten und fanatischsten Anhänger des Führers begrüßen darf. Sie haben mir nicht nur durch die Zurverfügungstellung hervorragender Mitarbeiter, so vor allem des Kameraden Dr. Eißfeldt, eine

besondere

30. Juli 1940.

besondere Hilfe gegeben, sondern haben sich vor allem mit der Gründung des Forstschutzkommandos ein gewaltiges Verdienst um den Aufbau des Generalgouvernements erworben. Ich habe seinerzeit schon Gelegenheit genommen, Ihnen bei Übernahme des Forstschutzkommandos dafür zu danken. Ich möchte Ihnen heute in Anwesenheit meiner wichtigsten Mitarbeiter in der Regierung des Generalgouvernements diesen Dank in aller Form nochmals abstatten.

Die Wälder hier im Generalgouvernement befinden sich vielleicht nach fachmännischen Anschauungen der deutschen Forstpflege in einem nicht sehr erfreulichen Zustand. Ich glaube aber, wenn einige Zeit hindurch deutsche Forstpflegsamkeit sich dieser Wälder angenommen haben wird, daß dann der Holzvorrat und die Holzbewirtschaftung des Generalgouvernements eine durchaus brauchbare Ergänzung des holzwirtschaftlichen Daseins des Reiches darstellen wird. Unser Ziel kann ja auch nicht anders sein, als durch die geeignete Behandlung des zweifellos notleitenden Waldes des Generalgouvernements dafür zu sorgen, daß in zunehmendem Maße die Holzproduktion des Generalgouvernements eine wesentliche Unterstützung der Holzproduktion des Reiches darstellen wird. Glauben Sie mir, Herr Generalforstmeister, ich habe es oft mit tiefster Anteilnahme im Laufe dieser ersten Monate vernommen, daß so mancher deutsche Förster und Heger den Heldentod hier in Polens Wälder gefunden hat. Wie oft sind deutsche Männer, auf einsamem Posten mitten im Walde ihrer Pflicht für Führer und Reich gehorchend, das Opfer polnischen Blutterrors geworden! Für uns, die wir hier in einer relativ gesicherten und umhegten Position unseres Amtes walten, ist es immer eine ganz besondere Empfindung, zu wissen, daß draußen, fern von jeder Verbindung, ganz einsam, die Männer des deutschen Waldes ihre Pflicht tun. Aber der Beruf eines deutschen Forstmannes und Hegemeisters bringt das nun einmal mit sich. Die Männer waren unausgesetzt umdräut von diesen Gefahren. Nun können Sie ermessen, wie angesichts des Bestehens einer moralischen Verwilderung der die Wälder heimsuchenden Bevölkerung, wie angesichts der Massendiebstähle von Holz die Entwicklung ihren Lauf genommen hatte. Aber in ganz kurzer Zeit wurde dieses Forstschutzkommando eines der Fundamente von Ordnung und Sicherheit. Wir wären beim besten Willen nicht imstande gewesen, dieser Fülle von Spezialaufgaben, die dieser politisch so

schwierige

schwierige Raum auch mit seinen mangelhaften Verkehrsverhältnissen mit sich bringt, gerecht zu werden, und hätten auf die Dauer den deutschen Menschen im Walde nicht in Schutz nehmen können. Daher war die Schaffung des Forstschutzkommandos eine wahrhafte Rettungstat. Ich weiß wohl, daß es ein erster Versuch ist, die Waldpolitik des Dritten Reiches in allen neu eroberten Zonen sicherheitsmäßig zu unterbauen. Ich kann Sie, Herr Generalforstmeister, zu diesem Gedanken nur beglückwünschen. Denn ich als Generalgouverneur dieses Landes muß Ihnen nach den meisten Feststellungen bezeugen, daß ohne dieses Forstschutzkommando in unserem Raum zumindest angesichts der gesamten Sicherheitsverhältnisse der letzte Rest von den vorhandenen Holzvorräten zertrümmert worden wäre. Dieses Forstschutzkorps ist daher in vollem Umfange in den Bestand der Sicherheitsorganisation unseres Reichsgefüges einbezogen.

Sie haben sich aber darüber hinaus ununterbrochen als Förderer und interessierter Mitkämpfer an der Lösung der schweren Aufgaben des Generalgouvernements beteiligt. Ich danke Ihnen auch kameradschaftlich dafür. Als Zeichen meiner Anerkennung und als bleibendes Andenken erlaube ich mir, Ihnen das Bild eines ortsansässigen Malers zu überreichen, eine Szene aus einem Wald des Generalgouvernements darstellend. Ich bitte Sie, Herr Generalforstmeister, überzeugt zu sein, daß ich mit dieser Gabe nicht nur meinen Dank, sondern auch meine kameradschaftliche und freundschaftliche Gesinnung Ihnen gegenüber zum Ausdruck bringe.

Meine Herren, ich bitte Sie, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl des Herrn Generalforstmeisters zu trinken.

Herr Generalforstmeister Alpers erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur!

Ihrer liebenswürdigen Einladung bin ich gerne gefolgt. Sobald ich die Zeit aufbringen konnte, bin ich hierher geeilt, um Sie und das Generalgouvernement zu besuchen. Der weite Osten wird ja den deutschen Menschen immer anziehen, und die Aufgabe, die hier gestellt worden ist, wird den deutschen Menschen immer voll in Anspruch nehmen. Und so war es eine Selbstverständlichkeit, daß im Reichsforstamt alles getan wurde, um den Belangen des Generalgouvernements Rechnung zu tragen. Ebenso selbstverständlich war

es

es für uns, daß wir Ihnen als Mitarbeiter das besten Menschenmaterial zur Verfügung stellten, insbesondere Männer, die politisch die erforderliche Ausrichtung haben. Ich bin der Überzeugung, daß in diesem Gebiet nur ein Mann mit Erfolg für Deutschland arbeiten kann, der wirklich Nationalsozialist ist, gilt es doch, den großen Sieg, den wir errungen haben, auszuwerten. Aber diesen Sieg auswerten kann nur ein wahrhaft nationalsozialistischer Deutscher. Und so war es eben nur selbstverständlich, daß wir Ihnen unsere besten Kräfte für die Arbeit im Osten zur Verfügung stellten.

Die neuen Wege, die sich uns hier öffneten, stellten uns auch vor die Aufgabe, eine neue Organisation in der deutschen Forstwirtschaft zu schaffen. Bislang war hier in einem engeren Raum jedes Stückchen Land kultiviert worden; war es doch erforderlich, in den engen Grenzen des Altreichs mit primitiven Mitteln zu arbeiten, ebenso aber auch gegen primitive Hemmnisse anzukämpfen. Hier jedoch tritt der Deutsche als Kolonisator auf. Er hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die es in unserem Altreich nicht gibt.Der Widerwille der polnischen Bevölkerung, ihr Hang zum Rechtsbruch veranlaßt uns nun, dem Rechnung zu tragen und neben dem Arbeiter denjenigen zu stellen, der die Arbeit verteidigen kann. Ich möchte eigentlich sagen, daß wir den Entschluß der Schaffung eines Forstschutzkorps viel zu spät gefaßt haben. Vorsorgend hätte das alles viel früher aufgebaut werden müssen. Als dann aber die Notwendigkeit an uns herantrat, da war auch der nationalsozialistische Wille vorhanden, diese Aufgabe zu meistern, und der Herr Reichsmarschall Göring war stark genug, dieses Forstschutzkommando gewissermaßen von heute auf morgen zu schaffen, indem er uns seine Einrichtung in der Luftfahrt zur Verfügung stellte. Ich glaube, daß dieses Forstschutzkommando ein Ausgangspunkt sein wird. Wenn wir jetzt in die neuen Gebiete gehen, so werden wir immer mit dieser Einrichtung rechnen müssen. Wenn wir ganz über See gehen, - und das wird nicht fern sein - , dann werden wir umsomehr solche Forstschutzkommandos benötigen. Ja, wir haben es in Berlin mit Mühe und Not auf die Beine gestellt, waren dann aber auch heil-froh, als es über die Grenze des Altreichs hinweggekommen und somit auch allen Ressorthemmungen und Ressortstreitigkeiten entrückt war, als es in ein Land gekommen war, wo man

von

30. Juli 1940.

von solchen Dingen unbeschwerter ist, wo man sich auch mit Erfolg gegen solche hemmenden bürokratischen Schwierigkeiten zu verteidigen weiß. Mein Dank gilt also Ihnen, sehr verehrter Herr Generalgouverneur, daß Sie dieses Forstschutzkorps in Ihren schützenden Bereich genommen haben, sodaß wir nunmehr auf diesem Gebiet die erforderlichen Erfahrungen sammeln können, die wir dann im Interesse anderer Gebiete, insbesondere im Interesse des Gesamtreiches wieder verwerten können. Ich danke Ihnen, Herr Generalgouverneur, aber auch für das sonst so vielfach bezeugte Interesse, das Sie den Aufgaben des Reichsforstmeisters und Reichsjägermeisters entgegengebracht haben. Ich danke Ihnen insbesondere auch für Ihre herzliche innere Einstellung gegenüber diesen unseren Aufgaben, für Ihre kameradschaftliche Gesinnung, die Sie mir und meinen Mitarbeitern immer bewiesen haben. Ich bin deshalb gern hierher gekommen, um dieses Generalgouvernement zu bereisen, um zu sehen, wie die forstlichen Arbeiten hier durchgeführt werden. Denn das hat für uns großes Interesse.

Als Nationalsozialist möchte ich aber doch noch eins herausstellen: Ich sehe die Größe der politischen Aufgabe. Und wenn ich immer wieder einen meiner besten Mitarbeiter nach hierher entsende, dann habe ich ihm bisher noch immer die Weisung mit auf den Weg gegeben, über den Forstmann auf jeden Fall den Nationalsozialisten zu setzen; denn die Aufgabe hier im Generalgouvernement ist eine säkulare. Es ist erforderlich, den Wald hier zu hegen und in jeder Weise für unsere Wirtschaft auszunutzen; an erster Stelle aber steht der Gedanke, daß wir dieses Land tatsächlich auf ewige Zeiten behalten. Diese politische Verpflichtung habe ich meinen Kameraden, die ich Ihnen hierher sende, immer mitgegeben. Ich habe ihnen gesagt, daß sie sich nach Ihren Weisungen auszurichten hätten, da Sie allein für die politische Linie in dem Ihnen anvertrauten Generalgouvernement verantwortlich sind. Wir haben mit großer Freude Mal für Mal Kenntnis von Maßnahmen und Erklärungen genommen, die Sie getroffen und abgegeben haben.

Herr Generalgouverneur, ich darf Sie daran erinnern, wie Sie bei Übernahme des Forstschutzkommandos in Birkental den Männern, die aus dem deutschen Walde als Waldarbeiter kamen, und die nun als Forstschutzmänner ins Generalgouvernement hinausgehen sollten, erklärten, daß die Weichsel ein deutscher Strom sei. Ich

glaube,

glaube, daß der einfachste unter diesen Männern aus dem fernsten Winkel des deutschen Waldes sich seine Gedanken darüber gemacht hat, was es bedeutet, wenn der Herr Generalgouverneur sagt: Die Weichsel ist ein deutscher Strom. Ich glaube, mit mir wird mancher Nationalsozialist seine Freude gehabt haben, als er eines Tages in den Zeitungen lesen konnte: Der Herr Generalgouverneur hat an der äußersten Grenze des Bereiches unserer Interessen eine deutsche Stadt gegründet, die deutsche Stadt Przemysl.

Herr Generalgouverneur, wir sind überzeugt, daß diese politische Aufgabe im Interesse des gesamten Reiches von Ihnen und Ihren Mitarbeitern gelöst werden wird, und ich bin weiter der festen Überzeugung, daß mit der Eindeutschung dieses Gebietes auch Ihr Name und Ihre Tätigkeit in die Geschichte des Reiches eingehen werden. Ich wünsche Ihnen und Ihren Mitarbeitern von ganzem Herzen vollsten Erfolg. Gestatten Sie mir, daß ich auf diesen großen politischen Erfolg mein Glas erhebe und auf Ihr Wohl trinke.

Vorstellung einer Abteilung des Forstschutzkommandos auf dem Schloßhof durch Major Boden.

Ein Waldhornbläserkorps bringt verschiedene Jagdrufe zu Gehör. Nach Schluß dieser Darbietungen marschiert die Abteilung im strammen Gleichschritt an dem Herrn Generalgouverneur und seinen Gästen vorbei.

Mittwoch, den 31. Juli 1940.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh macht zunächst davon Mitteilung, daß zur Zeit eine Eisenbahnverkehrsordnung ausgearbeitet werde. Sie werde aber noch einer gründlichen Nachprüfung bedürfen, da von der Generaldirektion der Ostbahn abgesehen von vorsätzlichen und schwer schuldhaften Handlungen jegliche Haftung ausgeschlossen werde.

Der Hinweis des Staatssekretärs Dr. Bühler, daß demnächst ein Vertreter des OKW. mit ihm über die Anlage von Truppenübungsplätzen verhandeln werde,

veranlaßt den Herrn Generalgouverneur zu der Erklärung, daß er sich in dieser Frage seine Entscheidung noch vorbehalten müsse. Zunächst einmal müsse festgestellt werden, ob überhaupt angesichts des Erlasses des Führers vom 8. Juli, nach welchem das ganze Gebiet des Generalgouvernements pfleglich zu behandeln sei, Truppenübungsplätze errichtet werden sollen. Ferner müsse er, der Generalgouverneur, genau Bescheid wissen, wohin diese Übungsplätze kommen, welchen Umfang sie haben sollten und ob bei ihm offiziell ein Antrag gestellt werde. Auch habe er zunächst starke Bedenken dagegen, daß in diese Frage eine Umsiedlungsgesellschaft eingeschaltet werde. Das Eigentum des Geländes müsse beim Generalgouvernement bleiben, es könne nur eine Beschlagnahme unter Vorbehalt des Eigentums des Generalgouvernements erfolgen. Sollte es zu der Errichtung dieser Übungsplätze kommen, dann müsse eine Entscheidung über die Umsiedlung der dort wohnenden Polen und Ukrainer gefällt werden. Diese Polen und Ukrainer könnten dann vielleicht in den Teil des Distrikts Lublin gebracht werden, aus dem die Volksdeutschen weggingen. Im übrigen lege auch Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt großen Wert darauf, daß die Anlage der Plätze erst von dem Generalgouverneur genehmigt werde, weil er die forstliche und landwirtschaftliche Betreuung des gesamten Gebietes der Abteilung Forsten übertragen wissen wolle und der Auffassung sei, daß nur die truppenmäßige

Benutzung

Benutzung vom Militärbefehlshaber im Generalgouvernement zu regeln sei.

Der Herr Generalgouverneur legt dann größtes Gewicht darauf, daß die Grenzfragen endlich erledigt werden und verfügt, daß an Staatssekretär Körner folgendes Schreiben abgesandt wird:

> Ich bitte dringendst um Erledigung der Grenzfragen, da sich die Schwierigkeiten ungeheuer häufen und ich nicht mehr imstande bin, die Angelegenheit zu erledigen.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, dafür zu sorgen, daß demnächst eine Vertretung der Beamten, und Angestellten und Arbeiter im Generalgouvernement geschaffen wird. In dieser Frage soll sich Staatssekretär Dr. Bühler auch mit Bereichsleiter Schalk ins Benehmen setzen, da hier unter Umständen Belange der NSDAP. in Betracht kommen.

Weiter weist der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler an, mindestens einmal in jeder Woche die Leiter der nicht zum Amt des Generalgouverneurs gehörenden Dienststellen, wie z.B. Bereichsleiter Schalk, Gesandten von Wühlisch, die Verbindungsoffiziere usw. bei sich zu empfangen und ihnen einen Überblick über die allgemeine dienstliche und geschäftliche Entwicklung im Amte zu geben.

Der Herr Generalgouverneur macht Staatssekretär Dr. Bühler dann Mitteilung von einem an ihn gerichteten anonymen Schreiben, in welchem sich Beamte des Generalgouvernements schärfstens dagegen verwahrten, daß ohne ihr Wissen für sie Planstellen eingerichtet würden; sie dächten nicht daran, im Generalgouvernement zu bleiben, und hielten dieses Vorgehen für eine Vergewaltigung. Sie erklärten, daß sie schon jetzt dagegen Protest einlegen müßten, wenn man sie etwa zwangsweise im Dienste des Generalgouvernements hielte, weil sie den ihnen seinerzeit erteilten Auftrag nur für einen auf Kriegsdauer gegebenen gehalten hätten. Im Zusammenhang damit bezeichnet es der Herr Generalgouverneur als notwendig, daß in den Zeitschriften "Deutsches Recht" und "Die deutsche Verwaltung" in Leitartikeln auf die im Generalgouvernement erlassenen Verordnungen hingewiesen und so ein größeres Verständnis für die Fragen des Generalgouvernements bei den Beamten im

Reich

Reich geweckt werde. Er müsse auch seinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß das Buch des Oberlandesgerichtsrats Dr. Weh im Reich so gut wie garnicht besprochen worden sei. Jedenfalls müsse ein Weg gefunden werden, auf welchem in entsprechender Form Beamte für den Dienst im Generalgouvernement gewonnen werden könnten.

Staatssekretär Dr. Bühler äußert Bedenken gegen das Vorgehen einiger Abteilungsleiter, die ihre Beamten schon jetzt vor die Entscheidung stellten, ob sie im Dienste des Generalgouvernements bleiben wollten. Wenn schon solche Feststellungen getroffen werden sollten, dann müsse es seiner Ansicht nach in äußerst vorsichtiger Form geschehen.

Es wird dann noch kurz zu dem Erlaß über die Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur hält eine nochmalige Redigierung der Fassung für notwendig.

Der Herr Generalgouverneur trifft sodann folgende Anordnung:

Auf Grund einer mir vom Führer erteilten Ermächtigung verfüge ich, daß

1. künftig die Bezeichnung "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete" umgeändert wird in "Deutsches Generalgouvernement Polen",
2. die Bezeichnung "Amt des Generalgouverneurs" durch die Bezeichnung "Regierung des Generalgouverneurs" ersetzt wird.
3. Ich verleihe den Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements, die zugleich als oberste Dienstbevollmächtigte ihrer Heimatministerien für das Generalgouvernement anzusehen sind, für ihre Person die Bezeichnung "Abteilungspräsident".

Chef des Amtes bleibt Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung mit Bereichsleiter Schalk.

Gegenstand der Besprechung sind die Vorbereitungen für den Empfang des Gauleiters und Reichsstatthalters Greiser.

Weiter werden einige Parteiangelegenheiten besprochen.

Auf dem Hof der Burg haben Aufstellung genommen: je eine Ehrenhundertschaft der SS-Totenkopfstandarte und des Polizeiregiments, weiter politische Leiter, Vertreter der Beamtenschaft, der Beamten der Ostbahn und des Sonderdienstes.

Nach

31. Juli 1940.

Nach dem Eintreffen auf der Burg schreitet Gauleiter und Reichsstatthalter Greiser die Front der Ehrenformationen ab. Er begibt sich dann mit dem Herrn Generalgouverneur und seiner Begleitung in das Schloß, wo er zunächst vom Herrn Generalgouverneur begrüßt wird.

Im großen Saal der Burg findet eine Besprechung statt, an der der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r , Reichsstatthalter Greiser, Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger, SS-Brigadeführer Streckenbach, Gouverneur Dr. Lasch und die Begleiter des Reichsstatthalters Greiser teilnehmen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r heißt Reichsstatthalter Greiser und seine Begleiter herzlich willkommen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diesem Besuch noch weitere folgen werden. Ein gegenseitiger Meinungsaustausch werde angesichts der gleichgerichteten Aufgaben im Ostraum von größtem Nutzen sein.

Reichsstatthalter Greiser dankt dem Herrn Generalgouverneur für den herzlichen Empfang, den er ihm bereitet habe. Er sei umso lieber nach Krakau gekommen, als es zwischen dem Generalgouvernement und seinem Gau eine ganze Reihe von Fragen gebe, die zwischen den beteiligten Instanzen am besten mündlich besprochen werden können.

Er halte zunächst eine Erörterung des Judenproblems für erforderlich. Hier hätten sich ja die Dinge insofern inzwischen etwas geändert, als man jetzt in der Frage der Judenevakuierung eine andere Stellung eingenommen habe. Er habe auf Grund einer Unterredung mit dem Reichsführer SS feststellen können, daß nunmehr die Absicht bestehe, die Juden über See in bestimmte Gebiete abzuschieben. Er habe in dieser Besprechung erklärt, daß er sich einer solchen Entscheidung selbstverständlich fügen müsse und werde, daß aber das Judenproblem, soweit es seinen Gau interessiere, irgendwie noch vor dem Winter geklärt werden müsse. Das hänge natürlich von der Dauer des Krieges ab. Sollte der Krieg noch länger dauern, dann werde man eine Zwischenlösung finden müssen.

Die Frage der gegenseitigen Grenzziehung werde wohl heute noch nicht restlos zu klären sein, sie müsse aber mit den beteiligten

ligten

beteiligten Reichsstellen in Berlin nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen werden, damit gewisse Unstimmigkeiten endlich aus der Welt geschafft werden könnten.

Reichsstatthalter Greiser geht dann auf das Judenproblem des näheren ein und hebt dabei hervor, daß man in Litzmannstadt und Umgebung eine gewisse Massierung von Juden festzustellen habe. In Litzmannstadt selber habe man die Juden in ein Ghetto gebracht. Die Aktion sei an sich abgeschlossen, habe aber lediglich provisorischen Charakter. In diesem Ghetto befänden sich ungefähr 250 000 Juden. Diese 250 000 Juden, deren Zahl sich vielleicht auf 260 000 erhöhen werde, müßten einmal den Warthegau verlassen. Es sei vorgesehen gewesen, sie in einer zweckmäßigen Form in das Generalgouvernement zu transportieren, und man habe die Form dieser Übernahme heute gleichfalls klären wollen. Inzwischen sei nun die neue Entscheidung gekommen, und er lege größten Wert darauf, daß die Möglichkeit der Übernahme geklärt werde, weil es für den Warthegau sowohl aus ernährungspolitischen wie insbesondere auch aus seuchenpolizeilichen Gründen ein unmöglicher Zustand wäre, diese im Ghetto zusammengepferchten Juden noch über den Winter hinaus zu behalten. Man müsse deshalb unter allen Umständen eine Zwischenlösung finden, die die Möglichkeit biete, diese Juden in ein anderes Gebiet abzuschieben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt, ihm habe Reichsführer SS Himmler in Berlin amtlich mitgeteilt, daß er auf Befehl des Führers keinerlei Judenverschickung vornehmen werde. Was das Generalgouvernement angehe, so habe er zunächst einmal die Evakuierung von 45- bis 50 000 Juden aus Krakau verfügt.

SS-Obergruppenführer Krüger teilt mit, daß die Frage der Aussiedlung der gesamten Judenschaft aus dem Generalgouvernement zur Zeit der Bearbeitung unterläge. Es seien auch schon Denkschriften darüber verfaßt worden, in welcher Form die Aktion nach Übersee durchgeführt werden solle. Er empfehle, für die Frage der Umsiedlung zunächst einmal in erster Linie Litzmannstadt zu berücksichtigen.

SS-Brigadeführer Streckenbach betont, daß sich genaues über die ganze Aktion noch nicht sagen lasse. Grundsätzlich stehe bisher

her

bisher nur fest, daß seine Dienststelle den Auftrag habe, festzustellen, wieviel Juden im gesamten von Deutschland zur Zeit besetzten Raum vorhanden seien. Die Juden sollten nach dem bisher bestehenden Plan nach Madagaskar verschickt werden. Wann und wie die Verschickung vor sich gehen solle, sei eine Frage des Friedensschlusses. Ob sie tatsächlich nach Madagaskar kommen sollten, sei auch noch nicht endgültig bestimmt.

SS-Obergruppenführer Krüger weist darauf hin, daß er in einem kürzlich stattgefunden Gespräch mit Reichsführer SS Himmler auch die Frage der Zigeuner berührt habe. Die gesamten Zigeuner sollten nach dem Generalgouvernement kommen. Es handele sich wohl insgesamt um 30 000 Zigeuner aus dem Altreich und anderen Gebieten. Genaues sei aber über diese ganze Aktion noch nicht zu sagen, da die Staatsangehörigkeit der Zigeuner noch geklärt werden müsse.

Der Höhere SS- und Polizeiführer des Warthegaues, Gruppenführer Köppe, weist darauf hin, daß die Lage hinsichtlich der Juden im Warthegau von Tag zu Tag schlimmer werde. Das Ghetto in Lietzmannstadt sei eigentlich auch nur unter der Voraussetzung eingerichtet worden, daß die Abschiebung der Juden spätestens Mitte dieses Jahres beginnen werde. Im übrigen müsse er darauf hinweisen, daß, nachdem der Führer der vormaligen Stadt Lodsch den Namen Lietzmannstadt gegeben habe, jeder davon überzeugt sei, daß diese Stadt endgültig zum Warthegau gehören und bei ihm bleiben werde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hat dagegen keine Einwendungen zu erheben, kann aber nicht dem Standpunkt beipflichten, daß damit Lietzmannstadt heute schon eine deutsche Stadt sei. Diese Eindeutschung werde vielleicht noch 15 Jahre dauern. Er müsse mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sich das Generalgouvernement auch in der Judenfrage zweifellos in einer viel schwierigeren Lage befinde als der Warthegau. Die Frage der Umsiedlung im Generalgouvernement werde auch angesichts des Umstandes, daß die Anlage neuer Truppenübungsplätze beabsichtigt sei, von Tag zu Tag schwieriger. Dieser Plan der Errichtung von Truppenübungsplätzen mache, wenn er zur Durchführung komme, die Umsiedlung von etwa 180 000 Polen notwendig.

SS-Gruppenführer Köppe macht dann nähere Mitteilung über die Durchführung der Siedlung im Gebiet des Warthegaues. Der im Warthe-

gau

Warthegau aufgestellte Siedlungsplan sehe die Ansiedlung von 60 bis 70 000 Volksdeutschen vor. Außerdem würden demnächst noch 10 000 Juden aus Bessarabien kommen, für deren Unterbringung auch gesorgt werden müsse. Im Warthegau gebe es zur Zeit noch 588 000 Deutsche gegenüber 1,6 Millionen Polen. Insgesamt wohnten noch 8 Millionen Polen außerhalb des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur weist dem gegenüber auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Übernahme polnischer Bevölkerung z.B. auch aus Ungarn, Litauen, Rumänien und anderen Ländern entgegenständen. Zu welchen Mißständen das führen müsse, ergebe sich aus der Tatsache, daß heute schon das Generalgouvernement eine Bevölkerungsdichte von teilweise 180 Menschen auf das qukm habe. Die durchschnittliche Besiedelung im Generalgouvernement sei wesentlich größer als im Reich. Unter solchen Umständen und bei einer vermehrten Hereinnahme von Polen in das Generalgouvernement könne er kaum noch die Verantwortung dafür übernehmen, daß nicht Seuchen und Katastrophen anderer Art, wie etwa Hungersnöte, eintreten würden. Es handele sich hier um eine außerordentlich ernste Aufgabe, die nur im Zusammenwirken aller beteiligten Instanzen gelöst werden könne.

SS-Brigadeführer Streckenbach weist darauf hin, daß neben den aus dem Warthegau gestellten Forderungen auch noch von Ost- und Westpreußen und Schlesien sehr starke Forderungen nach Übernahme von Polen gestellt würden. Zur Zeit laufe die Aussiedlung von 120 000 Polen aus dem Warthegau, die den aus Wolhynien kommenden Deutschen Platz machen sollten. Von diesen 120 000 Polen seien bis heute 58 000 ins Generalgouvernement gekommen, es fehlten also noch 62 000. An sich sollte diese Aktion schon Anfang Juli abgeschlossen sein, sie habe sich aber infolge der Transportschwierigkeiten verzögert. Ferner komme noch die Übersiedlung von 20 bis 30 000 Volksdeutschen aus Litauen in Frage, außerdem der Abtransport von 41 000 Polen aus Gotenhafen. Man habe seinerzeit das Generalgouvernement mit einer Bevölkerungsdichte von 102 Menschen auf das qukm übernommen, heute seien es schon durchschnittlich 136 Menschen. Diese Zahl steigere sich nun noch dadurch, daß für die Anlage von Truppenübungsplätzen, Brückenköpfen usw. gewaltige Flächen freigemacht werden müssen. Nach Abschluß dieser Arbeiten müsse man im Generalgouvernement mit einer Bevölkerungsdichte von 145 Menschen auf das qukm rechnen. Das Gebiet des Generalgouvernements sei in Friedenszeit, also vor Ausbruch des polnischen Krieges,

Krieges, ernährungsmäßig ein Unterschußgebiet gewesen. Krakau habe allein im Jahre 245 000 Tonnen Brotgetreide zusätzlich gekauft.

Reichsstatthalter Greiser glaubt, auf Grund dieser Sachlage die Feststellung treffen zu müssen, daß das Generalgouvernement nicht in der Lage sei, die 250 000 Juden auch nur interimistisch aufzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur bestätigt diese Auffassung vollinhaltlich und zieht daraus den Schluß, daß diese Situation eine Klärung des Verhältnisses zwischen Warthegau und Generalgouvernement erheische. Die Situation fange an, für beide Gebiete katastrophal zu werden. Deshalb müsse die Frage auch einer grundsätzlichen Entscheidung zugeführt werden. Er halte sich für verpflichtet, dem Warthegau den absoluten Vorrang in der Deutschhaltung dieses Gebietes zu lassen. Er könne ja auch nicht den Ehrgeiz haben, aus dem Generalgouvernement ein deutsches Land zu machen. Dafür sei jedenfalls die Zeit noch nicht gekommen. Wenn aber die Aussiedlung in dieser Form vor sich gehen solle, daß das Generalgouvernement diese Menschenmassen aufzunehmen hätte, dann müsse man sich zunächst einmal über die Bedingungen klar sein. Die Bedingungen müßten so gestellt werden, daß sie auch im gesamtdeutschen Interesse erfüllt werden könnten. Sollten diese Massen von Polen in das Generalgouvernement hineinkommen, dann müßte eben vollkommen auf Rechnung des Reiches für die notwendige Ernährung gesorgt werden. Das sei schon um deswillen notwendig, weil ja das Generalgouvernement eine wichtige Aufgabe für das Deutsche Reich zu erfüllen habe.

Regierungspräsident Mehlhorn betont, daß es im Laufe der Zeit doch immerhin gelungen sei, die Stadt Litzmannstadt im wesentlichen zu einer deutschen Stadt zu machen. Wer im November in dieser Stadt gewesen sei und heute dorthin komme, werde ohne weiteres feststellen können, daß das Bild ein anderes geworden sei, und die Deutschen auf der ganzen Linie dominierten. Das zeige auch der Umstand, daß seit dieser Zeit kein Polizist oder Wehrmachtsangehöriger mehr einem Überfall zum Opfer gefallen sei. Auch das äußere Gesicht der Stadt sei durchaus deutsch. Neben den starken volksdeutschen Elementen in der Zahl von etwa 60- bis 80 000

gebe

gebe es jetzt eine große Anzahl Reichsdeutscher mit ihren Familien dort, die in der Stadt Arbeit gefunden hätten. Man habe das Ghetto gerade deswegen eingerichtet, weil man die Volksdeutschen und Reichsdeutschen vor Seuchen bewahren wollte. Die Stadt mit ihren 700 000 Einwohnern habe keine normale Wasserleitung, keine Kanalisation. Der Reichsgesundheitsführer habe die erdenklichsten Anstrengungen gemacht, um die hygienischen Verhältnisse zu bessern. Allerdings wären die Juden und Polen, teilweise aber auch die Volksdeutschen, in gewisser Weise gegen das Fleckfieber immun, wenn sie in ihrer Jugend diese Krankheit überstanden hätten. Anders sei das natürlich bei den Reichsdeutschen. Wenn er darauf hinweisen müsse, daß 30 % der deutschen Beamten und Angestellten seiner Regierung in diesem Sommer an Ruhr erkrankt und deshalb nicht arbeitsfähig gewesen seien, so sei das ein Zustand, der auf die Dauer für eine deutsche Stadt unmöglich sei. Sollte der Krieg noch länger dauern, dann halte er es für ausgeschlossen, daß die Juden in Litzmannstadt noch verbleiben; denn man könne unmöglich reichsdeutsche Männer und Frauen der Seuchengefahr aussetzen. Deshalb müsse die Judenfrage auf irgendeine Weise gelöst werden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erkennt die Schwierigkeit des Judenproblems besonders für Litzmannstadt durchaus an, gibt aber nochmals seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß das Generalgouvernement nur helfen könne, wenn alle ernährungspolitischen und wirtschaftlichen Fragen endgültig gelöst seien.

Reichsstatthalter Greiser nimmt dann zur Grenzfrage Stellung. Er führt aus, daß hier manchmal Schwierigkeiten beständen, daß sie nicht nur in Bezug auf die Grenze als solche, sondern auch im Hinblick auf eine gewisse Menschenverschiebung von der einen nach der anderen Seite bestanden hätten. Es hätten deshalb auch schon verschiedene Besprechungen stattgefunden, man habe mancherlei Beschwerden bekommen, die zum Teil recht scharf gewesen seien. Vielfach werde darüber geklagt, daß die Grenze irregulär überschritten werde. Allerdings sei inzwischen mit der Besserung der Verhältnisse hinsichtlich der Verwaltungsorgane manches besser geworden.

SS-Obergruppenführer Krüger kann nicht beurteilen, inwieweit diese Beanstandungen noch zu Recht bestehen. Seinerzeit sei im Einvernehmen mit dem Chef des Amtes eine allgemeine Anweisung an

die

die Kreishauptmannschaften hinausgegangen. Er habe sich auch an die Wehrmacht gewandt. Ein genaues Bild lasse sich zur Zeit noch nicht geben, deshalb seien noch weitere Prüfungen notwendig.

Reichsstatthalter Greiser wirft die Frage auf, ob nicht die Möglichkeit bestehe, das Hin- und Herreisen von Polen auch vom Standpunkt der Gesundheitsführung einzudämmen.

Reichsstatthalter Greiser geht dann noch auf die Frage der Umsiedlung der Baltendeutschen ein. Im Warthegau seien ungefähr 200 000 Baltendeutsche aufgenommen worden, davon allein in der Stadt Posen 30 000. Die Umsiedlung innerhalb der Berufe sei zum großen Teil abgeschlossen, sodaß man wohl sagen könne, daß diese Regelung im allgemeinen zufriedenstellend gewesen sei.

Gruppenführer Köppe macht dann nähere Mitteilungen über die Ansiedlung von Deutschen im Warthegau und über die Art ihrer Betreuung. Erfreulich sei vor allem, bei diesen Menschen festzustellen, wie stark sie an dem Führer und an seinen Worten hingen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechungen zusammen und stellt fest, daß in den Fragen, über die man sich unterhalten habe, im großen und ganzen völlige Einigung erzielt worden sei. Er bezeichnet es dann als notwendig, daß auch weiterhin Generalgouvernement und Warthegau aufs engste zusammenarbeiten müßten.

Mittagessen zu Ehren des Reichsstatthalters und Gauleiters Greiser

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:

Gnädige Frau!
Herr Reichsstatthalter und Gauleiter!

Ich bin außerordentlich glücklich, Ihnen, gnädige Frau, Ihnen, Parteigenosse Greiser, und Ihren Herren den Willkommensgruß des Generalgouvernements und aller Deutschen einschließlich der Parteiorganisation zum Ausdruck bringen zu können. Wir freuen uns sehr, daß Sie den Besuch hierher gemacht haben, und ich hoffe, daß dieser Besuch der erste Anfang von Aussprachen sein wird, zu denen wir heute zunächst den Grundstein gelegt haben. Hier im Osten ist nationalsozialistische Gemeinschaftsarbeit notwendig. Die

Prinzipien

31. Juli 1940.

Prinzipien der Gemeinschaftsarbeit können sich nicht in den Formen, wie sie sich etwa noch aus dem bürokratischen Zeitalter fortschleppen, in neue Problembereiche erstrecken. Dieses Gebiet im Osten, das nun der Führer einigen Parteigenossen in verschiedenen Funktionen und in getrennten Aufgaben anvertraut hat, beinhaltet aber doch ganz besonders eine nationalsozialistische Sendung. Denn nur Nationalsozialisten können diese gigantische Aufgabe der Gewinnung des Ostens für das deutsche Volk meistern. Dabei ist, glaube ich, die Methode des persönlichen Zusammenstehens, der persönlichen Aussprachen und der dauernden persönlichen Fühlungnahme auch unserer Referenten der entscheidende Durchbruch durch den da und dort doch immer wieder aufkeimenden Versuch, alte bürokratische Papierschreiberei und Paragraphiererei in ein völlig neues, auf Jahrtausende sich erstreckendes Leben hineinzustellen. Ich weiß, daß Sie, Parteigenosse Greiser, den großen Schicksalskampf um Danzig an entscheidender Stelle mitgekämpft haben, daß Sie Ihren Namen mit leuchtenden Lettern in die Geschichte des deutschen Danzigs hineingeschrieben haben, ich weiß, daß Sie diese Aufgabe auch als Gauleiter aufs beste drüben im Warthegau durchführen werden. Seien Sie überzeugt: was an mir und meinen Dienststellen liegt, zu dieser Gemeinschaftsarbeit beizutragen, das soll geschehen. Ich habe es Ihnen heute schon gesagt und möchte es hier feierlich wiederholen: was wir gemeinschaftlich zu tun haben, wollen wir auch unbedingt gemeinschaftlich und restlos durchführen. Was wir gemeinschaftlich an Nöten zu tragen haben, wollen wir auch gemeinschaftlich zur Lösung bringen. Wenn Sie eines Tages vor den Führer treten werden, um ihm zu melden, daß auf seinen Befehl der Reichsgau Wartheland befreit und deutsch ist, dann vergessen Sie nicht, daß einen entscheidenden Anteil daran die Zusammenarbeit mit dem weiter östlich gelegenen Gebiet des Generalgouvernements hat.

Ich erhebe mein Glas und trinke auf Ihr und Ihrer Gattin Wohl.

Reichsstatthalter Gauleiter Greiser erwidert mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur, Herr Reichsminister!

Ich darf für meine Person und für die mit mir nach Krakau gekommenen Mitarbeiter Ihnen aufs herzlichste für den überaus

liebenswürdigen

liebenswürdigen Empfang danken, den Sie uns hier bereitet haben, und für die freundliche Aufnahme, die wir in Krakau gefunden haben. Seien Sie überzeugt: wir sind gern hierher gekommen, ich vielleicht am liebsten von allen. Ich bin durch dieses Land schon in der polnischen Regierungszeit gefahren und kenne es. In dieser Zeit war es natürlich, daß ich Spuren deutschen Einflusses und deutscher Kultur suchte. Und auf der Suche nach diesen Spuren habe ich nicht nur die Baudenkmäler und die Kulturstätten als Zeugen des deutschen Einflusses gefunden, sondern - das kann ich hier auch offen bekennen -, ich habe recht oft die Spuren Ihrer Person, Herr Reichsminister, gefunden. Seitdem ich Sie kenne, weiß ich, wie stark sie innerlich vom weiten Osten, vom Schicksalsraum des deutschen Volkes erfaßt waren. Ich möchte es als besonders glückliche Fügung deuten, daß der Führer seinem Entscheidung personell so getroffen hat, daß Sie nun in diesem Schicksalsraum hier unter dem Namen des Generalgouvernements wirklich deutsches Schicksal im Osten gestalten dürfen. Ich halte es deshalb nicht für meine Aufgabe, nun äußerlich das Gesicht des Reichsgaues Wartheland möglichst demonstrativ von dem Generalgouvernement abzuwenden, sondern ich erachte es als die vordringliche Aufgabe eines Politikers, über Zeiten und Zeiträume hinweg die Grenzen fallen zu lassen, die theoretisch vielleicht notwendig sein mögen, damit in diesem großen Schicksalsraum des deutschen Volkes wirklich wahrer Lebensraum für die Zukunft unserer Nation gestaltet werden kann. Ihnen, Herr Generalgouverneur, dabei zur Seite zu stehen, Ihnen vom Reichsgau Wartheland aus helfen und mit Ihnen gemeinsam diese großen Aufgaben anpacken zu können, ist mir ein wirkliches Bedürfnis. Es wird mir Ehre und Freude sein, meine Dienststellen von Partei und Staat auf dieses große gemeinsame Zukunftsbild in den Osten hinein ausrichten zu dürfen.

In diesem Sinne trinke ich mit meinen Mitarbeitern auf Ihr Wohl und auf die Zukunft unserer Arbeit.

Donnerstag, den 1. August 1940.

Professor Kneusel überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Rembrandt-Bildnis.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Professor Kneusel seinen Dank und seine Anerkennung aus und ersucht ihn sodann, ein Verzeichnis sämtlicher auf der Burg befindlicher Gemälde aufzustellen.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet über laufende Angelegenheiten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dafür zu sorgen, daß die Briefmarken nunmehr mit der Bezeichnung "Generalgouvernement" abgespempelt werden und die alte Bezeichnung "Deutsche Post Osten" in Wegfall kommt.

Weiter trifft der Herr Generalgouverneur folgende Anordnung:

1. Mit Wirkung vom 1. September 1940 tragen die Hauptplätze der Distriktstädte die Bezeichnung "Adolf Hitler-Platz".
2. Die jeweils zu diesem Adolf Hitler Platz führenden großen Straßen erhalten die Bezeichnung "Reichsstraße","Straße der Wehrmacht", "Straße der Bewegung".
3. Die große Straße in Warschau, in der der Führer nach Abschluß des Polenfeldzuges die Parade abgenommen hat, heißt ab 1. September 1940 "Siegesstraße".
4. Die Straßenbezeichnungen dieser Art sind unübersetzbar, d.h., sie werden nur in der deutschen Sprache auch dann gebraucht, wenn sie innerhalb eines polnischen Sprachgefüges vorkommen (etwa in Zeitungen usw.).
5. Die feierliche Taufe der Siegesstraße in Warschau und der Adolf Hitler-Plätze findet am 1. September 1940 in festlichem Rahmen statt. Der Distriktschef wird die Feier durch eine Rede würdigen. Der jeweilige Stadthauptmann oder Beauftragte des Distriktschefs nimmt persönlich die Umbezeichnung vor.
6. Die Umbezeichnung der Paradestraße in Siegesstraße wird der Wehrmacht übertragen. Zu diesem Zweck setzt sich der Distriktschef von Warschau mit General von Gienanth, dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, in Verbindung.
7. Im übrigen wird die Vorbereitung des Programms der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda übertragen.
8. Die Bewegung nimmt an den Feiern teil. Im festlichen Rahmen des 1. September sollen lediglich der Adolf Hitler Platz in den Distriktshauptstädten und die Siegesstraße in Warschau ihre neue Bezeichnung erhalten.

   Die Bezeichnung als Reichsstraße, Straße der Wehrmacht und Straße der Bewegung kann im Laufe der Zeit gemäß den jeweiligen Befehlen der Distriktschefs erfolgen.

10[45]

1. August 1940.

Besprechung mit Bereichsleiter Schalk.

Besprechung mit Ministerialrat Plodeck und Ministerialdirigent Dr. Emmerich.

Ministerialrat Plodeck berichtet dem Herrn Generalgouverneur über eine Besprechung, die er mit Generalleutnant Schindler im Beisein von Ministerialdirigenten Dr. Emmerich, Finanzpräsidenten Spindler und Bankdirigenten Paersch gehabt hat. Generalleutnant Schindler berufe sich bei seiner Stellungnahme hinsichtlich der Verfügung überdie Betriebe, soweit sie bisher Eigentum des polnischen Staates waren, auf den Erlaß des Führers vom 19. Oktober 1939. In diesem Erlaß heißt es u.a., daß die Wehrmacht einen Abwehrdienst einzurichten habe und über alle für die Rüstung brauchbaren Betriebe und Einrichtungen verfügen könne. Er, Ministerialrat Plodeck, habe allerdings den Eindruck, daß Generalleutnant Schindler nicht so sehr auf den Begriff des Eigentums Wert lege, sondern darauf, daß er die Verfügung über diese Betriebe habe. Generalleutnant Schindler scheine auch der Meinung zu sein, daß nach Friedensschluß diese Betriebe für die Wehrmacht vielfach nicht in Betracht kämen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine anderweitige Beschäftigung der in den bisherigen Rüstungsbetrieben tätigen Arbeiter auf große Schwierigkeiten stoßen werde. Generalleutnant Schindler bemühe sich schon jetzt, für die Werke andere Aufträge hereinzubekommen. Der Wirtschaftsabteilung könne das nur recht sein; denn sie habe zur Zeit noch große Schwierigkeiten, die für die Friedenswirtschaft erforderlichen Maschinen, Drehbänke usw. zu erhalten. Wenn Generalleutnant Schindler schon jetzt gewissermaßen ein Überbrückungs-Produktionsprogramm aufstelle, so könne man ihm dafür eigentlich nur dankbar sein. Im übrigen habe er nach alledem keine Besorgnis, daß hinsichtlich des Eigentumbegriffs von Seiten der Dienststelle des Generalleutnants Schindler noch große Schwierigkeiten gemacht würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt vor allem Gewicht darauf, daß das Eigentum des Generalgouvernements sichergestellt werde.

Auf

1. August 1940.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialrat Plodeck, daß man sich, nachdem Generalleutnant Schindler offenbar seine Einstellung zur Eigentumsfrage etwas gelockert habe, auf den anderen Gebieten, z.B. demjenigen der Abschließung von Pachtverträgen, sehr wohl mit ihm treffen könne. So habe Generalleutnant Schindler z.B. die Auffassung vertreten, daß die Bestellung von Treuhändern lediglich Sache des Generalgouvernements, bzw. der zuständigen Abteilung sei.

In diesem Zusammenhang wird noch besonders zur Frage der Pachtverträge Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur will hier folgenden Grundsatz aufgestellt sehen: Eigentümer der Betriebe ist das Generalgouvernement, die Verfügung darüber hat zur Zeit die Wehrmacht. Pachtverträge können durch einen Beauftragten des Generalleutnants Schindler mit Genehmigung des Ministerialrats Plodeck abgeschlossen werden, der in diese Fragen als Rechtsberater eingeschaltet wird.

Ministerialrat Plodeck geht dann auf die Frage des Pachtzinses ein. Man habe gehofft, für den Haushalt des Generalgouvernements aus diesen Pachtverträgen etwas herausholen zu können. Generalleutnant Schindler stehe aber auf dem Standpunkt, daß seine Betriebe wesentlich teurer arbeiteten als die Betriebe im Reich und ein evtl. zu zahlender Pachtzins auf die an sich schon hohen Preise gelegt werden müßte. Er habe sich allerdings bereit erklärt, eine gewisse Anerkennungsgebühr zu zahlen.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß ja das Generalgouvernement für die Dauer des Krieges nichts verlangen wolle, und daß man es deshalb nur begrüßen könnte, wenn eine solche Anerkennungsgebühr gezahlt würde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist dann darauf hin, daß zur Zeit in der Wirtschaft angesichts der bevorstehenden Evakuierung der Juden eine gewisse Turbulenz herrsche. Es frage sich, ob man nicht angesichts des großen Mangels an Wohnungseinrichtungen auch für die Beamten Hausratsgegenstände aus jüdischem Besitz, die jetzt überhastet verkauft würden, erwerben könnte.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis damit und weist noch darauf hin, daß am 11. August die Ostmesse in Königsberg eröffnet werde, an der sich auch das Generalgouvernement beteilige. Er ersucht Ministerialdirigenten

Dr. Paersch,

Dr. Paersch, gleichfalls an der Eröffnungsfeier teilzunehmen.

Besprechung mit Landesbauernführer Körner.

Der Herr Generalgouverneur macht Landesbauernführer Körner Mitteilung davon, daß der Distriktchef von Warschau ihn gebeten habe, für die Ernährung der Stadt Warschau im kommenden Vierteljahr Devisen im Betrage von 3 Millionen Zloty zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Lage auf dem Devisenmarkt müsse man jetzt aber mehr als je bestrebt sein, aus Eigenem zu leben. Deshalb müßten die Versorgungs- und Überschußgebiete ohne Rücksicht auf die Grenzen der Distrikte einmal grundsätzlich festgelegt werden. Hier sei offenbar noch nicht genug geschehen. Der zuständige Abteilungsleiter des Distrikts Warschau müsse sofort angewiesen werden, entsprechende Vorschläge zu machen.

Landesbauernführer Körner hebt hervor, daß es sich bei der Versorgung der Stadt Warschau weniger um Getreidelieferungen als um die Lieferung von Vieh und Butter handele, mit der man eine bessere Verpflegung der Zivilbevölkerung herbeiführen wolle.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß diese Produkte in erhöhtem Maße der Stadt Warschau zur Verfügung gestellt werden. Es müsse vorläufig genügen, wenn die Bevölkerung Warschaus mit Brot und Kartoffeln versorgt werde, wozu sie sich dann vielleicht noch etwas Abfallfett beschaffen möge. Jedenfalls sehe er sich zur Zeit außerstande, dem Gesuch des Distriktschefs von Warschau um Überweisung von 3 Millionen Zloty Devisen zu entsprechen.

Landesbauernführer Körner nimmt dann zu der Frage Stellung, welche Grundsätze für eine neu zu schaffende Bodenordnung gelten sollen. Nach dem Reichssiedlungsgesetz müsse der Boten blutmäßig gesichert werden, damit er fest in deutscher Hand bleibe. Eine Aufteilung von Grundbesitz an Polen komme jetzt nicht in Frage; die Agrarstruktur im Generalgouvernement zeige ungesunde Verhältnisse. Der Kleinstbesitz in der Größe von 2 bis 10 ha herrsche absolut vor, einen mittleren Besitz gebe es kaum. Wenn einmal deutsche Männer hier einen Besitz bewirtschaften sollen, dann müsse man ihnen auch die Möglichkeit geben, ordnungsmäßig zu wirtschaften und einen entsprechenden Lebensstandard zu gewinnen. Das Bestreben müsse dahin gehen, eine gesunde Agrarstruktur im

Generalgouvernement

1. August 1940.

Generalgouvernement zu schaffen. Dazu gehöre die Ausweitung des Groß- und Mittelbesitzes. Zur Verhinderung weiterer Zersplitterung des Bodens müsse ein Verbot der Bodenteilung kommen. Zur Fortsetzung des in Polen begonnenen Umlegungsverfahrens müsse die alte polnische Gesetzgebung entsprechend umgearbeitet werden. Hierbei sei auch das Problem der Gemeindewiesen und -Wälder zu berücksichtigen. Man habe mit der Forstverwaltung schon über die Frage verhandelt, ob nicht leichte Böden, die landwirtschaftlich so gut wie garnicht genutzt werden können, aufgeforstet werden sollten. Das Generalgouvernement sei ein Agrarstaat und müsse immer eine starke landwirtschaftliche Verwaltung haben. Er könne aber die Männer, die er jetzt draußen als Bezirkslandwirte einsetze, nach dem Kriege nur halten, wenn er ihnen die Möglichkeit gebe, Grund und Boden zu pachten oder zu erwerben. Man könnte hier vielleicht mit einem System arbeiten, wie es seinerzeit der Soldatenkönig angewendet habe.

Der Herr Generalgouverneur will hier folgende Bedingungen erfüllt sehen:

1. Die Männer, die landwirtschaftlichen Besitz im Generalgouvernement erwerben sollen, müßten sich im Dienste des Generalgouvernements bewährt haben.
2. müßten sie neben ihren landwirtschaftlichen Aufgaben noch weitere Aufgaben als Kreisleiter, Bezirkslandwirte usw. übernehmen.
3. müßten sie politisch den auch im Reich geltenden Bedingungen entsprechen, sie müßten erbbiologisch geeignet sein, eine entsprechende Kinderzahl haben, sie müßten neben ihren öffentlichen Aufgaben den Hof selber zu bewirtschaften imstande sein.

Landesbauernführer Körner ist der Ansicht, daß auf diesem Gebiet nach einem bestimmten Plan gearbeitet werden müsse. Er halte es für richtig, mittlere Großbetriebe von 1000 bis 2000 Morgen Größe zu schaffen. Die für den Erwerb dieser Wirtschaften vorgesehenen Männer könnten diese Betriebe zunächst nur vom staatlichen Eigentümer pachten, könnten sie dann aber nach einer Reihe von Jahren, in denen sie sich bewährt haben, käuflich erwerben. Sie müßten sich weiter verpflichten, etwa 10 bis 15 Gemeinden in der Weise zu betreuen, wie das z.B. Pflicht des Landrats sei. Der Pächter solle nach Möglichkeit auch über etwas Kapital verfügen.

Entsprechend

Entsprechend der Eindeutschungspolitik müsse der Bodenpreis amtlich geregelt werden. Hier müsse allerdings Ausgangsbasis der Ertragswert sein. Zur Zeit lasse sich der Ertragswert des polnischen Bodens noch nicht erreichen, und deshalb dürfe auch bis Ende des Krieges ein Erwerb von Boden durch Deutsche nicht erlaubt sein. Die Wehrmacht wolle das Land für die Schaffung von Truppenübungsplätzen kaufen. Er, Landesbauernführer Körner, würde jedoch vorschlagen, daß dieses Land für den gedachten Zweck vom Generalgouvernement beschlagnahmt und dann der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werde. Er halte es auch nicht für richtig, wenn die Wehrmacht auf diesem Gelände eine eigene Forst- und Landwirtschaft betreibe. Sie müsse vielmehr in den Händen der zuständigen Abteilungen des Generalgouvernements bleiben. Endlich bitte er den Herrn Generalgouverneur, ihm einen Auftrag für die Vorbereitung eines Bodengesetzes zu erteilen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich mit den Vorschlägen des Landesbauernführers Körner einverstanden und beauftragt ihn, entsprechende Vorbereitungen für die Durchführung dieses Planes zu treffen.

Besprechung mit Generalleutnant Schindler, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Finanzpräsident Spindler, Ministerialrat Plodeck, Bankdirigent Paersch, Major Mittelstädt.

Generalleutnant Schindler gibt einen eingehenden Überblick über die Arbeit der Rüstungsbetriebe im Generalgouvernement und schildert dabei die Schwierigkeiten, mit denen diese Betriebe im Laufe der Zeit zu kämpfen gehabt haben. Er weist insbesondere auf die hohen Preise hin, die die Rüstungsbetriebe für Rohmaterial, insbesondere Eisen, zu zahlen genötigt seien. Für eine Tonne Eisen aus dem Reich müsse er z.B. 55.- RM zahlen, während die Tonne Eisen in Zukunft in Lothringen vielleicht nur 20.- RM kosten werde. Die Rüstungsbetriebe ständen nun vor der Frage, wie sie sich für den Fall, daß der Krieg bald zuende sei, auf eine Friedenswirtschaft umstellen könnten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht dann zur Behandlung der Frage über, der diese Besprechung eigentlich dienen soll, nämlich der Klärung der Eigentumsverhältnisse an den früher im Besitz des polnischen Staates gestandenen Rüstungsbetriebe.

Rüstungsbetrieben. Man wisse offenbar an den maßgebenden Stellen nicht, daß er hier im Generalgouvernement die totale Vollmacht des Führers in der Hand habe. Nach der kürzlich getroffenen Entscheidung des Führers und Reichskanzlers sei das Generalgouvernement nicht mehr als besetztes polnisches Gebiet zu betrachten, sondern als das Generalgouvernement schlechthin. Es stehe nunmehr ohne irgendeinen Zusatz zu dieser Bezeichnung im Gesamtrahmen des Deutschen Reiches. Die sämtlichen Vollmachten zur Führung dieses Sektors habe der Führer dem Generalgouverneur übertragen. Das Generalgouvernement sei nunmehr gewissermaßen Generaltreuhänder des Reiches für alles und jedes, was hier im Interesse des Reiches bewirtschaftet werde. Darüber habe auch von Anfang an eigentlich kein Zweifel bestehen können; denn aus dem Erlaß des Führers vom 19. Oktober 1939 könne man eigentlich nichts anderes herauslesen. Die Wehrmacht habe lediglich die Aufgabe gehabt, die Befriedung dieses Raumes sicherzustellen. Nach einem Wort des Führers sollten sich Soldaten nur soldatisch betätigen. Die Betätigung in allen verwaltungsmäßigen, politischen und wirtschaftlichen Fragen bedeute für den Soldaten nur eine Belastung. Offenbar würden aber von militärischer Seite die Begriffe des Eigentums und der Verfügung miteinander verwechselt. Das Eigentum an den Werken stehe dem Deutschen Reich zu, in seiner Vertretung also dem Generalgouvernement. Gewiß sei das Generalgouvernement in seinen Eigentumsrechten insoweit beschränkt, als die Verfügungsgewalt der militärischen Stellen vorhanden sei.

Nach einer weiteren Aussprache, in der auch zu den Pachtverträgen Stellung genommen wird, ordnet der Herr G e n e r a l - g o u v e r n e u r an, daß sich die beteiligten Stellen der Wehrmacht und des Amtes des Generalgouverneurs nochmals über die Frage besprechen und ihm das Ergebnis vorgelegt wird.

Generalleutnant Schindler betont, daß zwischen ihm und Ministerialdirigent Dr. Emmerich über alle Fragen leicht Einverständnis erzielt werden könne.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur einige Verordnungen zur Unterschrift vor.

13²⁵

457

1. August 1940.

Aus Anlaß des Scheidens des Generalmajors Bührmann und seiner Mitarbeiter aus dem Dienst des Generalgouvernements findet ein feierlicher Akt statt, an dem der Herr Generalgouverneur und maßgebende Persönlichkeiten des Amtes des Generalgouverneurs und der Wehrmacht teilnehmen.

Generalmajor Bührmann meldet dem Herrn Generalgouverneur die Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan und führt dabei aus, daß diese Dienststelle einzigartig gewesen sei, weil es der Herr Reichsmarschall Göring bisher vermieden hatte, Außenstellen zu bilden. Die Geschäfte seien nunmehr ordnungsmäßig personell und materiell übergeben worden, und zwar in erster Linie an den Herrn Ministerialdirektor Dr. Emmerich. Über alle Fragen bestehe zwischen Ministerialdirektor Dr. Emmerich und ihm vollkommene Übereinstimmung.

Generalmajor Bührmann schloß mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur, Sie haben mir um die Jahreswende den Auftrag gegeben, unter Ihrer Leitung das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements in den Dienst der Wehrmacht für das Deutsche Reich und insbesondere die Kameraden an der Westfront zu stellen. Wenn dieses Ziel erreicht worden ist - und darüber steht nur Ihnen ein Urteil zu -, so danken wir dies der Unterstützung, die Sie, Herr Generalgouverneur, mir und meinen Herren jederzeit haben zuteil werden lassen; wir danken es dem Vertrauen, das ich und meine Mitarbeiter bei Ihnen stets genießen durften. Ich gedenke hier aber auch der Mitarbeit meiner Kameraden, die sich ebenfalls restlos in den Dienst der Sache gestellt und es mir ermöglicht haben, diese Aufgabe, die mir gestellt war, zu erfüllen. Ich melde mich hiermit gehorsamst für eine andere Verwendung ab.

Der Herr Generalgouverneur richtet hierauf folgende Worte an Generalmajor Bührmann:

Herr Generalmajor! Als die deutsche Wehrmacht in einem Siegeszug, den bis dahin die Weltkriegsgeschichte nicht für vorstellbar gehalten hatte, die polnische Republik zerschmettert hatte, war es der Befehl des Führers, daß dieses Gebiet innerhalb der deutschen Interessengrenze nun entsprechend den Notwendigkeiten des deutschen Lebens in die Verwaltung genommen werden sollte. Ein großer Teil des deutschen Interessengebietes wurde als untrennbarer Bestandteil sofort dem Deutschen Reich zurückgegeben. Die

Teile

Teile östlich davon wurden zum Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete zusammengefaßt. Es ist in der Geschichte von durch Kriege in ihrem Gesamtgefüge zerstörten Ländern auch ohne Beispiel, wie nunmehr im engsten Zusammenwirken von Verwaltung und Wehrmacht in diesen eroberten Gebieten schon binnen kurzer Zeit wieder Sicherheit, Ordnung und Aufbauarbeit einziehen konnten. Es ist nun klar, daß aus diesem einmaligen Aufbau auch völlig neue Formungen der Verwaltungsordnung, der Wirtschaftsführung und der gesamten Führungsstruktur überhaupt hervorgehen mußten. Schon der Begriff des Generalgouvernements stellt in der deutschen Geschichte ein erstmaliges Format für eine neue Formung von Reichsaufgaben dar. Aber es gab noch eine Fülle von Zwischeninstanzen, die in diesem chaotischen Durcheinanderwogen der Lebensbedürfnisse und der Notwendigkeiten Ordnung und Ziel schaffen und verwirklichen sollten. Dazu gehört nun im weitesten Umfang die Sicherung der Rohstoffvorräte, die in diesem Gebiet und über das Generalgouvernement hinaus in den gesamten eroberten Gebieten der deutschen Interessenzone für das Deutsche Reich nutzbar gemacht werden sollten. Angesichts der verbrecherischen Blockade, die England dem Deutschen Reich aufgezwungen hatte, war es notwendig, aus diesen Gebieten alles herauszuholen, was an Rohstoffen für den Schicksalskampf unseres Volkes, unserer Nation gebraucht wurde. Diese Aufgabe haben Sie, Herr General, als erste auf Befehl des Führers hier gelöst. Ihre große Sendung war es, hier im Osten die Steigerung des wirtschaftlichen Potentiells in Kriegsnot herbeizuführen und sicherzustellen. Als dann diese unmittelbare Zurückführung der Rohstoffe, der Werkzeuge, Maschinen usw. geschehen war, da mußte man sich nun großzügig überlegen, was aus dem gesamten industriellen Potentiell dieses Gebietes werden sollte. Anfänglich waren hier verschiedene Meinungen vorherrschend. Die einen sagten: Dieses Gebiet müsse wohl auch restlos als erobertes Land behandelt werden. Nicht nur die Rohstoffe und Warenmengen und Fertigprodukte, sondern auch die Maschinen, die Fabrikanlagen, kurz alles, was nicht niet- und nagelfest war, soll von hier weggenommen werden. Und das war ja auch in dem stolzen Gefühl des Siegers begreiflich. Aber schon nach wenigen Wochen wurde dieser Standpunkt aufgegeben, weil die für dieses Gebiet verantwortlichen

Stellen

Stellen nun erkannt hatten, daß angesichts der Kriegsnotwendigkeiten wiederum das industrielle Potentiell dieses Bereiches eine förderliche Behandlung der Interessen des Reiches erheischte. Hier setzte nun Ihre schwierigste Aufgabe ein. Als nun damals diese positive Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement ins Leben gerufen werden sollte, da war es vor allem der mit den totalen Vollmachten zur Führung betraute Reichsmarschall Göring, der mit der Errichtung der Dienststelle für den Vierjahresplan, die er mir als seinem Generalbevollmächtigten im Generalgouvernement unterstellte, diesen Weg zunächst wies. Es ist nur selbstverständlich, Herr General, daß auch das Wirken dieser Dienststelle in die Geschichte des Generalgouvernements eingegangen ist. Heute - so können wir wohl sagen - ist diese Aufgabe der Intensivierung des wirtschaftlich-industriellen Potentiells im Generalgouvernement erfüllt, da die ordnungsmäßigen normalen Funktionen dieses wirtschaftlichen Sektors gesichert sind.

Sie, Herr General, treten nunmehr in anderen eroberten Bereichen wieder dieselbe Aufgabenfolge an. Es ist mir in diesem Augenblick eine ehrenvolle Aufgabe, Ihnen in meiner Eigenschaft als Vertreter des Führers im Generalgouvernement, als den Generalgouverneur den Dank des Führers und des Reiches zum Ausdruck zu bringen für die großartige Sicherung und Durchführung der Ihnen gestellten Aufgaben. Ich verabschiede mich von Ihnen und wünsche Ihnen für Ihre fernere Tätigkeit, nicht nur für Ihr persönliches Wohlergehen, sondern gerade auch im Interesse unseres Reiches und der Wehrmacht das beste Gelingen Ihres Werkes. Seien Sie überzeugt, Herr General, daß wir im Generalgouvernement Ihr persönliches Wirken niemals vergessen werden. Sie gehören für uns sozusagen zur alten Garde im Aufbau der deutschen Ostpolitik. Möge es für Sie eine Genugtuung sein, daß Sie nunmehr ein untrennbarer Teil unserer menschlichen Gemeinschaft hier geworden sind.

Indem ich die Dienststelle für den Vierjahresplan auflöse, und Ihre Funktionen auf die Verwaltungsstellen des Generalgouvernements überleite, bestätige ich auch das Funktionieren der allgemeinen Behördenapparatur des Generalgouvernements. Für mich ist es eine Freude, feststellen zu können, daß wir nunmehr sozusagen aus eigener Kraft imstande sind, die gesamten Aufgaben der Wirtschaftsführung im Generalgouvernement mit eigenen Behörden zu erfüllen.

Herr

1. August 1940.

Herr General, Ihnen und Ihren Mitarbeitern, in erster Linie Herrn Major Hartog und Herrn Dr. Bergmann, ebenso wie Herrn Oberregierungsrat Kadgin als dem steten Mentor und Verbindungsmann zu den Berliner Zentralen danke ich von Herzen für diese hervorragenden Leistungen. Ich stehe vor Ihnen, Herr General, als alter Nationalsozialist und entsinne mich in dieser Stunde, daß nun Wehrmacht und Partei eines Sinnes sind und eine Marschrichtung haben, noch mit tiefer Ergriffenheit der schweren inneren Kämpfe, die nunmehr auch Wehrmacht und Partei zusammengeführt haben. Es war vor 10 Jahren, da stand ich in diesen Tagen vor dem Leipziger Reichsgericht und verteidigte einige Reichswehroffiziere, die damals der Beziehungen zum Nationalsozialismus angeklagt waren. Ja, damals war es noch ein Frevel, sich zur Partei des Führers zu bekennen. Und trotzdem drang in die Reihen aller deutschen Menschen, also auch der deutschen Offiziere, der Kampfruf des Führers zu einer neuen Besinnung. Und heute stehen wir nun in einer Linie, nicht mehr getrennt, sondern gemeinsam geführt durch den gottgesegneten Mann, unseren Führer. Und so, Herr General, ist es sinnig und schön: Wenn ich Ihnen die Hand gebe, so liegt darin ein neuer Beweis dafür, daß im Dienste des Führers Wehrmacht und Bewegung ein und dasselbe sein sollen. So, wie wir aus der Wehrmacht die Kraft des Soldatischen aufnehmen, so gewinnen wir aus der Bewegung immer mehr und mehr die Klarlegung der weltanschaulichen Fundamente unseres deutschen Gesamtschicksals und die politische Entschlossenheit der Führung in diesem Raum im Dienste des Reiches.

Als Zeichen meiner Anerkennung bitte ich Sie, dieses <u>Bild von Krakau</u> entgegenzunehmen, das Sie an Ihre Arbeitsstätte hier erinnern soll, und das Ihnen immer als Gruß winken möge, wo immer Sie sind, auf daß Sie Krakau, die Hauptstadt des Generalgouvernements, nie vergessen mögen.

Sichtlich bewegt dankte Generalmajor <u>Bührmann</u> dem Herrn Generalgouverneur für diese Worte.

<u>Mittagessen</u> zur Ehren des Generalmajors Bührmann.

15^{30}

1. August 1940.

Besprechung mit Oberregierungsrat Kadgin.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt einen allgemeinen Überblick über seine Auffassung der Ostlage und ersucht insbesondere Oberregierungsrat Kadgin, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement in Ordnung kommen, auch in der Form, daß das Reich nicht immer nur vom Generalgouvernement beziehen will, sondern auch etwas gibt. Vor allem handele es sich hier um die Klärung des Clearing.

Oberregierungsrat Kadgin teilt daraufhin mit, daß das Reich den Kredit von etwa 50 Millionen Reichsmark sofort zur Verfügung stelle und außerdem durch die Einlösung der Grünen Schecks sich allmählich auch das Clearing sich ausgleichen werde, sodaß die Möglichkeit bestehe, die gegenseitigen Beziehungen zu fördern.

Oberregierungsrat Kadgin berichtet, daß zwischen der holländischen Staatsbank und der deutschen Reichsbank ein Übereinkommen in Kraft getreten sei, nach welchem sich diese beiden Institute gegenseitig unbegrenzten Kredit einräumten, sodaß zur Zeit jegliche Überweisungen vom Reich nach Holland und umgekehrt stattfinden können. Er regt an, eine ähnliche Regelung für das Verhältnis zwischen Reich und Generalgouvernement, also zwischen Reichsbank und Emissionsbank herbeizuführen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt im Anschluß an diese Mitteilung des Oberregierungsrats Kadgin die Absendung folgenden Schreibens an Bankdirigenten Paersch:

> Oberregierungsrat Kadgin vom Stabe des Herrn Reichsmarschalls hat mir soeben mitgeteilt, daß zwischen der holländischen Staatsbank und der deutschen Reichsbank ein Übereinkommen geschlossen worden sei, nach welchem sich diese beiden Institute gegenseitig unbegrenzten Kredit einräumen, und zwar mit der ~~Billigung~~, daß zur Zeit jegliche Überweisungen vom Reich nach Holland und umgekehrt stattfinden können. Ich frage an, ob es möglich ist, daß auch zwischen Reichsbank und Emissionsbank ein ähnliches Abkommen geschlossen wird.

Ferner richtet der Herr Generalgouverneur folgendes Schreiben an den Bevollmächtigten Dr. Heuber:

> Soeben war Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bei mir und beschwerte sich über die so außerordentlich klägliche Kritik, die sein Buch "Das Recht des Generalgouvernements" in der Zeitschrift "Deutsches Recht" gefunden habe. Ich glaube, daß es auch im Interesse des Rechtswahrerbundes läge, von dem

Wirken

1. August 1940.

Wirken des Reichsführers dieses Bundes in seiner Eigenschaft als Gesetzgeber des Generalgouvernements etwas intensiver Kenntnis zu nehmen, und möchte Ihnen daher die Anregung geben, dafür zu sorgen, daß in den nächsten Nummern sowohl aller Ausgaben des Deutschen Rechts, wie aber auch aller Zeitschriften, die im Deutschen Rechtsverlag für die Deutsche Rechtsfront erscheinen, an maßgebender Stelle - also etwa in der Form von führenden Leitartikeln - die gesamte Rechtslage des Generalgouvernements an Hand einer eingehenden Besprechung des Weh'schen Buches behandelt wird.

Krakau-Burg. 463

Freitag, den 2. August 1940.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Gegenstand der Besprechung ist die Urlaubsfrage und die Frage der Regelung des Dienstes während der Urlaubszeit.

Besprechung mit Abteilungsleiter Schmidt, Pressechef Zarske und Chefdirigenten Dr. Hanns Rohr, und Intendant Stampe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r geht zunächst auf die Frage der Gründung des polnischen philharmonischen Orchesters ein und hebt dabei hervor, daß dieses Orchester mit allen seinen Einrichtungen der energischen Leitung auch eines Verwaltungsfachmannes bedürfe. Die Überwachung des Orchesters in politischer Hinsicht obliegt dem Abteilungsleiter Schmidt. Für die künstlerische Seite sei Chefdirigent Dr. Hanns Rohr verantwortlich, mit dessen Plänen und Programmaufstellung er sich einverstanden erkläre. Dr. Hanns Rohr werde sich aber in allen praktischen Fragen mit Abteilungsleiter Schmidt ins Benehmen setzen müssen. Das Alte Theater in Krakau werde der Sitz der Philharmonie sein und für deren Zwecke entsprechend umgebaut werden. Im übrigen gibt der Herr Generalgouverneur nachdrücklich seinem Wunsche Ausdruck, daß der Intendant des Theaters und der Chefdirigent des philharmonischen Orchesters in bester Weise zusammenarbeiten.

Der Herr Generalgouverneur umreißt dann die Aufgaben, die Intendant Stampe als Leiter des Theaters und Kapellmeister Hanns Rohr als Dirigent des philharmonischen Orchesters zufallen. Intendant Stampe müsse in erster Linie seine ganze Tatkraft dem Theater widmen. Das Theaterorchester habe andere Aufgaben als das philharmonische Orchester.

Intendant Stampe teilt mit, daß er die Mitglieder des deutschen Theaterorchesters bereits engagiert habe. Er befürchte keine Konkurrenz zwischen den beiden Orchestern, habe aber die Besorgnis, daß vielleicht zuviel geboten werde.

Der

2. August 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kann diese Besorgnis nicht teilen, umsoweniger, als ja nicht nur das reichsdeutsche Publikum der Beamten und Angestellten mit ihren Familienangehörigen, sondern auch die Verbände der Wehrmacht, der SS und Polizei in vermehrtem Umfange künstlerischer Genüsse teilhaftig werden sollen. Intendant Stampe sowohl wie Chefdirigent Dr. Rohr seien in der Durchführung ihrer Aufgaben vom Führer vollkommen gedeckt. Für ihn, den Generalgouverneur, handele es sich vor allem darum, daß er auch in diesen Dingen die höchste Autorität darstelle. Abteilungsleiter Schmidt müsse als staatliche Instanz geachtet werden, die direkt über den Theaterintendanten und den Chefdirigenten gesetzt sei. Dazu diene auch die Schaffung einer klaren etatmäßigen Einstellung.

Die Besprechung wendet sich dann noch der Frage zu, wie die Künstler des Theaters und der Philharmonie in Krakau untergebracht und ihre Wohnungen ausgestattet werden sollen.

Abteilungsleiter Schmidt weist darauf hin, daß sich aus Anlaß der Judenevakuierung vielfach Gelegenheit bieten werde, geeignete Möbelstücke zu erwerben.

Besprechung mit Bereichsleiter Schalk, Abteilungsleiter Schmidt und Stadthauptmann Schmidt.

Bereichsleiter Schalk teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß es demnächst möglich sein werde, auch die polnische Bevölkerung wieder am Rundfunk teilnehmen zu lassen. Die Firma Telefunken habe einen Apparat konstruiert, der das Abhören fremder Sender unmöglich mache.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich grundsätzlich mit diesem Plan einverstanden, begrüßt ihn auch um deswillen, weil es dann möglich sei, sich an die polnische Bevölkerung in ihrer Muttersprache zu wenden.

Es wird dann noch kurz zur Beteiligung des Generalgouvernements an der Königsberger Ostmesse Stellung genommen.

Abteilungsleiter Schmidt macht Mitteilung von einem Angebot der Ufa für die Herstellung eines Kulturfilms vom Generalgouvernements. Zu den Kosten dieses Films müßte gegebenenfalls das Generalgouvernement 120 000 Zloty beitragen.

Stadthauptmann

415

2. August 1940.

Stadthauptmann Schmidt berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur über die bisher erfolgte Judenevakuierung. Von den etwa 65- bis 70 000 in Krakau lebenden Juden seien in der letzten Zeit schon etwa 9 000 ausgezogen. Insgesamt würden 40- bis 45 000 Juden ausgesiedelt werden müssen, und etwa 15 000 Juden mit Familienangehörigen würden vorläufig noch in Krakau bleiben können. Nach der Verfügung des Herrn Generalgouverneurs könnten sich die Juden bis zum 15. August ihre künftigen Standorte selber aussuchen. Die Juden machten auch vielfach von dieser Vergünstigung Gebrauch.

Der Herr Generalgouverneur wünscht Bekanntgabe dieser Verfügung an alle Dienststellen.

Stadthauptmann Schmidt klagt darüber, daß auch jetzt wieder Hausratsgegenstände, die von den Juden mitgenommen würden, von der SS, der Polizei und anderen Formationen mit Beschlag belegt würden.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß derartige Übergriffe sofort aufzuhören hätten.

Abschließend betont der Herr Generalgouverneur, daß die Judenfrage demnächst für Krakau unbedingt gelöst werden müsse. Es müsse u.a. dafür gesorgt werden, daß deutschen Beamten und Angestellten, die gezwungen gewesen seien, in jüdischen Wohnungen zu wohnen, die von ihnen benötigten Möbel belassen werden. Bei der Judenevakuierung müsse von Seiten der deutschen Dienststellen und überhaupt aller Deutschen äußerste Disziplin gewahrt werden. Auch den Truppenteilen müsse davon Mitteilung gemacht werden, daß sie sich nicht die geringsten Übergriffe zuschulden kommen lassen dürfen.

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

Sonnabend, den 10. August 1940.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Bahnhof zu Krakau.

Frühstück im Grandhotel.

Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur über laufende Angelegenheiten und legt verschiedene Schreiben zur Unterschrift vor.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs im Kraftwagen nach Breslau, von wo sich der Herr Generalgouverneur nach Königsberg zur Eröffnung der Ostmesse begibt.

Samstag, den 31.August 1940.

10 Ankunft des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s in Krakau.

Anschließend Frühstück im Grand Hotel.

00 Fahrt nach Kressendorf.

Sonntag, den 1. September 1940.

Eröffnung der Ausstellung „Deutsche Leistung im Weichselraum" im Kasino der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft.

Der Leiter der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda begrüßt zunächst den Herrn Generalgouverneur und den Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen, Dr. Strölin, sowie die Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht. Er führt dann aus, daß die heute zu eröffnende Ausstellung in ihrer historischen Zusammensetzung den Beweis für das Recht des deutschen Anspruchs auf den Weichselraum erbringen soll. In den verschiedenen Abteilungen dieser Ausstellung werde gezeigt, wie und wo in den Jahrhunderten das Deutsche Recht in diesem Raum entstanden sei. Durch die ganze Ausstellung ziehe sich gleichsam wie ein roter Faden das Bild des aufbauenden Schaffens und Wirkens deutscher Kräfte. In mühevoller und fleißiger Arbeit seien die Dokumente und Unterlagen für diese Ausstellung auf Anregung und im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs herbeigeschafft worden. Die Ausstellung sei in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Auslandsinstitut geplant und durchgeführt worden. Er danke allen, die an dem Zustandekommen dieser Ausstellung mitgearbeitet hatten, insbesondere Oberbürgermeister Dr. Strölin als dem Präsidenten des Deutschen Auslandsinstituts.

Oberbürgermeister Dr. Strölin gibt seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt ist, im deutschen Krakau, in der historischen Hochburg deutscher Kultur des Ostens an der Eröffnung dieser Ausstellung teilzunehmen. Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r habe dem Deutschen Auslandsinstitut den ehrenvollen Auftrag erteilt, die Gestaltung dieser Leistungsschau durchzuführen. Bei der Erteilung dieses Auftrages werde die Erinnerung daran wach, mit wie großem Interesse der Herr Generalgouverneur vor einiger Zeit in Stuttgart das Ehrenmal der Deutschen Leistung im Ausland besichtigt habe. Das Deutsche Auslandsinstitut sei dem Rufe des Herrn Generalgouverneurs besonders gern gefolgt, habe doch dieses Institut in jahrzehntelanger Arbeit das Wirken deutscher Aufbaukräfte im Osten mit lebhafter Anteilnahme verfolgt und mit heißem Herzen das furchtbare Leid miterlebt, das den Deutschen in Polen als letzte und schwerste Probe ihrer Bewährung auferlegt worden sei.

Der

1.9.40.

Der Aufbau einer Ausstellung, die der deutschen Leistung im Weichselraum gewidmet sei, bedeute daher für das Deutsche Auslandsinstitut eine höchst ehrenvolle Aufgabe.

Man habe bewußt nicht nur Ausstellungsobjekte für kurze Frist geschaffen, sondern man habe vielmehr den Grundstein zu einer Schau legen wollen, die bleibenden Wert habe. Das Deutsche Auslandsinstitut übergebe nun dem Herrn Generalgouverneur das von ihm gestellte Gut in dauernden Besitz, es schöpfe aber auch aus dem Erleben dieses Tages den Impuls, weiterhin an dem Aufbau deutschen Lebens im Generalgouvernement mit allen Kräften wissenschaftlicher Erforschung und künstlerischer Gestaltung mitzuarbeiten.

Oberbürgermeister Dr. Strölin überreicht dann dem Herrn Generalgouverneur als Ehrengabe die goldene Ehrenplakette des Deutschen Auslandsinstituts als die höchste Auszeichnung, die das Institut verleihen könne. Sie trägt die besondere Widmung: „Dem Gestalter deutscher Aufbauarbeit im Osten".

Der Herr Generalgouverneur hält dann folgende Ansprache:

Herr Ministerpräsident, Herr Oberbürgermeister, Parteigenossen, meine Herren! Es ist in diesem Augenblick in uns allen ein Gedanke, die Erinnerung an jene Stunde vor einem Jahr, da das Schicksal des Dritten Reiches sich durch die entscheidungsgeballte Tat des Führers in diesem Raum vollstreckte. Rückschauend wird man dereinst einmal in der Geschichte feststellen, daß alle Bemühungen des Führers um Frieden und vernünftige Ausgleichung der beiderseitigen Interessen, das Schicksal in diesem Ostraum durch Übereinkommen mit der polnischen Republik zu klären, angesichts der schnöden Habgier und der übersteigerten Selbstsucht der von jeder objektiven Einstellung weltweit entfernten Vermessenheit, wie sie damals in den Gehirnen der Mitglieder der sogenannten polnischen Regierung herumspukte, scheitern mußten.

Die

1.9.40.

Die deutschen Soldaten haben auf Befehl des Führers in einem heroischen Feldzug ohne Beispiel in der Weltgeschichte diesen polnischen Staat zerschmettert. Der Führer hat erklärt, daß dieser polnische Staat von Versailles nie wieder erstehen wird. Ebenso ruhig, mit eben derselben harten Entschlossenheit, mit der damals der Führer versuchte, hier ein Friedenswerk aufzunehmen, werden wir nunmehr auf Befehl des Führers dieses schon seit Jahren geplante Befriedungswerk des Ostens jenseits des polnischen Krieges in Angriff nehmen. Der Führer wollte es einmal zu einer wirklichen Befriedung dieses Raumes, zu einem vernünftigen Ausgleich kommen lassen; nunmehr ist aber der Friede dieses Raumes gesichert durch die Rückkehr der polnischen Lehnsabhängigkeit zum deutschen Machtbereich.

Wir wissen, daß die Aufgabe, die wir hier erhalten haben, im Grunde genommen nichts anderes bedeutet, als die Fortsetzung einer jahrhundertealten Mission. Aus den vollkommen eindeutigen Gegebenheiten der gegenwärtigen Weltentwicklung ergibt sich daher für uns nicht die Aufgabe, den Anspruch der Führung in diesem Raum nun ~~nicht~~ etwa juristisch nachträglich in Gestalt von Paragraphen zu begründen, Wir könnten uns ja auf den Standpunkt stellen, das herausgeforderte deutsche Schwert hat diesen Raum erobert, und es ist der Wille des deutschen Volkes, daß dieser Raum für alle Zukunft deutsch bleibt. Niemand könnte diesem Argument widersprechen. Wir könnten darüber hinaus darauf hinweisen, daß ohne Rücksicht auf irgendeine Arbeit in diesem Gebiet es eine innere Reichsnotwendigkeit wäre, daß dieser Raum im Machtbereich des Deutschtums bleibt.

Wir sind aber in der glücklichen Lage, daß wir die Begründung der staatspolitischen und gesamten Führung in diesem Weichselraum nicht mit diesem, weltpolitisch gesehen, banalen Argument zu stützen brauchen; wir brauchen uns auch nicht auf das Recht des Stärkeren zu berufen, nicht einmal auf die Niederlage der Polen, nein, wir haben den weltgeschichtlichen Anspruch auf die Führung in diesem Raum einfach zu beweisen durch die Leistung. Aus den Leistungen des

deutschen

deutschen Volkes in diesem Raum entsteht ein klarer und schöpferisch einwandfrei legitimierter Anspruch auf die Führung: Die deutsche Arbeit im Osten, die aus den Jahrhunderten aufsteigt in unser Bewußtsein und uns mit dem Stolz erfüllt, Deutsche zu sein, und mit dem Glücksgefühl durchzieht, in dieser gewaltigen Aufbauperiode diese Arbeit fortsetzen zu dürfen.

Der Führer sagte einmal: „Kein Volk lebt länger als die Leistungen der Kultur dieses Volkes". Wir können sagen: Wer durch das Generalgouvernement, seine Distriktshauptstädte und Orte geht, ganz gleich, ob hier im westlichen Teil, im südlichen, ob oben bei Warschau und in Warschau, ob östlich der Weichsel in Lublin, ob zwischen Krakau und Warschau, in Radom, Kielce, Sandomierz, in Tarnow, Neu-Sandez und an unzähligen Orten: die Bauten sprechen dafür, daß hier Deutsche waren, die nicht nur als Gäste oder gar als fremde Eindringlinge in dieses Land kamen, sondern als die ersten Gestalter menschlicher Kultur und Zivilisation, die damals die stolze Sprache der sicheren Selbstbewußtheit auch anwandten, die seit je im Gefüge des künstlerisch geformten Steines liegt. Wir können darauf hinweisen, daß neben den Bauten und ihrer gesamten kulturellen Ausstrahlung, neben der kulturellen Durchdringung auf allen Gebieten die rechtliche und soziale Ordnung, daneben aber auch die gesamten anderen Formen der Technik, der Wirtschaft aus dieser deutschen Arbeit im Osten gewachsen sind. Es gibt keine Fabrik im ganzen Generalgouvernement, in die nicht die maßgebenden Maschinen aus deutschen Fabriken gekommen wären. Ich glaube daher, daß wir durch die gesamten Jahrhunderte hindurch heute mit Stolz auf diese Leistungen des Deutschtums blicken können, die unvergleichlich sind und denen gegenüber die polnische Leistung in diesem Raum in Nichts versänke. Die polnische Leistung war seit je die Zerstörung dessen, was die Deutschen aufgebaut haben, war die Unterwühlung selbst der eigenen polnischen Lebensform. Da kamen die germanischen Edelinge ins Land und gaben diesem Volke, das nicht imstande war, sich selbst zu regieren, eine erste Möglichkeit zum Leben. Es kamen die deutschen Rechtsformer ins Land, die

den

1.9.40.

den barbarischen Ursustand beseitigten. Da strahlte sogar das milde Licht der damaligen christlichen Mission in dieses Land. So geht alles auf deutsche Leistung zurück.

Ich kann durchaus sagen: Wir Nationalsozialisten sind nunmehr als die Vollstrecker nicht nur dieser Zeit, sondern des Willens von vielen Generationen deutscher Menschen, die dieses Land betreten, die diesem Land sein Gepräge gegeben haben, in diesem Land Meisterwerke von unvergleichlich strahlender Schönheit geschaffen haben, ihnen zu höchstem Dank verpflichtet. In ihrem Sinne arbeiten wir hier weiter.

Wenn ich heute das Glück habe, diese Ausstellung an diesem ereignisschweren Tage zu eröffnen, so mag das uns aber auch eine Mahnung sein: das Weltreich der deutschen Nation, das durch den unvergleichlich genialen Siegeszug unseres deutschen Volkes unter Führung Adolf Hitlers nun aufsteigt, ist die größte und höchste Form unseres völkischen Lebens. Weltreich zu werden, ist nur wenigen Nationen gestattet. Wenn aber ein Weltreich ersteht, so ist das nicht nur die letzte, es ist auch die problemreichste Struktur einer Nation. Denken wir daran, daß das Wort gerade für uns hier gilt! Nur jene Leistung, zu der wir uns bekennen, wird uns durch die Jahrhunderte begleiten. Wehe uns, wenn wir nicht mit der gleichen Erkenntnis uns als Bürger des großen Weltreichs genau so fühlen, wie sich unsere Vorfahren einmal in kleinräumigen Formen der damaligen Zeit bewegten. Wehe uns, wenn wir nicht in der äußersten Pflichterfüllung überall die Erfüllungsaufgabe der Leistung unseres Volkes sehen! Ob mit oder ohne Weltreich, entscheidend ist, daß wir uns nur auf uns selbst verlassen. Man hört jetzt so viel von den Möglichkeiten der Beschaffung billiger Arbeitskräfte, der Ersetzung deutscher Menschen durch anderstämmige Arbeitskräfte.

Wir wollen nicht ein Weltreich von Tantiemenbeziehern, von Dividendengenießern, von Kolonialausbeutern sein; denn wir kennen das Schicksal dieser plutokratischen Weltmächte. Wir wollen und werden ein Weltreich der Arbeiter, Bauern, Soldaten, Bürger, ein Weltreich der Werkleute sein, und nur

dadurch

1.9.40.

dadurch werden wir ein stolzes, gesundes, an ewigen Kräften reiches Volk sein.

Zu dieser Mahnung sei diese Ausstellung auch aufgerufen. Auf die Leistung kommt es an und nicht auf das äußere Gepräge. So manchen könnte die Größe der Zeit dazu verleiten, sich dem prächtigsten Nimbus zu verschreiben. Es soll jeder daran denken, daß die Schlichtheit des Führers das Zeichen gerade der echtesten deutschen Größe dieses Mannes ist. Was wir heute in dieser Ausstellung zeigen, haben Menschen gebaut, deutsche Menschen deutschen Blutes geschaffen, deren Namen man vielleicht gar nicht mehr kennt. Bauwerke von unvergleichlicher Herrlichkeit ragen in diesem Lande empor, wunderschöne Rathäuser, Werke und Bücher sind geschaffen worden, deren Schöpfer man nicht mehr kennt, weil sie hinter ihrem Werk zurückgetreten sind. Haben wir immer Achtung vor dieser echtesten Form der Leistung, die nicht das Gepräge sucht, nicht das Sichhervorkehren, nicht den Rangstreit in den Mittelpunkt der Gemeinschaft stellt, sondern die schlicht sagt: meine Leistung ist das Kennzeichen, und der Wert dieser Leistung wird immer erst von den kommenden Generationen festgestellt, die darüber entscheiden mögen.

Wir stehen heute in dieser Ausstellung als eine der Generationen, von denen einmal gesagt wurde, sie würden kommen. Es wird auch in der Zukunft so sein: Nur das behält Geltung, was durch die Jahrhunderte hindurch als Leistung anerkannt ist. Lassen wir diese Mahnung zur schlichten Dienst- und Pflichterfüllung in uns eindringen, aus der heraus unser herrliches Heer erstand, aus der heraus das alte vorbildliche deutsche Beamtentum, der deutsche Geist in allen seinen Formen zum Durchbruch kam.

Hüten wir uns mehr und mehr vor der Überheblichkeit, der Einzelbewußtheit, vor Gliederungsstolz und Korpsgeistallüren, die da und dort spürbar werden. Es gibt nur deutsche Männer und Frauen, die nunmehr durch Adolf Hitler zu der größten Leistung aller Zeiten aufgerufen worden sind. Wir alle sind nichts; das Gewand, das der einzelne trägt, ist nichts; das deutsche Volk aber ist alles, es ist der

ewige

1.9.40.

ewige Zeuge dafür, daß der Herrgott dieser Erde verziehen hat. In diesem Volk hat er die größte Leistung der Schöpfung vollbracht. Wir sind doppelt geweiht als Deutsche und Zeitgenossen Adolf Hitlers.

So möge denn aus dieser Ausstellung die Bewußtheit einer ernsten Pflichtverbundenheit und einer ungeheuren Leistungsverpflichtung in uns und in den Kameraden, die nunmehr hier im Generalgouvernement im Namen des Führers und des Reiches tätig sind, aufsteigen. Wir werden uns bemühen, es denen, die vor uns in diesem Gebiet so herrliche Leistungen vollbracht haben, gleichzutun. Ihnen, Herr Oberbürgermeister Dr. Strölin, danke ich herzlich dafür, daß Sie uns die Durchführung der großen Aufgabe ermöglichten, den hier im Generalgouvernement tätigen Deutschen durch diese Ausstellung den Weg zur symbolhaften, weitreichenden Leistung zu zeigen. Sie besitzen ja als weitbekannter Vorkämpfer der Interessen des Auslandsdeutschtums einen Namen,und Sie haben uns bei der Eröffnung dieser Ausstellung durch Ihre persönliche Anwesenheit eine große Freude bereitet.. Sie geben uns auch die Sicherheit, daß wir hier nicht losgelöst vom großen Ganzen arbeiten, sondern im engsten Kontakt mit den Bestrebungen der deutschen Auslandsarbeit.

Sie haben mir eine Ehrung ganz besonderer Art zuteil werden lassen. Ich nehme diese Ehrung persönlich als solche an und danke Ihnen herzlich dafür. Aber ich muß die Ehrung für meine Person allein sofort auf alle meine Mitarbeiter im Generalgouvernement erstrecken. Wir sind hier eine auf Gedeih und Verderb zusammengeschworene Arbeitsgemeinschaft. Tausende von deutschen Männern und Frauen haben sich in diesem Gebiet unter unvergleichlich schwierigen Umständen bemüht, dem deutschen Leben zum Durchbruch zu verhelfen. Aber die größte Leistung hat der deutsche Soldat vollbracht; denn er hat durch seinen Einsatz und sein Blutopfer überhaupt erst wieder dieser deutschen Leistung den Weg gebahnt. Was wir hier tun können, das ist, dieses eroberte Gebiet nunmehr sicherzustellen. Befehlsgemäß ist die uns gestellte Aufgabe der Herstellung der Ordnung und der Verwaltungsführung mit

politischer

1.9.40.

politischer Klarheit vollzogen worden. Also auf alle diese Menschen in Stadt und Land, die hier so vorbildlich gearbeitet haben, erstrecke ich diese mir zuteil gewordene Ehrung. Ich danke auch Ihnen, Herr Dr. Kurtz, ich danke Herrn Dr. Geist für seine hervorragende Tätigkeit, ich danke vornehmlich auch Herrn Abteilungsleiter Schmidt von der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda und allen anderen für diese wirklich hervorragende Arbeit. Ich erkläre damit die Ausstellung für eröffnet.

Die Feier findet mit den Liedern der Nation ihren Abschluß.

11^{00} Weihe des Adolf Hitler-Platzes in Krakau in Anwesenheit des G e n e r a l g o u v e r n e u r s.
Anschließend Frühstück im Palais Potocki.

12^{45} Abfahrt nach Kressendorf.

14^{00} ~~Mittagessen im Beisein des Herrn Ministerpräsidenten Siebert.~~
19^{00} Ankunft des Herrn Reichsministers Dr. Goebbels im Haus Kressendorf.

19^{00} Festvorstellung zur Er-Öffnung des Deutschen Theaters in Krakau. Zur Aufführung gelangt das Trauerspiel von Hebbel: „Agnes Bernauer".

Montag, den 2. September 1940.

1140 Abteilungsleitersitzung im Regierungsgebäude aus Anlaß des Scheidens des bisherigen Leiters der Abteilung „Innere Verwaltung" aus seinem Amte.

(Protokoll der Sitzung siehe Beiakten).

1245 Schluß der Sitzung.

1310 Mittagessen im Grand Hotel zu Ehren des aus seinem Amt scheidenden bisherigen Leiters der Abteilung Innere Verwaltung Dr. Siebert. An diesem Essen nehmen auch Ministerpräsident Siebert und seine Gattin teil.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache: Meine Herren Abteilungsleiter! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um der geistigen Feier im Regierungsgebäude die weltliche Feier folgen zu lassen. Es ist ein schöner Brauch, daß deutsche Männer, wenn sie aus irgend-einem Anlaß gleich welcher Art zusammenkommen, immer auch einen Becher leeren. Es ist nun die Stunde gekommen, in der Sie uns verlassen, Herr Ministerialrat Dr. Siebert. Wir sind eigentlich sehr böse darüber, verstehen wir es doch nicht ganz, daß Sie jetzt von uns gehen wollen. Aber der strenge Herr Papa hat offenbar von den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches Gebrauch gemacht, er hat sich dessen erinnert, daß ihm die Erziehungspflicht obliegt (Heiterkeit). In dieser väterlich wohlmeinenden Absicht, einer all-zu starken Verwilderung seines Sohnes in dem freiheitdurchtobten Gelände des Generalgouvernements vorzubeugen, hat er seinen Sohn in die wohlbehüteten Bereiche des heimischen Bayerns zurückgerufen. Wir haben seit gestern Abend, seit der Aufführung dieses herrlichen Theaterstückes von Hebbel „Agnes Bernauer" die tiefe Schicksalstragik dieses bayrischen Landes nun wiederholt erkannt. Am Schluß des Stückes kam uns doch ganz deutlich die Erkenntnis, daß ein bayrischer Herzog nicht vor Kaiser und Reich zu knieen vermag, aber doch sehr wohl vor seinem bayrischen Vater. Daher war es auch mir, dem schlichten Vertreter des Führers und Reiches, nicht möglich, Sie, Parteigenosse Siebert, hier zu halten, als der Ruf des bayri-

schen

<u>2.9.40.</u>

schen Herzogs erscholl. Er hat sich dareingefügt.

Ich glaube, Parteigenosse Siebert, es ist ~~nicht~~ nun das letzte Mal, daß ich in feierlicher und abschiednehmender Form zu Ihnen spreche. Die geistigen Erfahrungen, die Sie aus diesem Gebiet mitnehmen, werden Ihnen ganz zweifellos auch weiter in Ihrem Beruf zu statten kommen. Es waren ja harte Kampfmonate, die Sie hier zu bestehen hatten, namentlich wenn wir uns an diese erste Aufbauperiode erinnern.

Meine Herren! ich bitte Sie, auf das Wohl des Ministerialrats Dr. Siebert und seiner Eltern, der gnädigen Frau und des Herrn Ministerpräsidenten, Ihr Glas zu erheben!

<u>Ministerialrat</u> <u>Dr. Siebert</u> ergreift hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Sie haben mir so viel ehrende Worte geschenkt, daß ich fast beschämt bin über all' das, was Sie mir an Güte entgegengebracht haben. Ich kann nur eine Versicherung abgeben: Der Abschied von hier wird mir sehr schwer. Für mich war es ein beglückendes Gefühl, unter Ihnen, Herr Generalgouverneur, der ich Sie schon im alten historischen Rathaus in Linden begrüßen durfte, 10 Monate lang zu arbeiten. Die Arbeit wurde mir aber auch leicht gemacht, nicht zuletzt dadurch, daß ich bei allen meinen Kameraden die Unterstützung fand, deren es bedurfte, um die Aufgaben, die der Herr Generalgouverneur uns gestellt hat, erfüllen zu können. Ich bitte Sie, Herr Generalgouverneur, versichert zu sein, daß ich stets mit stolzer, aber auch tiefer Dankbarkeit jener 10 Monate gedenken werde und daß es eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens sein wird, als Wegbereiter des Deutschtums im Osten hier im Generalgouvernement haben wirken zu können (lebhafter Beifall).

4o Abfahrt nach Kressendorf.

2o Besprechung mit dem Vertreter des Reichspressechefs, <u>Sündermann</u>.

Anschließend

2.9.40.

Anschließend Empfang des Abteilungspräsidenten Schmidt, des Kreisleiters Dr. Gassner, des Hauptschriftleiters Zarske in Gegenwart von Herrn Sündermann.

20 Tee-Empfang in der Bibliothek.

10 Baubesprechung. An ihr nehmen teil:

Geheimrat Rattinger,
Baurat Hofer,
Architekten Koethgen und Horstmann,
Staatsanwalt Dr. Heidinger,
Hauptsturmführer Buchner,
Untersturmführer Löw
Hausintendant Kock,
Verwalter Niedermeier.

Dienstag, den 3.September 1940.

Hans Kressendorf

10³⁵ Besprechung mit SS- Obergruppenführer Krüger.

Mit SS-Obergruppenführer Krüger wurde die gesamte Lage der Polizei und der Sicherheit im Generalgouvernement durchbesprochen. Da in der nächsten Zeit ein Wechsel sowohl beim Chef der Ordnungspolizei wie beim Chef der Sicherheitspolizei bevorsteht, bestimmt der Herr Generalgouverneur einen Termin für eine grundsätzliche Besprechung der Gesamtlage der Polizei im Generalgouvernement für den Zeitpunkt des Eintreffens der neuen Polizeibefehlshaber.

11³⁵ Gouverneur Dr. Wächter und Ministerialrat Wolsegger überbringen dem Herrn Generalgouverneur die Glückwünsche der Distriktsverwaltung zu der hohen Auszeichnung, die dem Herrn Generalgouverneur durch den Führer verliehen worden ist.

11⁴⁵ Obergruppenführer Höfle beantragt die Übernahme der Finanzierung der NSKK-Kurierkompanie. Der Herr Generalgouverneur verspricht, die Angelegenheit mit der Finanzabteilung zu erörtern.

Obergruppenführer Höfle bittet weiter darum, die Möglichkeit einer Verwendung der NSKK zum Ausbau eines großen Straßenverkehrssicherheitsdienstes im Generalgouvernement zu erwägen.

Der Herr Generalgouverneur zeigt sich geneigt, allenfallsige zu dieser Anregung eingehende Vorschläge wohlwollend zu prüfen.

Obergruppenführer Höfle stellt dann den Besuch des Korpsführers des NSKK im Generalgouvernement in Aussicht. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, den Korpsführer jederzeit zu empfangen.

11⁵⁰ Besprechung mit Oberregierungsrat von Streit. Zunächst gibt Oberregierungsrat von Streit einen allgemeinen Überblick über die Arbeiten am neuen Etat. Der neue Etat wird etwa mit einem Defizit von fast 200 Millionen Zloty abschließen. Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß

spätestens

spätestens in der Zeit zwischen 1. und 5.Oktober eine grundsätzliche Etatbesprechungssitzung stattfinden soll, in welcher die letzten noch zu klärenden Fragen der Etatgestaltung ihre Erledigung finden sollen. Des weiteren ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß Oberregierungsrat von Streit bezüglich der Wirtschaftsführung im Haus Kressendorf wie überhaupt bezüglich der gesamten Verwaltungsaufwendungen, die durch die Repräsentationspflicht des Generalgouverneurs entstehen, eine Besprechung mit Hauptsturmführer Buchner, Leiter der Finanzverwaltung der Burg Angeloch, wie Sturmführer Löw, dem Schloßhauptmann von Warschau, stattfinden soll. Herr von Streit soll sich mit den Herren zur Durchführung dieser Sitzung in Verbindung setzen.

Zu der Angelegenheit der NSKK.-Kurierkompanie will Herr von Streit vorschlagen, da die gesamte Kompanie von über 90 Mann angesichts der vermehrten Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung durch Ausbau der Post- und Eisenbahnanlagen nicht mehr benötigt würde, die Kompanie auf den für den Herrn Generalgouverneur unmittelbar notwendigen Bedarf herabzusetzen, da es unmöglich wäre, die gesamten Kosten von fast einer Million Zloty für diese eine Kompanie aufzubringen. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich angesichts der gespannten Etatlage damit einverstanden und verfügt, daß Herr von Streit mit dem Chef der NSKK-Kurierkompanie verhandeln soll mit der Maßgabe, daß sich das Generalgouvernement bereit erklärt, die gesamten Kosten für etwa 30 Mann einschließlich Führerpersonal der NSKK-Kurierkompanie zu übernehmen. Diese NSKK-Kurierkompanie soll ein erweitertes Begleitkommando des Herrn Generalgouverneurs darstellen, mit der besonderen Aufgabe eines motorisierten Begleitkommandos.

[12]15

General von Höberth spricht im Namen des Kommandierenden Generals und aller Offiziere und Soldaten des Generalgouvernements dem Herrn Generalgouverneur seine und der Wehrmacht herzliche Glückwünsche zu der hohen Auszeichnung durch den Führer aus.

12[25]

3.9.40.

25

General Brauner und Oberstleutnant von Tschammer und Osten beglückwünschen Herrn Generalgouverneur zu der ihm gewordenen hohen Auszeichnung.

In der anschließenden Besprechung bittet General Brauner um die Unterstützung des Herrn Generalgouverneurs bei der endlichen Erledigung der Fragen der Truppenübungsplätze. Es handelt sich insbesondere noch um die beiden Probleme der Bereinigung der Zuständigkeitsauseinandersetzung auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft. Im übrigen sei, wie General Brauner betont, alles geklärt. Der Herr Generalgouverneur verweist General Brauner an die Abteilungsleiter Körner und Eißfeldt, gibt aber schon jetzt seiner entscheidenden Meinung Ausdruck, daß diese Frage eine schwere Belastung des Generalgouvernements darstelle und eigentlich nicht geeignet sei, lediglich vom Heer oder Luftwaffe geklärt zu werden. Diese Frage müsse vielmehr im wohlverstandenen Interesse des Reiches im engsten Kontakt mit den Dienststellen des Reiches gelöst werden. General Brauner gibt seine und seines Chefs ernste Absicht kund, in diesem Sinne mit den Dienststellen des Generalgouverneurs auch weiter vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Die Frage der Wiederfreigabe der vom Militär besetzten, für die Getreidespeicherung dringend notwendigen großen Hallen wird im Sinne des Antrages der Behörden des Generalgouvernements geregelt werden. Die Freigabe der Sprit-Fabrikationsräume für die Monopolverwaltung des Generalgouvernements ist in einwandfreier Weise durch Übereinkommen zwischen Wehrmacht und Monopolverwaltung bereits geklärt.

Der Herr Generalgouverneur gibt zum Schluß seiner Freude über das Zusammenkommen Ausdruck und erklärt sich bereit, eine gemeinschaftliche Sitzung des Generals Gienanth, und seinem sachbearbeitenden Chefoffizier und der zuständigen Sachbearbeiter des Generalgouvernements in Haus Kressendorf anzusetzen, und würde es besonders begrüßen, wenn er als Gast den Herrn General Gienanth in seinem Haus begrüßen dürfte. Die Sitzung soll der Besprechung der Frage der Versorgung der

Truppen

3.9.40.

Truppen im kommenden Winter und einiger Probleme aus dem Verhältnis zwischen Wehrmacht und Behörden des Generalgouvernements dienen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r spricht dann noch im übrigen die Bitte aus, die Stellung des Generalgouverneurs entsprechend dem Führerwillen nun auch auf Seiten der Wehrmacht einer etwas intensiveren Anerkennung unterzogen zu sehen. Er müsse unbedingt darauf bestehen, daß, wenn er Fronten abschreite, der Befehlshaber der Truppe ihm als dem höchsten Repräsentanten des Führers und Reiches in diesem Gesamtgebiet Meldung erstatte. Es sei unerträglich, daß nach dem alten Schema bei Frontabschreitungen durch den Generalgouverneur immer wieder der Versuch gemacht wird, die Meldung dem ihm begleitenden General der jeweiligen Waffengattung zu erstatten. Das sei mit der Würde des Führers und Reiches unvereinbar.

25

Gesandter von Wühlisch spricht dem Herrn Generalgouverneur seinen und seiner Dienststelle Glückwunsch zu der Verleihung der hohen Auszeichnung aus. Er nimmt dann zu einigen Fragen der auswärtigen Lage Stellung und übermittelt verschiedene weniger wichtige Einreise- bezw. Ausreiseanträge.

30

Mittagessen.

Während des Essens richtet Generalmajor von Höberth folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Aus Anlaß der Verleihung der hohen Auszeichnung durch den Führer und Reichskanzler an Sie möchte ich es mir nicht versagen, einige Worte an Sie zu richten.

Ich darf mich wohl zum Sprecher aller Anwesenden machen, wenn ich Ihnen versichere, daß wir uns alle herzlich freuen, daß Sie, Herr Generalgouverneur, so sichtbar durch den Führer ausgezeichnet worden sind. Niemand kann es ja besser zu würdigen wissen als wir, die wir die Ehre haben, mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

In

3.9.40.

In den vergangenen Monaten hat eine große und umfangreiche Arbeit auf Ihnen gelastet, aber wie wundervoll haben Sie, Herr Generalgouverneur, Ihre schwere Aufgabe gemeistert! Und so möchte ich auch den Wunsch aussprechen, Herr Generalgouverneur, daß Sie noch recht lange Zeit hier bleiben und die Geschicke dieses Landes lenken mögen. Daran knüpfe ich den weiteren herzlichen Wunsch, daß das so schöne und vertrauensvolle Zusammenarbeiten, daß Sie, Herr Generalgouverneur, mit uns Soldaten verbindet, weiter so bestehen bleiben, oder sich, wenn das überhaupt möglich ist, noch vertiefen möge. - So erhebe ich denn mein Glas auf Ihr Wohl, auf Ihr Glück und auf das Glück Ihrer Familie.

15³⁰ Staatsanwalt Dr. Meidinger überbringt dem Herrn Generalgouverneur die Glückwünsche der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Kanzlei Burg.

16⁰⁰ Bereichsleiter Schalk nimmt zu einigen Angelegenheiten der Partei Stellung und erörtert insbesondere die Frage einer Beteiligung der Partei an der Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen durch Behörden des Generalgouvernements.

16³⁰ Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur vor:

1) Den Entwurf einer Vo. zur Förderung der Tierzucht (Neuregelung des gesamten Körwesens),
2) den Entwurf einer Vo. über die Erhöhung von Stammwürzegehalt beim Bier,
3) den Entwurf einer Vo. über die Hemmung der Verjährungsfrist im Scheckverkehr und Währungsrecht,
4) den Entwurf einer Vo. über das jüdische Schulwesen,
5) eine Anordnung über die Abführung von Belegstücken der Buchproduktion an die Staatsbibliotheken,
6) den Entwurf einer Vo. über die Regelung der Schonzeit.

Die Verordnungsentwürfe werden vom Herrn Generalgouverneur unterschrieben.

Anschließend

3.9.40.

Anschließend kündigt Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh die Herausgabe einer großen Verordnung über das Umlegungsrecht an, in welcher man sich vorerst an das polnische Recht anschließen wolle.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht als Titel dieses Gesetzes die Bezeichnung „Flurbereinigungsordnung des Generalgouvernements (Umlegungsordnung)".

45 Besprechung mit Reichsbankdirektor Tetzner.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r kommt im Anschluß an ein Schreiben, das Reichsbankdirektor Tetzner vom Chef des Amtes erhalten habe, auf die Frage zu sprechen, ob nicht die Gebiete von Ostpreußen und dem Generalgouvernement sich wirtschaftlich irgendwie ergänzen könnten. Gauleiter Koch stehe auf dem Standpunkt, daß man zur Erreichung dieses Zieles irgendwelche Ausnahmen machen könnte und müßte. Es sei ja auch naheliegend, daß es, falls es nunmehr zu einem gigantischen Aufstieg der Wirtschaft des Deutschen Reiches komme, auf die Dauer gewiß nicht günstig für das Generalgouvernement sein könne, wenn es sich lediglich auf seine eigene Wirtschaft konzentriere, anstatt an diesem gewaltigen Aufstieg des Deutschen Reiches Anteil zu nehmen. Es werde wohl doch über kurz oder lang die Bereinigung der Zoll,und Wirtschaftsfragen kommen müssen.

Reichsbankdirektor Tetzner hält es für durchaus möglich, daß im Zusammenhang mit dieser Frage sehr wohl zu erwägen sei, ob es damit nicht zu einer Währungs- und Wirtschaftsunion mit dem Reich kommen müsse. Dann würde man wahrscheinlich eine Devisenstelle in Krakau errichten müssen, aber die Tätigkeit der Devisenabteilung würde auf die Dauer gesehen überflüssig werden.

Reichsbankdirektor Tetzner schneidet dann die Frage an, wie es mit dem Kredit gehalten werden soll, den das Reich dem Generalgouvernement geben solle. Von der Reichsbank sei an den Chef des Amtes geschrieben worden, er möge einen Beamten ernennen, der die entsprechenden Unterhandlungen führen könne.

könne. Dieser Beamte wäre an sich Bankdirigent Paersch. Nun seien ihm aber Bedenken wegen der Persönlichkeit des Kreditnehmers gekommen. Finanzpräsident Spindler sei ja nicht allein an dieser Frage interessiert, weil er keinen Kredit brauche. Wenn jedoch der Kredit für den Ausgleich des Clearing benötigt werde, dann müsse man einen Kreditnehmer finden. Der Herr Generalgouverneur ist angesichts der obwaltenden Verhältnisse der Ansicht, daß eine solche Berufung niemals vom Staat ausgehen dürfe, sondern vielmehr von der Bank, und zwar im vorliegenden Falle von der Emissionsbank.

Reichsbankdirektor Tetzner weist dann darauf hin, daß die Rüstungsbetriebe von der Devisenabteilung Zahlungsmittel in Reichsmark verlangten, um die für die Rüstung notwendigen Gegenstände und Rohmaterialien aus dem Reich beziehen zu können.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist Reichsbankdirektor Tetzner an, diese Anträge nicht eher zu genehmigen, bevor die gesamte Frage geklärt sei.

Reichsbankdirektor Tetzner geht dann kurz auf die Frage der Stempelsteuer ein und beruft sich hier auf ein Rundschreiben der Finanzabteilung an alle Dienststellen, in welchem gesagt sei, daß der ehemalige polnische Stempeltarif noch gelte und man darauf angewiesen sei, diese Einnahmen nach wie vor zu beziehen. Von der Devisenabteilung sei angefragt worden, ob sich diese Regelung auch auf die Devisenanträge erstrecken solle, und er bitte deshalb um eine Entscheidung, ob die Devisenanträge grundsätzlich verstempelt werden müßten. Im Reich bestehe die Devisenwirtschaft seit 7 Jahren, und man habe sich auch dort mit dem Gedanken getragen, die Devisenanträge gebührenpflichtig zu machen. Man habe es aber abgelehnt, weil die Überwachung eine zu große Belastung darstellen würde, die in gar keinem Verhältnis zu den aufkommenden Beträgen stünde.

Im übrigen sei auch nicht einzusehen, weshalb die deutschen Beamten und Angestellten und die deutschen Firmen polnische Gebühren bezahlen sollten.

Der

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt zu bedenken, daß man im Generalgouvernement naturgemäß auf jede Einnahmequelle angewiesen sei. Er könne in dieser Frage keine Entscheidung fällen und halte es für richtig, daß sich Reichsbankdirektor Tetzner mit Finanzpräsident Spindler in dieser Frage ins Benehmen setzt.

Reichsbankdirektor Tetzner teilt mit, daß ein Vertreter des Münchner Löwenbräus bei ihm gewesen sei und ihm den Wunsch vorgetragen habe, Bier dieser Brauerei ins Generalgouvernement einzuführen.

Reichsbankdirektor Tetzner gibt dann noch einen Überblick über die devisenpolitische Lage des Generalgouvernements. Im allgemeinen sei die Lage nicht ungünstig, vor allem auch z.B. infolge des starken Feldpostverkehrs. Leider könne man ja zur Zeit noch nicht viel exportieren, wo hingegen die Einfuhrnotwendigkeit sehr stark sei. Was allein an Kohle eingeführt werden müsse, sei erstaunlich. Das Minus sei allerdings etwas zurückgegangen. Es gingen auch laufend Beträge ein, aber der Saldo decke sich gerade so, daß man sagen könne, die kleinste Welle kann darüber hinwegschlagen. Das Minus habe sich bisher auf 100 Millionen Zloty gestellt, 80 Millionen würden ausgezahlt werden, die restigen 20 Millionen stellten einen schwebenden Posten dar.

Besprechung mit Dr. Coblitz.

Direktor Dr. Coblitz berichtet von guten Erfolgen und einer beachtlichen Entwicklung im Institut für Deutsche Ostarbeit. Die erste Nummer der Zeitschrift werde am 20.September erscheinen, sie bringe einen Ausschnitt aus den Reden des Herrn Generalgouverneurs und weiter eine erste Veröffentlichung des Dr. Arlt über die Bevölkerung des Generalgouvernements. 13 Bibliotheken seien bisher übernommen oder würden noch übernommen werden.

Reichsleiter Rosenberg zeige ein großes Interesse für das Institut, er stelle dem Institut Referenten zur Verfügung

und

und habe auch in Aussicht gestellt, Forschungen und Ausgrabungen zu finanzieren. Der Personalbestand betrage zur Zeit schon 24 Mitarbeiter. Die Raumfrage sei inzwischen einigermaßen zur Zufriedenheit gelöst worden. Nach der Anordnung des Generalgouverneurs sollten dem Institut die Räume in der Annagasse 8 - 12 zur Verfügung stehen, ferner das physikalische Institut und das Kollegium Minor, das früher zur Universität gehörte. Nun berufe sich aber Professor Brinkmann auf einen inzwischen aufgehobenen Erlaß des Generalgouverneurs, den er für gültig erkläre, solange er nicht schriftlich widerrufen sei. Er weise beim Staatssekretär Dr. Bühler auf diesen Erlaß hin, verfüge über den Etat des Instituts, lasse sich Räume in den Häusern zuweisen, die dem Institut gehören. Das sei ein unmöglicher Zustand, und er müsse sich schon aus Gründen der Disziplin unbedingt dagegen wehren. Professor Brinkmann könne doch unmöglich weiter die Räume des physikalischen Instituts behalten.

Dr. Coblitz geht dann des längeren auf gewisse Machenschaften des Dr. Sappok ein. Das Amt des Reichsleiters Rosenberg lehne es ab, mit Dr. Sappok etwas zu tun zu haben, es habe ihm auch Unterlagen gegeben, aus denen hervorgehe, daß Dr. Sappok politisch für das Institut unbrauchbar sei. Er bezeichnet sich fortgesetzt als wissenschaftlichen Leiter, nennt sich auf Visitenkarten „Kommissarischer Leiter des Instituts für Deutsche Ostarbeit", auch habe es den Anschein, als ob er der Publikationsstelle des Ministeriums des Innern Informationen liefere.

Der Herr Generalgouverneur erläßt hierauf als Präsident des Instituts für Deutsche Ostarbeit folgende Verfügung:

Haus Kressendorf, 3.Sept.1940.

1) Dem Antrag des Direktors Dr. Coblitz vom Institut für Deutsche Ostarbeit, die Tätigkeit des Herrn Dr. Sappok beim Institut als mit Wirkung vom 1. September 1940 beendet anzusehen, wird stattgegeben.

2) Herr Dr. Coblitz wird beauftragt, die nötigen Maßnahmen zur völligen Ausscheidung des Herrn Dr. Sappok

aus

3.9.40.

aus dem Institut formell und tatsächlich durchzuführen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet weiter an, daß diese Verfügung allen interessierten Dienststellen mitgeteilt wird, und weist Dr. Coblitz weiter an, dem Dr. Sappok zu eröffnen, daß er binnen 24 Stunden das Generalgouvernement zu verlassen habe.

Auf die Bitte des Herrn Dr. Coblitz erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, bis auf weiteres die wissenschaftliche Leitung des Instituts zu übernehmen.

Besprechung mit dem Präsidenten der Ostbahn Gerteis, Abteilungspräsidenten Sillich, Reichsbahnoberrat Keißling und Reichsbahnoberrat Dr. Massute.

Präsident Dr. Gerteis gibt einen eingehenden Bericht über die gegenwärtige Lage der Ostbahn und führt dabei aus:

Die Entwicklung der Ostbahn sei an sich recht erfreulich, vor allem angesichts des stetig wachsenden Verkehrs. Infolge der Tarifsenkung habe er mit Ausfällen von 30 - 40 Millionen gerechnet, aber es habe sich doch nahezu ausgeglichen. Der Reiseverkehr sei stärker geworden, wenn gleich auch noch viel unechter Verkehr, Verkehr von Schiebern vorhanden sei; aber das falle mit der Zeit weg. Dazu komme die große Inanspruchnahme der Ostbahn durch die Wehrmacht. Die Zahlungen der Wehrmacht im Güter- und Personenverkehr gingen gewöhnlich 4 Wochen nach Ablauf des Transports ein und würden dann der Eisenbahn in Reichsmark gutgeschrieben. Die Eisenbahn habe eine eigene Clearingstelle, sie verdiene zur Zeit erhebliche Devisen, trotzdem die Gehälter der Beamten in Reichsmark gezahlt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf einen Schriftwechsel wegen einer Rückvergütung hin. Er habe seinerzeit dem Staatssekretär Dr. Kleinmann ersucht, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, habe aber von vornherein darauf hingewiesen, daß es unmöglich nach den Ansichten des Reichsverkehrsministeriums gehen könne. Präsident Dr. Gerteis

betont

3.9.40.

betont, daß Deutschland genötigt gewesen sei, Kohlenlieferungen zu einem Preis von 11.- RM bis zur russischen Grenze abzuschließen. Die Russen hätten sich nämlich darauf berufen, daß sie die Kohlen früher auch zu diesem Preis erhalten hätten. Ein solcher Preis sei natürlich völlig unmöglich, schon weil der Kohlenpreis nicht unter 10,30 Rm heruntergedrückt werde. Es würden dann nur 70 Pf. übrig bleiben. Das Reichswirtschaftsministerium habe aber einen Druck auf die Reichsbahn ausgeübt, daß sie die Differenz tragen solle, und die Reichsbahn habe ohne Befragung der Ostbahn eine Zusage gegeben, sodaß also tatsächlich die Ostbahn je Tonne einen Frachtnachlaß von 2,33 RM hätte geben müssen. Das hätte für die Ostbahn etwa 10-12 Millionen Zloty ausgemacht, ungefähr 10% der gesamten Güterverkehrseinnahme. Er habe sich bereit erklärt, eine Ermäßigung zu geben, wie sie sonst bei allen anderen Auslandstarifen üblich sei, und zwar in Höhe von 1,20 RM. Er habe dann das Reichsverkehrsministerium ersucht, dafür zu sorgen, daß der Betrag in eine Ausgleichskasse gezahlt werde. Seines Erachtens könne es nur Sache des gesamten Reiches sein, das Verlustgeschäft zu decken und der Ostbahn einen auskömmlichen Betrag zu sichern. Da er von dem weiteren Schicksal seines Schreibens an das Reichsverkehrsministerium nichts mehr gehört habe, nehme er an, daß das Reichsverkehrsministerium sein Gesuch an das Reichswirtschaftsministerium weitergegeben habe. Es sei anzunehmen, daß das Reichswirtschaftsministerium sich nun bereit finden werde, dieses Verlustgeschäft zu finanzieren.

Präsident Gerteis teilt dann weiter mit, daß z.B. Kohlensendungen auch über die Clearingstelle der Ostbahn verrechnet würden. Hier entstehe für die Ostbahn kein Abzug, und man habe auch bisher keinen Schaden gehabt.

Präsident Gerteis macht dann eine Mitteilung von großen Plänen für den Ausbau der Eisenbahnanlagen in Polen. Das Eisenbahnnetz des Generalgouvernements werde in einer Weise ausgebaut werden, daß es jedem deutschen Eisenbahnnetz gleichkommen wird. Dieser Ausbau geschehe aus Landesverteidigungsgründen. Die Arbeiten sollten mit größter Beschleunigung durchgeführt

führt und bis Ende nächsten Jahres fertiggestellt werden. Der Militärfiskus stelle dafür eine Summe von 176 Millionen RM zur Verfügung. Die Arbeiten würden noch in diesen Tagen anlaufen und umfaßten übrigens auch den Ausbau größerer Bahnhöfe. Der Ausbau umfasse die ganze 2-gleisige Strecke und Querverbindungen, soweit sie überhaupt von Bedeutung seien. Es handle sich insgesamt um 600 km Oberbau und Schaffung von technischen Einrichtungen entsprechend denjenigen im Deutschen Reich. Auch müßten neue Knotenbahnhöfe geschaffen werden. Ein gekoppeltes Telefonnetz sei ebenfalls vorgesehen. Die Leistungsfähigkeit der Strecke sei so, daß 4 Divisionen an einem Tage ausgeladen werden können. Die Arbeiten würden teils durch Truppen, Baukompanien und Baubataillone, teils mit deutschen Unternehmern ausgeführt, teils würden auch polnische Unternehmer hinzugezogen. Das Material müsse zum größten Teil aus Deutschland hereingeschafft werden, auch Steinmaterial müsse aus Deutschland kommen, da Präsident Bauder die Steine schon zum größten Teil beschlagnahmt habe. Es sei lediglich möglich, Kies für die Nebengleise zu gewinnen. Zement sei aus dem Generalgouvernement in geringer Menge zu beschaffen. Dieses ganze Bauvorhaben stelle gewissermaßen einen Devisengewinn dar, da die Ostbahn Reichsmark erhalte, aber Zloty für die Arbeiten ausgebe.

Für Güterwagengestellung bestehe eine Gemeinschaft mit dem Reich. Man mache da recht gute Erfahrungen, die Gestellungsziffer sei im allgemeinen viel höher als im Reich. Was zur Zeit notwendigerweise gestellt werden müßte, könne im vollen Umfange gestellt werden. Das gelte auch für die Beförderung der Ernte. Schwierigkeiten habe man allerdings hinsichtlich der gedeckten Wagen gehabt. Es werde aber möglich sein, unter Drosselung von Gütertransporten, die jetzt nicht gefahren zu werden brauchten, durchzuhalten, und es sei daher zu hoffen, daß man auf diesem Gebiet sehr gut abschneiden würde. - Grubenholz, ein sehr gesuchter Artikel - habe man 100% transportieren können.

Viel Arbeit mache der Grenzverkehr, der erheblich zugenommen habe. Man habe 750 000 Tonnen von Rußland übernommen, davon etwa 275 000 Tonnen Bezin, Getreide, ferner noch Holz,

Nickel

Nickel, Baumwolle usw.

Die Einnahmen betragen jetzt im Monat etwasüber 4 Millionen.

Im Rücklauf habe man bisher 850 000 Tonnen gefahren, und zwar hauptsächlich Kohle, nur wenig andere Produkte. Demnächst werde man auch die großen Umladebahnhöfe dem Verkehr übergeben können.

Präsident Gerteis geht dann auf das russische Wagenmaterial ein, das teilweise gut sei und modernen Ansprüchen genüge, teilweise aber sehr schlecht.

Was den Personenverkehr angehe, so habe man in Verbindung mit dem Reichsverkehrsministerium erreicht, daß 2700 Personenwagen zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn auch die Qualität der Wagen noch zu wünschen übrig lasse, so hoffe man doch im Laufe der Zeit bessere Wagen eintauschen zu können.

An Lokomotiven brauche man für die Spitzenleistungen 1200. Hier müsse man immer noch vom Reich leihen. Das Reichsverkehrsministerium habe sich allerdings noch etwas sehr zurückhaltend gezeigt, die Zahl betrage erst etwas über 1000 Lokomotiven. Der Zustand der Lokomotiven lasse leider noch immer sehr zu wünschen übrig. Ein großer Teil der Lokomotiven, die in das Generalgouvernement gehörten, sei in den Oktobertagen 1939 ins Reich abgeschoben worden. Bisher habe es über 60 Typen gegeben, jetzt seien es nur noch 32.

Reichsbahnoberrat Keisl/ ing teilt mit, daß zur Zeit 18 schwere Schnellzuglokomotiven im Bereich des Generalgouvernements vorhanden seien. Die endgültigen Auseinandersetzungen über Gattung und Zahl der Maschinen seien noch nicht beendet. An das Reichsverkehrsministerium sei auch ein Schreiben gerichtet worden, in welchem vorgeschlagen werde, nunmehr endlich zu klaren Verhältnissen zu kommen. Diese zahlreichen Typen der Lokomotiven ermöglichten weder einen richtigen Betrieb noch eine richtige Unterhaltung. Man hoffe aber im Laufe der Zeit noch zu einem günstigen Ergebnis zu kommen. Die Lokomotven des Generalgouvernements tragen übrigens sämtliche

die

3.9.40.

die Bezeichnung „Ostbahn". Präsident Gerteis ergänzt ~~seine~~ diese Mitteilung noch dahin, daß man tatsächlich im Gebiete des Generalgouvernements 1200 Lokomotiven habe. Zur Zeit werde keine Leihgebühr mehr bezahlt.

Die Ausbesserungswerke arbeiten schon wieder sehr gut. 2 Werke seien allerdings vollkommen zerstört, auch das Werk in Warschau-West, dessen Ausbau sich nicht wieder gelohnt habe. Der Neubau des Werkes in Warschau-Ost für Personen-und Güter-Triebwagen hätte auch 1-2 Jahre gedauert. Auf die Dauer gesehen seien die Ausbesserungswerke mit ihrem Werkstättenraum ausreichend.

Die Produktion der Werke sei zum Teil sehr gut und genüge den Ansprüchen der Ostbahn vollauf. Es würden sogar für die Wife Kesselwagen hergestellt und exportiert. Sehr groß seien die Aufträge für Reparaturen.

An der Ostbahn sei ein Personal von etwa 44000 Polen, 1700 Volksdeutschen und 6000 Reichsdeutschen beschäftigt. Die Organisation, wie sie ihm für den Frieden vorschwebe, sei nahezu erreicht, bezw. werde erreicht werden. Man hoffe, dann noch mehr deutsche Eisenbahner einsparen zu können. Die polnischen Eisenbahner seien willig, arbeitsfähig und im allgemeinen auch unbedingt zuverlässig. Bisher sei an keiner Stelle irgendein Sabotageakt vorgekommen. Das sei verständlich, weil sie keine höhere Führung hätten und weil sie froh seien, wieder in Lohn und Brot zu stehen. Sie würden nach den früheren polnischen Sätzen bezahlt. Leider stehe es mit der Ernährung der polnischen Eisenbahner sehr schlecht. Er habe sich deshalb mit Landesbauernführer Körner in Verbindung gesetzt, um hier eine entsprechende Regelung durchführen zu können.

Die deutschen Eisenbahner ~~erhielten~~ fänden ihre Verpflegung durch die Wehrmacht, und das habe sich auch bewährt. Man werde im Laufe der Zeit alle Nebenstrecken vollständig in die Hände der Polen geben und an jeder Strecke nur sog. Leitbahnhöfe herstellen, die nur mit 4 deutschen Eisenbahnern besetzt sind. Das müssen natürlich ausgesuchte Leute sein, die man allmählich aus dem Personal zu gewinnen hoffe. Auch auf den

mit

mit deutschen Eisenbahnern besetzten Strecken werde er im Laufe der Zeit die kleinen Bahnhöfe nur mit polnischem Personal besetzen, sodaß die deutschen Eisenbahner nur noch an den großen Punkten säßen, aber doch die Kontrolle vollkommen in der Hand hätten. Auch bei der Generaldirektion versuche man soweit als möglich, Polen zu beschäftigen. Er habe durch Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium erreicht, daß für die deutschen Eisenbahner, die bei der Ostbahn bleiben müssen, ein eigener Stellenplan geschaffen werde. Er habe die Einstufung der Beamten selbst nach anderen Gesichtspunkten als im Deutschen Reich vorgenommen, weil die Tätigkeit der Beamten eine verantwortungsvollere sei als im Reich, und das Reichsverkehrsministerium habe ihm auch diesen Stellenplan bewilligt, sodaß er von der Beförderung von Beamten völlig unabhängig sei. Er könne auf diese Weise tüchtigen Beamten einen Lohn für ihre Bewährung zuerkennen.

Sehr wichtig für die Frage des Verbleibens der deutschen Beamten sei auch die Regelung der Wohnungsverhältnisse. Er sei der Auffassung, daß der deutsche Eisenbahner wesentlich besser wohnen müsse als im Reich und daß auch die Ausstattung der Wohnung durchaus gut sein müsse. Man werde ein Wohnungprogramm aufstellen müssen.

Die Ostbahn brauche etwa 5000 Wohnungen, und die Wohnungsgelegenheiten müssen so schnell wie irgend möglich beschafft werden. Das Programm werde einen Aufwand von etwa 100 Millionen Zloty erfordern. Bankdirigent Paersch habe ihm auch zugesagt, die notwendige Summe aufzubringen und für das Wohnungsbauprogramm die Hypothek zu geben. Da der Wohnungsbau eine Schlüsselindustrie sei, werde dadurch ja auch die allgemeine Wirtschaft befruchtet.

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß mit der Erstellung der Wohnungsmöglichkeit bald begonnen werde.

Präsident Gerteis nimmt dann noch kurz zu den finanziellen Verhältnissen der Ostbahn Stellung und kann mitteilen, daß die finanzielle Lage besser sei, als er noch vor einem

halben

3.9.40.

halben Jahr vermutet habe. Das sei vor allem auch darauf zurückzuführen, daß der Güterverkehr wesentlich zugenommen habe und sich mit dem Personenverkehr die Waage halte. Man werde Einnahmen in Höhe von rund 400 Millionen Zloty haben. Die Lage sei erfreulicherweise so, daß er in diesem Jahre keine Anleihe brauche. Allerdings müsse man noch Rückstellungen für Schulden an das Ausland machen, an denen die Ostbahn allerdings nur zu einem Viertel partizipiere. Es handle sich hier um amerikanische, schwedische und englische Forderungen. Weiter bedarf es einer Rückstellung für Steuern, und zwar im Betrage von 20 - 30 Millionen Zloty. Trotz allem glaube er, das Wohnungsbauprogramm anlaufen lassen zu können.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Auffassung, daß für die Generaldirektion der Ostbahn ein eigenes großes repräsentables Gebäude errichtet werden müsse. Auch der Krakauer Bahnhof sowie der Platz vor dem Bahnhof bedürfen einer Neugestaltung.

Präsident Gerteis hält die Errichtung einer eigenen Bank der Ostbahn für die Durchführung dieses gewaltigen Bauprogramms angesichts der erforderlichen finanziellen Transaktionen für unbedingt notwendig. Er habe auch schon Vorbereitungen für die Schaffung einer solchen Bank getroffen. Die Wirtschaftsabteilung habe keine Einwendungen gegen diesen Plan erhoben, und wenn Bankdirigent Paersch sein Einverständnis erkläre, würden der Durchführung dieses Gedankens keine Hindernisse entgegenstehen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich mit der Schaffung einer Bank für die Ostbahn einverstanden. Die Wirtschaft könne überhaupt nur gestützt werden, wenn man in der Gewährung von Krediten möglichst großzügig sei. Deshalb bestehe überhaupt allgemein ein Bedürfnis nach der Schaffung weiterer Bankinstitute. Was den Eisenbahnverkehr angehe, so habe ihm Gauleiter Koch nahegelegt, für die Schaffung einer direkten Verbindung von Krakau nach Königsberg Sorge zu tragen. Präsident Gerteis teilt mit, daß er in den

nächsten

nächsten Tagen eine Besprechung mit dem Reichsbahndirektions-präsidenten von Königsberg haben werde, in der auch die Fragen der Verkehrsverbindungen zwischen Ostpreußen und dem Generalgouvernement und der Verkehrsverbindungen im Generalgouvernement selbst eingehend erwogen werden würden. - Mit der Mitropa habe man einen Vertrag abgeschlossen, und es zeige sich, daß die Zusammenarbeit durchaus gut sei. Auf den großen Strekken im Generalgouvernement liefen bereits seit einiger Zeit Schlaf- und Speisewagen. Auch der Ausbau der Bahnhofswirtschaften mache gute Fortschritte.

Weiter teilt Präsident Gerteis mit, daß für den dem Herrn Generalgouverneur demnächst zur Verfügung stehenden Speisewagen nichts zu zahlen sei.

Abschließend wird dann noch zu der Frage der weiteren Verwendung des Betriebsinspektors Hachmuth Stellung genommen. Präsident Gerteis bemerkt, daß Inspektor Hachmuth eine eigentliche Tätigkeit in der Betriebsdirektion nicht habe, da es wegen seiner häufigen Abwesenheit von Krakau nicht möglich sei, ihm ein bestimmtes Arbeitsgebiet zuzuweisen.

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine Klärung dieser Angelegenheit. Er habe schon öfter erwogen, wie und an welcher Stelle Inspektor Hachmuth außerhalb seiner Tätigkeit im Dienste des Generalgouverneurs beschäftigt werden könne. Für die Betreuung des Sonderzuges und des Salonwagens sei eine Kraft wie die des Inspektors Hachmuth unerläßlich notwendig.

Präsident Gerteis gibt dann eine Schilderung der Tätigkeit des Inspektors Hachmuth, die sich in einem bestimmten engen Rahmen vollziehe. Irgendwelchen Einfluß auf die Durchführung einer Reise könne er nicht ausüben, da er sich ja immer an die Fahrpläne halten müsse. Er könne nur die Wünsche des Herrn Generalgouverneurs überbringen; als Kontrolleur könne er aber jedenfalls auf der Fahrt nicht auftreten, da er ja vielfach im Bezirk fremder Direktionen sich befinde. Es sei immerhin notwendig, daß der Herr Generalgouverneur einen geschulten Eisenbahnbeamten auf seiner Reise zur Ver-

fügung

fügung habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß die jetzige Tätigkeit des Inspektors Hachmuth den Nachteil mit sich bringe, daß er in einigen Jahren seines eigentlichen dienstlichen Könnens verlustig gehe. Gleichwohl müsse er die Gewissenhaftigkeit des Inspektors Hachmuth durchaus anerkennen.

Mittwoch, den 4.September 1940.

Hans Kressendorf

Besprechung mit Landesbauernführer Körner und Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt.

Landesbauernführer Körner gibt einen Bericht über die Ernte, die entsprechend der sehr schlechten Witterung unter einer normalen polnischen Ernte lag. Trotzdem wird Landesbauernführer Körner alles tun, um eine Füllung der Lagerräume zu erreichen. Er rechnet damit, daß bis etwa Dezember 250000 Tonnen Getreide in den Lagern vorhanden sein werden. Eine Gefahr für die Ernährung des Generalgouvernements bestehe nicht. Er glaubt sicher, daß es möglich sein wird, aus dem Vorhandenen dann die Bedürfnisse des Generalgouvernements zu decken. Entsprechend dem Befehle des Herrn Generalgouverneurs würden in den Hauptorten des Generalgouvernements Brot-, Fett- und Fleischkarten für die gesamte Bevölkerung eingeführt. Auf dem platten Lande sei die Einführung von Karten unmöglich.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt berichtet über die Lage der Forst- und Waldwirtschaft und teilt mit, daß ihm für die Erfüllung der weit über alle Erwartungen hinausgegangenen Ansprüche des Reiches auf Holz eine besondere Anerkennung vom Reich zuteil geworden sei. Das Generalgouvernement marschiere in der Erfüllung der ihm gewordenen Aufträge weitaus an der Spitze. Insbesondere habe die Ablieferung von Grubenholz aus dem Generalgouvernement die Erwartungen des Reiches weit übertroffen.

Beide Herren bitten den Herrn Generalgouverneur, bei den Verhandlungen mit der Wehrmacht wegen der forstlichen und landwirtschaftlichen Betreuung des für Truppenübungsplätze des Generalgouvernements in Aussicht genommenen Geländes ihren Standpunkt zu akzeptieren, nach welchem die landwirtschaftliche und forstliche Betreuung dieser Übungsplätze bei den Abteilungen Landwirtschaft und Forsten bleiben soll.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt anheim, mit den militärischen Dienststellen (Generalmajor Brenner) direkt die Verhandlungen aufzunehmen. Erst, wenn eine Einigung nicht erzielt werden könnte, will er die Herren

wieder

4.9.40.

wieder empfangen.

Im Anschluß an die Besprechung besichtigt Landesbauernführer Körner auf Einladung des Generalgouverneurs das beim Haus Kressendorf liegende Gut, welches in einem für die Bedürfnisse des Hauses Kressendorf in keiner Weise geeigneten Zustand befunden wurde.

Landesbauernführer Körner erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, dafür zu sorgen, daß dieses Gut, welches mit seinen 400 Morgen relativ sehr klein ist, so betreut wird, daß es wenigstens für die Bedürfnisse des Hauses Kressendorf und der eigenen Arbeiterbevölkerung geeignet sein wird. Zu diesem Zweck soll Landesbauernführer Körner einen jungen tüchtigen Landwirt anstellen, der das Gut in diesem Sinne behandelt. Der bis jetzt in Kressendorf tätig gewesene Baron Lee von den Brinken soll als Gutsdirektor über 3 Güter gesetzt werden, die in der Richtung Bochnia liegen. Diese Güter sollen als Staatsgüter betrieben werden und den Bedarf der Burg und des Hauses Kressendorf decken.

12[25] Besprechung mit Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer.

Dr. Frauendorfer berichtet, daß in den Arbeitsfonds im Monat 3,5 Millionen Zloty flössen, die für die Zwecke der sozialen Betreuung im Gebiete des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt würden. Weiter teilt Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer mit, daß er zusammen mit Oberarbeitsführer Hinkel den Baudienst besichtigt habe. - Der Judeneinsatz, den die Abteilung Arbeit von der Polizei übernommen habe, sei zufriedenstellend. Die Ämter hätten sich sehr gut damit abgefunden, und es seien schon viele Tausende von Juden nach Lublin vermittelt worden.

Er habe im Einvernehmen mit Herrn von Gregory einen Entwurf über die zu bildende Kammer für die wirtschaftspolitische Selbstverwaltung ausgearbeitet. Der Entwurf unterscheide sich von den Reichsvorschriften dadurch, daß man nicht das mehrfache Nebeneinanderarbeiten habe, sondern alles in einer einzigen Organisation zusammengefaßt sei.

Von

4.9.40.

Von der Arbeitsfront kämen Anfragen wegen der Berufsschulung, auch wegen der Verbände selbst. Er habe die Regelung dieser Frage übernommen, und zwar in Zusammenhang mit der Frage der Einrichtung von Kammern. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, ihm offiziell den Auftrag zu erteilen, in Personalunion mit dem Arbeitsbereich der Partei diese sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Angelegenheiten zu bearbeiten. Mit Bereichsleiter Schalk habe er bereits gesprochen. Jedenfalls müsse auf diesem Gebiet Hand in Hand gearbeitet werden. Auch mit Ministerialdirigent Emmerich sei eine Einigung erzielt worden. Er beabsichtige, außerdem noch mit Stadtrat Lederle und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh über diese Fragen zu sprechen.

Er habe vor kurzem die Werke in Stalowa Wola, in Rzeczow, Jaroslau, Gorlice eingehend besichtigt und sich dort mit den leitenden Ingenieuren und Kaufleuten unterhalten. Er habe einen sehr guten Eindruck von allen maßgeblichen Einrichtungen bekommen und habe sich überlegt, in welcher Form man den dort obwaltenden Umständen gerecht werden könnte. Mit Ministerialdirigent Dr. Emmerich habe er sich bereits in Verbindung gesetzt. Es scheine ~~allerdings~~, als ob hier eine gewisse personelle Unklarheit bestehe. Er habe allerdings auch das Gefühl, daß einzelne der beteiligten Persönlichkeiten die Dinge etwas anders ansehen als er selbst.

Der Herr Generalgouverneur trifft folgende Anordnung: Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erhält den Auftrag, ein Rechtsgutachten zu dem Zweck zu erstatten, ein für allemal und staatsautoritär im Namen des Generalgouvernements feststellen zu können, daß alle Eigentumsrechte des früheren polnischen Staates nach der bekannten Verordnung des Generalgouverneurs über die Beschlagnahme polnischen Staatseigentums als in das Eigentum des Generalgouvernements übergeführt anzusehen sind. Es ist festzustellen, daß insbesondere das Eigentum des polnischen Staates an Immobilien, an Werken, an Grund und Boden aller Art auf das Generalgouvernement übertragen wird. Diese Übertragung ist durch die Abteilung "Inneres" im Benehmen mit der Abteilung Justiz auch formal

in

in den Grundbüchern usw. nunmehr vorzunehmen.

Des weiteren ist festzustellen, daß das Deutsche Reich im Generalgouvernement Eigentum aus diesem Rechtsgrund der Übernahme polnischen Staatseigentums nicht besitzt, daß vielmehr hier zunächst als Eigentumsträger ausschließlich das Generalgouvernement wie ein Treuhänder des Deutschen Reiches in Frage kommt.

Über alle diese Punkte soll Herr Dr. Weh ein zusammenhängendes Referat erstatten, in welchem insbesondere darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß Werke, die etwa der Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden sind, durch diese Zurverfügungstellung nicht Eigentum des Reichsfiskus geworden sind, sondern zunächst noch Eigentum des Generalgouvernements bleiben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dann mit dem Vorschlag des Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer einverstanden, im Generalgouvernement eine Aktiengesellschaft zu gründen, die die Bezeichnung „Werke des Generalgouvernements" erhalten soll, weist aber Dr. Frauendorfer an, vor Abschluß dieser Gründung nochmals eingehend mit Ministerialdirigenten Dr. Emmerich Rücksprache zu nehmen. Für die Übernahme der Aktien soll nach dem Willen des Herrn Generalgouverneurs zunächst nur das Generalgouvernement in Frage kommen; über die Kapitalaufbringung wird noch entschieden werden müssen, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, daß an sich nach polnischem Recht über 25 % der Aktien bei einer staatlichen Bank hinterlegt werden müssen.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer überreicht dem Herrn Generalgouverneur

1) den Entwurf einer Verordnung über die Errichtung von Distriktskammern,

2) eine streng vertrauliche Betrachtung über die Industriewerke des Generalgouvernements.

Abteilungsleiter Dr. Frauendorfer erhält den Auftrag, die Gründungsaktion für die „Werke des Generalgouvernements" soweit vorzubereiten, daß es nur noch einer letzten formellen Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs bedarf, um unverzüglich die Werke ins Leben zu rufen.

Der

804

4.9.40.

Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Anordnung:

Haus Kressendorf, den 4.Sept.1940.

Alle im Dienste des Generalgouvernements stehenden Beamten und Angestellten haben in dienstlichen Angelegenheiten ausschließlich Beamtenuniform zu tragen, soweit sie nicht wie etwa SS- und Polizeiführer in dieser Eigenschaft im Dienste des Generalgouvernements stehen. Bei allen Parteiveranstaltungen haben auch Beamte des Generalgouvernements, soweit sie dazu berechtigt sind und soweit sie im Besitz einer solchen sind, Parteiuniform anzulegen.

Besprechung mit Kreisleiter Dr. Gassner.

Dr. Gassner teilt mit, daß die Berliner Börsenzeitung beabsichtige, eine Sondernummer über das Generalgouvernement herauszugeben.

Die Vorschläge des Amtes für Volksaufklärung und Propaganda bezüglich Pressedienst und Fotodienst im Generalgouvernement werden vom Herrn Generalgouverneur genehmigt.

Desgleichen erteilt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r seine Genehmigung zu 3 Interviews, und zwar

1) für die Deutsche Allgemeine Zeitung,
2) für den Ostdeutschen Beobachter,
3) für das DNB.

Ebenso wird vom Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r eine Genehmigung zur Inseratenwerbung für die Sondernummer der Berliner Börsennummer erteilt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dann weiter bekannt, daß ab 16.Dezember bis Mitte Januar der Ukrainer-Chor aus Chelm im Deutschen Theater zu München mit Volksliedern und Tänzen auftreten wird. Die Reisekosten der Mitglieder des Chors soll der Propagandafonds tragen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt in Gegenwart des Generalmajors von Höberth den Minister a.D. Generalmajor von Glaise-Horstenau .

Minister

4.9.40.

Minister a.D. Glaise von Horstenau berichtet über seine Reise nach Sowjetrußland. Nach seinem Bericht befindet sich Sowjet-Rußland innen- wie außenpolitisch in einem ausgeprägten Schwächezustand. Heer und Staatsverwaltung sind im Zustand der ostasiatischen Despotie und könnten einem konzentrierten Angriff moderner Armeen keineswegs unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten.

Major Baron von Dasur überbringt dem Herrn Generalgouverneur die Glückwünsche der Luftwaffe anläßlich der Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes I.Klasse an den Herrn Generalgouverneur.

Stadtrat Lederle legt dem Herrn Generalgouverneur einige dienstliche Angelegenheiten vor und erhält die Ermächtigung, einen Ausschuß zusammenzustellen zum Zwecke der Vorbereitung des Stellenplanes für die gesamten Beamten und Angestellten des Generalgouvernements.

Dann empfängt der Herr Generalgouverneur den Kreishauptmann Kundt. Dieser erklärt sich bereit, die Abteilung Inneres zu übernehmen, bittet aber, daß ihm mit dieser Anerkennung auch die Bevollmächtigung zur Einleitung einer reformatorischen Durcharbeitung der Verwaltungsmöglichkeiten und des Verwaltungsaufbauprogramms für das Generalgouvernement erteilt wird. Der Herr Generalgouverneur will hierüber eine abschließende Besprechung am 12.September halten, an dem Tage, an welchem Kreishauptmann Kundt wieder aus dem von ihm erbetenen Urlaub aus Dresden zurückgekehrt sein wird.

Landgerichtsrat Dr. Keith meldet sich vom Urlaub zurück und berichtet über die Reise, die er als Vertreter des Herrn Generalgouverneurs nach Holland, Belgien und Frankreich gemacht hat. Danach wird die Reise des Herrn Generalgouverneurs in das besetzte Gebiet etwa am 25.September in Bentheim beginnen und am 4.Oktober in Straßburg/Kehl enden. Der Herr Generalgouverneur wird darnach am 4., 5. oder 6.Oktober wieder nach Krakau zurückkehren.

Landgerichtsrat

4.9.40.

Landgerichtsrat Dr. Keith erhält den Auftrag, diese Reise endgültig vorzubereiten und allen Stellen mitzuteilen, daß der Herr Generalgouverneur gerne bereit ist, die Einladung anzunehmen.

Im übrigen trifft der Herr Generalgouverneur auf Anregung von Landgerichtsrat Dr. Keith folgende Anordnung:

Die Kanzlei Burg wird mit sofortiger Wirkung ihren Namen in „Kanzlei des Generalgouverneurs" ändern. Sie hat ihren Dienstsitz ausschließlich auf der Burg zu Krakau.

Für die gesamten unmittelbaren dienstlichen Geschäfte des Herrn Generalgouverneurs gibt es als Zentralstelle nur die Regierung des Generalgouvernements für die allgemeinen Staatsgeschäfte und die Kanzlei des Generalgouverneurs für die persönlichen Angelegenheiten.

Landgerichtsrat Dr. Keith erhält weiter den Auftrag, den großzügigen Ausbau der Kanzlei des Generalgouverneurs, insbesondere durch Heranziehung führender juristischer Mitarbeiter durchzuführen und sich außerdem unverzüglich um den Ausbau des Verwaltungsgebäudes auf der Burg für die Zwecke der Kanzlei des Generalgouverneur-s zu bemühen.-Im übrigen werden mit Landgerichtsrat Dr. Keith dienstliche Angelegenheiten besprochen.

Besprechung mit Verlagsleiter Strotzyk und Hauptschriftleiter Zarske.

Verlagsleiter Strotzyk hat mit dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Besprechung wegen Erfüllung der dem Herrn Generalgouverneur amtlich zustehenden Anteile am Gewinn des Zeitungsverlages der Krakauer Zeitung. Die Mittel, die der Herr Generalgouverneur hierfür erhält, sollen dem Herrn Generalgouverneur zur persönlichen Verfügung gestellt werden, und zwar als Anteil des Zeitungsverlages an dem Wirken im Generalgouvernement.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß die als Zeitschrift des Instituts für Deutsche Ostarbeit

in

4.9.40.

im Erscheinung vorbereitete Zeitung den Namen „Das Generalgouvernement" erhalten solle. Sie soll einmal im Monat erscheinen. Verlag ist der Burgverlag zu Krakau. Die Hauptschriftleitung sollen erhalten die Herren Dr. Coblitz und Zarske; verantwortlicher Schriftleiter soll Herr Kunz werden. Die erste Nummer soll möglichst zum 1.Oktober 1940 erscheinen.

Hauptschriftleiter Zarske erhält Weisung, den Anteil des Generalgouvernements am Inhalt der Krakauer - Warschauer Zeitung zu steigern. Das allgemeine Interesse des Deutschen Volkes, so führt der Herr Generalgouverneur aus, gelte den Angelegenheiten des Generalgouvernements. Es sei nicht möglich, große Ost-Außenpolitik von Krakau aus zu schreiben; denn die gesamte Außenpolitik, also auch die Ost-Politik wird vom Führer und den Berliner Dienststellen geführt, während hingegen das Interesse an den Vorgängen im Generalgouvernement ein Spezialgebiet ist, das ausschließlich der Krakauer - Warschauer Zeitung primär zur Erfüllung anheimgestellt ist.

Beiden Herren spricht der Herr Generalgouverneur seine Anerkennung für die hervorragende Aufbauarbeit aus. Die Auflage der Krakauer-Warschauer Zeitung wird im nächsten Monat mit etwa 140 000 Exemplaren dem Umfang einer großen Tageszeitung bereits gleich-kommen. Dies ist ein erfreulicher Erfolg.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dem Verlagsleiter Strotzyk den Auftrag, ein großes Zeitungshaus in Krakau zu errichten, und will zu diesem Zweck diesen Bau innerhalb des Regierungsviertels vorbereitet wissen.

Der Treuhänder einiger Radomer Zuckerfabriken, Direktor Noell, berichtet dem Herrn Generalgouverneur eingehend über die Lage der Zuckerindustrie im Bezirk Radom. Direktor Noell erhält den Auftrag, dem Wirtschaftsrat des Generalgouvernements ebenfalls einen ausführlichen Bericht zuzuleiten.

Haus Kressendorf

Donnerstag, den 5. September 1940.

Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Keith und anschließend mit Baumeister Pantoulier.

Mit Landgerichtsrat Dr. Keith werden Angelegenheiten allgemein dienstlicher Art besprochen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, den Baumeister Pantoulier in einer Stellung als technischer Leiter bei großen Bauten zu verwenden, um seine bewährte Arbeitskraft in den Dienst des Generalgouvernements zu stellen. Zunächst wird in Aussicht genommen, daß Pantoulier bei den Bauten der Burg, insbesondere beim Ausbau des Verwaltungsgebäudes die Bauarbeiten führend betreuen soll. Zu diesem Zweck wird Landgerichtsrat Dr. Keith beauftragt, mit Pantoulier alles Nähere zu vereinbaren und dem Herrn Generalgouverneur dann Bericht zu erstatten.

Besprechung mit Hofrat Watzke.

Hofrat Watzke erstattet als Leiter der Abteilung für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung einen eingehenden Bericht über die Arbeit seiner Abteilung. Die Abteilung sei, so führt Hofrat Watzke aus, entsprechend dem Vorbilde des Reiches in die 3 Gruppen Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung untergeteilt. In die Gruppe „Wissenschaft" seien die Reste der Einrichtungen der polnischen Hochschulen übernommen worden, so der Botanische Garten in Krakau, der unter anderem eine schöne 120-jährige, 20 Meter hohe Palme (Jabonica) und einen sehr wertvollen kleinen japanischen Taxus aufweise, ferner die Sternwarte und die Meteorologische Station. Von den Instituten der früheren Technischen Hochschule in Warschau seien 7 als Prüfanstalten für industrielle Zwecke im Betriebe. Die übrigen Hochschuleinrichtungen habe er sämtlich in Verwaltung, die Räume seien abgeschlossen und von den in ihnen befindlichen Gegenständen werde nichts herausgegeben.

Zur Gruppe Wissenschaft gehörten ferner die wissenschaftlichen Bibliotheken, deren es im Generalgouvernement 300 gebe. Das Gebäude der neuen Jagiellonischen Bibliothek sei inzwischen entsprechend hergerichtet worden. Es sei eines der besten Bibliotheksgebäude in ganz Europa. Zwar müsse der

große

5.9.40.

Lesesaal noch den Bedürfnissen entsprechend ausgestaltet werden, im übrigen seien aber die Bestände der Bibliothek schon einigermaßen geordnet. Er würde empfehlen, die Eröffnung dieser Bibliothek im Rahmen eines feierlichen Aktes zu vollziehen.

Es bestehe dann noch eine Reihe von Institutsbibliotheken, die im Institut für Deutsche Ostarbeit nicht gebraucht würden. Was Dr. Coblitz für die Seminarbibliotheken benötige, werde ihm zur Verfügung gestellt, das andere werde in die neue Jagiellonische Bibliothek gebracht. Diese neue Staatsbibliothek in Krakau werde nach ihrer Vollendung über einen Bestand von etwa 1 Million Bänden verfügen.

Die Staatsbibliothek in Warschau setze sich aus den Beständen der großen Universitätsbibliothek und der Nationalbibliothek zusammen. Diese Bibliothek befinde sich ebenfalls in einem großen Aufbau. Er habe für das Bibliothekswesen eine Verwaltung eingerichtet, für die der Direktor der Universitätsbibliothek in Berlin Dr. Abt abgeordnet worden sei.

Die Gruppe "Erziehung" umfasse alle Arten von Schulen. Die Volksschulen hätten am 1.September ihr Schuljahr begonnen. Für den Besuch der polnischen Volksschulen habe man als Ausgangspunkt die Zahlen zu Grunde gelegt, mit denen man am Schluß des vorigen Jahres habe rechnen müssen. Infolge des Krieges hätten zahlreiche Eltern ihre Kinder überhaupt nicht in die Schule geschickt, und deshalb müsse man jetzt mit einer wesentlich höheren Zahl von einzuschulenden Kindern rechnen. Für die Volksschüler sei inzwischen eine polnische Schülerzeitung "Ster" (Steuer) geschaffen worden, von der unter Kontrolle der Abteilung in jedem Monat eine Nummer erscheine. (Hofrat Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur die 1.Nummer dieser Zeitschrift.)

Von Lehrbüchern sei eine Fibel für die 1. u. 2. Klasse in Vorbereitung. Es sei zu hoffen, daß in einem Jahr sämtliche für den Schulbetrieb benötigten Lehrbücher vorliegen. Die ukrainischen Volksschulen seien sämtlich in Betrieb. Leider müsse man hier mit einer größeren Zahl von nicht voll befähigten Lehrkräften rechnen. Seinerzeit seien viele ukraini-

sche

5.9.40.

sche Lehrer in rein polnische Gegenden versetzt worden, insbesondere in die Bezirke von Radom und Warschau. Aus dem Distrikt Radom habe man ungefähr 190, aus dem Distrikt [illegible] ungefähr 80 ukrainische Lehrer dem Distrikt Lublin zugewiesen. Unter den etwa 5000 polnischen Lehrern seien 750 nicht voll befähigt. Für diese Lehrkräfte sei jetzt eine Lehrerbildungsanstalt gegründet worden, die ihre Wirksamkeit am 1. September aufgenommen habe. Gleichzeitig sei ein einjähriger Abiturientenkurs eingerichtet worden, an dem alle diejenigen teilnehmen könnten, die ein polnisches Lyzeum absolviert haben. Weitere Kurse würden für ukrainische Lehrer am ukrainischen Gymnasium in Jaroslau und dem neu errichteten ukrainischen Gymnasium in Chelm eingerichtet. Für diejenigen nicht voll befähigten ukrainischen Lehrer, die in der Praxis nicht entbehrt werden könnten, sei die Möglichkeit geschaffen worden, sich auch für den Reifeprüfungskurs zu melden. Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, daß am 31. August 1941 kein nicht voll befähigter Lehrer mehr vorhanden sein werde.

Weiter seien die Judenräte verständigt worden, daß das jüdische Schulwesen seine Tätigkeit nunmehr aufnehmen könne.

In Krakau habe man für deutsche Knaben und Mädchen je eine Volksschule errichtet. In den übrigen Gebieten sei das Problem der Lehrerbeschaffung von besonderer Bedeutung. Man werde aus der Lehrerhochschule in Lauenburg 36 tüchtige Lehrkräfte bekommen. Diese Lehrer wie einige junge Anwärter aus Wien seien für eine Woche in das Schulheim in Zakopane abkommandiert worden, um dort einen Schulungskursus der HJ. durchzumachen. Durch 2 Referenten seiner Abteilung und durch die 4 Abteilungsleiter der Distrikte werden den jungen Lehrern entsprechende Anweisungen gegeben.

Die Oberschule in Zakopane besuchten zur Zeit 220 Jungen. Für die Mädchen sei eine besondere Anstalt mit einem Schulheim in Rabka geschaffen worden. In Przemysl gebe es eine Oberschule für Jungen und eine deutsche Volksschule, im Distrikt Warschau eine Oberschule für Jungen als 8 klassige Vollanstalt. Dazu komme noch die Oberschule in Chelm. So bestehe also in jedem Distrikt eine Oberschule mit Internat.

Geplant

Geplant sei weiter die Errichtung einer Oberschule in Lublin.

Das Berufsschulwesen werde einen großen Aufschwung nehmen. Man habe mit 6 000 Schülern gerechnet, werde aber wahrscheinlich mit 60 000 Schülern anfangen müssen. Die große Fachschule in Krakau habe man in 2 Gruppen geteilt, da ein Direktor unmöglich die notwendige Übersicht über eine so große Anstalt haben könne. Die eigentliche Führung dieser Fachschulen bleibe selbstverständlich den Gruppenvorständen vorbehalten.

Das landwirtschaftliche Schulwesen sei vollkommen neu geordnet. Der Schulbeginn sei entsprechend der Eigenart der landwirtschaftlichen Verhältnisse auf den 1.Oktober festgesetzt. Der Aufbau dieser Schulen sei gegenüber dem polnischen System wesentlich vereinfacht worden. Man könne eben nicht die deutschen Schulformen einfach auf das Schulwesen des Generalgouvernements übertragen. Für die Deutschen beständen selbstverständlich die gleichen Schulen wie im Reich. Der Neuaufbau des gesamten Berufsschulwesens sei damit zu einem gewissen Abschluß gekommen.

Auf dem Gebiete der Volksbildung habe er eine Reihe von Kursen entweder selber in die Wege geleitet oder einrichten lassen, so Sprachkurse für das polnische Personal der Post und Eisenbahn, der Emissionsbank, der Steuerämter usw., andererseits seien für deutsche Beamte Kurse im Polnischen in Vorbereitung, so auch ein Kursus für die höheren Beamten des Amtes des Generalgouverneurs. Für die erwachsenen Volksdeutschen würden ebenfalls Schulungskurse sprachlicher und weltanschaulicher Art eingerichtet. In Lublin und Radom habe man damit schon gute Erfolge erzielt. Mit Dr. Rohr habe er sich in Verbindung gesetzt, damit auch die musikalische Erziehung auf dem gesamten Gebiet der Volksbildung in die Wege geleitet werden könne.

Die Einrichtung von Volksbüchereien gehe auf die Initiative der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda zurück. Er führe diese Arbeit jetzt weiter. Es solle eine Zentralbibliothek geschaffen werden, aus der dann die einzelnen Volks-

büchereien

büchereien gespeist werden könnten. Die Tendenz gehe dahin, in jedem größeren Ort eine deutsche Volksbücherei zu schaffen, die von seiner Abteilung betreut werde.

Die bisherigen polnischen und ukrainischen Leihbibliotheken sollte man allmählich durch städtische oder örtliche Volksbiblichteken ersetzen, die genauestens kontrolliert werden könnten; denn insbesondere die polnischen Leihbibliotheken seien gefährlicher Art. Sie seien zwar gesäubert worden, man habe aber sichere Kenntnis, daß die Austauschstellen zur Übermittlung von illegalem Material dienten, daß man sogar politische Mitteilungen unter den Umschlägen weitergebe oder unter einem harmlosen Deckblatt gefährliche Lektüre verborgen sei.

Was die Museumsangelegenheiten angehe, so habe er alles, was Staatssekretär Mühlmann bereits abgegeben habe, übernommen. Im Bereich des Distrikts Krakau gebe es 15 Museen. In kurzer Zeit werde auch die Übernahme des größten Teiles der anderen Museen durchgeführt sein. Er halte die Museen streng geschlossen, weil die Begehrlichkeit nach musealen Werten zu groß sei; ohne seine Genehmigung dürfe niemand ein Museum betreten. Schon vor längerer Zeit habe er Staatssekretär Dr. Bühler eine Denkschrift über die künftige Ausgestaltung der Museen in Krakau überreicht. Die zur Zeit gezeigte Ausstellung "Deutsche Leistung im Weichselraum" könnte mit der vorgeschichtlichen Schau der Akademie der Wissenschaften zu einem neuen Museum vereinigt werden. Weiter würde das Krakauer Kunstmuseum zusammen mit dem bisher auf der Burg gewesenen ethnographischen Museum auch ein schönes Museum abgeben. Aus den gesammelten Gipsabgüssen der ehemaligen Akademie der Künste könnte eine gute Glypthothek geschaffen werden.

Die Krakauer Kunstgewerbeschule habe er in das Gebäude der bildenden Künste gelegt. Die Kunstgewerbeschule werde nach den Bedürfnissen des Generalgouvernements ausgebaut, wobei insbesondere das Textilgewerbe Berücksichtigung finden solle. Er beabsichtige ferner die Schaffung von Abteilungen für Gebrauchsgraphik und Innendekoration.

Die

Die Bestände aller übrigen Museen würden von seinen Referenten überprüft und die wertvollen Gegenstände sichergestellt. Einige Museen wie z.B. dasjenige in Zamocz befänden sich in einem erschreckenden Zustand, da besonders von den Juden alle möglichen Gegenstände hinausgeschafft worden seien, die aber einer seiner Referenten zumeist wieder habe zurückholen können.

Für Denkmalschutz- und Denkmalpflege habe man im Etat einen entsprechenden Posten bereitgestellt. Hier kämen polnische, ukrainische und deutsche Kunst- und Baudenkmäler in Betracht. Er habe die Verbindung mit dem früheren Denkmalspfleger in Krakau aufgenommen und von ihm sehr interessante Mitteilungen erhalten, die vielleicht bei der Stadtplanung verwertet werden könnten. Man habe ferner Vorbereitungen getroffen, um die ehemalige Stadtmauer von Krakau freizulegen. Auch müsse in der nächsten Zeit daran gegangen werden, die Marienkriche von dem polnischen Kitsch zu befreien.

Hofrat Watzke macht dann noch mehrere Ausführungen über die personelle Besetzung seiner Abteilung und über die Verwendung von früheren polnischen Beamten.

Der Herr Generalgouverneur spricht Hofrat Watzke seine Anerkennung für die vorbildliche Arbeit aus. Er bespricht dann noch in Gegenwart des Studienrats Peters den weiteren Ausbildungsgang seiner beiden ältesten Kinder. Der Herr Generalgouverneur gibt dabei dem Wunsche Ausdruck, daß die Kinder trotz des ihnen erteilten Privatunterrichts nach Möglichkeit mit der Schule in Berührung bleiben sollten.

Besprechung mit Ministerialrat Wille und Oberregierungsrat Ganser.

Ministerialrat Wille berichtet zunächst über die Personalbeschaffung für seine Abteilung, hinsichtlich deren sich in letzter Zeit die Verhältnisse etwas gebessert hätten. Für den Strafanstaltsdienst brauche er aber noch mindestens 4 Inspektoren und 6 Wachtmeister. - Ministerialrat Wille geht

dann

dann auf die Frage der Zulassung von deutschen Rechtsanwälten im Gebiet des Generalgouvernements ein und betont dabei, daß man besonders der Tätigkeit deutscher Anwälte in Wirtschaftssachen bedürfe. Deutsche Anwälte, die im Generalgouvernement eine Praxis ausüben wollten, dürften sich nicht von jungen Assessoren oder Anwälten vertreten lassen, sondern müssten die Praxis unbedingt selber ausüben. Die hier tätig werdenden Anwälte würden an sich unter der Aufsicht ihrer heimischen Anwaltskammer bleiben, aber es müsse doch wohl auch die Möglichkeit einer Kontrolle im Generalgouvernement gegeben sein. -
Er schlage vor, es bei der Bestimmung zu belassen, daß jeder deutsche Anwalt vor jedem Gericht des Generalgouvernements auftreten könne. Die Volksdeutschen Anwälte könne man vorläufig in der polnischen Gerichtsbarkeit noch nicht entbehren; später müßten sie dann deutsche Anwälte werden. Den polnischen Anwälten und Advokaten könne eine Tätigkeit nur bei bestimmten Gerichten gestattet werden. Er habe einen Entwurf für eine Verordnung über diese Frage ausgearbeitet, der aber noch Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh vorgelegt werden müsse.

Die jüdischen Anwälte und Advokaten, die in der polnischen Gerichtsbarkeit früher tätig gewesen seien, seien entweder geflüchtet oder zumeist ihrer Befugnisse entkleidet worden. Sie sollten zwar berechtigt sein, die von ihnen seinerzeit übernommenen Sachen zu Ende zu führen, sollten aber keine neuen Sachen übernehmen dürfen. Es frage sich nun, wie es mit der rechtlichen Betreuung der jüdischen Bevölkerung gehalten werden solle. Wenn ein Jude in der deutschen Gerichtsbarkeit verklagt werde, dann müsse er sich, falls Anwaltszwang bestehe, nach einem geeigneten Vertreter umsehen. Halte in der Strafgerichtsbarkeit der Gerichtsvorsitzende die Verteidigung eines Juden für notwendig, dann könne ihm aus der Reihe der polnischen Anwälte ein Verteidiger bestellt werden. Ein Bedürfnis für die Zulassung jüdischer Rechtskonsulenten innerhalb der deutschen Rechtspflege im Generalgouvernement sei nicht gegeben. Eine Zulassung jüdischer Anwälte entsprechend der jüdischen Bevölkerungszahl sei auch nicht ratsam. Zudem gehe die Entwicklung mehr und mehr dahin, die Juden von jeder Betätigung in der Wirtschaft auszuschließen.

Nach

Nach alledem bestehe keine Veranlassung, jüdische Anwälte noch irgendwie zur polnischen oder deutschen Gerichtsbarkeit zuzulassen.

Ministerialrat Wille berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur über den Fall des Landgerichtsdirektors Zippel (Lublin). Die schwierige Lage, die durch das etwas eigenartige Verhalten des Richters gegenüber der SS entstanden sei, werde dadurch beseitigt werden, daß Landgerichtsdirektor Zippel demnächst zum Hilfsrichter beim Volksgerichtshof ernannt werde. Als sein Nachfolger sei Landgerichtsdirektor Hauer ausersehen.

Weiter teilt Ministerialrat Wille mit, daß der Leiter der Strafanstaltsabteilung im Reichsjustizministerium, Ministerialdirigent Marx den Wunsch ausgesprochen habe, ~~über die~~ Strafanstalten des Generalgouvernements zu besichtigen. Bei seinem Besuch würde vielleicht Gelegenheit gegeben sein, für eine Vermehrung des Strafanstaltspersonals im Generalgouvernement einzutreten.

Zum Fall Heindel berichtet Ministerialrat Wille, daß sich das Strafverfahren noch im Ermittlungsstadium befinde. Nach den neuesten Berichten solle Heindel sogar wegen Untreue vorbestraft sein.

Ministerialrat Wille bemerkt dann noch, daß die Kriminalität der Deutschen besonders bei Eisenbahn und Zoll etwas zugenommen habe. Abgesehen von 2 größeren Strafverfahren handle es sich aber zumeist um in der Trunkenheit begangene geringere Delikte, die nicht besonders tragisch genommen zu werden brauchen.

Ministerialrat Wille geht sodann auf die Frage des Gefängniswesens ein und weist in diesem Zusammenhange auf das neu eingerichtete Zuchthaus in Witcznovy hin, das über ein Sägewerk und eine Weberei mit 161 Handbetriebenen und 22 maschinellen Webstühlen verfüge. In diesem Betriebe werde allerdings nur für den Bedarf der Gefängnisverwaltung selbst gearbeitet. - Schwierigkeiten bereite der Austausch von Gefangenen zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement

und

und umgekehrt. In Neu-Oberschlesien säßen etwa 300 Gefangene, die eigentlich in Strafanstalten des Generalgouvernements gehörten.- Die Besetzung der Strafanstalten des Generalgouvernements mit deutschem Personal lasse noch sehr zu wünschen übrig, man müsse viel mit polnischem Personal arbeiten, und deshalb hätten auch die deutschen Strafanstaltswachtmeister als Dienstvorgesetzte dieses polnischen Personals eine ganz andere Stellung als im Reich.

Ministerialrat Wille wendet sich dann der Frage des Gesellschaftsrechts zu. Es könnten im Generalgouvernement Gesellschaften nach Deutschem Recht errichtet und in das beim Deutschen Gericht geführte Handelsgegister eingetragen werden. Die Gesellschaften nach polnischem Recht hätten nun in zunehmendem Maße deutsche Geschäftsführer erhalten, oder das Kapital sei in deutsche Hände übergegangen. Es frage sich, ob ein Interesse bestehe, solche polnischen Gesellschaften in deutsche Gesellschaften umzuwandeln. Nach dem geltenden Rechtszustand müßten die Gesellschaften liquidiert und eine neue deutsche Gesellschaft errichtet werden. Es müsse aber die Möglichkeit geschaffen werden, solche polnischen Gesellschaften in die entsprechende Rechtsform des Deutschen Rechts überzuleiten, vorausgesetzt, daß das Kapital in deutsche Hände über-gehe. Bemerkenswert sei, daß Präsident Senkowski die Monopolgesellschaft nicht nach deutschem, sondern nach polnischem Recht gegründet habe. Er habe ihm vorgehalten, daß Vorstand oder Aufsichtsrat mindestens zur Hälfte aus Deutschen bestehen müßte, weil sonst Rechtsstreitigkeiten vor die polnische Gerichtsbarkeit kommen würden. Es habe sich aber ergeben, daß der Aufsichtsrat fast nur aus Deutschen bestehe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist in diesem Zusammenhang auf die Gründung der neuen Aktiengesellschaft "Werke des Generalgouvernements" hin und empfiehlt Ministerialrat Wille, sich einmal mit Dr. Frauendorfer, Dr. Emmerich und Ministerialrat Plodeck darüber zu unterhalten, welche Gesellschaftsform man diesen Werken geben könnte. Es sei sein Wunsch, alle Werke, die früher Eigentum des polnischen Staats gewesen seien, in das Eigentum des Generalgouvernements zu überführen, und zwar gewissermaßen mit der Hypo-

thek

thek belastet, die Werke so pfleglich zu behandeln, daß sie eines Tages in das Eigentum des Reiches überführt werden können.

Ministerialrat Wille ist der Auffassung, daß eine solche Gesellschaft nach Deutschem Recht gegründet werden müßte.

Abschließend macht Ministerialrat Wille noch Ausführungen über den Personalbestand seiner Abteilung. Deutsche Beamte seien etwa 230-240 in seiner Abteilung, polnische Beamte einige Tausend. In jedem Distrikt bestehe beim Obergericht eine deutsche Gerichtskasse, die wieder bei den unteren Gerichten Zahlstellen habe. Die polnischen Gerichte arbeiteten mit der bisherigen polnischen Kassengebarung, bezögen allerdings die notwendigen Gelder aus der deutschen Justizkasse beim Obergericht. Gerichtskostenmarken seien auch eingeführt.

450 Besprechung mit Präsident Lauxmann und Oberpostrat Damrau.

Präsident Lauxmann berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Entwicklung der postalischen Verhältnisse im Gebiet des Generalgouvernements. Die Zahl der Poststellen sei von 730 auf 1289 angewachsen. Die große Dienststelle C 1 in Warschau habe ein Personal von 100 Deutschen und 1100 Polen. Die Zerstörungen an diesem Postamt seien nicht allzu groß gewesen, wohl aber sei das Gebäude der Oberpostdirektion völlig zerstört, ebenso das große Postamt am Bahnhof und das Postladeamt.

Die Postordnung sei im Entwurf fertig und werde in nicht allzu ferner Zeit veröffentlicht werden.

Die Zahl des Personals habe sich in der letzten Zeit kaum geändert, wenn auch 800 - 900 Polen mehr eingestellt worden seien. Insgesamt ständen 10 000 Polen im Dienste der Post.- An höheren Beamten bestehe ein großer Mangel. Von 20 Referentenstellen seien nur 12 besetzt. Das sei auf die großen Anforderungen der Wehrmacht zurückzuführen. - Für jedes Postamt brauche man mindestens 8 deutsche Beamte und 60 - 70 Polen.

5. September 1940.

Polen. Die Stimmung bei den deutschen Beamten sei teilweise nicht besonders gut; doch wären sie nicht abgeneigt, im Dienste des Generalgouvernements zu bleiben, wenn ihnen gute Wohnungen zur Verfügung gestellt und darüber hinaus auch auf die verschiedenartigen Lebensverhältnisse im Generalgouvernement Rücksicht genommen werden würde.

Präsident Lauxmann legt dann dem Herrn Generalgouverneur eine Serie derneuen Briefmarken vor, für die bei den Sammlern auch schon wieder ein großes Interesse bestehe. Er hoffe, aus dem Verkauf von Briefmarken insgesamt eine Summe von 20 Millionen Zloty zu erlösen.

Der Herr Generalgouverneur regt an, diese 20 Millionen Zloty gegebenenfalls bei einer Bank zu hinterlegen und sich dann um einen Kredit bei der Emissionsbank zu bemühen, der für den Wohnungsbau in Anspruch genommen werden könnte.

Präsident Lauxmann kündigt an, daß aus Anlaß des einjährigen Bestehens des Generalgouvernements NSV-Marken mit Bildern von wolhynischen Männern und Frauen herausgebracht werden würden, die den Aufdruck "Winterhilfswerk" erhalten sollten.

Für den Rundfunk seien schon etwa 5000 Anmeldungen eingegangen. Bei den Beamten scheine vielfach die Auffassung zu bestehen, daß sie keine Rundkfunkgebühr zu zahlen brauchten. - Übrigens hätten auch schon 500 Polen um Erteilung der Rundfunkgenehmigung nachgesucht.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß für die Polen und Ukrainer Standardapparate geschaffen worden seien, mit denen nur die Sendungen des Warschauer und Krakauer Senders gehört werden könnten. Er ersucht Präsident Lauxmann, sich in dieser Frage mit der Propagandaabteilung ins Benehmen zu setzen.

Präsident Lauxmann berichtet sodann über die Entwicklung des Fernsprechwesens. Es habe inzwischen einen großen Aufschwung genommen, zur Zeit würden im ganzen Generalgouvernement täglich 150000 Ortsgespräche vermittelt, in Warschau allein 26 000. Leider müsse die Tatsache festgestellt werden, daß die Behörden einschließlich der Wehrmacht große Fernsprechschulden bei der Postverwaltung hätten

für

5. September 1940.

für deren Abdeckung in absehbarer Zeit unbedingt gesorgt werden müsse. - Das Fernsprechnetz des Generalgouvernements werde demnächst in modernster Weise ausgebaut werden, und zwar mit einem Kostenaufwand von etwa 50 bis 60 Millionen Zloty.

Oberpostrat Damrau gibt einen Überblick über die Haushaltslage der Postverwaltung. Der Gesamthaushalt schließe in Einnahme und Ausgabe mit einer Endsumme von etwa 100 Millionen Zloty ab. Insgesamt seien in der Postverwaltung des Generalgouvernements rund 9000 Beamte und Angestellte ~~xxx~~ einschließlich der polnischen Bediensteten tätig.

Ergänzend fügt Präsident Lauxmann hinzu, daß die Polen sich im Dienste sehr unterschiedlich bewährten. Es gebe wirklich tüchtige polnische Angestellte, andere aber müßten im allgeneimen stark angetrieben werden und seien zum großen Teil nicht voll leistungsfähig. - Die Postverwaltung betreibe 17 Kraftpostlinien. Die Wagen seien zumeist überfüllt und würden ausschließlich von deutschen Kraftpostfahrern schon um der Autorität gegenüber der polnischen ~~ih~~ Bevölkerung ~~gegenüber~~ willen gefahren.

Alles in allem sei die Lage bei der Postverwaltung durchaus günstig. Die Einnahmen nähmen noch ständig zu, während die Ausgaben nicht in entsprechendem Maße stiegen. - Für Reparatur von Apparaten bestehe ein eigenes Ausbesserungswerk. Zur Zeit würden laufend Apparate aus dem Reich bezogen, soweit sie irgendwie verfügbar seien, sodaß auch in dieser Beziehung allmählich eine Modernisierung eintreten könne. - Das frühere staatliche polnische Fernmeldetechnische Institut sei von der Postverwaltung übernommen worden und werde für größere Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Am Schluß der Besprechung überreicht Präsident Lauxmann dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar des Postarchivs für 1940.

5. September 1940.

Besprechung mit Bereichsleiter Schalk, Amtsleiter Thüringer, Amtsleiter Debruyn, Stabsleiter Schwarz, Obersturmbannführer Pharmazierat Stahl, Kreisleiter Gassner.

Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst fest, daß das Winterhilfswerk im Generalgouvernement demnächst mit einem Aufruf in der Zeitung beginnen werde. Er wirft dann die Frage auf, ob der Arbeitsbereich der NSDAP. im Generalgouvernement eine eigene juristische Persönlichkeit werden solle, und ist der Auffassung, daß der Arbeitsbereich entsprechend dem Vorgange im Reich Körperschaft des öffentlichen Rechts werden müsse. Diese Festlegung müsse schon wegen des Eigentumserwerbs getroffen werden. Der Entwurf einer Verordnung hierüber solle ihm von Bereichsleiter Schalk nach Rücksprache mit Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh vorgelegt werden. Diese Verordnung werde konstitutiven, nicht deklaratorischen Charakter haben.

Bereichsleiter Schalk teilt dann mit, daß man im Begriff sei, die Organisation in den Distrikten Krakau und Radom zu festigen und Persönlichkeiten, die in führende Stellungen der Partei berufen seien, auf ihre Aufgabe auszurichten. Er bereite im übrigen eine große Tagung vor, zu der alle verpflichteten Amtsträger der NSDAP. erscheinen sollten und auf der sie durch den Herrn Generalgouverneur vereidigt werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur will vor allem dafür gesorgt wissen, daß die Stabilität des gesamten Aufbaugefüges absolut vorbildlich für das Reich erhalten bleibe. Die NSDAP im Generalgouvernement müsse aus sich selbst heraus ihre Methoden schaffen. Die Partei dürfe sich im Generalgouvernement nicht mit den inneren Hemmungen belasten, wie man sie im Reich schon deutlich beobachten könne. Deshalb könne man auch im Generalgouvernement keine genormten Reichsredner gebrauchen. Weiter dürfe man auch nicht in das Schema einer starren Rückschau verfallen und nur das gelten lassen, was aus der Zeit des früheren Kampfes stamme. Der Begriff des "Alten Kämpfers" führe zu einer gewissen Starrheit. Lebendigkeit und Elastizität müßten vielmehr die Möglichkeit schaffen, auch mit neuartigen Problemen fertig zu werden. Im Vordergrund stehe die Aufgabe der Partei auf volksorganisatorischem Gebiet: Pflege der Kameradschaft, Förderung der Theaterkultur, des

KdF-Fronttheaters,

KdF-Frontheaters, der Volksbüchereien, Ermöglichung von Reisen für Parteigenossen usw. Für die Propagierung dieser Ziele müßten im Generalgouvernement selbst geeignete Redner gesucht werden, die später vielleicht imstande seien, im Reich über das Generalgouvernement zu sprechen. Im übrigen habe der Grundsatz zu gelten, daß im Generalgouvernement nur die Partei maßgebend sei, nicht aber ihre Gliederungen oder sonstigen Verbände ein Sonderleben führen dürfen. Deshalb müsse auch die Partei besonders in Erscheinung treten; allmonatlich müsse in jedem Distrikt eine Kundgebung großen Stils veranstaltet werden. Den Angehörigen der Wehrmacht müsse unter allen Umständen Gelegenheit gegeben werden, an den Kundgebungen und Veranstaltungen der Partei teilzunehmen. Die großen staats- und weltpolitischen Ereignisse werde er als Generalgouverneur auch weiterhin im Rahmen großer Parteiveranstaltungen verkünden. Aufgabe der NSDAP im Generalgouvernement werde es vor allem sein, die wenigen Menschen deutschen Blutes gegenüber den Millionen von Polen in ein engstes Gemeinschafts- und Volkstumsband zu nehmen. Es gehe deshalb auch nicht an, daß sich Individualitäten entwickelten; jeder einzelne Deutsche müsse hier mitwirken. Ein Abseitsstehen von den Parteiveranstaltungen würde er als schwerste Schädigung des Reiches und des Deutschtums ansehen. Die Beamten müßten hier allen anderen Reichsdeutschen mit bestem Beispiel vorangehen. Höchste Disziplin müsse herrschen, und wenn es nicht anders gehe, müsse man zur Erfassung der Parteigenossen und Reichsdeutschen eine Kartothek für die Überwachung einrichten. Die Kundgebungen würden ja auch auf das Mindestmaß einer Veranstaltung im Monat beschränkt. Für einen solchen Tag werde kein Urlaub gewährt, es finde keine Theatervorstellung und kein Konzert statt, vor Schluß der Kundgebung dürfe auch kein Kasino geöffnet sein.

Amtsleiter Thüringer spricht dann über die Finanzgebahrung des Arbeitsbereiches und betont dabei, daß er für die Durchführung der Aufgaben der Partei im Gebiet des Generalgouvernements eine Summe von monatlich 250 000 Zloty brauche. Er sei in dieser Frage mit den Parteistellen im Reich noch nicht in Verbindung getreten, erbitte jedoch die Zustimmung des Generalgouverneurs zu dieser Forderung, die bei einer Gesamtzahl von 125 000 Deutschen nicht übermäßig hoch sei.

Der

5. September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich mit dieser Forderung durchaus einverstanden und will die Summe fortlaufend gezahlt wissen, ganz gleichgültig, ob sie verbraucht werde oder nicht. Was von dieser Summe zu gegebener Zeit nicht gebraucht werde, könne ja kapitalisiert oder für Anschaffungen jeglicher Art verwendet werden. Diese 125 000 RM im Monat seien eben der Zuschuß der Partei, über den der Arbeitsbereich zu verfügen berechtigt sei.

Für den Bau von eigenen Parteihäusern kann sich der Herr Generalgouverneur nicht einsetzen, er hält es vielmehr für richtig, in jeder Kreishauptmannschaft ein Deutsches Haus zu schaffen, das auch der Partei zur Verfügung gestellt werden würde, dessen Eigentümerin sie vielleicht auch werden könnte, das aber immer auch allgemeinen Zwecken zu dienen hätte.

Der Herr Generalgouverneur bespricht dann noch kurz die aus Anlaß des Jahrestages der Entstehung des Generalgouvernements geplanten Feiern und ersucht Bereichsleiter Schalk, dafür Sorge zu tragen, daß diese Feiern aufs sorgfältigste vorbereitet werden.

Kreisleiter Gassner erhält vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag, ein Werk über das Generalgouvernement zusammenzustellen, etwa mit dem Titel: "Das Generalgouvernement, seine Geschichte und Leistung". Von diesem Werk sollen 200 Exemplare in Sonderdruck hergestellt werden. Diese Monographie müsse dann bis zum 26. Oktober im Druck vorliegen.

Freitag, den 6.September 1940.

12⁰⁰ Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Obermedizinalrat Dr. Walbaum und Dr. Franke.

Dr.Walbaum legt eine statistische Übersicht über die Entwicklung der Seuchen in den abgelaufenen 2 Vierteljahren vor und bemerkt dazu:

a) Fleckfieber.
Die Zahlen betreffen fast ausschließlich Juden. Die Krankheit sei aus dem Ghetto übertragen worden. Gesundheitspolitisch sei es von größter Wichtigkeit, daß alle Juden möglichst schnell ins Ghetto gebracht würden; insbesondere in Warschau müsse sofort dazu übergegangen werden. Um eine wirksame Bekämpfung der Seuchen durchführen zu können, sei in Warschau eine Fleckfieberforschungsstelle eingerichtet worden, die sich mit der Vorbereitung der Fleckfieberimpfung befasse.

b) Ruhr.
Die Entwicklung müsse als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, der Verlauf der Seuche sei milde. Ein besonderes Augenmerk müsse der Bekämpfung der Fliegen gewidmet werden, da diese bei der Übertragung der Ruhr eine besonders große Rolle spielen.

c) Trachom (Ägyptische Augenkrankheit).
Es handle sich hierbei um eine außergewöhnlich ansteckende Krankheit. Aus diesem Grunde sei veranlaßt worden, daß die ins Reich zu transportierenden Arbeiter besonders auf Trachom untersucht werden. Ferner soll ein Trachomforschungsinstitut geschaffen werden.

d) Lyssa (Tollwut).
Im Einvernehmen mit den Tierärzten seien Maßnahmen zum Abschuß der Hunde ergriffen worden. Außerdem sei zu erwägen, ob nicht durch eine entsprechende Erhöhung der Hundesteuer eine Besserung erreicht werden könnte.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält eine Erhöhung der Hundesteuer auf 100 RM für angezeigt. Entsprechende Ausnahmen seien zu machen für öffentliche Beamte

und

und Angestellte, die zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben Hunde benötigten, ferner für abgelegene Höfe, wo ein Hund zur Bewachung notwendig sei usw. Die Abteilung Innere Verwaltung soll einen entsprechenden Entwurf vorbereiten.

Dr. Walbaum berichtet über die Bestrebungen, das Gesundheitswesen im Generalgouvernement einheitlich zusammenzufassen. Er sei hierbei nur bei einer Abteilung auf Widerstand gestoßen, nämlich bei der Eisenbahn. Der Vorschlag, einen ihrer Ärzte das Referat „Eisenbahn" in der Gesundheitsführung in der Gesundheitsführung übernehmen zu lassen, sei von der Direktion der Eisenbahn abgelehnt worden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfiehlt, diese Frage im Einvernehmen mit Präsidenten Gerteis zu klären.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach der Zahl der im Generalgouvernement tätigen deutschen Ärzte teilt Dr.Walbaum mit, daß es sich hierbei um ungefähr 50, durchwegs amtlich beschäftigte Ärzte handle. Die Zahl der polnischen Ärzte betrage etwa 6000, hierzu kommen 2000 Zahnärzte und 3000 Apotheker. Auch jüdische Ärzte seien noch ziemlich zahlreich vorhanden; sie dürften jedoch nur für die Juden Praxis ausüben.

Hinsichtlich der Krankenhäuser seien Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die Wehrmacht überall die besten Krankenhäuser und Sanatorien in Besitz genommen habe. Das Ersuchen der Gesundheitsführung auf Herausgabe einer gewissen Anzahl von Betten habe die Wehrmacht abgelehnt. Es bliebe also nur ein Ausweg übrig, neue Krankenhäuser zu bauen.

Dr.Walbaum kommt dann noch auf die Medizinische Akademie zu sprechen, deren Einrichtung in Kürze geplant sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt hierzu, daß, wenn diese Akademie als Anstalt des Generalgouvernements gedacht sei, ein Etat aufgestellt werden müsse. Es müsse bis Mitte Oktober ein genauer Plan vorliegen, der über die Aufgaben, den Aufwand, den Personalbedarf und die benötigten Gebäude der Akademie Aufschluß gäbe. Die Medizinische Akademie solle den ersten Schritt zur Deutschen Universi-

tät

6.9.40.

tät Krakau darstellen.

12[30] Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt im Gegenwart von Obermedizinalrat Dr. Walbaum, Ministerialrat Dr. Wiemann und Dr. Franke den Reichstierärztführer Ministerialdirektor Weber.

Es wird zunächst über den auch im Reiche bestehenden Mangel an Tierärzten gesprochen, der durch die übermäßigen Anforderungen der Wehrmacht hervorgerufen sei. Den dringendsten Bedürfnissen im Generalgouvernement verspricht Ministerialdirektor Dr. Weber durch die Abordnung von weiteren 4 Tierärzten in das Generalgouvernement abzuhelfen. Zur Zeit seien im Generalgouvernement 13 deutsche und 500 polnische Tierärzte. Der Bedarf an polnischen Tierärzten sei auf die Dauer von 5 Jahren gedeckt.

Ministerialrat Dr. Wiemann berichtet sodann über den gegenwärtigen Stand der Tollwut. Bis Februar 1940 sei in der Bekämpfung der Seuchen so gut wie nichts geschehen. Die Zahl der Tollwutfälle sei bis Juni dieses Jahres ständig im Steigen begriffen gewesen, jetzt fange sie an zu fallen. Die Schwierigkeit der Bekämpfung liege hauptsächlich in dem Mangel an Polizeikräften, der zur Folge habe, daß man die Sperre nicht richtig habe durchführen können. Der Abschuß der Hunde scheitere an dem Mangel an Jagdgewehren und Munition. Eine Erhöhung der Hundesteuer sei natürlich ein geeignetes Mittel, um die Hundezahl einzuschränken, aber auch hier mache sich die Möglichkeit einer ausreichenden polizeilichen Überwachung störend geltend. Die Zahl der durch die Tollwut hervorgerufenen Todesfälle sei nicht erheblich. Die Impfung, die überall in Polen an Ort und Stelle durchgeführt werden könne, habe sich sehr gut bewährt.

Auf eine Frage des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s teilt Ministerialrat Dr. Wiemann mit, daß der Gesundheitszustand des Viehbestandes im Generalgouvernement als recht gut bezeichnet werden müsse. Im Reich herrsche immer noch die Maul- und Klauenseuche, die durch die Einfuhr

von

Vieh in das Generalgouvernement auch hierher verschleppt worden sei. Besonders gefährlich seien die vom Militär ausgeführten Transporte, da diese keiner Kontrolle unterliegen. Als beklagenswert müsse der Ernährungszustand bezeichnet werden, in dem sich die Tiere insbesondere im Winter und Frühjahr befunden haben. Die Ursache hierfür sei die Beschlagnahme erheblicher Futtermittel durch das Militär gewesen.

Dr. Wiemann teilt dann noch mit, daß in Pulawy ein großes tierärztliches Institut vorgesehen sei, das nach bereits vorhandenen Plänen ausgebaut werden soll.

Ministerialdirektor Dr. Weber gibt seiner Bewunderung Ausdruck über die gewaltigen Fortschritte, die, wie auf allen Gebieten, so insbesondere auf dem Gebiete des Gesundheitswesens in den abgelaufenen 10 Monaten im Generalgouvernement erzielt worden seien.

Krakau, den 7. September 1940.

10^{00}

Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit SS-Obergruppenführer Krüger und anschließend mit Stadtrat Dr. [illegible].

10^{45}

Dr. Ritter und Baudirektor Hofer legen Pläne über den künftigen Ausbau der Stadt Krakau vor.

12^{00}

Oberregierungsrat Schulte Wissermann berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Arbeiten seiner Dienststelle auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft.

a) Ernährungswirtschaft:
Hier sei vor allem die Tatsache zu verzeichnen, daß es heute möglich sei, in großem Umfang Brot zu legalen Preisen an die Bevölkerung zu bringen. Freilich könnten nicht alle Wünsche erfüllt werden, sodaß immer noch ein gewisser Schleichhandel sich bemerkbar mache.

Schlechter sehe es mit der Fleischversorgung aus. Hier sei die Erfassungsaktion nicht so erfolgreich gewesen. Der Anreiz für den Bauern zum Schwarzschlachten sei noch sehr groß. Man müsse systematisch dazu übergehen, die wichtigeren Viehsorten regelrecht zu erfassen.

Noch schlechter sei die Lage bei Milch und Butter. Der Mangel sei hier so groß, daß kaum eine ordnungsgemäße Versorgung der Reichsdeutschen gewährleistet sei. Die Folge dieses Zustandes sei natürlich ein starkes Überhandnehmen des Schleichhandels mit diesen Erzeugnissen.

Gemüse sei in ausreichendem Maße vorhanden. Die Preise hierfür sind mit denen im Reich vergleichbar.

b) Gewerbliche Wirtschaft.
Auf dem Gebiete der Spinnstoffwaren seien in Bezug auf die Preisbildung ganz erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Wenn trotzdem die Preise für Spinnstoffwaren heute noch über den Preisen im Reich liegen, so komme das daher, daß im Gebiete des Generalgouvernements so gut wie keine Erzeugungsstätten vorhanden seien. Waren, die aus dem Reiche kommen, seien mit hohen Zöllen und Transportspesen

belastet.

belastet. Schwierigkeiten in der Beschaffung und damit auch in der Preisbildung bestünden ferner bei Schuhwaren.

e) Mieten und Grundstückspreise.
Die Abteilung für Preisbildung sei bemüht gewesen, die Verordnung über den Mietstop durchzuführen, jetzt sei jedoch dieser Mietstop in eine gewisse Gefahr von der Grundstückseite her geraten. Die Bevölkerung sei bestrebt, ihr Vermögen in Grundstücken anzulegen. Die Folge sei eine Erhöhung der Grundstückspreise und damit auch der Mieten. Das Preisniveau der Grundstücke wird etwa 25-33% über dem Vorkriegsniveau liegen.

Die Zusammenarbeit der Preisbildung mit allen übrigen Dienststellen, insbesondere der Polizei, müsse als vorzüglich bezeichnet werden. Schwierigkeiten hätten sich nur mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ergeben, weil diese Abteilung geglaubt habe, auf dem Gebiete der Preisbildung mitarbeiten zu müssen und darin soweit gegangen sei, die Existenzberechtigung einer eigentlichen Preisbildungsstelle überhaupt in Frage zu stellen. Es sei jedoch zu hoffen, daß diese Mißhelligkeiten beseitigt werden können.

Einer baldigen Regelung bedürfe die Frage der Zölle. Es gelte heute immer noch das Zollsystem des alten polnischen Staates, obwohl es seine Berechtigung längst verloren habe. Dieses System müsse jetzt von Grund auf abgeändert werden. Im Zusammenhang damit sei auch die Frage einer Senkung der Frachten zu erwägen.

Montag, den 9. September 1940.

Landgerichtsrat Dr. Keith hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über laufende Dienstangelegenheiten und legt ihm im Anschluß daran den Plan für die nächsten Veranstaltungen vor.

Besprechung mit Generalleutnant Schindler und Direktor Kupfer, dem Bevollmächtigten des Reichsministers Dr. Todt.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die Gespanntheit der Devisenlage im Generalgouvernement hin und betont die Notwendigkeit, alle Produkte, die im Generalgouvernement gewonnen werden könnten, ausschließlich in den Dienst der Industrie und der Rüstungswerke des Generalgouvernements zu stellen. Es müsse endlich dahin kommen, daß die Werke des Generalgouvernements ihre eigene Kalkulation mit Gewinn- und Verlustrechnung hätten. Wenn die Devisenanträge nicht genehmigt würden, werde die Folge sein, daß die Werke zum Stilliegen kommen.

Generalleutnant Schindler beurteilt die Devisenlage nicht pessimistisch, um so weniger, als die Rüstungsindustrie ja dem Reich viele Devisen liefere.

Der Herr Generalgouverneur will jedenfalls nur das aus dem Reich bezogen wissen, was unbedingt bezogen werden müsse. Andererseits müßten selbstverständlich die Interessen des Reiches weitestgehend berücksichtigt werden.

Generalleutnant Schindler weist dann auf die verhältnismäßig große Leistung des Eisenwerkes Tschenstochau hin. Dieses Eisenwerk verspreche, außerordentlich aussichtsreich zu arbeiten. Leider stehe einer erfolgreichen Entwicklung dieses Werkes der Egoismus der oberschlesischen Industrie entgegen. Zudem leide das Werk stark unter der ungünstigen Grenzziehung; die Gruben lägen direkt vor den Toren des Werkes und außerdem verfüge es über sehr gute Bahnverbindungen.

Direktor Kupfer gibt dann eine ausführliche Schilderung der Produktionsmöglichkeiten des Werkes, in dem zur Zeit 800 Arbeiter beschäftigt seien. Das Eisen könne dort für 90 bis 95 RM hergestellt werden, gegenüber einem Preis von 120 RM im Reich. Die Produktion müsse unbedingt voll in Anspruch genommen werden, da sonst der eine bereits im Betrieb befindliche Hochofen wieder kaltgestellt werden müßte.

müßten. Das Werk sei bereits mit großen Aufgaben bedacht, und es wäre deshalb außerordentlich zu bedauern, wenn es wieder zum Stillliegen käme. Leider sei vor den Gruben, die dem Tschenstochauer Werk gehörten, gewissermaßen ein Strich gezogen. Von diesen wertvollen Gruben hätten den nördlichen Teil die Hermann-Göring-Werke erhalten, der südliche Teil sei in die Hände einer Gesellschaft gefallen, und es sei nunmehr beabsichtigt, 25 % der Förderung den Krupp'schen Werken bzw. den Hermann-Göring-Werken und 25 % den Röchling-Werken zu übertragen. Er habe in Berlin Vorstellungen erhoben, daß diese Gruben nicht vergeben werden dürften, über sie könne erst nach Friedensschluß und nach Festsetzung der endgültigen Grenze verfügt werden. Man sei auch darauf eingegangen. Dem Tschenstochauer Werk müsse jedenfalls soviel Erz zur Verfügung gestellt werden, daß der Hochofen nicht einfalle. Leider nehme die oberschlesische Industrie um Kattowitz das Erz nicht ab, weil sie angeblich die schwedischen Erze billiger erhalte. Man müsse aber bedenken, daß in diesem Werk ein ebenso hochwertiges Erz wie das schwedische hergestellt werden könne, und daß man andererseits vom Ausland unabhängig werden würde.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich entschieden für die Weiterführung des Tschenstochauer Werkes aus und geht dann auf die Frage ein, wie die Eigentumsverhältnisse an diesen und anderen Werken beschaffen seien. Alle diese Werke, die früher einmal im Eigentum des polnischen Staates gestanden hätten, seien jetzt Eigentum des Generalgouvernements geworden, wenn auch die Verfügung über sie in Händen der Wehrmacht liege. Deshalb sei es auch seine Absicht, nunmehr eine große Gesellschaft mit dem Namen "Werke des Generalgouvernements" zu gründen, damit klargelegt werden könne, wer Eigentümer dieser Werke sei. Die Hermann-Göring-Werke schienen offenbar ihre Stellung und ihren Einfluß zu verkennen: sie seien nicht das Reich, er aber, der Generalgouverneur, sei Vertreter des Führers und Reiches und habe deshalb die Befugnis, über diese Dinge maßgebend zu bestimmen. Es dürften unter keinen Umständen jetzt schon Verhältnisse geschaffen werden, die ihre Auswirkung auf die Zeit nach dem Kriege übten. Deswegen verwahre er sich auch ganz entschieden dagegen, daß irgendeine Stelle im Generalgouvernement Eigentum erwerbe.

Generalleutnant

9. September 1940.

Generalleutnant Schindler schließt sich in allen Punkten der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs an und hält eine Zusammenarbeit für unbedingt geboten.

Abschließend bittet der Herr Generalgouverneur Generalleutnant Schindler, einmal festzustellen, wieviel Eisen für Bauten des Generalgouvernements, insbesondere Wohnungsbauten für Beamte usw. zur Verfügung gestellt werden könne.

Generalleutnant Schindler macht dann noch Mitteilungen von der gegenwärtigen Ernährungslage der in den Werken beschäftigten Arbeiter. Es wäre zu wünschen, daß die Ernährung etwas gebessert würde, und er würde es begrüßen, wenn Landesbauernführer Körner in dieser Frage ihm helfend zur Seite stände.

Besprechung mit Finanzpräsident Spindler und Oberregierungsrat von Streit.

Oberregierungsrat von Streit berichtet zunächst, daß Hauptsturmführer Buchner auf Anregung der Finanzabteilung eine Verfügung ausgearbeitet habe, die dem Herrn Generalgouverneur zur Unterzeichnung unterbreitet werden sollte. Diese Verfügung beziehe sich auf die Verwaltung des Hauses Kressendorf, der Burg und des Sonderzuges. Hauptsturmführer Buchner habe sich auch damit einverstanden erklärt, daß nunmehr über die Verwaltung eine strenge Kontrolle durchgeführt werde.

Finanzpräsident Spindler teilt dann mit, daß Gouverneur Dr. Fischer sich nach einer neuen Wohnung in Warschau umsehe, da er nicht mehr im Palais Brühl wohnen bleiben wolle. Es frage sich, ob das Haus der ehemaligen tschechischen Gesandtschaft noch weiter vom Herrn Generalgouverneur in Anspruch genommen werde.

Der Herr Generalgouverneur macht die Entscheidung in dieser Frage davon abhängig, wann das Schloß Belvedere instand gesetzt sei. Das Haus der tschechischen Gesandtschaft habe er übrigens dem Generalobersten von Küchler angeboten.

Der Herr Generalgouverneur weist weiter auf die Tatsache hin, daß die Ostbahn kein Defizit mehr habe. Sie verdanke das dem glücklichen Umstand, daß die Truppenzahl der Wehrmacht erheblich zugenommen habe und der Güterverkehr aus Rußland sehr groß sei. Wenn bei der Ostbahn dadurch indirekt gewisse Mittel frei würden, so müßten sie in erster Linie für die Wohnungsbauten Verwendung finden.

Für

9. September 1940.

Für diesen Wohnungsbau müsse auch die Dienststelle des Ministerialrats Pledeck Mittel bereit stellen. Eine Erleichterung hinsichtlich der Beschaffung von Eisen sei darin zu erblicken, daß nunmehr das Tschenstochauer Werk wieder in Betrieb genommen werde, was den weiteren Vorteil mit sich bringe, daß tausende von Menschen wieder in Lohn und Brot gebracht würden.

Finanzpräsident Spindler erwähnt ein Schreiben des Bereichsleiters Schalk, in welchem dieser auf Grund einer Besprechung mit dem Herrn Generalgouverneur um einen Zuschuß von 250 000 Zloty/für die Aufwendungen der NSDAP im Generalgouvernement bittet, und zwar mit der Begründung, daß auch die Erfüllung solcher Aufgaben dem Staate zufiele.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Auffassung, daß das Generalgouvernement diesen Zuschuß zahlen müsse, entsprechend dem Vorgehen des Reiches. Vom 1. Januar nächsten Jahres ab werde aber die Partei imstande sein, Beiträge von den Parteigenossen im Generalgouvernement zu erheben. Im übrigen habe er aber nur eine Summe von 125 000 Zloty in Aussicht gestellt, für das ganze Jahr also 1 1/2 Millionen Zloty. Damit müsse dann alles, was mit der NSDAP zusammenhänge, für das ganze Generalgouvernement abgegolten sein.

Finanzpräsident Spindler teilt weiter mit, daß er mit Gouverneur Dr. Lasch eine Auseinandersetzung ähnlich derjenigen gehabt habe, wie sie in Lublin mit Gouverneur Dr. Zörner stattgefunden habe. Gouverneur Dr. Lasch sei in Bausachen allzu selbständig. Voraussetzung müsse unbedingt sein, daß der Finanzabteilung die Kostenvoranschläge vorgelegt würden. Die Finanzabteilung habe bis jetzt noch nicht den Kostenanschlag für das Gouvernementsgebäude in Radom erhalten.

In diesem Zusammenhang wird auch zu der Frage der weiteren Beschäftigung der Architekten Köttgen und Horstmann Stellung genommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r spricht sich gegen die weitere Auftragserteilung an die beiden Architekten aus, denn es gehe nicht an, daß sämtliche Bauaufträge nur an wenige Personen fielen. Wenn so große Honorare gezahlt würden, dann würde es für die Zukunft einer Stadt kaum möglich sein, sich einen tüchtigen Architekten zu halten.

Oberregierungsrat

Oberregierungsrat von Streit weist darauf hin, daß die Architekten ihre Betriebe im Reich hätten und eigentlich besteuert werden müßten, wenn sie hier eine Firma unterhielten.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß nur solchen Firmen Aufträge gegeben würden, die im Gebiet des Generalgouvernements einen selbständigen Betrieb unterhielten.

Finanzpräsident Spindler bemerkt sodann, er habe gerüchtweise gehört, daß die Gouverneure mit der Anregung hervortreten wollten, ihnen eine größere Selbständigkeit zu geben.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen solche Bestrebungen, innerhalb des Generalgouvernements noch eine Selbstherrlichkeit der Gouverneure entstehen zu lassen. Deshalb habe er auch den Plan gefaßt, die Gouverneure am 1. Januar in andere Distrikte zu versetzen.

Oberregierungsrat von Streit betont, daß diese Selbständigkeitsbestrebungen auch vor allem in finanziellen Dingen wurzelten, und man offenbar bestrebt sei, den Distrikten eigene Einnahmen zu verschaffen, z.B. auf dem Wege der Gründung eigener Einkaufs- und Verkaufsgesellschaften, deren Gewinne dann dem Distrikt zufallen sollten.

Demgegenüber weist Finanzpräsident Spindler auf die Bestimmung der Haushaltsordnung hin, nach der sämtliche Einnahmen auch der Distrikte Einnahmen des Generalgouvernements seien. - Sollte bei der Besprechung der Gouverneure die Rede auf den Stellenplan kommen, so bitte er zu berücksichtigen, daß die Stellung des Distriktschefs derjenigen eines Regierungspräsidenten, nicht aber eines Oberpräsidenten entspreche. Man müsse hier auch auf die Auswirkung nach unten Bedacht nehmen; denn jeder Beamte werde dann die Forderung erheben, im Stellenplan eine Stufe höher gerückt zu werden: werde der Distriktchef Oberpräsident, dann wolle der Amtschef Regierungspräsident werden.

Besprechung mit Landesbauernführer Körner, Oberlandwirtschaftsrat Nickel, Oberlandwirtschaftsrat Dr. Kaßnitz, Oberbaurat Baumgärtl, Reichsstabsleiter Pachmann.

Der Leiter der Gruppe I, Oberlandwirtschaftsrat Nickel, gibt einen eingehenden Bericht über Aufbau und Organisation der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Amte des Generalgouverneurs. (Der Bericht befindet sich bei den Akten der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft).

Der

9. September 1940.

Der Leiter der Gruppe II, Oberlandwirtschaftsrat Kaßnitz, berichtet über die Lage der landwirtschaftlichen Erzeugung im Gebiete des Generalgouvernements.

Der Leiter der Gruppe III, Reichsstabsleiter Pachmann, gibt einen Überblick über die Aufgaben seiner Gruppe "Marktordnung", die der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und der Anregung dieser Erfassung dient.

Der Leiter der Gruppe IV "Wasserwirtschaft", Oberbaurat Baumgärtl, gibt einen Überblick über die Arbeiten seiner Gruppe. In dieser Gruppe seien 40 deutsche Beamte, 400 polnische Beamte und nach dem Stande vom 15. August 1940 34134 Arbeiter beschäftigt. Er habe die Arbeiten, die ausgeführt würden, eingeteilt in Arbeiten am Deichbau, an der Flußregulierung, an der Entwässerung, Wildbachverbauung und an den Folgeeinrichtungen. Es seien zur Zeit Objekte in Arbeit am Deichbau im Betrage von 9 Millionen Zloty, bei der Flußregulierung von etwa 22 Millionen, bei der Entwässerung von 5 Millionen, bei der Dränage von 2,85 Millionen, bei der Wildbachverbauung von 1,6 Millionen und bei den Folgeeinrichtungen von 800 000 Zloty. Davon entfielen auf den Distrikt Warschau 11,4 Millionen, auf den Distrikt Lublin 14,5 Millionen, auf den Distrikt Radom 10 Millionen und auf den Distrikt Krakau 5,5 Millionen Zloty. Es seien aber noch verschiedene neue Projekte in Angriff genommen worden, sodaß sich die Summe noch erhöhen werde. Die Arbeiten nähmen einen guten Fortgang. Es sei erfreulich, festzustellen, daß sich die deutschen Beamten in jeder Hinsicht durchaus bewährten. Unter seinen Inspekteuren seien etwa die Hälfte Beamte, die schon früher bei ihm gearbeitet hätten und deren Leistungsfähigkeit er kenne. Auch die deutschen Baubeamten bei den Distrikten leisteten vortreffliche Arbeit. Die polnischen Beamten wiederum seien äußerst dankbar dafür, daß sie eigentlich zum ersten Mal in ihrem Leben selbständig arbeiten dürften. Sie zeigten den besten Willen, passive Resistenz finde man kaum, das einzige, was den Polen fehle, sei, daß sie nicht die notwendige Entschlußkraft aufbrächten, wenn sie auch technisch genügend vorgebildet seien. Bei den Folgeeinrichtungen sei ein guter Erfolg erzielt worden. Es seien bis jetzt ungefähr 1100 ha oder 4400 deutsche Morgen fix und fertig angesät worden. Die Saat sei infolge der günstigen Witterung gut angegangen. Von den deutschen Unternehmern, die mit 30 Kraftgeräten arbeiteten,

arbeiteten, habe jeder 2500 ha zum Umbruch erhalten, mit dem Ziele, daß diese Flächen ab 1. Juni 1942 Grünland sind. Weiter habe er die Fabrikation von Drainröhren gesichert. In jedem Distrikt ständen Ziegeleien zur Verfügung, die die benötigten Drainröhren lieferten. Seit Aberntung der Felder seien die Drainagearbeiten aufgenommen worden. Trotzdem die Polen sehr wenig Erfahrung in solchen Arbeiten hätten, könne man doch schon gewisse Erfolge feststellen. Es seien aber teilweise auch deutsche Unternehmer herangezogen worden. Außerdem habe er bei der Drainage den polnischen Baudienst eingesetzt, der allerdings zuviel Aufhebens von sich mache. Bei den Drainierungs- und Flußregulierungsarbeiten seien 16928 Juden beschäftigt. - Der Flußausbau der Labiunka werde vielleicht in einem Jahr fertig sein. - Für die gesamten von seiner Abteilung auszuführenden Flußregulierungen und Wasserbauten habe er einen Etat im Betrage von 57 Millionen Zloty vorgelegt. Es sei möglich, daß die Summe nicht voll in Anspruch genommen werde. - Die schwierigste Aufgabe für seinen Sektor bestehe darin, die Bauvorhaben, die man jetzt begonnen habe, mit Wasser- und Bodenverbänden rechtlich zu unterbauen, damit die Anlieger als Träger von Rechten und Pflichten auftreten könnten. Er sei im Begriff, aus der deutschen Wasserverbandsordnung entsprechende Bestimmungen zu verwerten und damit einen Vorschlag für eine polnische Wasserverbandsordnung auszuarbeiten, die er dann natürlich noch mit der Abteilung Gesetzgebung durchsprechen müsse. Die Verbände müßten möglichst schnell gebildet werden, damit man wenigstens einen Teil des aufgewendeten Geldes von den Interessenten verzinst und getilgt erhalte. Seiner Auffassung nach könne man hier nicht jeden einzelnen Polen als Mitglied zum Verband zuziehen, sondern man werde die Gemeinden zu großen Verbänden zusammenschließen und ihnen dann die notwendigen Auflagen machen. Dieses Verfahren könne verhältnismäßig einfach sein. Seiner Schätzung nach werde man wahrscheinlich 300 Verbände bilden müssen. Er habe im übrigen auch mit der Abteilung Finanzen darüber verhandelt, daß verschiedene Aufgaben ganz auf den Staat übernommen werden müßten, so z.B. der Bau der großen Deiche an der Weichsel und die Flußregulierungen.

Abschließend bittet Oberbaurat Baumgärtl darum, dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern zweckmäßige Kleidung und vor allem Gummistiefel gestellt würden.

Der

9. September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dankt dem Abteilungspräsidenten Körner und seinen Gruppenleitern für die von ihnen geleistete vorbildliche Arbeit und verspricht, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft in ihren Arbeiten zu unterstützen, vor allem auch, was die Lieferung von Kleidern und Stiefeln angehe.

Am Schluß der Besprechung werden dem Herrn Geneeralgouverneur von Landesbauernführer Körner überreicht:

1. Einen Geschäftsverteilungsplan der Abteilung,
2. Eine Haushaltsaufstellung des Einzelplans VIII -Ernährung und Landwirtschaft-,
3. Richtlinien für die Wirtschaftsführung,
4. Eine Denkschrift über Bodenbearbeitung, Saatbestellung und Saatpflege, über Düngungsfragen und über Tierzucht,
5. Bericht über Besichtigungen und Wirtschaftsbesprechungen auf den Gütern Okocim Krs. Tarnow, Wierzchowiska Krs. Lublin, Zameczek Krs. Radom, Helenow Krs. Blonie-Sochaczew, Poremba Radlna b. Tarnow,
6. Dienstordnung der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft,
7. Sechs Tabellen bzw. Schaubilder,
8. Dienstanweisung für Kraftfahrer.

Besprechung mit Abteilungspräsidenten Schmidt, Kreisleiter Gassner, Dr. Kurz und 8 Referenten der Abteilung Volksaufklärung und Propaganda.

An Hand von kurzen Berichten der Sachbearbeiter wird der Gesamtbereich der Aufgaben der Abteilung einer eingehenden Besprechung unterzogen.

Unter anderem weist Abteilungspräsident Schmidt darauf hin, daß aus Bad Krynica und Zakopane der Wunsch nach Freigabe des Fremdenverkehrs laut geworden sei. Von der Dienststelle des Staatssekretärs Esser sei auch schon angefragt worden, in welcher Form der Fremdenverkehr vom Reich nach dem Generalgouvernement geleitet werden könne. Er, Abteilungspräsident Schmidt, halte es allerdings für geboten, diesen Verkehr zunächst einmal langsam anlaufen zu lassen. Bei der Erteilung von Einreisegenehmigungen müsse selbstverständlich das politische Interesse ebenso bedacht werden wie die Sicherstellung der Ernährung der Gäste. Es bedürfe selbstverständlich

einer

einer politischen Überwachung und Lenkung der Einreisenden; sie dürften sich mit dem Polentum und dem Ukrainertum nicht zu sehr verbrüdern. Auch die finanzielle Seite müsse auf eine gesunde Grundlage gestellt werden. Er habe schon einige Vorschläge für die Regelung dieses Verkehrs ausgearbeitet. Man müsse zu einem Fremdenverkehrsverband mit angeschlossenen Kreis- und Ortsverbänden kommen, und er erbitte deshalb vom Herrn Generalgouverneur den Auftrag zur Gründung eines solchen Fremdenverkehrsverbandes.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erteilt dem Abteilungspräsidenten Schmidt den Auftrag, eine entsprechende Regelung vorzubereiten. - Mit der Gründung eines Messeamtes erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden. Es solle seinen Sitz in Krakau haben. Abteilungspräsident Schmidt wird beauftragt, die erste Messe, die im Mai nächsten Jahres stattfinden soll, vorzubereiten. Sie soll die Bezeichnung "Krakauer Messe" erhalten.

Referent Gauweiler wird vom Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r beauftragt, in Krakau ein geeignetes Gebäude bzw. Hotel für die Unterbringung der Gäste zu beschlagnahmen. Die Entscheidung darüber, ob etwa die Tuchhalle für die Messe zur Verfügung gestellt werden soll, bleibt vorbehalten. Ferner beauftragt der Herr Generalgouverneur den Referenten Gauweiler, ihm für die Veranstaltung von Distriktsmessen einen Plan vorzulegen.

Gegenstand der Besprechung sind weiter die Fragen der Gründung einer Zeitung des Generalgouvernements, der Schaffung von Betriebsfilialen in Verbindung mit der Firma Buch, der Übernahme der Litfaßsäulen, der Schaffung eines Propagandainstituts des Generalgouvernements.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bezeichnet es als notwendig, die aktive Propaganda noch etwas zu fördern, vor allem in den kleinen Bereichen. Die Distrikte müßten unbedingt auf die Richtung eingestellt sein, die von Krakau aus befohlen werde.

Über die Entwicklung des Rundfunks berichtet Referent Jänicke.

Hier gibt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r dem Wunsche Ausdruck, daß der Nachrichtendienst etwas verlebendigt werde. Ferner müsse der Krakauer Sender mehr als bisher für Konzertveranstaltungen usw. zur Verfügung gestellt werden. Dies gelte z.B.

für

9. September 1940.

für die erste Veranstaltung des polnischen philharmonischen Orchesters am 15. Oktober.

Referent Jänicke weist darauf hin, daß demnächst ein Tag des Rundfunks veranstaltet werden solle, der als Einleitung für das tägliche Winterprogramm gedacht sei. Es sei auch mit dem Warschauer Sender vereinbart worden, daß er die Übertragung einer großen öffentlichen Konzertveranstaltung übernehme.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang seinem Befremden über die ungenügende Berücksichtigung der Feier am 1. September 1940 durch den Rundfunk Ausdruck.

Referent Jänicke gibt dem-gegenüber zu bedenken, daß am 1. September zahlreiche große Veranstaltungen im Reich stattgefunden hätten und man nicht gewünscht habe, des Tages des Kriegsbeginns besonders zu gedenken.Leider habe man dabei vergessen, daß man in dieser Beziehung einen Unterschied zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement machen müsse. Die Angelegenheit sei dem Reichsminister Dr. Goebbels selber vorgetragen worden, weil er sich ja an diesem Tage in Krakau befunden und der Eröffnungsvorstellung des Staatstheaters beigewohnt habe. Man habe eigentlich den Empfang des Reichsministers an der Grenze übertragen wollen, Reichsminister Dr. Goebbels habe aber gewünscht, davon kein großes Aufheben zu machen, ebenso nicht von seiner in Kattowitz gehaltenen Rede.

Der Herr Generalgouverneur ersucht den Referenten Jänicke,gleichwohl der Sache erneut nachzugehen. Etwas derartiges dürfe nicht wieder vorkommen, sonst würde er dem Führer darüber persönlich Vortrag halten. Jedenfalls verlange er die Übertragung des Orchesterkonzerts am 15. Oktober. Weiter weise der Herr Generalgouverneur Dr. Gassner an, für eine festere Organisierung des Nachrichtendienstes Sorge zu tragen.

Abteilungspräsident Schmidt bemerkt, daß man bereits im Begriff sei, den Nachrichtendienst entsprechend aufzuziehen. Es werde wahrscheinlich einer Abänderung der im Mai ergangenen Anordnung über die Teilnahme am Rundfunk bedürfen, wenn man nunmehr wieder mit dem Vertrieb von Rundfunkgerägen beginne. Es sei doch wohl nötig, die politische Arbeit des Generalgouvernements auch an die Polen heranzutragen. Selbstverständlich bedürfe es einer Überwachung durch die politischen Stellen. Wenn die Teilnahme am Rundfunk wieder freigegeben und den Polen geeignete Apparate zur Verfügung

gestellt

gestellt werden sollten, dann werde es wohl der Gründung einer Rundfunkgesellschaft bedürfen, um nicht bestimmten Fabriken - Telefunken oder Philipps - eine absolute Vorherrschaft zu ermöglichen. Er habe bereits die Fabrikation der neuen Apparate freigegeben. Die ersten Apparate könnten wahrscheinlich Anfang Dezember geliefert werden. Selbstverständlich dürften nur gute polnische und ukrainische Sprecher in den Dienst der Sache gestellt werden, die man von der polnischen und ukrainischen Sprache mächtigen Personen überwachen lassen könne. Eine Änderung des Programms werde natürlich auch die notwendige Folge sein.

Referent Jänicke teilt mit, daß man mit dem Lautsprecherdienst Anfang Oktober bereits werde beginnen können. Der Aufbau der Lautsprecheranlage werde bis 1. Oktober vollendet sein. Zur Zeit beständen 39 Lautsprecheranlagen, bis Ende Oktober dürften es etwa 80 sein.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage des Filmwesens Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß das in Warschau bestehende Filminstitut zu einem staatlichen Filminstitut des Generalgouvernements etwa mit dem Titel "Staatliche Filmproduktion des Generalgouvernements" ausgebaut und eine Filmordnung für das Generalgouvernement entworfen wird, in der u.a. auch darüber Bestimmung zu treffen ist, daß auch deutsche Filmunternehmungen einer Genehmigung für Filmaufnahmen und Filmvorführungen bedürfen.

Referent Jänicke berichtet dann noch über die Arbeit und Produktionsmöglichkeit der Filmanstalt in Warschau, die imstande sei, jeden Film zu drehen. Leider sei es infolge der großen finanziellen Anforderung sehr schwer, dieses Institut zu halten.

Eingehend wird weiter zu den Fragen der Presse und des Nachrichtendienstes Stellung genommen.

Hierbei gibt der Herr Generalgouverneur dem Wunsche Ausdruck, den Teil der Krakauer Zeitung: "Das Generalgouvernement" zu erweitern. Auch im Reich werde die Zeitung von Interessenten hauptsächlich deswegen gekauft, weil sie eben etwas aus dem Generalgouvernement wissen wollten.

Kreisleiter

9. September 1940.

Kreisleiter Gassner berichtet über das polnische Zeitungswesen und kann mitteilen, daß die Bauernzeitung "Siew" bereits 8000 Abonnenten habe.

Der Herr Generalgouverneur wünscht die Herausgabe eines polnischen Volkskalenders, der nach Möglichkeit den Belangen der polnischen Bevölkerung z.B. auch in religiöser Beziehung genügen würde.

Abteilungspräsident Schmidt teilt in diesem Zusammenhang mit, daß er die Verbreitung der Zeitschrift "Deutsche Gesundheit" verboten habe. Die Monatszeitschrift "Falla", eine Art Magazin, werde stark gekauft, sie werde aber wohl etwas umgestaltet werden müssen. Die ukrainische Zeitung beabsichtige man jetzt zur Tageszeitung auszubauen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Bezeichnung von Gaststätten als "Ukrainisches Kasino", wie ein solches kürzlich in Krakau entstanden sei. Volkstumsbezeichnungen dürften nicht mit solchen Betrieben in Verbindung gebracht werden.

Zum Werbe- und Inseratenwesen empfiehlt Kreisleiter Gassner, daß, ähnlich wie im Reich, dafür eine gesetzliche Form gefunden werde. Vielleicht könne auch eine Art Werberat geschaffen werden.

Abschließend werden die Vorbereitungen für die Feier am 26. Oktober besprochen.

Besprechung mit Präsidenten Bauder.

Präsident Bauder überreicht dem Herrn Generalgouverneur eine Geheime Reichssache betreffend Vorlage eines unmittelbaren dienstlichen Schreibens an die Distriktschefs und die Abteilungen im Amt des Generalgouverneurs über die Durchführung des Otto-Programms.

Präsident Bauder erläutert dann an Hand einer Karte das im Gebiet des Generalgouvernements auf Befehl des Führers und Reichskanzlers durchzuführende Straßenbauprogramm.

957

Dienstag, den 10. September 1940.

Ministerialdirektor Dr. Emmerich berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Aufbau und die Organisation der Abteilung Wirtschaft, sowie über die hauptsächlichen Arbeiten, mit denen diese Abteilung zur Zeit befaßt ist.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbstverwaltung sei die Errichtung einer Zentralwirtschaftskammer geplant, in die auch die Organisation der Ernährung und Landwirtschaft hineingehöre, da die Aufziehung einer eigenen dem Reichsnährstand entsprechenden landwirtschaftlichen Organisation im Bereiche des Generalgouvernements unmöglich sei. Die Zentralkammer werde ihren Sitz in Krakau haben und an sie sei auch eine Außenhandelsstelle angeschlossen. Die Zentralkammer würde den Apparat der deutschen Handelskammer für Polen übernehmen. Es sei vorgesehen, die Organisation bis zum 1. Oktober in Krakau zu setzen.

Der Wirtschaftsrat habe zuerst alle 14 Tage und dann später in größeren Zeitabständen Sitzungen abgehalten. Die Meinungen innerhalb dieses Gremiums seien manchmal etwas gegeneinander gegangen. Als Institut zur Besprechung von grundsätzlichen Klärungen wirtschaftlicher Fragen habe es sich jedenfalls allgemein gut bewährt.

Von großer Bedeutung sei die oft besprochene Frage einer Zollunion zwischen Reich und Generalgouvernement. Die Frage sei eingehend geprüft worden, und man sei zu dem Ergebnis gekommen, daß in absehbarer Zeit einem solchen Gedanken nicht nähergetreten werden könne. Eine Aufhebung der Zollgrenze würde nämlich sofort die ganze Landwirtschaft in den Genuß der hohen Reichsnährstandspreise bringen, was weitgehende Auswirkungen auf die gesamte übrige Wirtschaft habe. Die Auffassung, daß eine Aufhebung der Zollgrenze im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei, werde nicht nur von seiten der zuständigen Stellen des Generalgouvernements, sondern auch von den Reichsstellen vertreten. Übereinstimmung bestehe dahin, daß in absehbarer Zeit ein Präferenzsystem zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten ausgearbeitet werden müsse. Das Reich sei bereit, in dieser Richtung Zugeständnisse zu machen.

Der

10.9.40.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bespricht sodann die Pläne bezüglich der Gründung der „Werke des Generalgouvernements". Maßgebend für die Schaffung dieser Werke sei für ihn der Gedanke gewesen, das Eigentum in diesen Werken dem Deutschen Reich sicherzustellen und zu verhindern, daß diese Werke in die Hände kapitalistischer Großschieber fallen. Ein wesentlicher Zweck der Gründung der Werke des Generalgouvernements liege auch darin, den Bedarf des Generalgouvernements an industriellen Gegenständen unter allen Umständen für die nächste Zukunft sicherzustellen. Ein Teil der Werke werde in Staatsregie genommen (Wehrmacht bezw. Generalgouvernement), die übrigen Werke würden zu genau festzusetzenden Bedingungen an einzelne Firmen verpachtet. Als Termin für die Gründung der Werke sei der 1.Oktober in Aussicht genommen. Vorsitzender des Aufsichtsrates sei der Präsident der Abteilung Wirtschaft; als Generaldirektor der Werke sei Dr.Frauendorfer in Aussicht genommen.

Bankdirigent Dr.Paersch teilt mit, daß sich in letzter Zeit in zunehmendem Maße Geldfälschungen bemerkbar machten. Die Fälscherwerkstätten befänden sich insbesondere in Warschau, das schon aus früherer Zeit als Fälscherzentrale einen gewissen Ruf genossen habe. Es seien alle nötigen Maßnahmen ergriffen, um gegen die Fälschungen wirksam vorzugehen.

Der Notenumlauf betrage gegenwärtig etwa 1 Milliarde Zloty, eine Summe, die nicht als zu hoch bezeichnet werden könne. Wollte man den Notenumlauf verringern, so müßte man versuchen, auf allen Gebieten die Kaufkraft abzuschröpfen. Das geschehe ohnedies bereits in weitgehendem Maße, indem man darauf ausgehe, über den Giroverkehr die Kaufkraft an den Bankverkehr zu bringen. Mit diesem System lasse sich der Notenumlauf in den gegenwärtigen Grenzen halten. Eine noch weitere Einschränkung des Notenumlaufs hätte zur Voraussetzung, daß man die Steuern stark erhöht, oder durch verstärkte Warenlieferungen das Geld aus der Bevölkerung herauszubekommen versucht, oder aber, daß man die Kreditgebung ganz unterbindet. Der letztgenannte Weg hätte naturgemäß eine völlige Stagnation zur Folge. Die Stagnation sei ohnedies schon ziemlich

stark,

stark, insbesondere infolge des Unsicherheitsfaktors, der durch das Treuhandsystem hervorgerufen werde. Es gehe nicht an, ein System von Treuhändern zu haben, die zwar in die Rechte ihrer Vorgänger, aber nicht in ihre Pflichten eintreten. Der Kreislauf der Forderungen sei durch dieses System verhängnisvoll unterbrochen, insbesondere bei den bedeutenderen Unternehmungen. Die Frage der Treuhänderei bedarf einer grundsätzlichen Änderung.

Die Besorgnis bezüglich der Gefahr einer Inflation könne jetzt als beseitigt angesehen werden. Heute sei die Wertschätzung des Geldes allgemein. Die Leute klagen über zu wenig Geld. Auf dem Lande wirke sich die schlechte Ernte aus und in den Städten herrsche ein Notstand allgemeiner Art. Die Leute hätten ihre Reserven aufgezehrt und die Verarmung nehme zu. Der Zuwachs bei den Einlagen der Kreditinstitute sei zum Stillstand gekommen.

Der Clearing habe sich infolge der Einfuhrdrosselung gebessert. Der vom Reich zur Verfügung gestellte Kredit von 50 Millionen RM sei nicht gebraucht worden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt Generaldirektor Dr. Rheinländer und teilt ihm seine Pläne bezüglich der Schaffung und Ausgestaltung der „Werke des Generalgouvernements" mit.

Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit SS-Brigadeführer Streckenbach.

Dr. Hiffka berichtet dem Herrn Generalgouverneur über das sportliche Leben im Generalgouvernement in den abgelaufenen Sommermonaten. Er klagt darüber, daß die Distriktchefs sich nicht um seine Anweisungen kümmern. So habe er z.B. in Radom mehrere geeignete Leute für die Besetzung der Stelle des Distriktbeauftragten vorgeschlagen, seine Vorschläge seien jedoch ignoriert und eine völlig ungeeignete Persönlichkeit als Distriktbeauftragter aufgestellt worden.

Der

840

10.9.40.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß ein Distriktsportbeauftragter nur bestellt werden könne, im Einvernehmen mit dem Sportbeauftragten des Generalgouverneurs.

Dr.Hiffka regt die Stiftung eines „Dr.Frank Pokals" an. Der Herr Generalgouverneur hält diese Bezeichnung nicht für geeignet, erklärt sich aber mit der Stiftung eines Pokals des Generalgouvernements einverstanden.

Dr.Hiffka teilt dann noch mit, daß die Zusammenarbeit mit Herrn Rehrl zu wünschen übrig lasse.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ermächtigt Dr.Hiffka, Herrn Rehrl abzuberufen, falls die dienstlichen Belange es erfordern.

Abschließend drückt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r Dr.Hiffka seinen Dank und seine Zufriedenheit für die geleistete Arbeit auf dem Gebiete des Sportes im Generalgouvernement aus.

Mittwoch, den 11. September 1940.

Besprechung mit dem Bevollmächtigten Dr. Heuber und Landgerichtsrat Dr. Keith.

Arbeitssitzung.

Anwesend sind: Staatssekretär Dr. Bühler,
SS-Obergruppenführer Krüger,
Bevollmächtigter Dr. Heuber,
Gouverneur Dr. Wächter,
Gouverneur Dr. Zörner,
Gouverneur Dr. Lasch,
Gouverneur Dr. Fischer.

Die Beratungen werden am Nachmittag in Gegenwart von
Finanzpräsidenten Spindler,
Präsidenten Bauder,
Landesbauernführer Körner,
Brigadeführer Streckenbach,
Ministerialdirigenten Dr. Emmerich,
Oberregierungsrat von Streit

fortgesetzt.

(Ausführliches Protokoll siehe Beiakten)

Fahrt nach Krakau zum Besuch des Staatstheaters.
Aufführung des Schauspiels "Glück und Glas" von Steguweit.

Abendessen im Potocki-Palais.

Rückfahrt nach Kressendorf.

Donnerstag, den 12. September 1940.

Abteilungsleitersitzung
(Protokoll s. Beiakten)

Haus Kressendorf.

Freitag, den 13.9.1940.

Besprechung mit Professor Horndasch, Hausdirektor Schüssel und Hausverwalter Niedermeier.

Im Anschluß an die Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur:

1. Ab 1. Oktober übernimmt Professor Horndasch die Leitung des gesamten Gartenbaubetriebs in Kressendorf. Er ist hierbei unabhängig und unmittelbar und ausschließlich dem Burghauptmann in dessen Eigenschaft als Chef der gesamten Burgverwaltung unterstellt.
2. Hausverwalter Niedermeier wird beauftragt, im Einverständnis mit Herrn Börngen und dem neuen Leiter des Gutsbetriebes die einzelnen Vorbereitungen, insbesondere was den sofort vorzunehmenden und vom Generalgouverneur genehmigten Ausbau der Treibhausanlagen betrifft, durchzuführen.
3. Der Herr Generalgouverneur bestimmt endgültigen Besprechungstermin für Sonntag, den 15. September, vormittags 11 Uhr in Haus Kressendorf.

Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger und dem Kommandeur der 8. SS-Standarte, Brigadeführer Schörner.

Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Keith.

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Meldung des Generalmajors der Schutzpolizei Becker aus Anlaß seines Scheidens aus dem Dienste des Generalgouvernements entgegen. Anwesend sind Staatssekretär Dr. Bühler und SS-Obergruppenführer Krüger.

Feierliche Verabschiedung des Generalmajors Becker im Festsaal des Hauses Kressendorf.

Anwesend sind u.a.: Staatssekretär Dr. Bühler,
SS-Obergruppenführer Krüger,
Gouverneur Dr. Wächter,
Polizeioberst Müller,
Brigadeführer Schörner,
Brigadeführer Streckenbach,
Brigadeführer Globotnik,
Standartenführer Schulz
sowie die Polizei- und SS-Führer der Distrikte.

Der

Freitag, den 13.9.1940.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Meine Herren!

Ich habe Sie hier zusammengebeten, damit Sie bei der Verabschiedung des Generalmajors Becker anwesend sind, der uns nun zu unser aller Leidwesen verläßt. Herr Generalmajor! Sie haben sich in diesen Monaten seit Beginn nicht nur im Generalgouvernement, sondern ja schon vorher hier in diesem Raum unmittelbar im Zusammenhang mit der damals noch kämpfenden Truppe eine solche Fülle von Verdiensten um den Aufbau der Ordnung und Sicherheit erworben, daß ich Ihre Verdienste, wenn ich sie jetzt im Namen des Führers und Reiches verabschiede, mit einem Wort nicht schildern kann. Daß wir hier in diesem Gebiet überhaupt in steigendem Maße die Möglichkeit verspüren, zu arbeiten, ist das Verdienst der Polizei und der SS. Die Wehrmacht hatte ihre Pflicht mit der Eroberung des Landes getan. Die Wehrmacht sieht vielleicht in diesem Gebiet in Zukunft noch einmal größere kriegerische Auseinandersetzungen auf sich zukommen. Wer weiß, was in der Zeiten Schicksal alles noch ruht! Die Polizei aber ist der Arm der Verwaltung des Reiches in diesem Gebiet. Es wäre an sich kein Verschulden gewesen, wenn die Dinge hier in diesem Gebiet schlecht gegangen wären. Denn was wir übernommen hatte, war ein absolutes Chaos: Zerstörung, Mißtrauen, Verfall, verhetzte, verirrte, verelendete Massen, die kreuz und quer durch das Gebiet zogen. Wir erinnern uns noch an die Tausende und Zehntausende von Panjewagen, die damals die Straßen bevölkerten. Man sah zerstörte Städte, zerstörte Straßen, ein endloses Elenderevier, und dazwischen ein Gemisch von Flüchtlingen, von Marodeuren, von Verbrechern und Gaunern aller Art in diesem von Hungersnot, Kälte und Kriegsfolgen aller Art aufs schwerste getroffenen Gebiet. Hier überhaupt so etwas wie eine Ordnung aufzubauen, hätte nach normalen Auffassungen vieler Jahre bedurft. Daß wir es in wenigen Monaten geschafft haben, ist eine der schönsten und stolzesten Leistungen, die es gibt. Sie wurde von Nationalsozialisten geschaffen. Wir dürfen es ganz klar und hart aussprechen: keine andere Nation, auch keine andere politische Bewegung, hätte nur annähernd diese Energien, diese klare und willenssichere, präzise und vorbildliche Leistung vollbringen können, wie sie hier

von

von Nationalsozialisten vollbracht worden ist.

Herr Generalmajor! Es ist für uns sehr schwer, den Mann aus unserer Mitte scheiden zu sehen, der unter der so verständnisvollen Führung des Höheren SS- und Polizeiführers Krüger hier die Ordnungspolizei aufgebaut hat. Lassen Sie mich Ihnen diese Worte des Dankes weihen und lassen Sie mich Ihnen im Namen des Führers und des Reiches den Dank zum Ausdruck bringen. Wir werden Ihrer immer gedenken. Wir werden alle miteinander stets mit Freude nicht nur des schöpferischen Polizeimannes gedenken, der in treuer Erfüllung der ihm vom Reichsführer SS gestellten Aufgabe die Ordnungspolizei in diesem Gebiet aufgebaut hat, - wir werden auch des guten und liebwerten Kameraden freudig gedenken, der immer mit uns gemeinsam an der Erfüllung der Aufgaben gearbeitet, mit dem wir die Sorgen geteilt und bei dem wir immer und immer wieder Verständnis gefunden haben für alle jene Pflichten, die wir hier im Interesse des Reiches zu erfüllen haben.

Herr Generalmajor! Ich erlaube mir, Ihnen als Zeichen meiner und des Reiches Anerkennung dieses Bild mit der Widmung zu überreichen. Möge Ihnen dieses schöne Gemälde eine bleibende Erinnerung an Ihre Dienstzeit im Generalgouvernement, diesem stolzen neuen Begriff der deutschen Verwaltung, sein. Unser aller Wünsche begleiten Sie, Herr Generalmajor. Sie wissen, mein Herz schlägt für diese Männer nicht nur, weil sie Nationalsozialisten sind, sondern weil ich sie schätze als Elemente der Ordnung und des Rechts. Ich sehe in der nationalsozialistischen Polizei eines der stolzesten Fundamente unserer Wehrmacht.

Hierauf ergreift Staatssekretär Dr. Bühler das Wort:

Herr General!

Ich habe die angenehme Pflicht, auch namens der eigenen Verwaltung von Ihnen Abschied zu nehmen. Der Herr Generalgouverneur hat schon in seinen Worten betont, mit welcher Gründlichkeit Sie die Ihnen hier im Raum gestellte Aufgabe gelöst haben. Ich kann diese Feststellung bekräftigen und ihr die weitere hinzufügen, daß durch das tatkräftige präzise Wirken der Polizei hier in diesem Raum nicht ein einziger Beamter der Zivilverwaltung zu Schaden gekommen ist. Wir werden Ihrem Wirken stets ein

gutes

Freitag, den 13.9.1940.

gutes Erinnern bewahren. Ich wünsche Ihnen im Namen der allgemeinen Verwaltung alles Gute auf Ihrem neuen Posten.

Generalmajor Becker:

Herr Generalgouverneur!

Ich darf Ihnen zunächst meinen tiefgefühlten Dank für die auszeichnenden Worte sagen, die Sie mir gewidmet haben, insbesondere für das mich auf das freudigste überraschende Geschenk dieses schönen Bildes von Marktplatz in Krakau. Ich empfinde es mit besonderer Genugtuung, daß Sie, Herr Generalgouverneur, mich einer solchen Auszeichnung für Wert halten. Ich versichere, daß ich in Erinnerung an meine Tätigkeit hier im Generalgouvernement dieses schöne Geschenk immer in hohen Ehren halten werde.

Herr Generalgouverneur! Sie haben der Tätigkeit der Ordnungspolizei mit ehrenden Worten gedacht und dabei auch meine Persönlichkeit anerkannt. Ich muß diese Anerkennung, die mir dabei zuteil wird, an die mir unterstellten Offiziere und Verwaltungsbeamten meines Stabes weitergeben, an meine Polizeikommandeure, Kompaniechefs sowie an alle anderen Offiziere und Männer der Ordnungspolizei, die mich durch ihre Arbeit erst in den Stand gesetzt haben, hier Brauchbares zu leisten. Ich weiß, daß die Ordnungspolizei Gelegenheit gehabt hat, sich in reichem Maße zu bewähren. Nicht nur in den Anfängen der polizeilichen Tätigkeit unmittelbar nach dem polnischen Feldzug, sondern auch weiter bis in die jüngste Zeit hinein waren Entscheidungen zu fassen, die nationalsozialistisches Kämpfertum erforderten. Die Ordnungspolizeit hat nach meiner Auffassung diese Probe bestanden, und ich bin stolz darauf. Ich muß aber auch hier einschränkend hinzufügen, daß die Ordnungspolizei diese Probe nicht bestanden hätte und nie hätte bestehen können, wenn nicht Sie, Herr Generalgouverneur, und der Höhere SS- und Polizeiführer sich immer schützend vor die Ordnungspolizei gestellt, und wenn Sie nicht - ich sage das ganz offen - das oftmals harte Durchgreifen der Ordnungspolizei mit Ihrer Verantwortung gedeckt hätten. Es ist schon so, daß von jedem Führer und jedem Mann damit manchmal eine Verantwortung verlangt wurde, die weit über das hinausging, was im allgemeinen im

Reich

Reich von einer Polizeitruppe verlangt wird. Dafür aber, daß die Polizei Ihres Schutzes gewisswar, Herr Generalgouverneur, und für die vielen Beweise eines besonderen Wohlwollens für die Polizei weiß Ihnen die Ordnungspolizei ganz besonders Dank. Darin begründet sich auch das unbeschreibliche Vertrauen, das die Ordnungspolizei in Ihnen Sie, Herr Generalgouverneur, setzt, ein Vertrauen, das Sie, Herr Generalgouverneur, vielleicht bisher garnicht so stark empfunden haben, dasaber da ist. Ich darf das heute melden.

Wenn ich nun heute aus dem Dienst des Generalgouvernements scheide, so tue ich es gewiß nicht leichten Herzens. Sie, Herr Generalgouverneur, und der Höhere SS- und Polizeiführer wissen es auch, wie ungern ich von hier fortgehe und wie sehr ich mich bemüht habe, hier bleiben zu dürfen. Leider ist das nicht gelungen. Ich bin Nationalsozialist und Soldat genug, um zu wissen, daß ich die Befehle, die mir gegeben werden, auszuführen habe. Ich bin aber auch davon durchdrungen, daß es eine hohe Ehre ist, heute im Dienste des Führers in verantwortlicher Stellung, gleichviel, an welchem Platze es auch sein möge, dienstlich tätig sein zu dürfen. Und so gehe ich denn auch wieder freudigen Herzens an meine neue Aufgabe heran. Das kann michaber nicht hindern, stets daran zurückzudenken, daß ich das Glück und die Ehre hatte, unter Ihrer Führung, Herr Generalgouverneur, und getragen von Ihrem Vertrauen hier Dienst tun zu dürfen.Ich werde ferner nie die wundervolle Kameradschaft vergessen, die hier im Generalgouvernement alle Dienststellen vereint, die sich dem Werk des Führers gewidmet haben. In diesem Sinne gebe ich die Versicherung ab, Herr Generalgouverneur, daß ixch Ihnen und Ihrem Werk die Treue bewahren werde. Ich darf nochmals meinen Dank für alles Gute zum Ausdruck bringen, was mir hier wiederfahren ist.

<u>Frühstück</u> zu Ehren des Generalmajors Becker.

Krakau-Burg. 847

Sonnabend, den 14. September 1940.

Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Gegenstand der Besprechung ist die Ausgestaltung der beiden Zeitschriften "Das Generalgouvernement" und "Die Burg".

Direktor Dr. Coblitz berichtet über den Stand der Arbeiten im Institut für Deutsche Ostarbeit und kann mitteilen, daß nunmehr schon der größte Teil der Sektionen seine Tätigkeit aufgenommen habe.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß grundsätzlich Abteilungsleiter nicht auch zugleich Sektionsleiter sein dürften.

Direktor Dr. Coblitz bemerkt dann, daß inzwischen vom Institut eine ganze Reihe von Bibliotheken übernommen worden seien. Dem Institut ständen jetzt sämtliche Seminarbibliotheken zur Verfügung. 13 von ihnen seien schon im Besitz des Instituts.

Montag, den 16.9.1940.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, Kommandeur des Forstschutzkommandos Major a.D. Boden, Oberforstrat Burg, Forstrat Müsse, Forstrat Mann und Forstmeister Rathe.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt gibt einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Forstwirtschaft im Generalgouvernement und führt dabei aus:

Der Termin Ende September sei insofern bedeutungsvoll, als damit das Forstwirtschaftsjahr beendet sei. Das erste Forstwirtschaftsjahr des Generalgouvernements habe im Zeichen des Aufbaues gestanden. Mit dem Beginn des neuen Forstwirtschaftsjahres werde man zweckmäßigerweise nunmehr eine reguläre Forstverwaltung einrichten müssen. Die Forstverwaltung habe ein gutes Dienstgebäude zugewiesen erhalten, das im Oktober bezogen werde. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr sei der große Einschlag bis Ende September voll erfüllt worden. Die Abfuhr des Holzes begegne zunächst noch einigen Schwierigkeiten; doch sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das Holz im Laufe der nächsten Monate nach und nach abgefahren werden könne. Das Holz müsse noch eingeschnitten werden, was bis Januar oder Februar nächsten Jahres geschehen sein werde. Alsdann könne man an die Einschneidung und Abfuhr des neu gewonnenen Holzes gehen.

Oberforstrat Burg gibt einen eingehenden Überblick über die Organisation der Forstverwaltung und die bisher verfolgte Forstpolitik. Aufgabe der Forstpolitik sei es, auf lange Sicht den Wald zu pflegen, Aufgabe der Forstverwaltung sei es, die notwendigen Folgen daraus zu ziehen. Die Forstmänner hätten die Gewohnheit, in langen Zeiträumen zu denken, und das ergebe sich auch aus der Natur der Dinge. Wenn die Forstverwaltung ihre Aufgabe nur auf das Bedürfnis der Gegenwart abstellen würde, so wäre das falsch; sie müsse sich vielmehr schon jetzt auf gewisse Fernziele einrichten.

Die polnische Landschaft zeige eine gewisse Disharmonie. In Deutschland sei der Wald etwas historisch gewordenes, was sich angesichts der verschiedenen Siedlungen der Menschen von selbst ergeben habe. In Polen sei die Landschaft und auch der Wald nicht

historisch

Montag, den 16.9.1940.

historisch geworden, sondern ein reines Zufallsobjekt. Daraus erwachse für die Forstverwaltung eine ganz neue Aufgabe. Während man in Deutschland die Aufgabe habe, die bestehenden Naturschönheiten zu erhalten, müsse hier von der Behörde, welcher der Naturschutz übertragen sei, verlangt werden, daß sie für eine schöpferische Gestaltung sorge, was aus der Landschaft etwas mache, was zunächst noch nicht vorhanden sei. Es müsse also ein Landschaftsbild geschaffen werden, in welchem sich der deutsche Mensch wohlfühlen könne. Auch die ganze Kunst eines Landes werde durch die Form des Landschaftsbildes wesentlich beeinflußt, was sich vor allem auf dem Gebiete der Malerei zeige. Aus der deutschen Landschaft spreche eine Harmonie ~~der Folgerung~~, der man leider in Polen so gut wie garnicht begegne. Man könnte sich noch vorstellen, daß man in Polen ein Stück unberührter Wildnis vorgefunden hätte, man müsse aber nur feststellen, daß alles ganz zerrissen sei. Wolle man ein deutsches Siedlungsgebiet aus diesem Land machen, so müsse man ein Landschaftsbild formen, das in seiner harmonischen Gestaltung den Künstlern, unter ihnen nicht zuletzt den Musikern, Anregung gebe. So liege also der Forstverwaltung die ernste Pflicht ob, aus diesem Lande wieder ein Stück wahrer Natur zu formen. Gewiß sei das eine Fern-Aufgabe, die aber sofort von größter Wichtigkeit sei, wenn mit den großen Aufforstungen begonnen werde. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ergebe sich für die Forstverwaltung als Nah-Aufgabe eine Abwägung der wirtschaftlichen Interessen, insbesondere auch derjenigen der Landwirtschaft. Beide Sektoren seien so groß, daß der eine in die Interessen des anderen nicht einzugreifen brauche. Man stehe z.B. vor der Aufgabe, dieses Land zunächst mit einem Kranz von deutschen Siedlungen zu durchziehen. Es sollen deutsche Siedlungen gebildet werden, denen auch ein Stück Waldes zugewiesen werde. Daraus ergebe sich dann die Notwendigkeit, über den Wald zu verfügen. Im Generalgouvernement seien 24 % des Waldbesitzes in der Hand des Staates, 76 % in der Hand von Privaten, hauptsätzlich von Großgrundbesitzern. Dieser Besitz verleihe eine gewisse Macht, die sich darin zeige, daß von dort aus der Ausgangspunkt für alle polnischen Selbständigkeitsbestrebungen gekommen sei. Man werde hier kaum vor der Notwendigkeit Halt machen dürfen, das Grundeigentum

Grundeigentum so zu gestalten, bzw. die Besitzverhältnisse so zu ändern, daß eine solche Politik fürderhin unmöglich sei. Vor allem aber im Interesse der deutschen Siedlungspolitik müsse man das Verfügungsrecht über Grund und Boden in großen Zügen haben.

Eine zweite Notwendigkeit ergebe sich für die Forstverwaltung in verwaltungstechnischer und organisatorischer Hinsicht. Die Produktionskraft müsse voll ausgenutzt werden. Die Holznutzung müsse unbedingt gesteigert und der gesamte Boden kultiviert werden. Die Organisation sei so gedacht, daß das ganze Land in Oberförstereien eingeteilt werde, die mit deutschem Personal besetzt würden. Sie seien dann sozusagen der verlängerte Arm der Abteilung Forsten beim Distriktschef. Sie sollen die Betriebsaufsicht über den gesamten Privatwald führen, den Klein- und Zwergbesitz zu Genossenschaften mit ideellen Anteilen zusammenschließen; der Großwaldbesitz soll einer selbständigen Verwaltung zugeführt werden, sodaß die Durchführung der Anordnungen der deutschen Behörden absolut gesichert ist. Die Hoheitsaufgaben, die dem Staate dadurch erwüchsen, müßten unbedingt dem wirtschaftlichen Interesse vorangestellt werden. Die Organisation werde keine großen Kosten im Gefolge haben, da die Aufwendungen von den Waldbesitzern getragen werden müßten.

Der Interessenausgleich zwischen Forst- und Landwirtschaft bringe auch Beziehungen zur Raumordnung mit sich. Auch hierüber seien schon Besprechungen eingeleitet, sodaß also in organisatorischer Hinsicht der Durchführung des Programms der Forstverwaltung nichts mehr im Wege stehen werde.

All' diese großen Zukunftsaufgaben könnten aber nur erfüllt werden, wenn man in der Lage sei, mit erstklassigem Personal zu arbeiten. Dieses deutsche Personal, das mehr, als es in Deutschland der Fall sei, eine Verantwortung für die kommenden Geschlechter zu tragen habe, könne nicht nur als Produzent des Holzes angesehen werden, sondern müsse gewissermaßen der Arzt des Waldes sein, es müsse andererseits auch gewisse künstlerische Intensionen haben, darum müsse es besonders ausgewählt werden. Man könne es nicht dem Zufall überlassen, wer in die führenden Stellungen komme. Zum mindesten müsse das Personal wissen, wie seine Stellung später im Generalgouvernement gedacht sei, wenn es sich entschließe, im Dienst der Forstverwaltung des Generalgouvernements

zu

zu bleiben. Hier spielten selbstverständlich auch wirtschaftliche Fragen eine große Rolle. Es sei allgemein bekannt, daß sich der Herr Generalgouverneur das Wohl der Beamten sehr angelegen sein lasse. Aber positive Tatsachen würden sehr viel wirksamer sein als nur der Gedanke, daß für die Zukunft des Beamten gesorgt werde. Die Beamten müßten ihre Kinder später zur Schule schicken. Zur Zeit seien sie zum Teil mangelhaft untergebracht und es müßten deshalb geeignete Wohnungen geschaffen werden. Auch pekuniär müßten sie eine gewisse Garantie haben, weil ja mit dem Zeitpunkt ihrer dauernden Übersiedlung nach dem Generalgouvernement die Trennungszulage fortfalle. Der Umstand, daß viele Bedarfsgegenständen des täglichen Lebens zur Zeit noch im Generalgouvernement sehr teuer seien, wirke auf viele Beamte in gewisser Weise abschreckend. Wenn es gelänge, in allen diesen Beziehungen für die Beamten gewisse Sicherungen zu schaffen, dann würde sich gewiß die Beamtenschaft eher an dieses Land fesseln lassen.

Forstrat Müsse, der Referent für Forstwirtschaft, nimmt zu den wirtschaftlichen Fragen Stellung. Der Holzeinschlag der vergangenen Jahre habe ungefähr das Doppelte des nach der Forststatistik zulässigen und für die kommende Zeit geplanten Einschlages von 8 Millionen Festmeter betragen. Der Einschlag der vergangenen Jahre sei fast zuende geführt. Für den künftigen Einschlag sei die Planung abgeschlossen. Mit dem Einschlag werde bereits ab 1. Oktober begonnen werden.

Die Aufforstungsarbeiten hätten zum Teil im letzten Jahre in Angriff genommen werden können. Leider mangele es an dem erforderlichen Pflanzenmaterial.

Als weitere große Aufgabe sei die Harznutzung in Angriff genommen worden. In diesem Jahr werde man etwa 5,2 Millionen kg. Rohharz gewinnen, was der Produktion im Reich im Jahre 1937 entspreche. Schwierigkeiten beständen hier in der Beschaffung des notwendigen Materials, das aus dem Reich eingeführt werden müsse. Das Harz werde zu Kolophonium und anderen Stoffen verarbeitet und erbringe eine Menge von über 3 Millionen kg. Außerdem werde noch weitgehend die Stockholzextraktion in Gang gebracht, und man gewinne auf diesem Wege auch noch k 1,5 Millionen kg. Kolophonium und 500 000 kg Terpentin, weiter 600 000 kg Holzteer sowie Holzkohle.

Holzkohle. Die Harzproduktion gehe fast restlos ins Reich und werde dann dort devisenmäßig verrechnet. Weiter habe man Ordnung in die Torfgewinnung gebracht. Auf diesem Gebiet habe bisher in Polen die größte Unordnung geherrscht. Jeder Bauer habe auf seiner Parzelle Torf gestochen. Jetzt würden 150 000 Tonnen Torf hauptsächlich den Städten und Industriewerken zur Verfügung gestellt, trotzdem werde aber der bäuerlichen Bevölkerung noch der eigene Torfstich bis zu einem gewissen Grade gelassen.

Große Schwierigkeiten habe die Regelung der Arbeiterfragen bereitet, zumal die Ernährungslage recht gespannt gewesen sei. Für die Durchführung der künftigen Aufgaben müsse die Ernährung unbedingt sichergestellt werden, da ja auch das geplante Programm rasch durchgeführt werden müsse. Aus diesem Grunde müsse man die Forderung stellen, daß die Forstarbeiter genau wie die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben mit Lebensmitteln versorgt würden. Auch Waldarbeiter seien Schwerstarbeiter.

Ferner sei es notwendig, daß sich die Forstverwaltung ein neues Bild über den Zustand des Waldes mache. Diese Waldzustandserfassung sei nicht einfach. Im Reich habe man gut eingerichtete Forsten, während in Polen kaum 25 % des vorhandenen Waldes eingerichtet gewesen seien. Die Zustandserfassung werde im nächsten Winter durchgeführt werden, sodaß man dann die Produktionsmöglichkeiten der vorhandenen Waldflächen feststellen könne. Daraus werde sich dann ergeben, welche Aufgaben der Forstverwaltung im einzelnen hinsichtlich der Durchführung von Meliorationen erwachsen. Vor allem müsse festgestellt werden, in welchem Umfange eine Intensivierung der Nutzung auf den vorhanden Flächen notwendig sei. Wenn auch der Bedarf der Bevölkerung an Holz im allgemeinen geringer sei als im Reich, so dürfte doch die Produktion nicht ausreichen, um den Bedarf völlig zu decken. Eine Intensivierung der Nutzung werde in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich sein, besonders auf den Flächen, die die Polen der Selbstbestockung belassen haben.

Von besonderer Wichtigkeit sei auch der Wegebau, da in großen Waldungen das Holz überhaupt nicht abgefahren werden könne. Das gelte z.B. für die Beskiden und auch für die großen Waldgebiete süd-östlich von Lublin.

Für

Montag, den 16.9.1940.

Für die Meliorationen gelte in dieser Beziehung das gleiche. Die Wiederbewaldung der vollständig devastierten und Ödlandsflächen sei eine wichtige Aufgabe. Die Landwirtschaft habe die Flächen, die nicht landwirtschaftlich genutzt werden, freigegeben. Die Größe der für die Wiederbewaldung geeigneten Flächen könne man auf 800 000 ha schätzen. Selbstverständlich könnten die dadurch entstehenden Kosten nicht allein aus den Betriebsmitteln der jetzt sehr stark heruntergekommenen Forstverwaltung getragen werden, sondern Aufgabe des Staates werde es sein, hierfür Mittel bereit zu stellen. Man schlage vor, daß der Staat die Kosten der Wiederbewaldung übernehme, sich dafür aber den Grund und Boden zu Eigentum übertragen lasse.

Auch auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft stehe die Forstverwaltung vor großen Aufgaben. Die alljährlichen Überschwemmungen der Flüsse seien im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Wildbäche überhaupt nicht verbaut seien. Danach müsse die Wildbachverbauung endgültig geregelt werden, damit man imstande sei, die überschießenden Mengen abzufangen und so erst allmählich in die Flüsse einlaufen zu lassen und den Stand der Flüsse selbst zu regeln. Diese wichtigen Arbeiten hätten unter Umständen sogar einen Einfluß auf die klimatischen Verhältnisse, wie auch eine Umgestaltung des Charakters der Landwirtschaft durchaus entstehe.

Forstrat Mann, der Referent für Holzwirtschaft, führt aus, daß bereits im kommenden Jahre die Holzwirtschaft der Bedarfsdeckung des Generalgouvernements und insbesondere dem Aufbau der Gesamtwirtschaft zu dienen haben werde. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe sei ~~es~~ gewesen, Forst- und Holzwirtschaft zusammenzuschließen, um die Holzproduktion zu lenken und damit dem Verbrauch zuzuführen. Diese Aufgaben würden natürlich für die Zukunft ganz andere sein. Man sei gezwungen, die gesamte Holzwirtschaft nunmehr zu gliedern und in Berufsgruppen und Betriebszweige zusammenzufassen. Der Rohstoff Holz müsse von der Erzeugung bis zum Verbrauch gelenkt und geleitet werden. Eine der Schwierigkeiten, die der Forstwirtschaft auf diesem Gebiet entgegengetreten seien, sei vornehmlich die gewesen, daß die gesamte polnische Holzwirtschaft in den Händen von Juden gelegen habe. Man habe selbstverständlich mit diesen Juden unter keinen Umständen weiterarbeiten können. Andererseits habe man keine polnischen Holzwirtschaften gefunden, weil sie eben von den Juden unterdrückt worden seien.

seien. Angesichts der von der Wehrmacht gestellten Forderungen sei deshalb nichts anderes übrig geblieben, als vom Reich Firmen ins Generalgouvernement hineinzuholen. Es sei auch gelungen, 31 große deutsche Firmen ins Land zu bringen; sie seien über das ganze Land verzweigt und hätten auch die ihnen gestellten Aufgaben restlos erfüllt. Die Mitarbeit deutscher Firmen werde wohl auch noch für die Zukunft notwendig sein. Man habe auch in Aussicht genommen, daß ein größerer Teil von Frontkämpfern im Generalgouvernement Heimat und Fortkommen finden solle. Es werde aber notwendig sein, auch loyal gesinnte Polen in die Holzwirtschaft hineinzunehmen. Die polnischen Holzwirtschafter müßten selbstverständlich erst zu einer ganz anderen Wirtschaftsform erzogen werden. Sie müßten erkennen lernen, daß Holzwirtschaft der Allgemeinheit zu dienen habe.

Auch der Holzhandel müsse neu aufgezogen werden. Man werde sich auch hierfür großer Holzhandelsfirmen aus dem Reich bedienen. Diese Firmen könnten dann in der Forstverwaltung Arbeit abnehmen, die leider heute noch von der Forstverwaltung verrichtet werden müßte. Der Kleinholzhandel könnte in größeren Städten zugelassen werden, dürfe aber nur für die Deckung des Kleinbedarfs arbeiten.

Weiter sei daran gedacht, die Sortimente, die reichlich anfielen, aber nur als Brennholz verwendet würden, im Wege eines Veredelungsverfahrens zu wertvollen Erzeugnissen der Holzwirtschaft zu machen. Damit könnten auch gleichzeitig die billigen Arbeitskräfte des Generalgouvernements den Interessen des Reiches dienstbar gemacht werden. Diese Veredelungswirtschaft werde sich dann auch devisenmäßig sehr günstig auswirken.

Kommandeur des Forstschutzkommandos, Major a.D. Boden, berichtet über die Tätigkeit des Forstschutzkommandos und kann mitteilen, daß es in der kurzen Zeit seines Bestehens für die Forstwirtschaft schon erhebliches geleistet habe. Unter dem Schutz der Männer des Kommandos seien 650 000 Meter abgefahren worden. Auch bei der Bekämpfung von Forstdiebstählen habe das Kommando wertvollste Dienste geleistet. Das Kommando stehe in enger Zusammenarbeit mit der Polizei. Zahlreiche Waldfrevler hätten dingfest gemacht werden können. An Verlusten habe das Kommando zwei Leichtverwundete gehabt. Selbstverständlich habe sich diese Organisation

erst

Montag, den 16.9.1940.

erst im Generalgouvernement durchsetzen müssen. Anfangs habe sie nicht immer das nötige Verständnis für ihre Arbeit gefunden, vor allem bei den Kreishauptleuten, die nun eingesehen hätten, daß mit der Tätigkeit des Forstschutzkommandos Ruhe und Ordnung im Walde eingekehrt seien.

Die Aufgaben für die Zukunft würden im allgemeinen auf demselben Gebiet liegen, aber auch weiterhin werde der Holzabfuhr eine besondere Bedeutung beigelegt werden müssen. Im Bezirk einer Forstinspektion lägen z.B. noch 60 000 Meter Holz, die abgefahren werden müßten. Hierbei müsse dafür Sorge getragen werden, daß das Entgelt für die Zurverfügungstellung der Gespanne vor allem von der Wehrmacht nicht erhöht würde, weil sonst die Gespannhalter dem Walde fern blieben. Der erste Einsatz des Kommandos sei ein voller Erfolg gewesen, wenn auch mitunter drakonische Maßnahmen ergriffen werden mußten. Die Folge sei jedenfalls gewesen, daß die Gespanne leichter gestellt wurden.

Die Aufgabe der Holzabfuhr werde auch im nächsten Jahre eine große Bedeutung haben. Im übrigen müsse der Einschlag in kurzer Zeit von den polnischen Waldarbeitern mit besserem Material bewältigt werden. Im vorigen Jahr sei der polnische Waldarbeiter ungefähr 75 Tage im Jahr und in 3 Wintermonaten eingesetzt worden. Er habe mit seinen mangelhaften Werkzeugen nur 75 Festmeter einschlagen können. In einer Inspektion, die einen Einschlag von 80 000 Festmeter gehabt habe, seien für den Einschlag weit über 1000 Waldarbeiter benötigt worden. Es bedürfe daher einer Waldarbeiterschulung zu dem Zwecke, daß der Waldarbeiter allmählich in den Stand versetzt werde, einen Einschlag von 2 Festmetern am Tage zu schaffen. Dadurch würde dann eine erhebliche Zahl von Waldarbeitern für andere Arbeiten freigestellt werden können. Der Forstschütze, der, auf einsamem Posten stehend, stets treu seine Pflicht erfüllt habe, könne vielleicht durch Übergabe einer Urkunde belohnt werden, die vom Generalgouverneur ausgestellt würde. Außerdem könnten diese Männer zu erträglichen Bedingungen angesiedelt werden, natürlich im Anschluß an eine Großdeutsche Siedlung. Außerdem müßten vielleicht, entsprechend dem Vorgang im Reich, auch im Generalgouvernement die Waldarbeiter in die Laufbahn des Forstaufsehers aufrücken können.

Oberlandforstmeister

Montag, den 16.9.1940.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt geht dann zunächst auf das Jagdwesen ein und ist der Auffassung, daß die für das Generalgouvernement getroffene Übergangsregelung vorläufig beibehalten werden müsse. Erst später, wenn mehr Deutsche im Generalgouvernement seien, könne man sich überlegen, ob man die Regelung der Jagdausübung derjenigen des Reiches angleichen könne. Dann werde auch die Frage auftauchen, ob die Polen wieder die Jagd ausüben oder nicht ausüben dürfen. An und für sich wäre es natürlich besser, wenn ihnen die Ausübung der Jagd nicht gestattet würde. Es frage sich nur, ob man das ganze Gebiet allein mit Deutschen bejagen könne. Die Regelung der Frage, ob das Jagdregal lediglich beim Staat bleiben und von ihm nur gepachtet werden dürfe, müsse einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Im allgemeinen seien die Aufgaben der Forstverwaltung im Generalgouvernement ähnlich den forstlichen Aufgaben im Reich. Sie seien allerdings hier viel größer und intensiver. Im Reich habe bis 1932 der große Mißstand geherrscht, daß die Forstverwaltung nicht einheitlich gewesen, sondern in den verschiedenen Ländern jeweils bestimmten Ministerien, so dem Wirtschaftsministerium, dem Finanzministerium und anderen unterstellt gewesen sei. 1933 habe dann der Reichsmarschall eine einheitliche Forstverwaltung geschaffen. Er habe die gesamten Landesforsten aus den Ministerien herausgelöst. Es sei nur zu begrüßen, daß nunmehr auch im Generalgouvernement eine selbständige Forstabteilung gebildet worden sei, daß die forstlichen Belange von einem Forstmann betreut würden. Nur so sei es auch möglich, daß die Forst- und Holzwirtschaft eine gute Entwicklung nehme. Deshalb würde er es auch begrüßen, wenn in Zukunft die Forstwirtschaft nicht einer anderen Abteilung angegliedert würde.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt und seinen Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Es sei ganz selbstverständlich, daß die Abteilung Forsten selbständig bleibe. Ob der Zustand im Reich endgültig so bleiben werde, daß jede Einzelsparte, die sich mittlerweile selbständig gemacht habe, diese Selbständigkeit auch immer behalten werde, sei ungewiß. Jedenfalls wäre es im Generalgouvernement nicht unmöglich,

daß

daß es bei dem gegenwärtigen Zustand verbleibe.

Die Probleme des Wohnungsbaues, der Sicherung der Stellung der Beamten und der Gestaltung des Stellenplanes beschäftigten auch ihn ganz besonders. Der Stellenplan werde zur Zeit bearbeitet. Die Sicherheit der Beamten solle darin liegen, daß sie ihr bestimmtes Grundgehalt erhielten, zu dem dann die Generalgouvernementszulagen kämen. Man könne den Beamten je nach der Entwicklung der Lebensverhältnisse auch noch durch Sonderzuwendungen usw. helfen. Schließlich könnten auch die Altersstufen etwas günstiger gestellt werden als im Reich. Für den Wohnungsbau habe er zunächst eine Summe von insgesamt 10 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus stehe aber nichts im Wege, daß in Einzelfällen schon jetzt auf direkten Antrag Wohnungen gebaut würden. Solchen Anträgen für die Erstellung von Försterwohnungen usw. sehe er entgegen. Weiter werde er dafür sorgen, daß gewisse Konsumartikel wie z.B. Weine, aber auch Kunstseide usw. in bestimmten Mengen zollfrei ins Generalgouvernement eingeführt werden dürften; denn es bestehe das selbstverständliche Interesse, den Beamten im Generalgouvernement, die häufig auf einsamen Posten ständen, das Leben möglichst angenehm zu machen. Das Problem der Aufforstung könne vielleicht im Zusammenhang mit der Durchführung der neuen Flurbereinigungsordnung gelöst werden.

Der Herr Generalgouverneur macht dann Mitteilung von dem demnächst in Angriff zu nehmenden Otto-Programm.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Forstverwaltung des Generalgouvernements bisher fast den gesamten Holzeinschlag ins Reich geliefert habe. Wenn nun vor Beginn des neuen Einschlages das Otto-Programm und außerdem eine große Verstärkung der Wehrmacht zu gewärtigen seien, so würden die an die Forstverwaltung gestellten Forderungen nur befriedigt werden können, wenn sie kein Holz mehr nach dem Reich zu liefern brauchte. Man werde wahrscheinlich sogar noch Holz aus dem Reich einführen müssen, weil man nicht über die genügende Kapazität verfüge, das Holz in so kurzer Zeit passend einzuschneiden. Damit das Generalgouvernement keine devisenmäßige Belastung zu tragen brauche, würde es sich empfehlen, daß die Wehrmacht das Holz im Reich kaufe und es dann herüberschaffen lasse.

Der

Montag, den 16.9.1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt an, im Einvernehmen mit der Polizei unbedingt dafür zu sorgen, daß die Autorität der Forstverwaltung auch bei der Durchführung des Otto-Programms nicht irgendwie verletzt werde. Im übrigen gehe das Otto-Programm allen anderen Vorhaben voran, selbst der Errichtung der Truppenübungsplätze.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob aus dem polnischen Wald etwas Gutes gemacht werden könne, bejaht Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt mit dem Hinzufügen, daß es im Gebiet des Generalgouvernements vielfach bessere Böden gebe als im Reich.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wünscht, daß auch für die Wildbachverbauung und ähnliche Aufgaben der Forstverwaltung ein Programm aufgestellt wird. Im übrigen würden 2 1/2 Millionen Zloty für die 25 Wohnungen der Forstmeister zur Verfügung gestellt werden. Wegen der Zollfrage soll sich Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt mit Staatssekretär Dr. Bühler ins Benehmen setzen, ebenso wegen der Gestaltung des Stellenplans.

Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist Oberregierungsrat Dr. Schepers an, nach Berlin zu fahren und in Vertretung des Generalgouverneurs als Reichsverteidigungskommissars die Frage zu klären, ob die Wehrmacht tatsächlich beabsichtige, noch in diesem Jahre mit der Errichtung der Truppenübungsplätze zu beginnen. Weiter soll sich Oberregierungsrat Dr. Schepers bei Präsident Bauder, Präsident Gerteis und Präsident Lauxmann die grundlegenden Erlasse über die Durchführung des Otto-Programms vorlegen lassen.

Die Regelung der Grenzfrage sei mehr denn je von Wichtigkeit. Reichsminister Dr. Lammers habe ihm mitgeteilt, daß er diese Frage beim Stab des Reichsmarschalls nochmals zur Sprache gebracht habe. Die Grenzfrage müsse unbedingt geregelt werden, weil er, der Generalgouverneur, sonst den wirtschaftlichen Ausbau nicht vornehmen könne. Auch die Tätigkeit des Bevollmächtigten Dr. Heuber nutze ihm nichts, wenn in dieser, für das Generalgouvernement so wichtigen Aufgabe einer zweckmäßigen Grenzziehung nichts geschehe. Das Generalgouvernement sei heute wichtiger als

das

Montag, den 16.9.1940.

das oberschlesische Industriegebiet, ganz abgesehen davon, daß Trzebinia und Dombrowa mit Oberschlesien garnichts zu tun hätten. Er beabsichtige im übrigen, eine große Sitzung der Reichsverteidigungskommission nach Warschau einzuberufen, zu der alle Dienststellen eingeladen werden würden.

Er behalte sich die Entscheidung über die Dringlichkeitsstufen vor, und werde entsprechend dem Erlaß des Führers zunächst entscheiden, daß die Errichtung der Truppenübungsplätze hinter den anderen Aufgaben zurückzutreten hätte. Zudem habe man ja auch keine Arbeiter und kein Material, vor allem auch Holz dafür zur Verfügung. Angesichts der Schnelligkeit, mit der das Otto-Programm durchgeführt werden müsse, hätten eben alle anderen Aufgaben zurückzutreten. Es müsse auch allen Dienststellen mitgeteilt werden, daß diese Aufgaben bis zur Erledigung des Übervordringlichkeitsprogramms entsprechend dem Erlaß des Führers zurückzustellen seien. Wenn die Wehrmacht in der Lage zu sein glaube, die Truppenübungsplätze zu schaffen, dann möge sie diese Arbeit mit eigenen Kräften durchführen.

Besprechung mit Gesandten von Wühlisch.

Gesandter von Wühlisch berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die gegenwärtige außenpolitische Lage und teilt mit, daß die russische Regierung sich offiziell über den Wiener Schiedsspruch beschwert habe. Man habe der Sowjetregierung eine Denkschrift übersandt, in der festgestellt werde, daß diese Beschwerde juristisch unbegründet sei.

Weiter teilt gesandter von Wühlisch mit, daß das Bundesratsmitglied Callonda-Zürich um Verwendung für Kasimir Sachocki bitte, der früher Mitglied des Obersten Gerichts in Warschau und ehemaliger polnischer Staatsvertreter bei der gemischten Kommission für Oberschlesien war. Sachocki, der sich zur Zeit in Litauen befinde, leide an einer schweren Lebererkrankung. Existenzmittel ständen ihm nicht zur Verfügung. Es werde darum gebeten, ihn nach Polen reisen zu lassen, da er seinerzeit an der kollektiven Umsiedlung nach Polen nicht teilnehmen konnte.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gesandten von Wühlisch, nach Anhörung der Abteilung Justiz ein Schreiben zu entwerfen.

Gesandter

Montag, den 16.9.1940.

Gesandter von Wühlisch macht dann noch Mitteilung von einem Schreiben, das eine polnische Gruppe an das Auswärtige Amt gerichtet habe. In diesem Schreiben würden Vorschläge für den Wiederaufbau eines der Struktur des künftigen Europas angepaßten polnischen Staates gemacht.

Dienstag, den 17.September 1940.

Burg - Krakau.

Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Besprechung über die im Burgbereich geplanten baulichen Änderungen. Anwesend waren:

Der Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs
Landgerichtsrat Dr. K e i t h,
Geheimrat R a t t i n g e r,
Architekt H o r s t m a n n,
Burghauptmann B u c h n e r,
Herr W u n d e r l i c h von der Firma Hoch- u.Tiefbau.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r billigte die ihm vorgelegten Pläne betr. den Ausbau des Dienstgebäudes für die Kanzlei des Generalgouverneurs, für die Wohnungsbauten im Haus 9 und für die Errichtung einer Garage. Mit der Fertigstellung des Gebäudes für die Kanzlei des Generalgouverneurs ist im April 1941 zu rechnen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt im Beisein von Ministerialrat Wille, Oberstaatsanwalt Eden und Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh Herrn Ministerialdirigenten Marx vom Reichsjustizministerium.

Es wurden die Verhältnisse in den Strafanstalten des Generalgouvernements einer eingehenden Besprechung unterzogen und auf Vorschlag von Ministerialrat Wille der Bau eines neuen Strafanstaltsgebäudes in Radom durch den Herrn Generalgouverneur genehmigt. Die Mittel hierzu werden, da zur Zeit wegen anderweitiger Aufgaben der Bau noch nicht sofort in Angriff genommen werden kann, in den Haushalt 1941/42 eingestellt werden. Die Kosten werden sich voraussichtlich auf 10 Millionen Zloty belaufen.

Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit dem Intendanten des Staatstheaters Stampe, Kapellmeister Rohr, Kapellmeister Anteliтsch, Abteilungspräsidenten Schmidt über Fragen des Theaters und Konzertbetriebes im Generalgouvernement.

Mittwoch, den 18.September 1940.

Haus Kressendorf.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Staatssekretär Dr. Bühler teilt dem Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r mit, daß die Finanzverwaltung sich bereit erklärt habe, für die Errichtung des Deutschen Hauses in Lublin die Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont, daß es sich dabei um eine zusätzliche einmalige Leistung des Generalgouvernements zu den Baukosten handle. Er verweise in dem Zusammenhang darauf, daß aus dem Haushalt des Generalgouvernements 1 1/2 Millionen Zloty im Jahre dem Arbeitsbereich der NSDAP. zur Verwendung im Generalgouvernement gegeben würden. Dieser Betrag darf nicht zu Überweisungen an das Reich verwendet, sondern ausschließlich für Zwecke der Partei im Generalgouvernement zur Verfügung stehen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dann dem Herrn Generalgouverneur eine Mitteilung des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch bekannt, nach welcher demnächst Generalfeldmarschall von Bock in das Gebiet des Generalgouvernements kommt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß an einem noch festzusetzenden Tage eine Beratung mit den Leitern der Bewirtschaftungsstellen und dem Abteilungspräsidenten, Ministerialdirigent Dr.Emmerich, stattfinden solle.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Dr. Bühler erklärt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r, daß es im Generalgouvernement keine polnischen Hoheitszeichen mehr geben dürfe. Sämtliche Behörden seien Behörden des Generalgouvernements.

Besprechung mit Abteilungspräsidenten Schmidt, Referenten Gauweiler, Hauptschriftleiter Nehring, Referenten König und dem Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Die Dame" Reindl.

Hauptschriftleiter Reindl bittet den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, für die Zeitschrift „Die Dame" fotographische Aufnahmen vom Hause Kressendorf und von der Burg machen zu dürfen;- der Herr Generalgouverneur erteilt diese Genehmigung.

Hauptschriftleiter

Hauptschriftleiter Nehring überreicht sodann dem Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r ein Exemplar des

„Nowy"

einer bebilderten Zeitung, die von den Polen sehr gelesen wird.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt dann dem Abteilungspräsidenten Schmidt Weisungen für die großen Veranstaltungen am 5., sowie am 25. und 26.Oktober. Er macht weiter Mitteilung davon, daß nach einem Schreiben des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch nunmehr die ganze Wehrmacht des Ostraums dem Generalfeldmarschall von Bock unterstellt werde, der seinen Dienstsitz in Posen habe. Es kämen aber noch weitere 2 Generalfeldmarschälle ins Generalgouvernement, vielleicht die Generalfeldmarschalle Kluge und List.

Was die Feier am 5. und 6.Oktober angehe, die der Einweihung der Siegesstraße in Warschau gewidmet sei, so müßte dort der Generalgouverneur und das Generalgouvernement entsprechend in Erscheinung treten, wenn er auch die Durchführung dieser Feier der Wehrmacht übertragen habe.

Er sei zu jeder Konzession bereit; niemals aber werde er sich bereit finden, einen sekundären Rang einzunehmen. Er könne unmöglich als Gast an einer Wehrmachtsfeier teilnehmen; denn er sei der höchste Repräsentant des Gebietes. Das müsse auch den örtlichen Instanzen gesagt werden, weil sie vielleicht etwas unter dem Druck des Marschallstabes stehen würden. Die große Politik des Führers in dem Sinne, daß das Gebiet deutsch und deutschen Behörden anvertraut sei, müsse unbedingt geachtet werden. Für die Anwesenheit des Militärs im Gebiete des Generalgouvernements seien taktische Gründe maßgebend, mit Politik und Verwaltung habe das nichts zu tun. Er werde unter keinen Umständen eine Art Militärnebenregierung dulden.

Auf eine Frage des Abteilungspräsidenten Schmidt, ob es sich nicht empfehlen würde, aus dem Haushalt des Generalgou-

vernements

vernements auf Anordnung des Generalgouverneurs eine bestimmte Summe für die Truppenbetreuung einzusetzen, erwidert der Herr Generalgouverneur, daß er damit um so mehr einverstanden sei, als ja durch das Militär auch Geld ins Land hereinkomme und riesige Aufträge der hiesigen Industrie zugeführt würden. Die Anwesenheit zahlreicher Truppenbestände im Generalgouvernement werde auch für das Aufblühen der Krakauer und Warschauer Zeitung von Einfluß sein. Die Zeitung gewinne dadurch ein ununterbrochen fluktuierendes Lesepublikum; vielleicht würde von dem einen oder anderen die Zeitung sogar später in der Heimat abonniert werden. Für den weiteren Ausbau der Zeitung, auch in Gestalt einer illustrierten Beilage, müsse unbedingt gesorgt werden.

Es werden dann die Vorbereitungen für den 25. und 26. Oktober noch im einzelnen besprochen, insbesondere spielt dabei die Frage eine Rolle, in welcher Weise die Parade durchgeführt werden soll.

Abteilungspräsident Schmidt schlägt vor, an einem der beiden Tage eine Theatersondervorstellung zu geben, vielleicht mit dem Trauerspiel „Katte" oder dem Schauspiel „Brommy." Auch eine Aufführung des „Götz von Berlichingen" mit Heinrich George wäre sehr zu begrüßen; andernfalls könnte man auch an die Aufführung einer Oper wie etwa Mozarts „Figaros Hochzeit" denken. - Aus Anlaß des Schachkongresses könnte vielleicht ein Schachspiel mit lebenden Figuren auf dem Hofe der Burg stattfinden.

Referent Gauweiler beabsichtigt, zu diesem Tage im Ostverlag eine Schriftenreihe herauszubringen, gleichzeitig auch ein reich mit Bildern versehenes Buch über das Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur genehmigt diesen Plan und wünscht weiter die Veranstaltung einer Ausstellung unter dem Motto: „Eigene Leistungen des Generalgouvernements". Für die Polen müsse auch eine kleine Broschüre herausgebracht werden. Weiter seien von jeder großen Veranstaltung Filmaufnahmen zu machen, ebenso müsse auch der Rundfunk in den Dienst der Sache gestellt werden.

18.9.40.

Empfang des Reichsbankvizepräsidenten Puhl in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler, Reichsbankdirigenten Dr. Paersch und Oberregierungsrat von Streit.

Nach herzlicher Begrüßung durch den Herrn Generalgouverneur nimmt Reichsbankvizepräsident Puhl zu verschiedenen Fragen Stellung, die die Reichsbank betreffen. Er führt dabei aus, daß die Kombination der Stellung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsbankpräsidenten nicht ganz leicht sei, daß sich aber viele Probleme dabei kompensierten. Die Aufgabe werde dem Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten dadurch erleichtert, daß die Reichsbank ja einen großen und soliden Unterbau habe, sodaß der Apparat tadellos laufe und die Reichsbank mit ihren 20000 Beamten und Angestellten ein Musterinstitut sei. Man sei in der Reichsbank nach wie vor der Auffassung, daß man die Währungsfrage pfleglich behandeln solle. Man habe aus gewissen Gründen die Zollunion mit dem Protektorat für nötig gehalten, wobei es interessant sei festzustellen, daß wenige Tage vor dem Inkrafttreten dieser Zollunion einige von den Hauptwortführern die Frage aufwarfen, ob dies auch der richtige Weg sei. Die Zollunion sei aber einmal beschlossene Sache. Die Reichsbank habe mit den deutschen Banken ein Abkommen des Inhalts getroffen, daß jede tschechische Note, die an irgendeinen Bankschalter komme, nicht wieder ausgegeben werde. Die tschechische Note sei zwar in Deutschland kein Zahlungsmittel, man könne sie aber bei jeder deutschen Bank verwenden. Man habe den Ausdruck gefunden: die tschechische Krone sei in Deutschland ein „zulässiges" Zahlungsmittel, kein gesetzliches. Von der anderen Seite sei es genau so, die Bank „Böhmen und Mähren" werde es mit Reichsbanknoten genau so handhaben. Im übrigen habe man ja in früheren Zeiten mit der Bayrischen und Sächsischen Notenbank ähnliche Abkommen gehabt, und in Wirklichkeit hätten bayrische, sächsische oder hamburgische Noten in den anderen Landesteilen nie zirkuliert.

Die Zloty-Währung beurteile er durchaus optimistisch, er könne sie „ausgezeichnet" nennen. Er könne den währungspolitischen Vorgang beim Zloty als das 2. Wunder der Rentenmark

bezeichnen.

bezeichnen. Wenn hinsichtlich des Notenumlaufs im Generalgouvernement Befürchtungen gehabt würden, so sei ein Umlauf von einer Milliarde, verglichen mit dem Notenumlauf der früheren Bank Polski, nicht zu groß.

Bankdirigent Dr. Paersch bestätigt diese Auffassung. Man habe jetzt empirisch einen genauen Überblick über das, was der Verkehr ungefähr benötige. Wenn auch der einzelne vielleicht als Gehaltsempfänger heute mehr Geld habe als früher, so könne diese Frage doch nur vom allgemeinen Gesichtspunkt aus beurteilt werden. Und allgemein gesehen, sei auch beim Bauern nicht mehr viel Geld vorhanden, der Schleichhandel treibe nicht mehr so sein Unwesen, in den Städten beginne sich ein allgemeiner Notstand zu zeigen, weil die Menschen keine Einkünfte und keine Reserven mehr hätten.

Reichsbankvizepräsident Puhl betont, daß in den Kreisen der Reichsbank und der Wirtschaft einheitlich die Meinung vertreten werde, daß die Dinge hier ausgezeichnet gelaufen seien. Man müsse doch den Ausgangspunkt in Rücksicht ziehen: Ein heimgesuchtes Land, bis zum letzten ausverkauft! Auch Theoretiker und Doktrinäre sprechen heute schon von einer sauberen Währung des Zloty. Diese Währungsfrage erschiene demjenigen, der nichts davon verstehe, immer in ihrer theretischen Natur. In Wirklichkeit sei aber doch die Währungslage der Ausdruck dessen, was in einem Land vor sich gehe. Wenn ein Land krank sei, habe es eine kranke Währung, und umgekehrt. Man könne nicht ein Land leidlich gesund, gleichzeitig aber mit der Währung Kunststücke machen. Sei die Währungsseite in Ordnung, dann werde auch die politische Staatsführung in Ordnung sein. Eine zerrüttete Währung präjudiziere mancher politischen Entscheidung.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gedenkt in diesem Zusammenhang der großen Verdienste des Bankdirigenten Paersch um die Aufrechterhaltung der Währung. Er müsse aber auch dankbar anerkennen, daß die Reichsbank dem Generalgouvernement großzügig geholfen habe. Auf der Seite des Vierjahresplanes habe eine starke Inflationsfurcht geherrscht. Das sei nun überwunden. Ein ernstes arbeits- und sozialpoliti-

sches

sches Problem bleibe allerdings die Frage, wie die völlig verarmten Schichten wieder in Arbeit gebracht werden können. Schwierigkeiten bereite immer noch der Ausgleich des Clearings, der jetzt aber durch einen Kredit des Reiches erleichtert werde.

Bankdirigent Dr. Paersch kann mitteilen, daß das Clearing sich jetzt gut einzuspielen beginne. Die vorhandenen Reste habe man durchschleusen können, und die Ausgleichung des Clearings bereite jetzt keine Sorgen mehr. Man werde vielleicht den Kredit von 50 Millionen Zloty für Clearingszwecke zunächst gar nicht brauchen.

Reichsbankvizepräsident Puhl bemerkt, Reichswirtschaftsminister Funk habe ihm gegenüber vor allem als wichtigste Voraussetzung hingestellt, daß jedes Währungsexperiment unterbleiben müsse. Man habe ja seinerzeit mit Oberregierungsrat Kadgien deshalb die größten Auseinandersetzungen gehabt. Solche inflationistischen Tendenzen, die beinahe katastrophalen Charakter trügen, könne man nicht als Leiter eines Noteninstituts und auch nicht als Leiter der Geschicke eines Landes mitmachen.

Der Herr Generalgouverneur schildert dann die Verhältnisse, wie sie nach dem 15.September 1939 geherrscht hätten, wo alles, was nicht niet- und nagelfest gewesen sei, aus dem Lande herausgeschleppt wurde. Man habe damals die Maschinen aus den Fabriken herausgerissen, dann hätten sie auf den Bahnhöfen gestanden und seien verrostet. Er habe dann dem Führer gegenüber darauf gedrungen, daß dieses schöne Land nicht weiter in dieser Weise ausgepowert würde. Der große Strom der Weichsel trage doch eigentlich deutschen Charakter, die Städte hätten deutsche Kultur, viele Teile Polens seien einstmals deutscher Lebensraum gewesen. Er habe für diese seine Gedankengänge sowohl beim Führer wie auch beim Reichsmarschall volles Verständnis gefunden. Gewiß hätten sich dann noch mancherlei Widerstände gegen diese Auffassung gezeigt, und der Herr Winkler von der Haupttreuhandstelle Ost halte es sogar heute noch für richtig, daß das Gene-

ralgouvernement

ralgouvernement die Entschädigungsverpflichtung Polens gegenüber dem Reich übernehmen solle. Eigentlich habe man ja die Verpflichtung auch übernommen und damit das Reich wesentlich entlastet.

Reichsbankvizepräsident Puhl schließt sich vollkommen der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs an; man müsse eben versuchen, Winkler mit seinen überspannten Forderungen zurückzudrängen. - Auf die Verhältnisse im Westen eingehend bemerkt Reichsbankvizepräsident Puhl, daß man in Belgien mindestens 3 Milliarden Gold erhalten könne. Belgien sei ein reiches Land. Man könne diesen Reichtum ja nicht in 14 Tagen statistisch feststellen, rechne man aber die Kolonialwerte noch hinzu, dann sei die Summe noch viel größer. An effektivem Gold, sozusagen an Goldbarren, sei es ja noch nicht einmal so viel. Heute sei es aber mit dem Gold ganz anders geworden. Man könne gegenwärtig Gold fast nicht verwerten. Die Reichsbank sei im Begriff, mit Schweden ein großes Geschäft zu machen. Er habe nun mit dem Gouverneur der schwedischen Reichsbank ein telefonisches Gespräch über dieses Geschäft gehabt, und ihm sei dabei gesagt worden, daß man kein Geld, sondern vielmehr ein Guthaben in New-York haben wolle. Nun habe Deutschland natürlich nicht so viel Guthaben in Amerika. Man habe auch kein Interesse, in Amerika Guthaben zu halten. Das Gold in Barren sei nicht entscheidend, sondern entscheidend sei, daß man gute Beteiligungen bekomme. Sachwerte, Rohstoffe, Arbeit usw. seien heute mehr wert. Man muß heute dazu kommen, das geldmäßige Denken an die letzte Stelle und das warenmäßige Denken an die erste Stelle zu setzen. Ware und Leistung seien heute maßgebend. In Preßburg z.B. habe man sich als Deckungsmittel Kupfer, Zink und Eisen hingelegt. - Das englische Pfund stehe zur Zeit schlecht, und zwar sei das auf die sinnlosen Ankäufe der Engländer in Amerika zurückzuführen. Die Bank von England habe nun eine ganz ungewöhnliche Maßnahme ergriffen, indem sie sich geweigert habe, die nicht im englischen Ausland befindlichen Banknoten zu honorieren. Sie habe damit zwar die Deutschen treffen wollen, wie sie vorgegeben habe, in Wirklichkeit sei es aber geschehen, um den Inflationsbazillus aus der Währung herauszubringen. Deutschland sei demgegenüber

besser

besser daran, wenn es auch natürlich noch weit davon entfernt sei, vollwertig international zu sein. Innerhalb des deutschen Geldmarktes und Wirtschaftsraumes sei die deutsche Mark aber ganz außerordentlich wertvoll. - Auf die Zlotywährung zurückkommend, betont Vizepräsident Puhl, daß diese Frage für die Reichsbank kein Problem mehr sei. Man könne auch den Kurs von 1: 2 halten.

Die gleichen Grundsätze müßten jetzt für die besetzten Gebiete Elsaß, Lothringen, Frankreich, Belgien und Holland gelten. Hier müsse auch der Wehrmacht gegenüber eine einheitliche Linie eingehalten werden, selbst wenn das der Wehrmacht als Aufkäufer etwas unbequem sein möge. Für Elsaß-Lothringen sei es z.B. von ungeheurer Wichtigkeit, daß dort die Kali-Industrie auf einer vernünftigen Preisbasis wieder in Gang gebracht werde . Da könne man nicht mit einem ungerechtfertigten Kurs operieren. Im Elsaß gebe es auch Menschen, die sich ihr Heim, ihr Gewerbe und ihre Wirtschaft wieder aufbauen wollen. Man müsse dafür sorgen, daß diese Menschen für ihren Franc eine leidlich gute Mark erhalten. Man habe das Verhältnis von 1:20 zu Grunde gelegt. Nach alledem könne die Währungspolitik nur nach einer Linie ausgerichtet sein. Im Wesen der Währungspolitik liege es, daß sie nicht allen Menschen gerecht werden könne. Von diesem Standpunkt sei man auch bei dem Verhalten gegenüber der belgischen und holländischen Währung ausgegangen.

Bankdirigent Dr.Paersch macht dann Mitteilung davon, daß im Gebiet des Generalgouvernements gefälschte Banknoten umliefen. Einen der Hersteller solcher gefälschten Noten habe man bereits gefaßt. Für die Entdeckung solcher Fälscherwerkstätten habe man eine eigene Fahndungsstelle eingerichtet. Die Fälschungen der 100-Zlotynoten seien schlecht, diejenigen der 20-Zlotynoten auch verhältnismäßig leicht zu erkennen. Die Zentrale dieser Fälschungen liege offenbar in Warschau.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt dann noch fest, daß es vor allem gelungen sei, die Preispolitik in die Hand zu bekommen. Eigentlich habe man noch bis

vor

18.9.40.

vor kurzer Zeit nur einen Schleichhandel gehabt. Aber es sei doch nunmehr geglückt, für Brot, Eier, Fleisch die Preise bestimmen zu können. Im Vergleich zu den Verhältnissen im Januar sehe es heute im Generalgouvernement in dieser Beziehung wesentlich besser aus.

Die Besprechung wird dann unter Hinzuziehung des Ministerialdirigenten Dr. Emmerich, des Ministerialrats Plodeck, des Reichsbankrats De Jong, sowie des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Emissionsbank Mlynarski und Jendrisocki fortgesetzt.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt die beiden Leiter der Emissionsbank und gibt dabei seiner Anerkennung über die vorbildliche Arbeit dieses Instituts Ausdruck.

Reichsbankvizepräsident Puhl betont, daß er nicht mit irgend welchen besonderen Plänen nach Krakau gekommen sei, sondern nur zu dem Zwecke, um an Ort und Stelle einige Eindrücke zu sammeln. Er habe schon von Berlin aus beobachten können, daß die Zlotywährung gut fundiert sei. Man sei in der Reichsbank sehr dankbar dafür, daß die beiden polnischen Präsidenten an diesem Werk mitgearbeitet hätten. Jedenfalls sei die Währung stabil und erfülle ihren Zweck, die Basis der Wirtschaft des Landes zu sein, ausgezeichnet. Man solle die Währungsdinge nicht über-, aber auch nicht unterschätzen. Letzten Endes seien alle Maßnahmen immer davon abhängig, daß die Währung eine stabile sei, daß der Mann von der Straße wisse, in welcher Höhe er seinen Lohn bekomme und welche Waren er dafür kaufen könne. Auch für die Staatslenkung sei es von Wichtigkeit; denn alle Probleme der Lohn- und Staatspolitik basierten darauf, daß die Währung stabil sei.

Präsident Mlynarski hebt hervor, daß die Emissionsbank stark in Anspruch genommen werde. Aber selbst die Juden in Warschau behaupteten, daß die neue Währung die beste Währung der Welt sei. Der Schleichhandel in Warschau habe erheblich abgenommen, was auch von großer Wichtigkeit für die Währung sei.

Bankdirigent

18.9.40.

Bankdirigent Dr.Paersch geht dann auf die Tatsache ein, daß jetzt in vermehrtem Umfange Truppen in das Generalgouvernement kämen. Darin liege insofern ein Vorteil, als das Clearing durch das hereinströmende Geld gebessert würde. Andererseits werde allerdings die Wirtschaft durch die gewaltigen Käufe der Truppen im Lande sehr benachteiligt,und man müßte evtl. erwägen, ob nicht ein Kaufverbot zu erlassen wäre.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für die Pflicht der maßgebenden Instanzen, dafür zu sorgen, daß man im Generalgouvernement möglichst mit eigener Kraft durchkommen könne.

Reichsbankvizepräsident Puhl weist in diesem Zusammenhang auf die Brotkarte hin, die man heute als Mittel zur Aufrechterhaltung der Stabilität einer Währung bezeichnen könne. In ihr liege selbstverständlich auch eine Beschränkung der Kaufkraft.

Präsident Mlynarski bemerkt, daß dieses System in Deutschland schon seit Jahren ausgebaut worden sei, aber in Polen so leicht nicht durchgeführt werden könne. Jetzt bekomme die Bevölkerung auf die Karte weniger als z.B. im Frühjahr. Der Herr Generalgouverneur habe am 8.April die Forderung aufgestellt, die Kaufkraft des Zloty müsse unter allen Umständen gehalten werden. Man habe das auch im allgemeinen erreicht, damals habe man jedoch auf die Karte mehr bekommen als jetzt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt dazu, daß Landesbauernführer Körner zwar den Satz allgemein herabgesetzt habe, er hoffe jedoch, eine Reserve zurücklegen zu können, aus der er Zulagen zu geben im Stande sei.

Ministerialdirigent Dr.Emmerich erinnert daran, daß er bei den Besprechungen mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft darauf gedrungen habe, daß nach Möglichkeit eine Reserve zurückbehalten werden müsse. Heute könne man die Ernährung der Bevölkerung auch aus anderen Quellen schöpfen, da es Kartoffeln, Gemüse und andere Nahrungsmittel genügend gebe, während die Lage in den Wintermonaten vielleicht nicht

so günstig sei. Er habe es nicht für richtig gehalten, daß man die Rationen genau so bemesse im August wie in den vorhergehenden Monaten. Der Herr Generalgouverneur betont, daß es Aufgabe der Zentrale sei, solche Reserven zu schaffen, und weist in diesem Zusammenhang auf die so überaus schwierige Versorgung der Stadt Warschau mit ihren über 1,8 Millionen Menschen hin.

Präsident Mlynarski weist auf die große Schwierigkeit hin, die sich besonders in Bezug auf das Hinterland ergebe. Man spreche soviel von Schleichhandel, aber eine Defination des Schleichhandels sei in diesem Lande nicht so einfach. Wenn ein Bauer Lebensmittel in die Stadt bringe, dann behandle man ihn schon als Schleichhändler. Die Verpflegung auf Grund des Kartensystems sei in Warschau nicht auf den Transport durch die Eisenbahn, sondern durch die Bauern aufgebaut.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r weist demgegenüber darauf hin, daß die Bauern ihre Produkte abzuliefern hätten, dann brauchten sie sie nicht weiter abzutransportieren. Das haben die Bauern eben noch nicht gelernt, um so weniger, als sie in Warschau für ihre Ware mehr Geld bekämen. Eine regelrechte Bekämpfung des Schleichhandels könne erst einsetzen, wenn eine geordnete Aufkaufsorganisation staatlicher Art vorhanden und die Transportmöglichkeiten nach den Städten gegeben seien.

Reichsbankvizepräsident Puhl ist der Auffassung, daß sich die Schwäche einer Währung zuerst im Schleichhandel zeige. Im offiziellen Handel halte sich eine schlechter werdende Währung eine Zeit lang, aber im Schleichhandel komme sie schnell auf ihren realen Wert.

Ministerialrat Plodeck betont, daß es ein Prinzip der Treuhandverwaltung sein werde, nach Beendigung des Krieges prominente oder früher lebenswichtige Betriebe des Generalgouvernements, die in Gefahr waren, unterzugehen, wieder in Gang zu bringen und nach einem gewissen Zeitraum planmäßig in die Wirtschaft zu überführen. Er habe mit Ministerialdirigenten Dr. Emmerich zu einem durchaus befriedigenden Ergebnis gelangen können, man sei jetzt dabei, im Wege einer Planung, die

als

als Teilplanung angesehen werden könne, die Dinge anlaufen zu lassen mit dem Ziel, nach Ablauf einer verhältnismäßig nicht allzulangen Frist die 2000 verwalteten Vermögensobjekte oder Wirtschaftsunternehmungen zu treuen Händen der Wirtschaft zu übergeben. Diese Frage stehe natürlich im engen Zusammenhang mit dem sehr schweren Problem des Ausgleichs der Schulden und Forderungen.

Reichsbankvizepräsident Puhl gibt zu bedenken, daß die Zlotywährung auch eine Arbeitswährung sei. Wenn das aber Sinn haben solle, dann müsse der Austausch von Gütern und Arbeitsleistung funktionieren und es müssen die notwendigen Arbeitsstätten geschaffen werden.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Ernte leider nicht so ausgefallen sei, daß sie zu besonders großen Hoffnungen Anlaß gebe. Sie sei aber so, daß das Land bei entsprechenden Einschränkungen auskommen könne. Man brauche keinen übermäßigen Import, und das sei auch währungsmäßig wichtig. Die Wehrmacht erhalte vom Generalgouvernement Lebensmittel zu einem bestimmten Prozentsatz, alles übrige müsse ihr von der Heimat zur Verfügung gestellt werden. Für die Versorgung mit Fleisch seien Tausende von Schweinen und auch Zuchtkühe aus Deutschland eingeführt worden. Auch hier stehe leider wieder der Schleichhandel einer vernünftigen Entwicklung der Dinge im Wege. Der Bauer könne es nicht erwarten, bis er das Schwein mit seinem geringen Schlachtgewicht in Warschau verkaufe, anstatt zu warten, bis das Schwein ein richtiges Gewicht habe. Bei Beurteilung aller dieser Fragen sei davon auszugehen, daß es sich beim Generalgouvernement nicht mehr um ein erobertes Land handle, sondern um ein Gebiet, das pfleglich behandelt werden müsse. So würden jetzt auch im Generalgouvernement ganz gewaltige Aufbauarbeiten in Gestalt des Otto-Programms in Angriff genommen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Reichsbankdirigent Dr. Paersch, daß das Gold des polnischen Staates nach London gekommen sei.

Bankpräsident

18.9.40.

Bankpräsident Mlynarski teilt mit, daß sicherem Vernehmen nach der Zloty in der Schweiz einen Kurs von 24 : 100 Schweizer Franken hat.

Bankdirigent Dr.Paersch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die alte Zloty-Währung Ende Mai dieses Jahres aufgehoben worden sei. Je mehr Zeit seit diesem Termin verstreiche, um so geringer werde die moralische Verpflichtung zum Umtausch alter Zlotynoten. Immerhin ergeben sich hierbei noch recht schwierige Probleme, z.B. die Frage, wie man die Volksdeutschen behandeln solle. Aber solche Probleme würden auch vielfach künstlich geschaffen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat von Streit, daß der Steuereingang im allgemeinen gut sei.

Reichsbankvizepräsident Puhl hält es für richtig, hier auch auf dem Wege der Emission zu helfen.

Bankdirigent Dr.Paersch bemerkt dann noch auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß für die Emissionsbank größere Neubauten nicht in Betracht kommen. Insgesamt seien 550 Angestellte in der Bank beschäftigt, davon 18 reichsdeutsche. Es gebe verschiedene nur von Polen geleitete Nebenstellen.

Donnerstag, den 19.September 1940.

Haus Kressendorf.

Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Burghauptmann Buchner, Betriebsdirektor Börnken, von den Brinken und Herrn Wosch über Fragen der Verwaltung der Betriebe beim Haus Kressendorf.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnete an, daß für das landwirtschaftliche Gut Kressendorf Herr Wosch und für die Gärtnerei der von Burghauptmann Buchner benannte Gärtner Kaletta als verantwortliche Leiter bestellt werden sollen. Beide unterstehen dem Betriebsdirektor Börnken, der seinerseits wieder dem Chef der Burgverwaltung, Burghauptmann Buchner unterstellt ist.

NSKK-Sturmbannführer Diederich hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über den Einsatz der NSKK-Kompanie „Generalgouverneur".

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r verfügt, daß die NSKK-Kompanie „Generalgouverneur" in Zukunft nur für den Dienst auf der Burg, in Kressendorf und im Schloß Belvedere in Warschau verwendet werden soll. Außerdem soll der Kompanie die Aufgabe der Verkehrsüberwachung auf der Strecke Krakau-Trzebinia übertragen werden. Eine weitere Aufgabe der Kompanie soll darin bestehen, bei Reisen des Herrn Generalgouverneurs im Kraftwagen die nötigen Begleitmannschaften als Vorausabteilungen usw. zu stellen. Der regelmäßige Kurierdienst der bisher von der Kompanie ausgeübt wurde, soll in Wegfall kommen.

Besprechung des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s mit Staatssekretär Dr.Bühler und Ministerialrat Wespe.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r richtet an Wespe die Frage, ob er bereit wäre, das Personalamt in der Regierung des Generalgouvernements zu übernehmen. Bei der Wichtigkeit einer zentralen Personalabteilung sei ihre Betreuung durch einen tatkräftigen und erfahrenen Beamten von größter Bedeutung. Ministerialrat Wespe erklärt, daß er seine Entscheidung dem Herrn Generalgouverneur bis spätestens 1.Oktober 1940 mitteilen werde.

11[30]

19.9.40.

3.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt im Beisein von Generalmajor Höberth, Generalmajor Brauner, Oberstleutnant Kriegsheim und Oberstleutnant von Tschammer und Osten Herrn General Gienanth.

Es wurde eingehend die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Wehrmacht und den Behörden der allgemeinen Verwaltung im Generalgouvernement besprochen. Die Anforderungen an Truppenquartieren, Lagerräumen für die Bevorratung der Wehrmacht mit Lebensmitteln, ferner die Anforderungen an Transportgelegenheiten aller Art werden sich in den kommenden Monaten ganz gewaltig steigern. Nach einer Mitteilung des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch, die der Herr Generalgouverneur erhalten hat und von der er zu Beginn der Besprechung dem General Gienanth Mitteilung machte, wird nunmehr die gesamte Ostarmee dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Bock in Posen mit Wirkung vom 20.September 1940 ab taktisch unterstellt sein. General von Gienanth mit seinem ganzen Stab und den ihm unterstehenden Truppen wird dem Generalfeldmarschall von Bock als Chef ~~des gesamten~~ des gesamten Versorgungs-, Unterbringungs- und Quartierwesens unterstellt werden. Es wurden in folgenden konkreten Punkten Übereinkommen erzielt:

1) Im Auftrag des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s wird Kreishauptmann z.b.V. Kundt dem Stabe des Staatssekretärs Dr. Bühler in Verbindung mit Oberstleutnant von Kriegsheim in den nächsten Tagen ein Regelment für die Unterbringung von Truppen im Generalgouvernement ausarbeiten, daß sämtlichen Verwaltungsbehörden und Dienststellen zugestellt werden soll.

2) In der Angelegenheit der Zurverfügungstellung von Lagerräumen wird der Herr Generalgouverneur die Gouverneure erneut auf die Dringlichkeit dieser Maßnahmen hinweisen und sie veranlassen, mit aller Macht sich für die Erfüllung der Bedürfnisse und Wünsche der Wehrmacht einzusetzen. Alle Kreishauptleute hätten sich sofort dieser Angelegenheit persönlich anzunehmen.

3)

19.9.40.

3) Die im Zusammenhang mit dem sog. Otto-Programm stehenden gewaltigen Sondermaßnahmen werden im Benehmen mit den militärischen Dienststellen so zu lösen sein, daß darunter die speziellen Aufgaben nicht leiden. Zu diesem Zweck soll noch eine besondere Besprechung zwischen jenen Herren der Regierung des Generalgouvernements, die mit dem Otto-Programm besonders vertraut sind, stattfinden sowie mit den zuständigen Referenten im Stabe des Generals Gienanth.

General Braumer gab einen eingehenden Einblick in die Verteilung der Truppen im Generalgouvernement. Darnach werden im Generalgouvernement 2 Armee-Oberkommandos mit dem Sitz in Krakau und Warschau mit je einem Generalfeldmarschall an der Spitze gebildet werden. Die Generalfeldmarschalle - Generalfeldmarschall List in Krakau und Generalfeldmarschall Kluge in Warschau - wollen in der nächsten Zeit unter der Führung von Generalfeldmarschall von Bock dem Herrn Generalgouverneur ihre Aufwartung machen.

Bezüglich der Unterbringung der Truppen und der Pferde bestehen zur Zeit bei der Wehrmacht keine Wünsche mehr.

Der Wunsch, für die deutschen Soldaten im Generalgouvernement einen anderen Umrechnungssatz festzusetzen und den Soldaten etwa statt 2 Zloty für 1 Reichsmark 3 Zloty zu geben, wurde nicht aufrechterhalten.

Im übrigen wird angesichts der Entwicklung der Lage in zunehmendem Maße eine intensivste Zusammenarbeit zwischen den Militärbehörden, vertreten durch General Gienanth, und den gesamten übrigen Behörden, vertreten durch den Herrn Generalgouverneur, stattfinden.

Am 6.Oktober soll in Warschau die große Feier der Umbenennung jener großen Straße, in der der Führer vor einem Jahr die Parade der siegreichen Truppen abnahm, in Siegesstraße stattfinden. Die Wehrmacht will sich an dieser Feier weitgehend beteiligen; General Gienanth wird wahrscheinlich persönlich anwesend sein.

Im übrigen wurde eine Reihe von Detailfragen kleinerer Bedeutung besprochen, insbesondere die Frage der Zurverfügung-

stellung

stellung von Transportmitteln durch die Wehrmacht für die dringendst notwendige Holzabfuhr, die Frage der Beschränkung der Einkaufsmöglichkeiten für Soldaten im Generalgouvernement, die Frage der Truppenbetreuung auf dem Gebiete der Kultur und Kunst, der Zurverfügungstellung von deutschen Zeitungen für die Truppen im Generalgouvernement usw.

Besondere Erörterung fand die Unterbringung der beiden Generalfeldmarschälle, für die je eine schöne Villa zur Verfügung gestellt wird.

Der Herr Generalgouverneur beauftragte Herrn Kundt, sich dieser Angelegenheit besonders anzunehmen.

650

Ministerialrat Plodeck hält dem Herrn Generalgouverneur Vortrag über die geplante Auseinandersetzung mit der Haupttreuhandstelle Ost. Sein Vorschlag einer Pauschalabrechnung, die in der Weise zu erfolgen habe, daß jedes einzelne Schuldner- und Gläubigerverhältnis nachgeprüft und darin der daraus sich ergebende Saldo verrechnet wird, findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Es kommt dann noch die Frage der Zusammenarbeit der Treuhandstelle mit der Dienststelle des Generals Schindler zur Sprache.

Ministerialrat Plodeck beklagt sich darüber, daß von General Schindler in die Zuständigkeiten der Treuhandstelle eingegriffen werde, und führt als Beispiel dafür den Fall des Elektrizitätswerkes Nisko an, das von General Schindler für die Werke Stalowa Wola beschlagnahmt worden sei, wobei die von der Treuhandstelle eingesetzten Treuhänder ohne weiteres abgesetzt würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er diese Angelegenheit persönlich mit General Schindler klären werde.

Hinsichtlich der zu errichtenden „Werke des Generalgouvernements" äußert Ministerialrat Plodeck den Wunsch, in angemessener Form bei der Verwaltung dieser Werke beteiligt

zu

19.9.40.

zu werden.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt diese Absicht und teilt Ministerialrat Plodeck mit, daß er dem Aufsichtsrate dieser Werke eingegliedert werde.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur zur Unterzeichnung vor:

1) 3. VO. über die Sozialversicherung im Generalgouvernement,
2) VO. über die Pflichteinstellung Schwerbeschädigter im Ggt.
3) " über die Beschäftigung weiblicher Personen in jüdischen Haushalten,
4) Anordnung Nr.10 des Leiters der Abteilung Devisen über Anmeldung der Kapitalverpflichtung des Generalgouvernements mit dem Ausland,
5) 10 Ehrengerichtsurteile des Ehrengerichtshofes des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes.

Landgerichtsrat Dr.Luxenberg berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine Pläne bezüglich Beamtenschulung. Es sollen Kurse in mehreren Stufen eingerichtet werden, und zwar eine Unterschulung, eine mittlere Schulung, eine Schulung der höheren Beamten und schließlich eine Sonderstufe. Der Unterricht sei so gedacht, daß er in den unteren Stufen am Sitz der einzelnen Ämter und in den höheren Stufen am Sitz der Distriktsverwaltungen bezw. am Sitz der Regierung in Krakau vor sich gehen solle.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, lehnt aber jeglichen Zwang bei dieser Schulung ab und hält es für zweckmäßiger, einen Anreiz für den Besuch von Schulungskursen dadurch zu schaffen, daß man Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht stelle. Er beauftragt Landgerichtsrat Luxenberg, den Plan in seinen Einzelheiten auszuarbeiten und mit dem Staatssekretär und dem Leiter der Abteilung Gesetzgebung eingehend zu besprechen,

Landgerichtsrat Dr.Luxenberg schlägt dann noch als Vorarbeit für die kommende Friedenszeit die Einrichtung eines Fremdenverkehrsamtes oder einer ähnlichen dem Interesse des

Fremdenverkehrs

Fremdenverkehrs dienenden Einrichtung vor.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält solche Maßnahmen im gegenwärtigen Zeitpunkt noch für verfrüht, hat aber gegen die Einrichtung eines Fremdenverkehrsamtes, das zweckmäßigerweise von der Ostbahn aufgezogen werden sollte, keine Bedenken. Einrichtungen, wie sie das Reich auf diesem Gebiete besitze - Landesfremdenverkehrsverbände u.ähnliches - eigneten sich jetzt nicht zur Übernahme in das Generalgouvernement. Der Herr Generalgouverneur ersucht Landgerichtsrat Dr.Luxenberg, einen endgültigen Vorschlag nach Rücksprache mit den Abteilungen Eisenbahn, Post und Propaganda vorzulegen.

Landgerichtsrat Dr. Luxenberg wird sodann noch vom Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r damit beauftragt, an Hand der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, früherer Erlasse usw. eine Klarstellung aller rechtlichen und organisatorischen Möglichkeiten für den Einbau der Polizei im Generalgouvernement in das Gefüge der inneren Verwaltung herbeizuführen.

8[30] Staatsanwalt Dr.Hammerle macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung über den gegenwärtigen Stand des Sonderdienstes. Der Sonderdienst umfasse gegenwärtig über 900 Mann; zu regeln seien noch Fragen der Unterkunft, der Bekleidung und der Ausrüstung. An Besoldung bekommen die Leute pro Monat 140 - 200 Zloty, wozu noch entsprechende Zulagen für Verheiratete und für Kinder kämen. Als mangelhaft müsse die Bewaffnung angesehen werden. Es sei jedoch zu hoffen, daß von der Wehrmacht Gewehre zur Verfügung gestellt werden. Die Kreishauptleute seien mit den ihnen zur Verfügung gestellten Leuten sehr zufrieden und hätten nur den einen Wunsch, noch mehr Männer zugeteilt zu bekommen. Eine Vermehrung der Zahl stoße aber auf die Schwierigkeit, daß keine Volksdeutschen mehr da seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ermächtigt Staatsanwalt Dr. Hammerle, Ukrainer in den Sonderdienst aufzunehmen und den Sonderdienst zahlenmäßig so zu verstärken, daß jeder Kreishauptmann 50 Mann bekomme. Das sei um so wich-

tiger

19.9.40.

tiger, als Einzeldienstbeamte vom Reich nicht mehr zu bekommen seien. Die Versorgungsbedingungen der Angehörigen des Sonderdienstes müßten genau so sein wie bei der Ordnungspolizei. Auch sonst müsse in sozialer Hinsicht alles für die Leute getanwerden.

Auf eine Mitteilung von Staatsanwalt Dr.Hammerle, daß im Regierungsgebäude 40 Mann des Sonderdienstes beschäftigt seien, verfügt der Herr Generalgouverneur, daß diese Leute sofort zurückzuziehen und durch Polizei zu ersetzen seien. Dadurch frei werdende Sonderdienstleute müßten den Kreishauptmännern zur Verstärkung der Ihnen zur Verfügung gestellten Kontingente verwendet werden. Auch den Stadthauptleuten müsse der Sonderdienst zugeteilt werden.

Freitag, den 20. September 1940.

Generalmajor der Ordnungspolizei Riege meldet sich in Gegenwart des Generalmajors Becker beim Herrn Generalgouverneur zum Dienstantritt als Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement.

Im Anschluß an die Meldung gibt der Herr Generalgouverneur eine eingehende Schilderung der gegenwärtigen militärischen und polizeilichen Verhältnisse im Generalgouvernement. Die Wehrmacht habe angesichts der gewaltigen Vermehrung des Truppenkörpers im Generalgouvernement den Wunsch geäußert, bisher von der Polizei innegehabte Unterkünfte zur Verfügung gestellt zu erhalten. Weiter habe sie den Antrag gestellt, die Ordnungspolizei in dem Gebiet zwischen Bug und Weichsel nach Möglichkeit überhaupt zurückzuziehen, und sich bereit erklärt, den Ordnungsdienst in diesen Gebieten zu übernehmen. Er, der Generalgouverneur, habe diese Wünsche zunächst abgelehnt, müsse aber zugeben, daß sich die Situation spürbar zuspitze. Ihm komme es jetzt vor allem darauf an, daß die Polizei in Erscheinung trete: zu den marschierenden Kolonnen der Truppe müßten die marschierenden Kolonnen der Polizei treten. Es gehe fürderhin nicht mehr an, daß ihm gegenüber von militärischer Seite darauf hingewiesen werde, die polnischen Polizisten, die man selbst auf den großen Plätzen der Städte nur immer sehe, reichten für den Straßendienst offenbar aus. Deshalb habe er den dringenden Wunsch, daß Polizeistreifen mit Stahlhelm ab und zu durch die Straßen der Städte patroullieren. Er sei auch nicht gewillt, der Wehrmacht Polizeikasernen zu überlassen, die für die Unterkunft der Polizeimannschaften dringend benötigt würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalmajor Becker, daß im Gebiet des Generalgouvernements zur Zeit 4 SS-Standarten und 2 Reiterstandarten stationiert seien, die aber im allgemeinen für polizeiliche Zwecke ausschieden, es sei denn, daß sie bei großen Aktionen eingesetzt würden. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und SS sei sehr gut, auch lasse die Unterbringung und Verpflegung der Polizeimannschaften nichts zu wünschen übrig.

Der

Freitag, den 20.9.1940.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalmajor Riege, mit ihm immer den engsten Kontakt zu halten, vor allem aber dafür zu sorgen, daß die Polizei bei öffentlichen Veranstaltungen stets würdig in Erscheinung trete.

Besprechung mit dem Präsidenten der Ostbahn Gerteis.

Präsident Gerteis spricht dem Herrn Generalgouverneur sein Bedauern darüber aus, daß er es unterlassen habe, von der beabsichtigten Verleihung von 8 Kriegsdienstkreuzen an verdiente Beamte der Ostbahn dem Herrn Generalgouverneur vorher Meldung zu machen. Er bitte aber, zu bedenken, daß seine Eisenbahner vielfach schon seit September 1939 im Gebiete des Generalgouvernements unter schwierigsten Verhältnissen tätig gewesen, daß sie seit etwa 2 Monaten sehr kopfhängerisch geworden seien, weil sie glaubten, daß ihre Arbeit im Reich nicht die Anerkennung finde, die sie angesichts ihrer mühseligen Arbeit und ihres Opfersinns eigentlich hätten erwarten können. Weiter sei für die Mißstimmung in den Kreisen der Beamten auch der Umstand maßgebend gewesen, daß in der Rede des Führers der verdienstlichen Tätigkeit der Eisenbahner überhaupt nicht Erwähnung getan worden sei. Um dieser Mißstimmung einigermaßen zu begegnen, habe er, Präsident Gerteis, sich im Juli veranlaßt gesehen, die Verleihung einiger Kriegsdienstkreuze, vor allem für Beamte der unteren Dienstgrade, beim Reichsverkehrsministerium zu beantragen. Zu seiner großen Freude habe er dann 8 Kreuze im Rahmen eines großen Betriebsappells im Staatstheater verteilen können.

Der Herr Generalgouverneur gibt vor allem seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Verleihung der 8 Kriegsdienstkreuze in der Presse veröffentlicht worden sei. Gerade infolge dieser Presseveröffentlichung sei eine gewisse Mißstimmung in anderen Beamtenkreisen entstanden. An der Tatsache als solcher sei nun aber nichts mehr zu ändern, und bei der demnächst bevorstehenden Verteilung von Kriegsverdienstkreuzen werde ein Ausgleich geschaffen werden. - Daß der Führer in seiner Rede der Verdienste der Eisenbahner nicht besonders gedacht habe, sei darauf zurückzuführen, daß er nur jene Bereiche erwähnt habe, die für die unmittelbaren kriegerischen Zusammenhänge von Bedeutung

gewesen

gewesen seien. - Übrigens müsse auch einmal die Frage erwogen werden, in welcher Weise man den polnischen Eisenbahnbediensteten eine Anerkennung für ihre treue Arbeit zollen könne. Vielleicht lasse sich eine Verteilung von Textilien an sie ermöglichen.

Präsident Gerteis gibt darauf eine Schilderung der bei der Ostbahn herrschenden Verhältnisse. Er habe erschütternde Berichte von der Ernährungslage der polnischen Arbeiter erhalten. So brächten die Heizer oft nicht mehr die Kraft auf, für die schweren Maschinen die erforderlichen Kohlenmengen in den Heizraum der Kesseln zu schaufeln, sodaß man sich schon genötigt gesehen habe, die Zahl der schweren Züge erheblich einzuschränken und z.B. die Nutzlast der nach Warschau fahrenden Züge von 1800 Tonnen auf 1400 Tonnen herabzusetzen. - Die Beanspruchung der Ostbahn wachse täglich angesichts der Anforderungen, die das Otto-Programm und die Truppentransporte stellten. - Was die Russentransporte angehe, so werde mehr viel Kohle und außerordentlich viel Getreide transportiert, auch gewisse Mengen von Metallen, so von Zink und Blei, wohingegen die Öltransporte verhältnismäßig gering seien, weil jetzt der Transportweg über die Donau besser geworden sei. Jedenfalls würden gegenwärtig und auch noch für absehbare Zeit gewaltige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Eisenbahner gestellt. Deshalb müsse besonders für den Winter eine ausreichende Ernährung und Bekleidung der polnischen Eisenbahner sichergestellt werden. Reihenuntersuchungen von polnischen Eisenbahnern, die auf seine Anordnung durchgeführt würden, zeigten erschreckende Ergebnisse.

Im übrigen sei das Bild, das die Ostbahn biete, recht erfreulich. Die Bahnpolizei arbeite zufriedenstellend; die Zahl der Diebstähle sei etwas geringer geworden. Der interne Getreidetransport lasse sich gut an. In der Beförderung von Straßenbaumaterial werde das Möglichste getan. Bei dem Transport der Ernte sei wohl kaum ein Verlust eingetreten. Auch sonst seien die der Ostbahn gestellten Transportaufgaben fast völlig erfüllt worden. Leider ständen nicht genügend leistungsfähige Lokomotiven zur Verfügung. Auf seine Bitte seien ihm vom Reich amerikanische Maschinen zur Verfügung gestellt worden, die aber größten Teils den Anforderungen nicht genügten.

Präsident

Freitag, den 20.9.1940.

Präsident Gerteis nimmt sodann zu den Aufgaben Stellung, die der Ostbahn bei der Durchführung des Otto-Programms gestellt werden. Es kämen in Betracht: Errichtung von 80 neuen Bahnhöfen, der Ausbau von Strecken, die Verbesserungen von Signaleinrichtungen, Verstärkung des Oberbaues, Vermehrung der Schwellen, Verstärkung der Bettung, Schaffung von 270 neuen Blockstellen, Neubau von großen Betriebswerken und Vergrößerung bereits bestehender Werkstätten. Wenn der Ostbahn die erforderlichen Materialien für die Bauten rechtzeitig zur Verfügung gestellt würden, könnten die Arbeiten bis zum März 1941 beendet sein.

Freitag, den 20.9.1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Ministerialdirektor im OKW Dr. Lehmann in Gegenwart von Ministerialrat Wille und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann überreicht dem Herrn Generalgouverneur ein Exemplar der

Verordnung über die Neufassung
des Militärstrafgesetzbuchs
nebst
Begründung.

Auf die Vorgeschichte der Verordnung eingehend, weist Ministerialdirektor Dr. Lehmann darauf hin, daß das aus dem Jahre 1872 stammende, noch jetzt geltende Militärstrafgesetzbuch nur einmal im Jahre 1926 geändert worden sei, und zwar unter der damals herrschenden Tendenz, die Vorschriften nicht etwa zu verschärfen, sondern möglichst viele Bestimmungen in die bürgerliche Justiz hineinzunehmen. Man habe es nun für notwendig gehalten, eine Novelle zu schaffen, in der auch die ersten Kriegserfahrungen berücksichtigt seien. Das Militärstrafgesetzbuch solle aber andererseits auch so gestaltet werden, daß es im Frieden Verwendung finden könne.

Der Hauptmangel des geltenden Militärstrafgesetzbuchs sei seine unerträgliche Kasuistik, die sich vor allem in der Strafandrohung zeige: die Strafen würden im einzelnen fixiert, wenn aber bestimmte erschwerende Merkmale vorlägen, dann werde eine besondere Strafe festgesetzt, oder es trete z.B. eine Erhöhung der Freiheitsstrafe um 6 Monate ein. Dasselbe gelte von Tatbeständen, die mit dem für das Militär so wichtigen Begriff des Vorgesetzten zusammenhingen. Außerdem befänden sich in dem Militärstrafgesetzbuch noch alte Begriffsbestimmungen, die für die heutige Zeit nicht mehr paßten, wie z.B. die Bestimmung: "Wenn eine Tat vor dem Feinde begangen wird". Außerdem reichten die Strafdrohungen in ihrer Schärfe vielfach nicht aus. Man habe deshalb nach Beginn des Krieges eine kleine Verordnung erlassen müssen, in der ein allgemeiner Qualifikationstatbestand aufgestellt worden sei, des Inhalts, daß jede Handlung mit Todesstrafe oder Zuchthaus geahndet werden könne, ganz gleichgültig, wie der Strafrahmen sonst sei, wenn die Aufrechterhaltung der Manneszucht es erfordere. Nach dem Polenfeldzug

sei

sei eine solche Bestimmung notwendig geworden, um Ordnung in die Truppe zu bringen. Weiter habe sich auch gezeigt, daß die von der allgemeinen Justiz in die Wehrmachtjustiz kommenden Ergänzungsrichter vielfach mit diesem Gesetz nicht recht zu arbeiten verstünden. Nun sei als Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung eine Novelle ausgearbeitet worden, in der diese Schönheitsfehler des geltenden Rechts beseitigt werden, ohne daß grundsätzliche Änderungen an der Struktur des Gesetzes vorgenommen werden. Die Novelle enthalte auch nichts, was der Strafrechtsreform vorgreife. So sei es auch vermieden worden, weltanschaulich bedingte Fragen der Regelung zu unterziehen. Der Entwurf sei also nur auf das Technische abgestellt, mit anderen Worten: auf die Praxis. Theoretische Fragen, mögen sie auch vom Standpunkt der Wissenschaft aus wichtig sein, ließen sich angesichts der Unruhe, die die Kriegszeit mit sich bringe, nicht lösen.

So lasse es sich denn auch nicht vermeiden, daß das Gesetz gewissermaßen Stückwerk sei. Das alte Gesetz habe eben lediglich eine Reihe von neuen Flicken bekommen. Es habe die Gefahr bestanden, daß die Rechtsprechung die bestehenden Bestimmungen nur so anwende, wie es von der früheren Gesetzgebung getan worden sei, von der Auffassung ausgehend, daß die Gesetzgebung ja hätte geändert werden können. Man habe deshalb in die Begründung hineingeschrieben, daß auch die nicht geänderten Bestimmungen im Geiste der Gegenwart ausgelegt werden müßten. So sei denn auch nur dasjenige in die Verordnung hineingekommen, was unerläßlich notwendig gewesen sei.

Die vorliegende Verordnung solle vom Ministerrat für die Reichsverteidigung erlassen werden. Seiner Bitte, dem Herrn Generalgouverneur über die Verordnung Vortrag halten zu dürfen, habe Generalfeldmarschall Keitel Folge geleistet, dies umsomehr, als ja der Herr Generalgouverneur immer großes Interesse für die Wehrmacht gehabt habe. Er, Ministerialdirektor Dr. Lehmann, habe auch die Anregungen der Akademie für Deutsches Recht berücksichtigt, soweit sie verwendbar gewesen seien. Die Novelle würde nunmehr an den Ministerrat zur Beschlußfassung gehen.

Der

Freitag, den 20.9.1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r sieht in der Tatsache, daß er bei der Beurteilung der Novelle zu Rate gezogen werde, eine besondere Anerkennung auch der im Generalgouvernement geleisteten Arbeit.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann erläutert sodann den Aufbau des Entwurfs. Man habe durch Zusammenziehungen von Bestimmungen 50 Paragraphen ausschalten können und alles, was überflüssig gewesen sei, weggelassen. So sei es auch möglich geworden, die starke Kasuistik des geltenden Gesetzes in etwa zu beseitigen. - Unter "Freiheitsstrafe" verstehe die Novelle Gefängnis, Festungshaft und Arrest.

Die Besprechung wendet sich dann einigen Tatbeständen zu.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r übt unter anderem Kritik an der Bestimmung des § 150, Heiraten ohne Erlaubnis, nach welcher derjenige, der sich ohne die erforderliche dienstliche Genehmigung verheiratet, mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten bestraft wird. Er weist insbesondere auf den juristisch wichtigen Unterschied zwischen Einwilligung und Genehmigung hin. Offenbar sei hier doch daran gedacht, daß die vorherige Einwilligung Voraussetzung sein solle, nicht aber derjenige, der geheiratet habe, die Genehmigung erbitten müsse. Er halte überdies die Fassung für zu hart. Zum mindesten müßte das Vorliegen mildernder Umstände berücksichtigt werden. Man müsse auch bedenken, daß angesichts des nationalsozialistisch-revolutionären Denkens gerade über die Notwendigkeit der Ehe der Anschein erweckt werden könne, als sei innerhalb der militärrechtlichen Anschauungen eine Reaktion spürbar, die sich gegen die Ehe wende. Nach dem Wortlaut des § 150 müßte man eigentlich annehmen, daß das Heiraten bestraft werde. Zum mindesten müßte der § etwa so gefaßt werden: Wer es unterläßt, die für die Eingehung einer Ehe erforderliche dienstliche Genehmigung einzuholen, wird bestraft.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann schließt sich dieser Auffassung durchaus an, gibt aber zu bedenken, daß man es im Kriege nicht verantworten zu können glaube, große weltanschauliche Probleme zum Gegenstand der Gesetzgebung zu machen. Deshalb habe man die alte Fassung beibehalten, und aus diesem Grunde habe man auch

in

in zahlreichen anderen Fällen von Änderungen abgesehen. Das neue Wehrmachtsstrafgesetzbuch werde den vom Herrn Generalgouverneur geltend gemachten Bedenken auch entsprechen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob man in der Novelle gewisse Tatbestandsmerkmale berücksichtigt habe, die aus den Erfahrungen des polnischen Feldzuges stammten, erwidert Ministerialdirektor Dr. Lehmann, daß hier vor allem die Bestimmung des § 128, Eigenmächtiges Beutemachen, in Betracht komme, ebenso § 129, Plünderung.

Der Herr Generalgouverneur bemängelt hier die Ausdrucksweise. Zunächst müßte es zum mindesten heißen: "Wer sich im Felde, um Beute zu machen, von der Truppe eigenmächtig entfernt ....". Ferner falle es auf, daß in einem und demselben Gesetz einmal allgemein von "Freiheitsstrafe" gesprochen und dann wieder die Strafen des Gefängnisses oder der Festungshaft genannt werden.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann weist darauf hin, daß in § 129 die Arreststrafe ausgeschlossen sein solle, und man deshalb hier nicht das Wort "Freiheitsstrafe" gewählt habe. Entsprechend der Schwere der einzelnen Fälle werde Festungshaft, Gefängnis oder Zuchthaus angedroht. Für ganz leichte Fälle der Plünderung sei auch nur Festungshaft vorgesehen.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob man nicht in Verbindung mit der Führerentscheidung eine generelle Klausel des Inhalts schaffen könnte, daß in allen Fällen, in denen gewisse Bedingungen vorlägen, auf Festungshaft zu erkennen sei. Dies halte er schon aus erzieherisch-ethischen Gründen für notwendig. Bei dem Betrachter des Tatbestandes dürfe an sich nicht der Eindruck entstehen, man könne sehr wohl unter ehrenhaften Motiven plündern.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann bemerkt, daß für das neue Wehrstrafgesetzbuch solche Erwägungen maßgebend sein würden. Es gebe aber strafbare Handlungen, die unter keinen Umständen durch die Strafe der Festungshaft gesühnt werden könnten, wie z.B. der Kameradendiebstahl. Man müsse schon aus der allgemeinen Klausel

schließen

schließen können, daß es sich hier um eine unanständige Tat handele.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Meinung, es müsse vielleicht das Vertrauen in die Rechtsprechung die Gewähr bieten, daß jemand in dieser Weise bestraft werde. Er halte sich auch nicht unbedingt an den Wortlaut, aber es werde wohl zweckmäßig sein, daß man auch solche ethischen Momente berücksichtige, weil sie ja auch für andere Gesetze von Wichtigkeit seien.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann gibt zu bedenken, daß über den Begriff der Plünderung mit Soldaten schwer zu sprechen sei. Diese Vorschrift, die übrigens jetzt schon rechtens sei, gelte ungefähr seit dem März dieses Jahres. Er habe dem Herrn Reichsmarschall darüber auch Vortrag gehalten, und dieser sei im allgemeinen geneigt, solche Fälle von Plünderung milde zu beurteilen. Das sei auch ein Grund, weshalb hier die Festungshaft erwähnt ist.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, daß diese Frage durch eine allgemeine Dienstvorschrift für die Richter geklärt wird. Jedenfalls müsse er unbedingt für eine einheitliche Diktion eintreten. Es müßte also einerseits gesagt werden: "Wird mit Freiheitsstrafe bestraft", wenn aber andererseits von "Freiheitsstrafe nicht unter 3 Jahren" die Rede sei und die Arreststrafe nicht darunter falle, dann müßte logischerweise gesagt werden: "Mit Gefängnis oder Festungshaft nicht unter 3 Jahren".

Ministerialrat Wille verweist auf die Begründung, in der gesagt werde:

> "Der Entwurf der Novelle sieht bewußt davon ab, zu den großen grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen, deren Lösung der allgemeinen Strafrechtserneuerung und der endgültigen Gestaltung des Strafrechts der Wehrmacht vorbehalten bleiben muß. Der Entwurf hat sich deshalb streng darauf beschränkt, das Militärstrafgesetzbuch nur insoweit zu ändern, als es nach den Erfahrungen dringend nötig ist. Er hat auch von einer Änderung der Paragraphenfolge und von einer Verbesserung der Fassung abgesehen, selbst wenn einige Unebenheiten bestehen bleiben. Auch sprachliche Verbesserungen sind im allgemeinen vermieden worden. Der Entwurf hat also Änderungen und Streichungen

nur

Freitag, den 20.9.1940.

nur dann vorgenommen, wo sie durch Vereinfachung und Klarstellung eine erhebliche Erleichterung und Verbesserung der Rechtsprechung mit sich bringen werden. Dadurch sollen weitere Änderungen oder Verbesserungen nicht ausgeschlossen werden, die sich durch die Überleitung vom Kriegszustand in den Friedenszustand noch als erwünscht etwa ergeben können.

Diese Beschränkung auf das Notwendigste verbietet den von der Rechtsprechung gelegentlich gezogenen Schluß, daß der Gesetzgeber die gesamte, zu den nicht geänderten Vorschriften vorhandene Rechtsprechung billige. Es bleibt die Pflicht des Richters, auch die alten Vorschriften im Geiste der nationalsozialistischen Rechtserneuerung auszulegen und fortzubilden."

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält es für notwendig, daß auch die Begründung der Novelle entsprechend veröffentlicht werde.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann betont, daß auch die Begründung abgedruckt werde. Er habe einen eigenen Gesetzesdienst eingerichtet. Von seiner Dienststelle würden die Vorschriften herausgegeben, in ein kleines Heft würden auch andere Gesetze hineingebracht, die für die Richter draußen von Bedeutung seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r glaubt, danach feststellen zu können, daß es sich bei der Novelle zum Militärstrafgesetzbuch nicht um ein feingemeißeltes, vorbildliches Gesetzeswerk handeln solle.

Auf die Bestimmung des § 129 nochmals eingehend, bezeichnet der Herr Generalgouverneur die Einfügung des Wortes "persönlichen" vor "dringenden Bedürfnisses" ~~[illegible] in Absatz 3~~ als notwendig, wohingegen Ministerialdirektor Dr. Lehmann auch die Möglichkeit in Betracht zieht, daß jemand für die Truppe plündere. Hier sei z.B. daran gedacht, daß ein Soldat sein Hemd wegwirft und sich ein neues nimmt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r zieht dann als weitere Beispiele noch die Fälle an, in denen jemand z.B. sich ein Pfund Kaffee wegnimmt und nach Hause schickt, wofür er doch wohl disziplinarisch bestraft werden müsse, oder den Fall, daß jemand ein Schwein wegtreibt, es vielleicht im Walde verbirgt und nach 3 Tagen schlachtet.

Den

Freitag, den 20.9.1940.

Den letzteren Fall sieht **Ministerialdirektor Dr. Lehmann** als etwas schwieriger zu beurteilen an. Übrigens sei die Fassung des Absatz 3 des § 129 gegenüber der bisherigen verschärft; früher sei der Wortlaut gewesen: "Als Plünderung ist es nicht anzusehen, wenn die Aneignung ..... nicht außer Verhältnis zu dem vorhandenen Bedürfnis steht".

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält damit die Frage für geklärt. Wenn also jemand einen Regulator wegnehme, so sei kein dringendes Bedürfnis vorhanden, es sei denn, daß jemand vielleicht in einer Vorstellung als Komiker einen solchen Gegenstand gebrauche. Vielleicht könnte man die Bestimmung so fassen: "Ein dringendes Bedürfnis, das zur Aufrechterhaltung der Gesundheit, der Kampfkraft der Truppe usw. unerläßlich befriedigt werden muß." Bei dieser Fassung würde der Begriff des dringenden Bedürfnisses von der evolutionären Möglichkeit befreit werden, daß darunter alle möglichen Dinge verstanden werden würden. Unter das "dringende Bedürfnis" würde z.B. auch der Tatbestand fallen, daß jemand als pflichtfreuer Soldat die Auffassung habe, er müsse irgendeine Speise essen und wegnehmen, damit er stark genug für den bevorstehenden Kampf sei. Wenn solche und ähnliche Fälle Berücksichtigung fänden, dann würden viele Vorurteile aus dem Wege geräumt werden.

Ministerialdirektor Dr. Lehmann erklärt sich bereit, diese Anregungen nach Möglichkeit zu verwerten. In der Praxis werde die Bestimmung auch schon so gehandhabt. Auch liege es in der Hand des Gerichtsherrn, ob er einen Tatbericht einreichen wolle. In vielen Fällen würden keine Tatberichte eingereicht, und so bestehe allgemein die Möglichkeit, jedes Verfahren einzustellen, wenn die Schuld des Täters gering und die Folgen unbeachtlich seien. Vor allem kämen hier die Fälle der tätigen Reue in Betracht.

Abschließend erklärt sich Ministerialdirektor Dr. Lehmann bereit, von dem, was der Gegenstand der Besprechung gewesen ist, möglichst viel in die Begründung hineinzuarbeiten.

Schluß der Besprechung 15^{30} Uhr.

Freitag, den 20.9.1940.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß die den Wachtdienst im Regierungsgebäude zur Zeit wahrnehmenden Mannschaften des Sonderdienstes unverzüglich abgelöst und wieder durch Polizeimannschaften ersetzt werden. Den Hinweis des Staatssekretärs Dr. Bühler darauf, daß die von der Ordnungspolizei gestellten Mannschaften, da sie ständig wechselten, dem ganzen Betriebe im Regierungsgebäude fremd gegenüberständen, will der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nicht gelten lassen. Die Verwendung von Mannschaften des Sonderdienstes für solche Zwecke verstoße gegen die von ihm getroffene Regelung, nach welcher der Sonderdienst vor allem den Kreishauptmännern zur Verfügung zu stellen sei. Sollten sich die Polizeimannschaften tatsächlich nicht für diesen Dienst im Regierungsgebäude als fähig erweisen, so müßten eben andere geeignete Kräfte dafür herangezogen werden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zur Frage der Einstufung und Einordnung des bisherigen Kreishauptmanns Kundt Stellung genommen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß Kreishauptmann Kundt als Unterstaatssekretär in einem Unterordnungsverhältnis zu Staatssekretär Dr. Bühler zu stehen habe; er sei weder bevollmächtigter Stellvertreter noch bevollmächtigter Vertreter des Staatssekretärs oder gar des Generalgouverneurs, sondern ihm werde nur von Fall zu Fall die auftragsweise Vertretung des Staatssekretärs übertragen.

Abfahrt von Haus Kressendorf nach der Burg zu Krakau.

Ankunft auf der Burg.

Freitag, den 20.9.1940.

Arbeitssitzung im großen Arbeitszimmer der Burg unter Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs. An dieser Sitzung nehmen außerdem teil:

Ministerialdirigent Dr. Emmerich,
Oberführer Dr. Gstöttenbauer,
Industriebeauftragter Ing. Dr. Goebel,
Sonderbeauftragter für die Erdölwirtschaft Dr. Will,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren Dr. Krause,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Eisen und Stahl, Dr. Fischer,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Leder Dr. Wohlfahrt,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Metalle, Baer,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle, Dr. Jehne,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Chemie, Dr. Schüle,
Senatsrat Dr. Bergemann.

(Protokoll der Sitzung siehe Beiakten.)

Besprechung mit Geheimrat Rattinger und Architekten Horstmann.

Gegenstand der Besprechung ist der geplante große Hotelbau.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich entschieden gegen ein Verbleiben der Bank in diesem Hotelgebäude aus und ersucht Geheimrat Rattinger, für eine entsprechende Regelung Sorge zu tragen.

Fahrt nach Haus Kressendorf.

Sonnabend, den 21. September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Stadtkommissar von Kressendorf Heltenstell. Er erkundigt sich nach den persönlichen und dienstlichen Verhältnissen des Stadtkommissars. - Stadtkommissar Heltenstell bittet, ihm einen Gartenbauarchitekten zur Verfügung zu stellen, der die Aufgabe erhalten würde, für eine Verschönerung des Ortes Sorge zu tragen. Er beabsichtige, Kressendorf mit der Anlage von Grünflächen usw. ein schöneres Gesicht zu geben. Stadtkommissar Heltenstell bittet ferner, zu diesem Zwecke der Stadt die innerhalb des Weichbildes liegenden Potocki'schen Liegenschaften abzutreten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß im Einvernehmen mit Burghauptmann Buchner ein Plan für die Schaffung von Grünflächen aufgestellt wird, und gibt die Zusage, daß die dafür benötigten Flächen vom Potocki'schen Besitz abgelöst würden.

Stadtkommissar Heltenstell bittet weiter darum, der Stadt zur Durchführung dieser Pläne eine Summe von 20 000 Zloty ohne Rückzahlungsverpflichtung zur Verfügung zu stellen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß hinsichtlich der Hergabe dieser Summe mit Oberregierungsrat von Streit und Burghauptmann Buchner Rücksprache genommen werden soll.

Stadtkommissar Heltenstell teilt dann mit, daß die Finanzen der Stadt Kressendorf sehr schlecht seien. Hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung beständen jedoch keine wesentlichen Bedenken.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt dem Stadtkommissar x nahe, Bezugscheine für Textilien herauszugeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dann dem Stadtkommissar, daß er bereit sei, der Stadt Kressendorf ein persönliches Geschenk von 3 000 Zloty zu machen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt Dr. Arlt aus Anlaß seines Ausscheidens aus seinem Amt. Er Er drückt Dr. Arlt dabei seinen Dank und seine Anerkennung für die im Generalgouvernement geleistete Arbeit aus und überreicht Dr. Arlt sein Bild mit Widmung. Gleichzeitig spricht der Herr Generalgouverneur Dr. Arlt seinen Dank für dessen Tätigkeit als Schulungsleiter im Arbeitsbereich

bereich

Sonnabend, den 21.9.1940.

Arbeitsbereich der NSDAP. aus und entläßt Dr. Arlt auch aus dieser Tätigkeit.

Besprechung mit Hauptschriftleiter Zarske.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt den Reichsjugendführer Axmann.

Frühstück zu Ehren des Reichsjugendführers.

Fahrt zur Burg in Krakau.

Besprechung mit Abteilungspräsidenten Schmidt, Hauptschriftleiter und Pressechef Zarske, Hauptschriftleiter Nehring.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r teilt mit, daß sich Hauptschriftleiter Zarske bei ihm darüber beklagt habe, er werde als Pressechef des Generalgouverneurs einer ihm angesichts seiner Stellung nicht zukommenden Zensur unterworfen. Insbesondere beschwere sich Hauptschriftleiter Zarske über die Beschlagnahme einer der letzten Nummern der polnischen illustrierten Zeitschrift. Er, der Generalgouverneur, müsse allerdings auch zugeben, daß die Beschlagnahme einer unter deutscher Kontrolle erscheinenden polnischen Zeitung außerordentlich peinlich wirke, umsomehr, als ja die Öffentlichkeit dann erst recht auf den betreffenden Artikel bzw. die beanstandeten Illustrationen aufmerksam gemacht würde. Eine Möglichkeit, solche Vorfälle für die Zukunft zu vermeiden, könne darin gefunden werden, daß die beteiligten Stellen vorher in einen Meinungsaustausch einträten.

Hauptschriftleiter Nehring weist darauf hin, daß die Veröffentlichungen in der polnischen illustrierten Zeitung schon wiederholt zu schweren Beanstandungen Anlaß gegeben hätten. Man müsse den Eindruck haben, daß diese Zeitung nicht verantwortlich geleitet werde. Selbstverständlich könne Hauptschriftleiter Zarske, der mit der Erfüllung seiner anderen Aufgaben vollauf zu tun habe, kein Vorwurf gemacht werden.

Hauptschriftleiter

Sonnabend, den 21.9.1940.

Hauptschriftleiter Zarske betont, daß diese illustrierte polnische Zeitung genau wie jede andere Zeitung behandelt werde und behandelt werden könne, da sie einen deutschen Schriftleiter habe. Er halte es im übrigen für technisch unmöglich, daß vor jedesmaligem Erscheinen der Zeitung der Schriftleiter sein Material der Propagandaabteilung vorlege.

Der Herr Generalgouverneur will diesen Einwand nicht gelten lassen: was im Amt des Generalgouverneurs möglich sei, daß nämlich vor Erlaß einer Verordnung sämtliche interessierten Abteilungen gehört würden, müsse auch im Pressewesen möglich sein.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage zu, welche Stellung der Pressechef des Generalgouverneurs gegenüber der Presseabteilung des Amts für Propaganda einnehme. Der Herr Generalgouverneur vergleicht mit ihr die Stellung des Reichspressechefs Dietrich, der zugleich Staatssekretär im Propagandaministerium und Reichsleiter, aber nicht Reichsminister sei. Der Führer habe ein eigenes Presseministerium nicht schaffen wollen.

Hauptschriftleiter Zarske gibt zu bedenken, daß der Zustand, der seinerzeit geherrscht habe, sich als unmöglich erwiesen habe. Er sei von der Auffassung ausgegangen, daß er als Pressechef des Generalgouverneurs die politische Kontrolle zu üben habe. Er habe seine Stellung so verstanden, daß er als Pressechef in Presseangelegenheiten dem Generalgouverneur allein verantwortlich sei.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden über diese Auffassung Ausdruck. Er habe seinerzeit ausdrücklich erklärt, daß Pressechef Zarske derjenige sei, mit dem er die großen politischen Geschehnisse pressepolitisch erörtere, wie es auch der Führer mit Reichspressechef Dietrich tue. Er habe Zarske aber keine Vollmacht gegeben, das ganze Gefüge der Pressepolitik über den Haufen zu werfen. Eine verantwortliche staatliche Presseführung im Generalgouvernement sei unbedingt notwendig. Hauptschriftleiter Zarske müsse deshalb mit Abteilungspräsidenten Schmidt zusammenarbeiten und sich in das Gesamtgefüge der staatlichen Autorität einfügen. Das Verhältnis des Pressechefs des Generalgouverneurs zum Pressechef der Abteilung Propaganda, Dr. Gassner, müsse geklärt werden, sonst g befürchte er eine Gefahr für die einheitliche Steuerung der Pressepolitik im Generalgouvernement.

Sonnabend, den 21.9.1940.

Generalgouvernement.

Abteilungspräsident Schmidt erklärt sich bereit, für die Zukunft in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen gemeinsame Besprechungen zwischen der Propagandaabteilung und dem Pressechef des Generalgouverneurs zu führen.

Hauptschriftleiter Zarske beschwert sich darüber, daß er über manche Dinge von der Propagandaabteilung nicht ins Bild gesetzt werde, wodurch ihm manchmal die praktische Arbeit sehr erschwert worden sei.

Abschließend betont der Herr Generalgouverneur, daß er von allen Beteiligten den guten Willen verlange, diese Mißstände abzustellen. Persönliche Invektiven oder gar Intrigen dürften unter gar keinen Umständen eine Rolle spielen. Nur vollkommenes Vertrauen des einen zum anderen könne das sichere Fundament der Arbeit sein.

Sonnabend, den 21. 9. 1940.

Arbeitssitzung.

Anwesend sind: Staatssekretär Dr. Bühler,
General von Höberth,
Oberstleutnant von Tschammer und Osten,
Major Heinze,
Dr. Bausenhardt,
Geheimrat Rattinger,
Architekt Horstmann,
Amtsgerichtsrat Söller,
Bürgermeister Staeckel,
Dr. Ritter.
Oberbaurat Hofer.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erläutert zunächst den Zweck der Beratung. Sie soll der Besprechung der

Wohnungsfrage

dienen. Vor allem, so führt der Herr Generalgouverneur aus, müsse erst einmal die Frage geklärt werden, auf wieviel Wohnraum ein Reichsdeutscher, Beamter oder Angehöriger der Wehrmacht, der Polizei , der SS usw., Anspruch habe. Es sei unerträglich, feststellen zu müssen, daß Junggesellen 4 oder gar 5 Räume bewohnten, und ebenso ausgeschlossen sei es, daß in einer Zeit, in der die Wehrmacht eine große geschichtliche Aufgabe zu erfüllen habe, von einzelnen solche Ansprüche gestellt würden. Es sei auch mittlerweile schon zu ernsten Schwierigkeiten auf diesem Gebiete gekommen. General von Gienandt habe ihm zugesagt, die Frage der Unterbringung von Angehörigen der Wehrmacht nach Möglichkeit selbständig zu lösen.

Generalmajor von Höberth bemerkt, daß man bereits 400 Offiziere und Beamte der Wehrmacht untergebracht habe. Es fehlten aber noch Wohnungen für 100 bis 150 Offiziere und Beamte. Bisher seien diese Offiziere und Beamten in Einzelzimmern untergebracht, die ganz bescheiden eingerichtet seien. Die Herren fänden sich aber angesichts der beschränkten Wohnungsverhältnisse im Generalgouvernement damit ab. Es herrsche aber bei der Wehrmacht überhaupt die Auffassung, daß jeder Offizier nur Anspruch auf ein Zimmer habe.

Amtsgerichtsrat Söller weist auf die großen Schwierigkeiten hin, die mittlerweile in der Beschaffung von Wohnraum entstanden seien. Der Stadt Krakau ständen keine Quartiere mehr zur Verfügung. Gleichwohl lägen dem Vernehmen nach noch 3000 Anträge auf Zuweisung von Wohnungen vor, die immer noch nicht erledigt seien. Die Betriebsabteilung habe den Stadthauptmann gebeten, ihr eine Beschlagnahmeer-

mächtigung

Beschlagnahmeermächtigung zu geben. Man habe auch bereits Zimmer beschlagnahmt, und es sei gelungen, den Bedarf, der bei der Betriebsabteilung vorläge, zu decken. Daß aber noch immer viele Zimmer fehlten, zeige der Umstand, daß eine ganze Anzahl von Personen schon seit Dezember in Hotels wohne. Von Interesse möge übrigens auch die Feststellung sein, daß von den Wohnungsuchenden vielfach große Ansprüche in Bezug auf den Komfort der Wohnungen gestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß heute noch in größerem Umfange Hotelzimmer von Personen bewohnt würden, die dauernd im Dienste des Generalgouvernements ständen. Hotelzimmer seien lediglich für durchreisende Personen zur Verfügung zu stellen. Wenn in Bezug auf die Einrichtung der Wohnungen hohe Ansprüche gestellt würden, die unter keinen Umständen erfüllt werden könnten, dann erkläre er, daß er auf die Anwesenheit dieser Personen im Generalgouvernement keinen Wert lege.

Dr. Bausenhardt betont, daß das Stadtquartieramt in Krakau den Anträgen auf Wohnungszuweisung, so-weit möglich, stattgegeben habe. Leider würden die Ansprüche teilweise stark übersteigert. Das Amt werde überschwemmt mit Anträgen auf Beschlagnahme von Wohnungen und Wohnungseinrichtungen. Zudem müsse man berücksichtigen, daß das Quartieramt lediglich mit neun Beamten und Angestellten arbeite. Dieser Zustand sei angesichts der zahllosen Anträge auf die Dauer unmöglich. Wolle man wirklich ersprießliche Arbeit leisten, dann bedürfe es mindestens eines Stabes von 30 bis 40 Beamten und Angestellten. - Für die Wehrmacht habe man 400 Zimmer bereitgestellt. Deshalb seien aber keine Beamten ausquartiert worden, aber diejenigen, die 2 oder 3 Zimmer zur Verfügung hätten, müßten entsprechenden Wohnraum abgeben. Man gehe die einzelnen Wohnungen durch und sei jetzt dabei, den über das eigentliche Wohnbedürfnis hinausgehenden Wohnraum der Beamten einzuschränken.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nochmals mit Entschiedenheit gegen diese überspannten Ansprüche auf Wohnraum und ermächtigt den Leiter des Quartieramts, diesen Unfug abzustellen. Diese seine Anordnung müsse auch den Distrikten bekanntgegeben werden. Selbstverständlich sei eine gewisse Rücksichtnahme bei der Unterbringung von deutschen Beamtenfamilien, vor allem solchen

mit

mit Kindern, geboten.

Dr. Bausenhardt erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß er diesen größeren Beamten- und Angestelltenapparat von etwa 40 Personen nötig habe, um die leerstehenden Wohnungen registrieren zu können. Diese Kräfte könne man teils aus Volksdeutschen, teils auch aus zur Entlassung kommenden Jahrgängen der Wehrmacht und SS, ferner auch aus Oberschlesien entnehmen, sie bedürften keiner besonderen Vorkenntnisse. Im übrigen weise er noch darauf hin, daß jedem Beamten und Angestellten der Stadt nur ein oder zwei Zimmer zur Verfügung gestellt würden; auch der Stadthauptmann habe nur eine 3-Zimmerwohnung.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, für sämtliche Beamten, die im Bereiche der Stadt Krakau dienstlich tätig seien, eine Liste aufzustellen, aus der sich ergebe, wieviel Zimmer der einzelne habe.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie das Verhältnis des Wohnungsamtes zur Wehrmacht sei, erwidert General von Höberth, daß er vor ungefähr einem Jahr das gesamte Quartierwesen in der Stadt Krakau in der Hand gehabt habe. Später sei dann mit dem Bürgermeister eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher die Teile des Wohnraums, über die die Wehrmacht verfügt habe, ihr verbleiben, alles andere aber der Regierung überantwortet werden solle. Von der Wehrmacht seien dann auch gewisse Teile geräumt worden, sie habe die ihr zugewiesenen Räume bezogen, und er habe aus freien Stücken nach Maßgabe des Freiwerdens größerer Teile von Räumen wieder Zimmer zur Verfügung gestellt. Er habe jetzt ein eigenes Quartieramt und könne über einen bestimmten Wohnraum verfügen. Brauche er jedoch angesichts eines augenblicklichen Bedarfs noch mehr Wohnraum, dann sei er genötigt, sich an das städtische Quartieramt zu wenden. Er habe vielleicht einmal einige Räume freigehabt, wenn er sie aber gemeldet hätte, dann hätte er keine Verfügung mehr über diese Räume gehabt.

Dr. Bausenhardt erinnert daran, daß alle möglichen Dienststellen für sich Wohnungen beschlagnahmt hätten. Wenn jetzt aber ein Wohnungsamt eingerichtet werde, so müßten sich die Dienststellen wegen Zuweisung von Quartieren immer an die Stadt wenden. Maßgebend für die Verteilung des örtlichen Wohnraums in Krakau dürfe allein das Wohnungsamt sein. Danach müßten sich alle Dienststellen, auch diejenigen der SS und Polizei, unbedingt richten. Wenn das Wohnungsamt geschaffen

geschaffen sei, müsse man unbedingt einen Überblick über den gesamten Wohnraum in Krakau haben. Es würde sich auch vielleicht empfehlen, wenn dann die Quartiere, die von der Wehrmacht in Anspruch genommen seien, in das Wohnungsamt der Stadt Krakau eingereiht würden.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, er habe mit Stadthauptmann Schmidt in Aussicht genommen, nach Schaffung dieser Behörde ihr einen Beirat zu geben, der aus Vertretern sämtlicher Dienststellen bestehe. Wenn dann alle anderen Quartierämter aufgelöst seien, könnten Streitfragen in diesem Gremium geschlichtet werden.

Amtsgerichtsrat Söller weist in diesem Zusammenhang auf den Mangel an Wohnungseinrichtungen hin. Früher habe man für leerstehende Wohnungen Möbeleinrichtungen beschlagnahmen können. Diese Möglichkeit bestehe aber heute nicht mehr. Für Beamte des Amts des Generalgouverneurs seien bis heute 150 Zimmereinrichtungen bestellt worden, die aber erst in etwa 3 Wochen hergestellt sein würden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r legt großen Wert darauf, daß zwar einfache, andererseits aber zweckmäßige, gediegene und saubere Möbel angeschafft würden.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß es in Krakau immerhin noch eine ganze Anzahl leerer Zimmer gebe und den Mißständen in Bezug auf den Wohnraum abgeholfen werden könnte, wenn entsprechende Möbel vorhanden wären.

Oberbaurat Hofer teilt mit, daß 100 Zimmereinrichtungen einfachen Stils sofort bei der Möbelfabrik in Sierardow bestellt werden könnten. Auch habe Schloßhauptmann Löv eine Möbelfabrik in der Nähe von Warschau für die Fabrikation von Möbeln in Aussicht genommen.

Amtsgerichtsrat Söller hat 150 Einrichtungen bestellt. Die Kosten müßte allerdings das Amt des Generalgouverneurs tragen.

Dr. Bausenhardt kann auch nur neue Möbel bestellen, da es unmöglich sei, noch Möbelstücke in der Stadt zu beschlagnahmen.

Oberbaurat Hofer macht darauf aufmerksam, daß seit gestern und vorgestern kein Holz mehr freigestellt werde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist der Auffassung, daß die Beschaffung von Möbelstücken in das Otto-Programm hineingenommen werden müsse. Das Holz werde auf seinen Befehl freigegeben werden, aber nur für den dringendsten Möbelbedarf, und zwar zunächst in Krakau.

Bürgermeister

Sonnabend, den 21.9.1940.

Bürgermeister Staeckel als ehemaliger Dezernent des Deutschen Verkehrsamts bittet darum, daß alle Behörden und Dienststellen wie auch Industrieunternehmungen angewiesen würden, auch ihrerseits Möbel zu bestellen. Das Quartieramt befinde sich deshalb in so schwieriger Lage, weil eben jeder eine möblierte Wohnung haben wolle. Das Quartieramt solle ja nicht den Zweck haben, etwa die gesamte öffentliche Wohnungspflege zentral in die Hand zu nehmen, sondern es sei geschaffen worden, weil jeder einzelne habe beschlagnahmen dürfen. So xxxxxxx seien denn auch, vielfach ohne daß ein besonderes Bedürfnis vorgelegen habe, wundervolle Wohnungen mit Badeeinrichtungen usw. für Büros beschlagnahmt worden.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ordnet an, daß ihm auch eine Liste dieser Fälle gegeben werde.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß ganze Wohnungsblöcke zu Bürozwecken verwendet würden. Hier handele es sich aber um einen Notstand, der vorläufig nicht beseitigt werden könne.

Bürgermeister Staeckel gibt zu bedenken, daß täglich weitere große Anforderungen in Bezug auf Zurverfügungstellung von Räumen von der Postverwaltung, von der Ostbahn usw. gestellt würden. Mit einer Vermehrung der Beamtenzahl des Quartieramts und der Schaffung eines großen Verkehrsamts sei die Not noch nicht behoben, sondern es müsse die Frage entschieden werden, wie dieses Amt überhaupt Wohnungen beschaffen solle. Wenn man jetzt die von Polen bewohnten Wohnungen räumen lasse, dann würden sich die Polen sofort beschweren und sich darauf berufen, daß der Generalgouverneur versichert habe: die Polen, die sich loyal in die neue Zeit einfügten, hätten nichts zu befürchten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will auch hier eine Feststellung getroffen wissen, um welche Fälle es sich handele. Außerdem erteile er Bürgermeister Staeckel die Ermächtigung, sich in allen solchen Fällen auf die Weisung des Generalgouverneurs zu berufen, daß nur dann eine solche Wohnung beschlagnahmt werden dürfe, wenn von ihm die Bestätigung dafür erteilt sei. Im übrigen müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß der Zustrom von aus dem Reiche kommenden Personen sich nicht nur nach Krakau lenke. Auch dürfe es nicht etwa als eine unerhörte Zumutung angesehen werden, wenn jemandem anheim gestellt werde, aus Krakau wegzugehen. Jedenfalls wünsche er über alle

diese

Sonnabend, den 21.9.1940.

diese Dinge genaue Feststellungen. Er weise Bürgermeister Staeckel an, zunächst alle Anträge glatt abzulehnen. Das wichtigste sei jetzt die Beschaffung von Wohnungen für die Wehrmacht und die Herstellung von Möbeln. Im übrigen müsse auch einmal daran gedacht werden, daß Wohnbaracken hergestellt würden. Vor allem dürfe aber der Stadtverwaltung nicht die ganze Last der Wohnungs- und Möbelbeschaffung aufgebürdet werden.

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, wie und mit welchen Mitteln die halbfertigen Wohnhäuser in Krakau für Wohnzwecke ausgebaut werden könnten.

Dr. Ritter kann über die Zahl dieser zur Hälfte oder zu Dreivierteln fertigen Häuser keine genauen Angaben machen, nimmt aber an, daß es sich um ungefähr 150 Häuser noch handeln werde, die zur Hälfte fertig seien. Er schätze, daß der Ausbau jedes Hauses etwa 50 000 RM erfordern werde. Insgesamt würde es sich also um eine Summe von 15 Millionen Zloty handeln.

Der Herr Generalgouverneur betont, es müsse möglich sein, daß eine großzügige Planung unter der Aegide der Stadt vorgenommen werde. Auch der Distrikt könne darüber hinaus noch etwas leisten. Die Stadt würde über diese Mittel verfügen können, und zwar als eine besondere Summe, die sie aus dem Haushalt des Generalgouvernements erhalte. Diese Mittel ständen ab morgen zur Verfügung, sie dürften allerdings nur für den Ausbau der halbfertigen Häuser Verwendung finden. Davon könne auch die Wehrmacht etwas erhalten. Dazu trete dann noch das Möbelbeschaffungsprogramm als eine rein zusätzliche Leistung der Stadt Krakau. Vom 1. April nächsten Jahres an würde dann das große Wohnungsbauprogramm des Generalgouvernements in Angriff genommen werden. Grundsatz müsse allerdings sein, daß keine luxuriösen, sondern einfache Zweckbauten errichtet würden.

Major Heinze wirft die Frage auf, ob es nicht möglich sei, die Wohnungen für die Wehrmacht wenigstens provisorisch bereitzustellen. Die Wehrmacht verfüge über Geldmittel, es ständen ihr auch Materialien und Arbeiter zur Verfügung.

General von Höberth teilt in diesem Zusammenhang mit, daß auch die Luftwaffe bei ihm Häuser angefordert habe, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß es sich um eine Planung für den Frieden handele. Er habe deshalb in Berlin angefragt, habe jedoch die Auskunft erhalten,

daß

Sonnabend, den 21.9.1940.

daß von solchen Friedensplanungen vorläufig noch nichts bekannt sei.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r rechnet allerdings damit, daß Krakau auf jeden Fall eine große Garnisonsstadt werde. Auch dieser Gedanke müßte nochmals erwogen werden. Im übrigen hänge die Frage der Unterbringung von Wehrmachtsangehörigen ja auch mit dem Otto-Programm zusammen, das ja schließlich ein außerordentliches Bauprogramm für den Aufbau des Generalgouvernements sei.

Major Heinze betont, daß bei der Wehrmacht das Bestreben vorherrsche, daß Wehrmachtsangehörige nur in guten Dauerwohnungen untergebracht würden. Bislang hätten allerdings Hotelzimmer bezogen werden müssen, jedoch sei man bestrebt, die Hotelzimmer freizumachen und die Insassen in Wohnungen unterzubringen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hat den dringenden Wunsch, daß Hotels grundsätzlich nur für durchreisende Personen zur Verfügung stehen sollten. Der Zustand, daß die Hotels fast täglich überfüllt seien, sei auf die Dauer völlig unmöglich. Er müsse also darauf bestehen, daß die Hotels für den Reiseverkehr freigehalten werden. Vor allem müsse auch das Grand-Hotel von Personen geräumt werden, die ihren dauernden Aufenthalt in Krakau hätten. Das Grand-Hotel sei das für vorübergehenden Aufenthalt von Personen bestimmte Reisehotel des Generalgouverneurs. Wer länger als 3 Tage im Grand-Hotel wohne, dem müsse gekündigt werden können.

Amtsgerichtsrat Söller bemerkt, daß sich die Betriebsabteilung bemüht habe, mit dem Stadtquartieramt zu einem Einvernehmen zu gelangen. Die Stadt habe sich bisher nur zu einer Zusammenarbeit bereit erklärt, ohne daß bisher eine bestimmte Basis gefunden worden wäre.

Bürgermeister Staeckel hält es für zweckmäßig, wenn der Distrikt das ganze Quartierwesen in die Hand nehme. Was die Hotel-frage angehe, so habe er bislang in jedem Fall mit aller Bestimmtheit erklärt, daß das Grand-Hotel für das Generalgouvernement zur Verfügung stehe und keine andere Stelle darüber zu verfügen habe.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß Generalleutnant Schindler das Hotel Polonia für seine Zwecke in Anspruch genommen habe.

Dr. Bauernhardt weist dem gegenüber darauf hin, daß dieses Hotel hauptsächlich für die Beamten und Angestellten des Distrikts zur Verfügung stehe, die teilweise schon seit Dezember dort wohnten. Dieses Hotel solle zu einem Beamtenheim des Gouverneurs umgewandelt werden.

Der

Sonnabend, den 21.9.1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt nochmals die Weisung, daß sämtliche Hotels lediglich für den allgemeinen Reiseverkehr benutzt werden dürfen. Gewisse Zimmer sollten zu seiner persönlichen Verfügung gehalten werden, immer aber nur für Gäste des Generalgouverneurs. Er werde sich persönlich danach erkundigen, ob dieser seiner Weisung Folge geleistet werde. Natürlich müsse denjenigen, die bisher in Hotels gewohnt hätten, bei der Erlangung einer Wohnung geholfen werden.

General von Höberth bittet um die Genehmigung, einige Herren von der Wehrmacht noch für kurze Zeit im Hotel Franzuski wohnen zu lassen, da er zur Zeit nicht wisse, wo er sie unterbringen solle. Außerdem habe ihm der Generalgouverneur noch 5 Zimmer im Grand-Hotel zur Verfügung gestellt, die aber niemals in Anspruch genommen worden seien.

Major Heinze teilt mit, daß er Sammelquartiere geschaffen habe. Er habe Säle ausräumen und dort Betten aufstellen lassen. Es würde sich überhaupt empfehlen, größere Räume wie z.B. auch Schulen für solche Zwecke zur Verfügung zu stellen. In diesen Unterkünften könnten auch durchreisende Mannschaften untergebracht werden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob solche Massenquartiere im vermehrten Umfange hergerichtet werden könnten, wird von Dr. Dausenhardt bejaht.

Gegenüber dem Hinweis des Staatssekretär Dr. Bühler, daß die Wehrmacht auch noch in einigen anderen Hotels Offiziere unterbringe, weist Generalmajor von Höberth darauf hin, daß die Wehrmacht seinerzeit in jedem Hotel eine gewisse Anzahl von Zimmern zugestanden erhalten habe. Wenn diese Zimmer nicht gebraucht würden, würden sie sofort zur Verfügung gestellt.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r würde es sehr begrüßen, wenn alle Dienststellen auf diesem Gebiete aufs engste zusammenarbeiteten. Jedenfalls sei der gegenwärtige Zustand unhaltbar; es müsse unbedingt Hotels geben, in denen durchreisende Personen sofort untergebracht werden könnten. Die Frage der Dauerwohnungen werde eben in absehbarer Zeit gelöst werden müssen, und man werde auch dafür sorgen, daß die Beamten und Angestellten zweckmäßige und freundliche Wohnungen erhielten. Die Dauerwohnverhältnisse in Hotels würden von ihm nunmehr amtlich aufgehoben., eine Berufung darauf sei nicht mehr möglich.

Bürgermeister

Sonnabend, den 21.9.1940.

Bürgermeister Staeckel macht Mitteilung davon, daß verheiratete Beamte, die nach dem Generalgouvernement versetzt würden, übertriebene Anforderungen in Bezug auf die von ihnen zu beziehende Wohnung stellten. Sie seien sogar der Meinung, daß ihnen hier neue Möbel zur Verfügung gestellt würden. Seines Erachtens sei es doch aber eigentlich selbstverständlich, daß Beamte, die gewillt seien, ihren Haushalt in der Heimat aufzulösen, auch ihre Möbel nach dem Generalgouvernement mitbringen müßten.

Der Herr Generalgouverneur mißbilligt das Verhalten dieser Beamten ganz entschieden und wendet sich ebenso scharf dagegen, daß über Polen und die polnischen Verhältnisse im Reich offensichtlich ganz falsche Vorstellungen herrschten. Den Beamten müßte eben, bevor sie heirateten, bekanntgegeben werden, wie die Verhältnisse im Generalgouvernement seien.

Staatssekretär Dr. Bühler betont dem gegenüber, daß den Beamten grundsätzlich eröffnet worden sei, daß sie ihre Familie erst in das Generalgouvernement hineinbringen könnten, wenn vorher die Wohnungsfrage für sie restlos geklärt sei.

Der Herr Generalgouverneur empfiehlt dem Leiter der Betriebsabteilung, ein Merkblatt, in welchem diese Fragen behandelt würden, zu verfassen, das dann jedem Beamten, der in das Generalgouvernement berufen werde, zu übergeben sei.

Dr. Bossenhardt gibt zu bedenken, daß die Beamten ja ihren Wohnsitz nicht ohne weiteres verlegen dürften. Deshalb müßte jeder Beamte, der eine Wohnung suche, zunächst einmal gefragt werden, ob er die Übersiedlungsgenehmigung habe. Anders sei es mit Angestellten von Firmen, ebenso mit Amtsleitern, die mit ihren Familien ins Generalgouvernement zögen: für sie müßten natürlich Wohnungen gesucht werden.

Der Herr Generalgouverneur faßt abschließend das Ergebnis der Beratungen zusammen und ordnet an, daß alle zur Sprache gekommenen Fragen in den beteiligten Dienststellen nochmals eingehend erörtert werden. Es soll dann Ende des Monats eine nochmalige Besprechung stattfinden.

Schluß der Sitzung 19^{45} Uhr.

Haus Kressendorf.

908

Sonntag, den 22. September 1940.

Besprechung mit den Gouverneuren Dr. Fischer, Dr. Lasch, Dr. Wächter und Dr. Zörner in Anwesenheit von Staatsekretär Dr. Bühler und Kreishauptmann Kundt.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Reit- und Fahrtournier in Krakau.

Erstaufführung des Shakespeares'schen Lustspiels: "Der Wiederspenstigen Zähmung" im Staatstheater.

Fahrt zum Tefassen-Restaurant.

Fahrt nach Kressendorf.

Montag, den 23. September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r empfängt in Gegenwart des Gesandten von Wühlisch den Grafen Fossombrone.

Empfang der Frau von Dircksen und des Barons von Peschke.

Frühstück in kleinem Kreise.

Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Keith.

Abfahrt nach der Burg in Krakau.

Ankunft auf der Burg zu Krakau.

Kurze Besprechung mit Kreishauptmann Kundt und Abteilungsleiter Amtsgerichtsrat Dr. Wilden.

Feierliche Einführung des Metropoliten Dionysius in sein Amt als Oberhaupt der orthodoxen Kirche des Generalgouvernements.

Dem feierlichen Akt wohnen bei: Kreishauptmann Kundt, und Amtsgerichtsrat Dr. Wilden, ferner der zur Bischofsweihe in Aussicht genommene Professor Dr. Ohijenko, Generalvikar Maluszynskyj weiter als Vertreter der ukrainischen Volksgruppe Professor Dr. Kubijowytsch, Klibowyckyj und Ingenieur Terebus.

Der Metropolit gibt dem Herrn Generalgouverneur eingangs folgende Erklärung ab:

"Wir, Dionysios, Erzbischof der Diözese Warschau und Metropolit der heiligen orthodoxen autokephalen Kirche im Generalgouvernement, versprechen als Oberhaupt dieser Kirche dem Herrn Generalgouverneur Treue und Ergebenheit.

Wir werden die von ihm erlassenen Gesetze und Anordnungen getreulich erfüllen und stets dafür Sorge tragen, daß die uns unterstellte Geistlichkeit in gleicher Treue und Ergebenheit diese Gesetze und Anordnungen achtet und erfüllt.

Der

Montag, den 23. September 1940.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r nimmt das Dokument dieser Erklärung entgegen und richtet folgende Worte an den Metropoliten:

Herr Metropolit!

Hierdurch erkläre ich mich damit einverstanden, daß Sie, Herr Metropolit, die Leitung der orthodoxen Kirche im Generalgouvernement wieder übernehmen.

Ich erwarte von Ihnen, daß Sie den Aufbau der orthodoxen Kirche der Tatsache des Generalgouvernements und der nationalen Zusammensetzung ihrer Gläubigen entsprechend vollenden. Bei dieser historischen Aufgabe können Sie meines Schutzes gewiß sein.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Metropoliten eine Urkunde vorstehenden Inhalts.

Der Metropolit gibt hierauf folgende Erklärung ab:

"Als Oberhaupt der Heiligen autokaphalen orthodoxen Kirche im Generalgouvernement begrüße ich herzlichst Eure Exzellenz.

Das Wohl und die Entwicklung der orthodoxen Kirche im Generalgouvernement, die fast ausschließlich aus den Gläubigen der ukrainischen Volksgemeinschaft besteht, erfordert die kanonische Gliederung der gesamten Kirche in drei Diözesen, und zwar in eine ukrainisch-russische Warschau-Radomer, eine ukrainische Cholmer-Podlachier und eine ukrainische Krakauer-Lemkover Diözese mit eigenen Bischöfen ukrainischer Nationalität.

Das Wohl der Kirche macht ferner die Weihe des Prof. der theologischen Fakultät Dr. Iwan Ohijenko zum Bischof erforderlich, der auf dem kirchlichen und kulturellen Sektor zum Wohle des ukrainischen Volkes schon gearbeitet hat.

Indem ich hier meine Legalität feierlich erkläre, verspreche ich gleichzeitig die Neuordnung der Heiligen autokaphalen orthodoxen Kirche entsprechend den neuen Verhältnissen unverzüglich vorzunehmen."

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erwidert darauf:

Ich nehme diese Erklärung des Metropoliten im Namen des Führers und Reiches entgegen. Ich bin ergriffen von der Bedeutung dieser historischen Stunde, die die Voraussetzung schafft, daß zum ersten Mal ein der ukrainischen Nationalität angehörender Bischof geweiht werden soll. Ich bin überzeugt, daß dies zum Segen des im Generalgouvernement lebenden ukrainischen Volkes gereichen wird. Ich möchte die Herren vergewissern, daß ich ihnen auch in den Handlungen, die zur Vorbereitung dieser Weihe notwendig sind, beistehen und insbesondere auch den persönlichen Schutz des Herrn Bischofs nach wie vor mit allem Nachdruck gewährleisten werde. Möge es zum Segen der Kirche sein, einer Kirche, die so viele traurige Tage erlebt hat, die aber nun unter dem Schutze des Deutschen Reiches einer glücklichen Zukunft entgegengehen soll.

Der

Montag, den 23. September 1940.

Der **Metropolit** dankt in tiefer Ergriffenheit dem Herrn Generalgouverneur für alles, was er der griechisch-orthodoxen Kirche im Namen des Führers Adolf Hitler hat angedeihen lassen. Das Herz habe ihm geblutet, als er die Verfolgung seiner Kirche durch die Polen und die Verbrennung von Kirchenhäusern habe erleben müssen. Deshalb freue er sich jetzt, Dank sagen zu können im Namen aller Gläubigen seiner Kirche, die in vielen Staaten Europas und in den anderen Erdteilen leben. Er sei überzeugt, daß diese seine Gefühle auch in den Herzen aller ihm unterstellten Gläubigen das gleiche Echo finden werden. Nicht nur hier, sondern überall da, wo griechisch-orthodoxe Menschen leben, einschließlich der Sowjet-Union, werden sie sich dieses Aktes innerlichst erfreuen.

Besprechung mit Oberbereichsleiter **Schalk**.

Dienstag, den 24. September 1940.

Besprechung mit Staffelführer des NSKK Dietrich.

Im Anschluß an diese Besprechung erläßt der Herr G e n e r al g o u v e r n e u r folgenden

Außerordentlichen Befehl!

Ich weise die Führung der NSKK-Kompanie an, am 29. und 30. September 1940, beginnend um 4 Uhr morgens des 29. und endend um 23 Uhr des 30. September, eine außerordentliche Verkehrskontrolle auf der Strecke Kressendorf-Trzebinia durchzuführen.

Sie haben sämtliche Kraftfahrzeuge, auch die im Dienst des Generalgouvernements stehen, sowohl auf die persönliche Legitimation der Insassen wie auch auf die Zulässigkeit des Gepäcks zu untersuchen. Sie üben in dieser Eigenschaft polizeiliche Funktionen aus. Jeder Wageninsasse, der sich weigert, sich der Kontrolle zu unterziehen, ist mir unverzüglich zu melden.

gez. Dr. Frank.

Verabschiedung des wegen seiner Leistungen im Generalgouvernement zum Präsidenten der Oberpostdirektion Innsbruck ernannten Oberpostrats Dr. Damrau.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r spricht dem aus seinem Amte im Generalgouvernement scheidenden Oberpostrat Dr. Damrau seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete vorbildliche Arbeit aus und überreicht ihm sein Bild mit Widmung.

Empfang des Generalarbeitsführers Roch und des Oberstfeldmeisters Buck.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r spricht dem aus seiner Tätigkeit im Generalgouvernement scheidenden Generalarbeitsführer Roch seinen Dank und seine Anerkennung aus und würdigt in herzlichen Worten die hervorragenden Verdienste, die dieser sich um das Generalgouvernement mit seinen Arbeitsmännern erworben hat. Das Wirken der Arbeitsmänner im Generalgouvernement sei ein stolzes Stück deutscher Aufbauarbeit und werde es auch in Zukunft bleiben.

Der

Dienstag, den 24. September 1940.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Generalarbeitsführer sein Bild mit Widmung.

Fahrt nach der Burg in Krakau.

Empfang von Pressevertretern im großen Arbeitszimmer.

Zu diesem Empfang sind erschienen: Die Pressechefs Dr. Gassner und Zarske, ferner die Schriftleiter Grewen vom Hamburger Fremdenblatt, Bürger vom VB., Heizler von der Frankfurter Zeitung, Dr. Cuypers von der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz, Wittenberger vom D.N.B. und Bergemann von der DAZ.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich bei den Pressevertretern nach den Eindrücken, die sie bei ihrer Besichtigungsreise durch das Generalgouvernement gewonnen haben.

Im Anschluß an den Empfang führt der Herr Generalgouverneur die Pressevertreter durch die Räume der Burg. - Im Musikzimmer wird darauf der Tee gereicht.

Besprechung mit Ministerialdirigenten Dr. Emmerich, Ministerialrat Plodeck und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist der Entwurf einer Verordnung betreffs Übergang des Eigentums an Industriewerken, Rüstungsbetrieben usw. an das Generalgouvernement aus Anlaß der Gründung der "Werke des Generalgouvernements".

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh erläutert kurz die wesentlichsten Punkte dieser Verordnung und weist insbesondere darauf hin, daß das Generalgouvernement nunmehr auch das Eigentum an allen Anlagen erwerbe, die bisher die Wehrmacht in Anspruch genommen und über die sie die Verfügung gehabt habe.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung die Werke im Eigentum des Generalgouvernements stehen, daß zwar auf sie die Verfügung des Führers vom 19. Oktober 1939 Anwendung findet, aber trotzdem das Eigentum des Generalgouvernements an ihnen nicht irgendwie verloren gegangen ist. Das gilt auch für die Gruppen der Werke, die verpachtet werden sollen.

Der

Dienstag, den 24. September 1940.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß in die Verordnung folgende Bestimmung aufgenommen wird:

Das gleiche findet Anwendung auf jede Art von Sondervermögen. (z.B. Post- und Eisenbahnfiskus).

Der Entwurf der Verordnung wird dann vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Besprechung mit Präsident Bauder.

Gegenstand der Besprechung ist die Inangriffnahme der großen Straßenbauten im Zuge des Otto-Programms.

Staatssekretär Dr. Bühler legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf einer Verordnung über Wohnungszwangswirtschaft vor, nach welcher u.a. alle Mietverträge künftig behördlicher Genehmigung bedürfen.

Der Herr Generalgouverneur verabschiedet in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler den aus seinem Amt scheidenden Geheimrat Zetzsche mit Worten des Dankes und der Anerkennung für die hervorragenden Verdienste, die er sich um das Generalgouvernement erworben hat.

Der Herr Generalgouverneur überreicht dem bisherigen Kreishauptmann Kundt die Urkunde über seine Ernennung zum Unterstaatssekretär.

Unterstaatssekretär Kundt dankt dem Herrn Generalgouverneur für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Er gelobt freudige und pflichtbewußte Arbeit im Dienste des Führers und loyale Erfüllung der Aufträge des Staatssekretärs Dr. Bühler.

Besprechung mit Landgerichtsrat Dr. Keith

Abfahrt nach Kressendorf.

Fahrt vom Bahnhof Trzebinia nach München.